

100 Jahre Republik Österreich



Foto: HBF / Harald Minich

Beim Abschreiten der am Heldenplatz angetretenen RekrutInnen (erste Reihe v.r.): Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Verteidigungsminister Mario Kunasek und der Chef des Generalstabs, General Robert Brieger (zweite Reihe v.r.): Generalmajor Thomas Starlinger, Adjutant des Bundespräsidenten, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, der Militärkommandant von Wien, Kurt Wagner, Wiens Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig und Major Stefan Kirchebner, Kommandant der Garde des Bundesheers

Der Ausrufung der Republik Österreich am 12. November 1918 um 15 Uhr von der Parlamentsrampe aus waren mehrere wichtige Schritte der Staatsbildung vorausgegangen. Kaiser Karls Völkermanifest vom 16. Oktober 1918, das einen Umbau der Monarchie in einen Bundesstaat ankündigte, kam zu spät, um die Habsburgermonarchie

noch zu retten. Es sanktionierte den Zerfall und leitete die Bildung von Nationalräten

20 **20** 100 Jahre
18 **18** Republik

der einzelnen Nationalitäten ein, der Südslawen, Polen und Tschechen. Am 21. Oktober 1918 konstituierten sich auch die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landhauses als „provisorische Nationalversammlung des selbständigen deutschösterreichischen Staates“.

➤ Seite 63

Die Seite 2

Liebe Landsleute, liebe LeserInnen,

beim Zusammenstellen der vorliegenden Ausgabe hatten wir es nicht leicht mit der Auswahl der Beiträge, zu viele Termine hatte es im Rahmen des EU-Rats-Vorsitzes Österreichs gegeben. Sie haben aber die Möglichkeit, auf der Seite <https://www.eu2018.at> ausführlich darüber nachzulesen.

Mit lieben Adventwünschen aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 179

Der Bundespräsident würdigt das Werk Nelson Mandelas	3
Welkom in Oostenrijk!	9
Dreigliedriger Sozialgipfel	12
Aus dem Außenministerium	14
140 junge Menschen für die EU-Erweiterung am West-Balkan	18
Ohne ehrenamtlich Tätige wäre unsere Gesellschaft ärmer	19
BMEIA PaN-Preis 2018 vergeben	21
PaN-Preis des Burgenlandes 2018 vergeben	23
Brückenschlag zwischen China und Kärnten	25
Salon Europa-Forum Wachau	
Erfolgreicher Start der Salonreihe	26
EU-Forschungsförderung Chance auch für Oberösterreich	41
Mehr EU-Geld für Ausbau im Alpen-Eisenbahnnetz	43
Steirische EU-Gastfreundschaft	44
Konferenz zum Interreg-Projekt »AlpFoodway« in Innsbruck	45
Arge Alp: Dialog im Wald	45
Know How zum Aufbau von Kompetenz in Burkina Faso	46
Wien und Sofia unterzeichnen Start-Up-Abkommen	47
Wachsende Städte – eine europäische Herausforderung	47
China Local Cooperation Forum	48
Geburtstag ohne Protokoll	50
NATO-Übung in Serbien	52
Österreichische MusikerInnen spielten in Gaza	53
Severin Schwan ist »Auslandsösterreicher des Jahres« 2018	54
Der Nationalfeiertag in Berlin	61
100 Jahre Republik Österreich	63
Bundesländer gedachten der Republikgründung in Wien	64
Schützen marschierten in Wien auf	67
Festsitzung von Nationalrat und Bundesrat zur historischen Stunde	68
Nationalfeiertag am 26. Oktober	73
Tag der offenen Tür	77
Die erkämpfte Republik – 1918/19 in Fotografien	79
Die österreichische Verfassung	83
Wie erleben ÖsterreicherInnen die Demokratie im Land...	85

»Burgenland Journal«	
Präsentation anlässlich des Vorsitzes im Bundesrat	88
Weichenstellung für ein starkes und modernes Burgenland	89
Ideen und Anliegen im politischen Prozeß diskutiert	91
Raaberbahn digital	92
Rekordinvestitionen in Öffis	93
Für den Erhalt des Schilfgürtels	94
105 Jahre-Festmatinee der Burgenländer Landsmannschaft	95
Präsident des Lions Clubs Eisenstadt zu Besuch bei LH Niessl	96
Modernisierungsschub für Destination Lutzmannsburg	97
Erfolgreiche Kellerstöckl-Aktion	97
Eisenstadt: Ehrenring für ehemalige Vizebürgermeister	98
Eisenstadt laufend sauber halten	99
Weltspitze gastiert in Raiding	102

Wachstum schwächt sich bis 2023 weiter ab	103
Hohe Kreditnachfrage	105
Neue Ära im Güterverkehr	106
100- und 200-Euro-Banknoten	108
Gedenkfeier in Schloß Hartheim	109
Tiroler Denktage 1918 2018	110
ÖsterreicherInnen in vielen Lebensbereichen zufrieden	111
Tiefe Trauer über den Tod von Zeitzeuge Rudolf Gelbard	113
Gedenkmesse für Altbürgermeister Zilk im Steffl	114
Personalia	115
Kirchen und Kultusgemeinde gemeinsam gegen Ausgrenzung	117
Millionenprojekt Domrenovierung	118
Feinkostladen Niederösterreich	120
Wikingerschiff in Norwegen	121
Laser lenkt Zellwachstum in geordnete Bahnen	123
Ein Roboter, der Schienenbrüche erkennt	124
Von den Habsburgern bis zur Republik	125
Der Kremser Schmidt.	
Zum 300. Geburtstag	127
Tausend Jahre Buchmalerei in Faksimiles	130



Dreigliedriger Sozialgipfel 12



Salon Europa Forum Wachau 26



Die erkämpfte Republik 79



Wikingerschiff in Norwegen 121



Von den Habsburgern zur Republik 125

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos Seite 2: BKA / Dragan Tatic; Büro LR Eichinger / Josef Bollwein; Kreisky Archiv; LBI ArchPro / Lars Gustavsen, NIKU; Stefanie Grüssl / BHÖ / Mit Dank an die B.M.I-Flugpolizei

Der Bundespräsident würdigt das Werk Nelson Mandelas

Bundespräsident Van der Bellen forderte in seiner Rede beim »Nelson-Mandela-Peace-Summit« vor der UNO-Generalversammlung in New York Verteidigung der Menschenrechte – Bundeskanzler Kurz: Vorbereitung auf EU-Afrika-Gipfel – Außenministerin Kneissl absolvierte eine Reihe von bilateralen Gesprächen

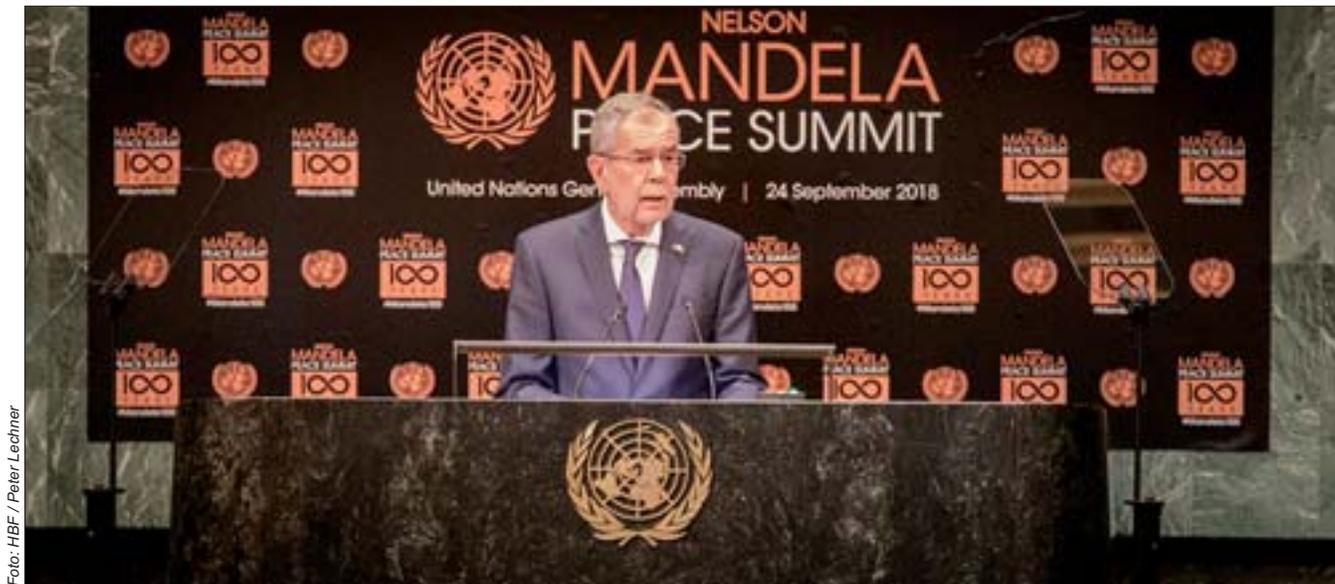


Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Eröffnungsrede beim „Nelson-Mandela-Peace-Summit“

Ein Appell zur Verteidigung der Menschenrechte hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 24. September zum Auftakt seines Besuchs bei der UNO-Generalversammlung in New York lanciert. Am Rande des Gipfeltreffens am Hauptsitz der Vereinten Nationen betonte der Bundespräsident beim „Nelson-Mandela-Peace-Summit“, daß die Menschenrechte wieder „unter Druck“ geraten seien und es gehe dabei um „unsere Rechte, die wir erhalten und verteidigen müssen“.

Der Bundespräsident würdigte das Werk Mandelas. Der frühere Anti-Apartheids-Aktivist und spätere Präsident Südafrikas habe sein Leben lang nach dem globalen Frieden gestrebt. Daß die Apartheid in Südafrika letztlich gefallen sei, sei auch ein Meilenstein im Bemühen gewesen, „allen Menschen auf der Welt gleiche Rechte zu gewährleisten“.

Alexander Van der Bellen wollte das Treffen zu Ehren Mandelas, der heuer 100 Jahre alt geworden wäre, auch dazu nutzen, mit mehreren Amtskollegen aus afrikanischen Ländern zu sprechen. Die wirtschaftliche



Foto: HBF / Peter Lechner

Ein Blick in die 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York

Kooperation mit Afrika war neben den Themenbereichen „Klimaschutz“ sowie „globale Friedenspolitik“ ein Hauptanliegen des Bundespräsidenten während der UNO-Generalversammlung in New York. Die EU müsse vor allem im ökonomischen Bereich eine stärkere

Zusammenarbeit mit Afrika anstreben, sagte er gegenüber Journalisten. „Afrika ist bisher mit seinem wirtschaftlichen Potential zu wenig wahrgenommen worden.“ Auf dem Programm – zum Teil gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und mit Außenmini-

Österreich, Europa und die Welt

sterin Karin Kneissl – standen unter anderem Beratungen mit den Präsidenten Gambias (Adama Barrow), Ghanas (Nana Addo Dankwa Akufo-Addo) und Ruandas (Paul Kagame).

Am Abend hat Alexander Van der Bellen das Metropolitan Museum besucht. Als Guide hat dessen neuer Direktor Max Hollein fungiert, der das „Met“ seit August leitet. Der 1969 in Wien geborene Österreicher, der zuvor an den Fine Arts Museen in San Francisco und auch viele Jahre in Frankfurt war, ist seit August Direktor des Metropolitan Museums, das rund 7,4 Millionen Besucher pro Jahr zählt. Sein Vorgänger, der Brite Thomas Campbell, war im vergangenen Jahr unter Druck gegangen, er hatte ein Millionendefizit hinterlassen.

Die Ausstellung, die erste große Delacroix-Retrospektive in den USA, war lange vor Holleins Amtsantritt entwickelt worden. „Das ist nicht mein Verdienst, sondern der Verdienst der Menschen, die da seit Jahren dran arbeiten“, sagte der Direktor Mitte September anlässlich der Eröffnung. Der französische Maler der Romantik sei eine „definierende Figur der europäischen Kunst des 19. Jahrhunderts“ gewesen. „Er zeigt die menschliche Natur in all ihrer Komplexität.“ Die Schau „Delacroix“ soll noch bis zum 6. Jänner für BesucherInnen zugänglich sein.

Abends nahm der Bundespräsident gemeinsam mit seiner Frau Doris Schmidauer an einem Empfang von Präsident Donald Trump teil.

Vorbereitung auf den EU-Afrika-Gipfel

Grund für die weite Reise von Bundeskanzler Sebastian Kurz über den Atlantik waren die Vorbereitungen für den Wiener EU-Afrika-Gipfel am 18. Dezember, bei dem es unter anderem um das Ausloten wirtschaftlicher Potentiale am afrikanischen Kontinent geht. „Das EU-Afrika-Forum wird vor allem wirtschaftspolitische Themen wie Innovation und Digitalisierung forcieren“, so Kurz vor Antritt der Reise.

Gespräche über Migration und wirtschaftliche Kooperation

Im Zuge ihrer bilateralen Arbeitstreffen setzten Kurz und Van der Bellen gemeinsam einen Afrika-Schwerpunkt. Aus diesem Anlaß kamen die beiden mit den Staatschefs von Kenia und Ghana zusammen. Im Gespräch mit Kenias Präsidenten Uhuru Kenyatta ging es um den Ausbau bilateraler Beziehungen mit dem afrikanischen Kontinent. Ziel sei, vorausblickend auf den im Dezem-



Bundeskanzler (l.) und Bundespräsident mit dem Präsidenten der Republik Kenia Uhuru Kenyatta



... mit dem Präsidenten der Republik Ghana, Nana Addo Dankwa ...



... und dem Präsidenten der Republik Gambia, Adama Barrow

Fotos: HBF / Peter Lechner

Österreich, Europa und die Welt

ber in Wien stattfindenden EU-Afrika-Gipfel, „wirtschaftspolitische Themen wie Innovation und Digitalisierung zu forcieren“, so Kurz, der die Bedeutung „wirtschaftlicher Kooperation auf Augenhöhe“ etwa bei Innovation und Digitalisierung im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels in Wien hervorhob. Bei dem gemeinsam mit dem Bundespräsidenten anberaumten Gespräch stand auch der Klimawandel am Programm. Kurz lud Kenyatta zum EU-Afrika-Gipfel nach Wien ein.

Am Rande der UNO-Generalversammlung kam es auch zu einem Treffen mit dem Präsidenten Ghanas, Nana Akufo-Addo. Mit ihm tauschte sich Kurz vor allem über das Thema Migration aus. Einig war man sich darüber, daß die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern seien.

Afrika-Kooperationen bei Wirtschaft und Migration

Bereits nach der Ankunft in New York kam Bundeskanzler Sebastian Kurz als aktueller Ratsvorsitzender gemeinsam mit EU-Ratspräsident Donald Tusk mit Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi zusammen. Kurz betonte, es habe sich um ein „Follow Up“ der beim EU-Sondergipfel in Salzburg vereinbarten Kooperation im Kampf gegen die illegale Migration gehandelt.

„Die Zusammenarbeit wird insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Migration fortgesetzt und vertieft“, so das positive Fazit von Kurz nach dem Gespräch.

Kurz und Lagarde: Handelskrieg verhindern

Ebenfalls am 24. September stand ein Treffen mit der Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, am Pro-



Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk (2. v.l.) beim Treffen mit dem Präsidenten Ägyptens, Abdel Fattah al-Sisi (r.)



Der Bundeskanzler mit der gf. Direktorin des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde



Bundespräsident, Bundeskanzler und Außenministerin statteten auch der österreichischen Vertretung in New York einen Besuch ab.

Österreich, Europa und die Welt

gramm. Besprochen wurde dabei vor allem die „Gefahr eines möglichen Handelskrieges“, wie Kurz nach dem Gespräch bestätigte: Österreich habe großes Interesse an einem „fairen, regelbasierten und freien Welt-handel“. Bereits zuvor hatte er sich mit der neuseeländischen Ministerpräsidentin Jacinda Ardern getroffen. Dabei zeigte man sich unter anderem über die gute wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder erfreut.

Beim Einsatz für Abrüstung und gegen Atomwaffen werde man die Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene weiterhin unter Beweis stellen. Beide Seiten haben den Verbotsvertrag bereits ratifiziert.

Gespräche mit Guterres: Bekenntnis zu Multinationalismus und Kampf gegen Klimawandel

Am 25. September trafen sich Kurz, Van der Bellen und Kneissl zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres. Bei dem bilateralen Gespräch legte das Staatstippen-Trio „ein klares Bekenntnis zur UNO, zum Multinationalismus sowie zum Kampf gegen den Klimawandel“ ab. Zum Anschluß absolvierte Kurz ein Treffen mit Weltbankpräsident Jim Yong Kim, der ihm seine Unterstützung für den geplanten EU-Afrika-Gipfel zusagte.

Treffen mit Netanjahu

Am Rande der UNO-Generalversammlung traf Kurz den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zu einem Gespräch. Dieser lobte die Schritte der österreichischen Bundesregierung, die zum Holocaustgedenken und im Kampf gegen Antisemitismus gesetzt wurden. Diese würden Wertschätzung gegenüber der jüdischen Gemeinde widerspiegeln, so Netanjahu. Kurz kündigte indes weitere Maßnahmen an, um die Sicherheit und das Wohlergehen der jüdischen Gemeinde in Wien zu gewährleisten. Dass ein sehr freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Netanjahu herrscht, wurde in einer Aussendung nach dem Treffen in New York erneut deutlich. Darin heißt es, daß ein Gefühl des wechselseitigen Respekts und der Wertschätzung zwischen den beiden Regierungschefs existiere.

Außenministerin Karin Kneissl

Die Woche der UN-Generalversammlung in New York begann für Außenministerin Karin Kneissl am 24. September mit mehreren bilateralen Arbeitsgesprächen. Im Mittelpunkt des ersten Tages stand das Treffen mit dem Generalsekretär der Union für den



v.l.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Außenministerin Karin Kneissl, UN-Generalsekretär António Guterres und Bundeskanzler Sebastian Kurz



Der Bundeskanzler bei seinem Treffen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu



Fotos BKA / Dragan Tatic

Ein Treffen mit AuslandsösterreicherInnen in New York (v.l.): Österreichs Botschafter in Washington, Wolfgang Waldner, Auslandsösterreicher-Weltbund Vorstandsmitglied und Präsidentin des „Austrian-American-Councils of North America“ Juliana Belcsak, Bundeskanzler Sebastian Kurz und der österreichische Generalkonsul in New York, Helmut Böck

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Angelika Lauber



Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenministerin Karin Kneissl bei der 73. UNO-Vollversammlung in New York

Mittelmeerraum (UfM), Nasser Kamel. Im Zuge des Gesprächs betonte die Außenministerin die Unterstützung Österreichs für die Aktivitäten der UfM. Gerade vor dem Hintergrund der Themen, mit denen sich der Mittelmeerraum seit einigen Jahren verstärkt konfrontiert sieht, darunter wirtschaftliche und soziale Herausforderungen und migrationspolitische Fragen, stellen die Länder des Mittelmeerraums wichtige Partner für Österreich dar. Die Stabilisierung der Nachbarschaft, etwa durch Assoziations- und Stabilisierungsabkommen sowie eine weitere Stärkung des EU Trust Fund (EUTF) für Afrika, waren weitere Themen des Gesprächs. Österreich hat für den EUTF für Afrika Beträge in der Höhe von 6 Mio. Euro geleistet und rangierte damit an 14. Stelle der bilateralen

Geber. Kneissl kündigte an, daß es seitens des Außenministeriums eine zusätzliche Beitragszahlung in der Höhe von 1 Mio. Euro geben werde.

Weitere Treffen gab es während des ersten Tages der New York Reise mit den Außenministern von Brasilien, Mexiko, Palästina und Libyen. Die aktuelle Lage in Libyen und insbesondere in Syrien wurde bei einem gemeinsamen Arbeitstreffen der EU-AußenministerInnen am Abend des 24. September besprochen. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, der VN-Sondergesandte für Syrien, Staffan de Mistura, und der Leiter der UN-Unterstützungsmission für Libyen (UNSMIL), Ghassan Salamé, nahmen ebenfalls an dieser Arbeitssitzung teil.

Am 25. September nahm die Außenministerin an der Eröffnung der Generaldebatte der Vereinten Nationen in New York teil. Zu den Rednern bei der Eröffnung zählten unter anderem die Präsidentin der UNO-Generalversammlung María Espinosa, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump.

Gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz traf Kneissl später an diesem Tag mit Generalsekretär Guterres zusammen, um über die Themen Klimawandel und humanitäre Lage in Syrien und im Jemen zu sprechen. Im kommenden Jahr begeht Österreich auch ein Jubiläum anlässlich 40 Jahre Amtssitz der Vereinten Nationen in Wien. Generalsekretär Guterres wurde dazu eingeladen, dieses Jubiläum in Wien zu begehen.

Die Außenministerin nahm auch an bilateralen Gesprächsterminen teil. Sie traf den Sondergesandten der Vereinten Nationen für den Jemen, Martin Griffiths, und nahm anschließend an einem bilateralen Gespräch des Bundespräsidenten mit dem jordanischen König Abdullah II bin Al Hussein teil. Dies war das zweite Gespräch, nachdem die Außenministerin und der Bundespräsident bereits im April mit dem König in Jordanien zusammengetroffen waren.

Einen weiteren Höhepunkt des zweiten Tages bildete das Transatlantic Dinner, welches auf Einladung des US-Außenministers Mike Pompeo stattfand. Die Außenministerin nahm für Österreich an diesem Termin teil und nutzte die Gelegenheit für einen kurzen Meinungs austausch mit Pompeo. Im

Foto: BMEIA / Angelika Lauber



Außenministerin Karin Kneissl hält ihre Rede bei der UNO-Generalversammlung in New York

Österreich, Europa und die Welt

Mittelpunkt der Diskussion, an welcher auch die Ukraine und Georgien teilnahmen, standen Energiefragen, u.a. die Frage des Baus der Nord Stream 2 Pipeline.

Zahlreiche Vier-Augen-Gespräche

Am dritten Tag traf Kneissl unter anderem mit der Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, zusammen. In diesem Gespräch betonte sie Österreichs engagierten Einsatz bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Die gegen die österreichische Regierung erhobenen Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen wies die Außenministerin einmal mehr entschieden zurück.

Im Anschluß hielt die Außenministerin einen Meinungsaustausch mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Peter Maurer. Sie erörterten aktuelle Fragen des humanitären Völkerrechts und der humanitären Hilfe und brachten ihre Zufriedenheit über die stets enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Internationalen Roten Kreuz zum Ausdruck.

Am 26. September nahm Kneissl zudem an einem EU-Side-Event zu Syrien teil, gemeinsam mit u.a. dem UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, und betonte dabei die humanitären Bedürfnisse der syrischen Zivilbevölkerung, wie zum Beispiel den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Es müsse der Fokus auf der Sicherstellung der humanitären Grundversorgung liegen, einhergehend mit dem in Sichtweite liegenden Ende des militärischen Konfliktes.



Die Außenministerin mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen beim „Austrian-American Day“ in New York – rechts im Bild Auslandsösterreicher-Weltbund Vorstandsmitglied und Präsidentin des „Austrian-American-Councils of North America“ Juliana Belcsak und der österreichische Generalkonsul in New York, Helmut Böck

In einem Gespräch mit Natalia Kanem, der Exekutivdirektorin von UNFPA, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, sprach sich Kneissl für eine weitere enge Zusammenarbeit aus. Sie schätzte die Arbeit von UNFPA sehr und wies darauf hin, daß sich einige Themen des Bevölkerungsfonds auch im aktuellen Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wiederfinden.

Den Arbeitstag mit dicht gedrängtem Terminkalender rundeten einige bilaterale Gesprächstermine ab. Kneissl traf mit ihrem Amtskollegen aus Bangladesh, Abul Hassan Mahmud Ali, zusammen sowie auch mit der

indischen Außenministerin, Sushma Swaraj. Österreich und Indien begehen im Jahr 2019 das 70-Jahr-Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen, zu welchem Anlaß die Außenministerin eine Reise nach Indien plant.

Gemeinsam mit dem Bundespräsidenten fand auch ein Gespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan statt, bei dem die Verbesserung der österreichisch-türkischen Beziehungen sowie u.a. der Fall des derzeit in der Türkei inhaftierten Österreicherers thematisiert wurden. ■

<http://www.hofburg.at>

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>

<http://www.bmeia.gv.at>



Fotos: BMEIA / Angelika Lauber

Außenministerin Karin Kneissl beim Transatlantic Dinner auf Einladung von Amerikas Außenminister Michael Richard Pompeo

Welkom in Oostenrijk!

Belgiens Königspaar wurde von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer mit militärischen Ehren in Österreich begrüßt.



Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) empfängt König Philippe von Belgien mit militärischen Ehren im Burghof in Wien.

Riesige Fahnen Belgiens und Österreichs wehen, die Gardekompanie des Bundesheeres hat im Inneren Burghof in Wien Aufstellung genommen. Hunderte Schaulustige warten geduldig auf das belgische Königspaar, das an diesem kühlen, sonnigen Montag, dem 1. Oktober, jede Minute in der Hofburg eintreffen kann. Selfie-Sticks werden gehoben, Kinder klettern auf Laternenmasten. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seine Frau Doris Schmidauer nutzen die Wartezeit dazu, um einige der Umstehenden zu begrüßen. Ein kleiner weisser Hund, der am Arm seines Frauerls sitzt, hat es dem Bundespräsidenten diesmal besonders angetan.

König Philippe und seine Frau Mathilde lassen etwas auf sich warten – ihr Flugzeug ist verspätet gelandet. Doch letztlich trifft ihr Auto, das als Kennzeichen bloß die belgischen Nationalfarben trägt, in Begleitung zahlreicher Polizeimotorräder im Burghof ein. Begrüßung durch das Präsidentenpaar, Hymnen beider Länder, Abschreiten der Ehrenkompanie. Mit ihren hohen Stöckelschuhen, dem dunkelgrünen Kleid und ei-



Fotos: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und König Philippe von Belgien in der Hofburg

nem ungewöhnlichen Kopfschmuck ragt Königin Mathilde aus der Gesellschaft heraus.

Nach dem formellen Teil folgt ein Gespräch der beiden Paare im Büro des Bun-

despräsidenten, Kaffee und Patisserien werden gereicht. Auf dem Tisch liegt bereits der Katalog der Ausstellung, um die sich bei diesem Besuch alles dreht: König Philippe eröffnet am Abend nämlich gemeinsam mit-

Österreich, Europa und die Welt



v.l.: Doris Schmidauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Königin Mathilde und König Philippe von Belgien im Volksgarten auf dem Weg in die Präsidenschaftskanzlei

Alexander Van der Bellen die große Werkchau des flämischen Meisters Pieter Bruegels des Älteren (1525/30-1569) im Kunsthistorischen Museum.

Die Ausstellung, die nach Angaben des KHM die größte jemals dagewesene über das Werk des berühmten Malers und Grafikers sein soll, findet aus Anlaß von Bruegels 450. Todestag im kommenden Jahr statt. Für die Schau hat man mit 26 Partnern zusammengearbeitet, darunter mit den Königlichen Museen der Schöne Künste in Brüssel, die die zweitgrößte Bruegel-Sammlung beherbergen. Der Besuch des Königspaares unterstreicht die Bedeutung dieses großen flämischen Künstlers für Belgien.

Für Philippe und Mathilde ist es ihr erster offizieller Besuch in Österreich seit ihrer Thronbesteigung 2013. Damals hatte Philippes Vater Albert II. abgedankt und das Amt des „Königs der Belgier“ an seinen Sohn übergeben. Der frühere Monarch hatte Österreich in seiner Amtszeit (1993-2013) zweimal besucht: Einmal zu einem Staatsbesuch 1997, einmal zu einer Kurzvisite 2006 anlässlich seiner Rede vor der in Wien ansässigen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Freilich sind König Philippe und Bundespräsident Van der Bellen füreinander keine Unbekannten. Die beiden hatten einander sogar erst vor drei Wochen in der Schweiz getroffen: Anlaß war das jährliche Treffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Länder in Sils Maria in Graubünden. Belgien hat neben der flämischen und der walлонischen auch eine kleine deutschsprachige Gemeinschaft.



Ein Blick auf die versammelten Gäste in der Kuppelhalle des Kunsthistorischen Museums: Der Bundespräsident hält seine Eröffnungsrede zur Bruegel-Ausstellung.

Von Bruegel fasziniert

König Philippe und Königin Mathilde haben am Abend bei der Führung durch KHM-Generaldirektorin Sabine Haag ungewöhnlich viel Zeit genommen. Kein Wunder, handelt es sich doch laut Museum um eine „One in a lifetime“-Schau, eine noch nie dagewesene Gelegenheit.

Haag nannte die Eröffnung denn auch „eine Sternstunde in der Ausstellungsgeschichte unseres Hauses“. Diese erste monografische Präsentation von Pieter Bruegel dem Älteren (um 1525/1530-1569) sei „ein ambitioniertes Projekt der Superlative“, das so nur in Wien zu realisieren gewesen sei, wo mit zwölf gesicherten Gemälden des flämischen Meisters beinahe ein Drittel seiner erhaltenen Bilder aufbewahrt werde. Eine „wahrhaft sensationelle Anzahl von Leihgaben“ sowie ein enger Forschungsaustausch mache die Ausstellung zu einem

Österreich, Europa und die Welt



Das Königspaar und Bundespräsident mit Gattin bewundern mit GD Sabine Haag »Die Jäger im Schnee« von Pieter Bruegel d. Ä.

„wahrhaft europäischen Ausstellungsprojekt“. Und Sabine Pénot versicherte namens des Kuratorenteams: „Es war wahrhaftig jede Mühe wert!“

Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen rühmte die enge Zusammenarbeit von vielen internationalen Institutionen. „Es wäre wunderbar, wenn Kooperationen in anderen Bereichen so erfolgreich wären wie bei Kunst und Kultur.“ Er versuchte sich in mehreren verschiedenen Aussprachen des Künstlernamens und versicherte, eine Stunde sei bei weitem nicht genug für den Besuch der Ausstellung: „Wir sind nicht nur beeindruckt, wir sind fasziniert. Wir kommen wieder!“

„Belgier fühlen sich in diesem wunderbaren Museum wie zu Hause“, meinte König Philippe. Schließlich treffe man in der Gemäldegalerie auf Schritt und Tritt auf Werke, die in seiner Heimat entstanden seien. Die wunderbare Ausstellung bringe nicht nur zwei Länder, die eine vielfältige gemeinsame Geschichte hätten, erneut nahe zusammen und gebe tiefen Einblick in das Leben der Vergangenheit, sondern zeige auch, wie sehr Kunst und Kultur das Verständnis für einander förderten.

Herzlich lud der belgische König die Anwesenden ein, das Bruegel-Jahr 2019 in Belgien zu besuchen.

<http://www.khm.at>



Fotos: HBF / Carina Karlovits und Peter Lechner

Es gab auch Zeit für einen kurzen Besuch der Österreichischen Nationalbibliothek. Im Bild im Prunksaal v.l.: Königin Mathilde, König Philippe, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Doris Schmidauer und rechts im Hintergrund Generaldirektorin Johanna Rachinger

Dreigliedriger Sozialgipfel

Gemeinsame Erklärung des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, des Ratspräsidenten Donald Tusk, des Bundeskanzlers und Ratsvorsitzenden Sebastian Kurz, des Präsidenten von BusinessEurope, Pierre Gattaz, und des Generalsekretärs des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Luca Visentini.



Foto: BKA / Dragana Tatic

Am 16. Oktober 2018 nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz (4.v.l.) am Dreigliedrigen Sozialgipfel in Brüssel teil – im Bild mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk (5.v.l.), Bundesministerin Beate Hartiger-Klein (3.v.l.) und der Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich Ulrike Rabmer-Koller (2.v.l.).

Das Hauptthema des dreigliedrigen Sozialgipfels, der am 16. Oktober in Brüssel abgehalten wurde, lautete „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze und der sozialen Gerechtigkeit in der EU“. Dabei wurden drei Themenbereiche erörtert:

- die digitale Revolution und ihr Potenzial für Arbeitsmärkte und Wirtschaft
- die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte: Bilanz und Ausblick
- der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 einschließlich InvestEU, ESF+ und Vertiefung der WWU

Im Nachgang zum Gipfel erklärte der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker: „Seit 2014 wurden 12 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, die Investitionen sind in Fahrt gekommen und die Wirtschaft wächst. Ein Jahr nach der Proklamation der europäischen Säule sozialer

Rechte beim Sozialgipfel in Göteborg ist es nun Zeit, die gesetzgeberische Arbeit an wichtigen Prioritäten wie der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, verlässlichen und transparenten Arbeitsbedingungen, dem Zugang zum Sozialschutz, der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der neuen Europäischen Arbeitsbehörde zum Abschluß zu bringen. Ich vertraue darauf, daß der österreichische Ratsvorsitz seine Rolle als Brückenbauer wahrnehmen und uns helfen wird, die soziale Dimension Europas zu stärken – eines Europas, das schützt, stärkt und verteidigt.“

Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, äußerte sich wie folgt: „Dies ist eine äußerst wichtige Woche – es sind weniger als sechs Monate bis zum Brexit-Datum, und es besteht noch eine viel zu große Unsicherheit. Genau wie ich möchten Sie diese Unsicherheit schnellstmöglich aus dem Weg räumen. Ich glaube nach wie vor,

daß wir das in den kommenden Wochen schaffen können. Wenn die Wirtschaft florieren soll und die Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen sollen, so sind größtmögliche Stabilität, Rechtssicherheit und pragmatische Lösungen erforderlich.“

Als Vertreter des turnusgemäßen Vorsitzes im Rat erklärte der österreichische Kanzler Sebastian Kurz: „Die Digitalisierung ist jene Entwicklung, die unser Leben in den kommenden Jahren und Jahrzehnten entscheidend verändern wird. Europa darf hier den Anschluß an andere hochkompetitive Regionen der Welt nicht verlieren. Wie gut es gelingt, uns auf diese Veränderungen einzustellen, die Innovationskraft Europas zu stärken und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, wird über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europas entscheiden. Damit sichern wir auch Arbeitsplätze und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger Europas. Die Digitalisierung ist

Österreich, Europa und die Welt

daher ein zentrales Thema des österreichischen Vorsitzes und wir arbeiten zügig an möglichst großen Fortschritten in wichtigen Dossiers wie dem Digitalen Binnenmarkt bis Jahresende. Einen starken strategischen Fokus legen wir auch auf künstliche Intelligenz.“

Der Präsident von BusinessEurope, Pierre Gattaz, der die Arbeitgeber vertritt (BusinessEurope, CEEP, UEAPME), sagte: „Der wirtschaftliche Aufschwung in der EU setzt sich fort, hat sich allerdings im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächt. Außerdem gibt es Abwärtsrisiken aufgrund von politischer Unsicherheit und zunehmendem Protektionismus. Es ist wichtiger denn je sicherzustellen, daß die EU und ihre Mitgliedsstaaten gemeinsam mit den Sozialpartnern Reformen durchführen, die für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa sorgen. Dabei sollte das Benchmarking eine stärkere Rolle spielen, da es sich als wirksames Instrument erwiesen hat, mit dem die Mitgliedsstaaten von den Erfolgreichsten in verschiedenen Politikbereichen lernen und ihre eigene Leistung allmählich an dieses Niveau anpassen können. Eine zentrale Herausforderung ist die Steigerung der Produktivität in Europa. Dies erfordert mehr gezielte Investitionen in physische und soziale Infrastruktur, insbesondere in gute allgemeine und berufliche Bildung, und Anreize für den Einstieg von KMU in neue Technologien. Auch Kompetenzlücken sind weiterhin ein echtes Problem für Arbeitgeber, sogar in Mitgliedsstaaten mit relativ hoher Arbeitslosigkeit.“

Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), erklärte: „Die arbeitende Bevölkerung trägt in hohem Maße zu mehr Wettbewerbsfähigkeit bei, aber die soziale Gerechtigkeit leidet zunehmend. In den letzten 16 Jahren hätte es in der Europäischen Union Lohnsteigerungen in vierfacher Höhe gegeben, wenn sie den Produktivitätszuwächsen entsprochen hätten. Arbeitsplätze müssen wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch nachhaltig sein und ein würdiges Leben ermöglichen. Dazu brauchen wir eine sozial nachhaltige wirtschaftspolitische Steuerung in der EU mit mehr öffentlichen und privaten Investitionen, der Einbeziehung der Sozialpartner in das Europäische Semester und in europäische und einzelstaatliche Reformen sowie mehr Tarifverhandlungen in allen EU-Ländern im Sinne eines fairen Lohns für die arbeitenden Menschen. Bei einer fairen Transition muß gewährleistet werden, dass von



v.l.: Bundeskanzler Sebastian Kurz, Ulrike Rabmer-Koller (Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich), Bundesministerin Beate Hartiger-Klein und Jean-Claude Juncker (Präsident der Europäischen Kommission).



v.l.: EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker, EU-Ratspräsident Donald Tusk und EU-Ratsvorsitzender Bundeskanzler Sebastian Kurz

Klimawandel und Digitalisierung betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht abgehängt werden. Die EU-Rechtsvorschriften und der neue MFR der EU müssen sozialen Zusammenhalt, Integration und die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte voranbringen.“

Hintergrund

Der dreigliedrige Sozialgipfel findet zweimal pro Jahr statt, und zwar jeweils im Vorfeld der Frühjahrs- bzw. der Herbsttagung des Europäischen Rates. Er bietet Gelegenheit für einen konstruktiven Meinungsaustausch zwischen den führenden Vertreterinnen und Vertretern der europäischen ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenorganisationen, der Europäischen Kommission,

dem Europäischen Rat, den Staats- und RegierungschefInnen der EU sowie den MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales aus den Ländern des derzeitigen und künftigen EU-Ratsvorsitzes.

Dieser Gipfel war der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze und der sozialen Gerechtigkeit in der EU gewidmet. Insbesondere erörterten die TeilnehmerInnen das Potential der digitalen Revolution für Arbeitsmärkte und Wirtschaft, die weitere Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte sowie den nächsten langfristigen EU-Haushalt, einschließlich InvestEU, Europäischem Sozialfonds Plus und Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. ■

<https://www.eu2018.at>

Aus dem Außenministerium

Eine Auswahl an Terminen von Außenministerin Karin Kneissl

Albanien

„Eine klare Orientierung nach Europa zeigen, das heißt Konflikte beilegen, Reformen zügig umsetzen und mit den Nachbarn kooperieren. Nur so können die Länder Südosteuropas rasch in Richtung EU-Beitritt vorankommen. Es gibt auf diesem Weg keine Abkürzungen“, so Außenministerin Karin Kneissl am 4. Oktober in Tirana.

Auf ihre Einladung und die von ihrem albanischen Amtskollegen Ditmir Bushati trafen sich die für die EU Integration und den Beitrittsprozeß zuständigen Minister und Chefverhandler der südosteuropäischen Beitrittswerber sowie Vertreter der Europäischen Kommission in der albanischen Hauptstadt Tirana, mit dem Ziel einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region, um einander gegenseitig im EU-Beitrittsprozeß zu unterstützen.

„Die rasche Heranführung der Länder Südosteuropas an die EU liegt in unser aller Interesse. Wir dürfen diese für Europas Stabilität so wichtige Region nicht den Einflüssen anderer Akteure überlassen“, so die Außenministerin. „Der österreichische EU-Ratsvorsitz setzt sich konsequent für dieses Ziel ein. Die wichtigste Aufgabe der Länder Südosteuropas besteht darin, weitere Reformen umzusetzen, insbesondere im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption“. Ebenso betonte Kneissl die Bedeutung der Beilegung von bilateralen Streitigkeiten vor einem Beitritt, da die EU keine Instabilität importieren werde. Im Rahmen ihres Besuchs führte sie auch bilaterale Gespräche mit Staatspräsident Ilir Meta, Premierminister Edi Rama sowie mit ihrem Amtskollegen Ditmir Bushati. Dabei standen die Reformbemühungen Albaniens für die angestrebte Eröffnung von Beitrittsverhandlungen im Juni 2019 im Fokus. Die engen bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Albanien finden auch im gemeinsamen Kulturjahr 2018 ihren Ausdruck.

Montenegro

„Montenegro hat auf seinem Weg in Richtung EU-Beitritt bereits gute Fortschritte erzielt und dafür den notwendigen institutionellen und rechtlichen Rahmen weitgehend geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sowie im



Foto: BMEIA / Angelika Lauber

Die Außenministerin und ihr albanischer Amtskollege Bushati luden EU-Integrationsminister der südosteuropäischen Beitrittswerber zu Konferenz in Tirana.



Foto: BMEIA / Angelika Lauber

Karin Kneissl mit Präsident Milo Đukanović in Podgorica

Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption den Erfolgsnachweis zu erbringen“, so die Außenministerin anlässlich ihres Besuches in Podgorica am 5. Oktober.

„Österreich unterstützt die Beitrittsbemühungen Montenegros und der südosteuropäischen Nachbarstaaten auch im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft“, so Kneissl nach ihrem Treffen mit Außenminister Srđan Đukanović. In ihren weiteren Gesprächen mit Präsident Milo Đukanović, Premierminister

Duško Marković und Parlamentspräsident Ivan Brajović stehen auch der Ausbau der bereits bisher ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Montenegro sowie die innenpolitischen Entwicklungen auf der Tagesordnung.

„Ein möglichst inklusiver politischer Dialog und die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft sind wesentlich für einen weiterhin erfolgreichen Weg Montenegros in die EU. Auch die Sicherheit von Journalisten

Österreich, Europa und die Welt

bleibt ein Thema, bei dem weitere Anstrengungen notwendig sind“, erklärte die Außenministerin. Auf dem Weg in die EU gäbe es keine Abkürzungen.

Niederlande

Die Außenministerin empfing am 12. Oktober ihren Amtskollegen aus den Niederlanden, Stef Blok, zu einem Arbeitsgespräch. Im Mittelpunkt des Besuchs stand ein Austausch zum Brexit, die Migrationsfrage, sowie die Beziehungen der Europäischen Union zu den Ländern Südosteuropas sowie die Entwicklungen in Syrien.

Vor allem in Hinblick auf den bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU nehmen Österreich als EU-Ratsvorsitzland und die Niederlande als sehr enger Handelspartner Großbritanniens eine besondere Stellung ein. „Der Brexit wird das Kräfteverhältnis innerhalb der EU verändern. Wir haben uns darüber ausgetauscht, wo es gleichgelagerte Interessen und Kooperationsmöglichkeiten zwischen Österreich und den Niederlanden gibt“, so Kneissl.

Man war sich einig, daß Europa in Fragen der Migrationskrise gemeinsam vorangehen müsse, um auf Dauer Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu gewährleisten: „Es liegt im Interesse aller europäischen Staaten, unsere Außengrenzen zu schützen, Migrationsströme einzudämmen und einen verstärkten Fokus auf Hilfe vor Ort zu legen“, so die Außenministerin.

Auch die Beziehungen der Europäischen Union zu den Ländern Südosteuropas waren Teil des Austauschs.

Libyen

Die Außenministerin begrüßte am 17. Oktober Mohamed Syala, den Außenminister Libyens im Außenministerium am Wiener Minoritenplatz. Nach dem erst Ende September stattgefundenen bilateralen Gespräch der beiden Außenminister am Rande der UNO-Generalversammlung in New York trafen Kneissl und Syala nun zum zweiten Mal aufeinander. Kneissl bezeichnete dies als Ausdruck der guten Beziehungen und des intensiven Austausches zwischen den beiden Ländern.

Die beiden Außenminister besprachen in erster Linie die österreichisch-libyschen Beziehungen, Migration, die politische Restabilisierung Libyens, Energiethemen sowie die derzeitige Situation des Rohölmarkts. Kneissl hielt fest, daß sie Wachstumspotential in den Rohölexporten Libyens sehe. Hier pflichtete Syala seiner österreichischen



Foto: BMEIA / Mahmoud

Karin Kneissl empfing ihren niederländischen Amtskollegen Stef Blok in Wien



Foto: BMEIA / Mahmoud

Karin Kneissl empfing ihren Amtskollegen aus Libyen, Mohamed Daher Syala, in Wien

Amtskollegin bei: Libyen beabsichtige seinen Ölexport zu steigern und in weiterer Folge auch für Österreich ein Energielieferant zu sein, so der libysche Außenminister. Ein Ziel Libyens sei es auch, für österreichische Unternehmen ein attraktiveres Investitionsklima zu schaffen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für österreichisch-libysche Kooperationen zu verbessern.

Syala, welcher große Wertschätzung für Kneissls Arabischkenntnisse und ihre teils auf Arabisch gehaltene Rede vor der UNO-Generalversammlung zum Ausdruck brachte, hob hervor, daß Libyen insbesondere auf logistische Unterstützung hoffe. Kneissl bekräftigte in diesem Zusammenhang Österreichs Engagement: „Österreich wird seine Unterstützung bei der Restabilisierung Libyens auch in Zukunft fortsetzen.“

Rabat

Außenministerin Karin Kneissl reiste am 26. Oktober nach Marokko, um dort an der jährlich stattfindenden „World Policy Conference“ teilzunehmen. Bei dieser zum nunmehr 11. Mal stattgefundenen Konferenz sprach sie über den Übergang vom transatlantischen zum pazifischen Zeitalter sowie über den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und dessen Einfluß in Südosteuropa, dem Nahen Osten und Afrika.

Die Konferenz in Rabat bot zudem auch die Möglichkeit eines Wiedersehens mit dem marokkanischen Außenminister Nasser Bourita, mit dem Karin Kneissl bereits Ende September in New York ein ausführliches Gespräch am Rande der UN-Generalversammlung geführt hatte. Sie betonte einmal mehr die stabilisierende Rolle Marokkos in der

Österreich, Europa und die Welt

Region und besprach Möglichkeiten zur Eindämmung der illegalen Migration. Des Weiteren traf Kneissl auch zu einem Austausch mit dem spanischen Außenminister Josep Borrell Fontelles zusammen. Im Gespräch zu aktuellen internationalen Entwicklungen verwies sie auch darauf, daß die Kooperation der EU mit seinen mediterranen Nachbarländern ein wichtiger Faktor für regionale Stabilität sei.

Athen

Am 29. Oktober nahm Kneissl am „EU-Arab-World-Summit“ in Athen teil. Dort eingetroffen nutzte sie die Gelegenheit für Arbeitsgespräche mit dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras und dem stellvertretenden Premierminister von Palästina, Nabil Rudeineh. Die Rede der Außenministerin mit dem Titel „Why World War I is not yet over in the Middle East“ thematisierte das Aufbrechen des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg und die damit einhergehenden Grenzziehungen, deren Nachwirkungen bis heute anhalten.

Wien: Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels

Am 29. Oktober organisierte die österreichische Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels eine Veranstaltung zum Thema „Menschenhandel und Menschenrechte – Zugang zu Rechten für Betroffene des Menschenhandels“ in der Wiener Hofburg.

Die Veranstaltung fand anlässlich des Tages der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels statt. Menschenhandel stellt eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde dar und gilt als ein schweres Verbrechen. Die Veranstaltung diente dazu, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Thema zu richten.

Botschafterin Petra Schneebauer, Nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels, betonte im Rahmen der Eröffnung, daß es angesichts des immensen Schadens, der den Opfern zugefügt werde, wichtig sei, daß nicht nur die in diesem Bereich tätigen Organisationen und Einrichtungen einen Beitrag leisten: „Es ist auch die aktive Mitarbeit der Zivilgesellschaft gefragt, um die Kette von Angebot und Nachfrage zu durchbrechen.“

Im Rahmen zweier Podiumsdiskussionen setzten sich nationale und internationale ExpertInnen insbesondere damit auseinander, wie Betroffene des Menschenhandels Zu-



Foto: BMEIA / Mahmoud

Karin Kneissl mit Außenminister Nasser Bourita in Rabat



Foto: BMEIA / Mahmoud

Karin Kneissl mit Außenminister Josep Borrell Fontelles in Rabat



Foto: BMEIA / Mahmoud

Karin Kneissl mit Außenminister Alexis Tsipras in Athen

Österreich, Europa und die Welt

gang zu den ihnen zustehenden Rechten erhalten. Maria Grazia Giammarinaro, UN-Sonderberichterstatterin für die Bekämpfung des Menschenhandels des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR) und Myria Vassiliadou, EU-Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels, stimmten darin überein, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu Opferrechten durchaus ausreichend seien, die aktuellen Herausforderungen aber insbesondere im Bereich der praktischen Anwendung und Durchsetzung ebendieser liegen. Hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit internationaler Kooperation zur effektiven Bekämpfung des Menschenhandels.

„Mit der Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandel haben wir in Österreich bereits die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen und werden die Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels weiter intensivieren“, so Petra Schneebauer.

Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit dem italienischen OSZE-Vorsitz, dem Büro des OSZE-Sonderbeauftragten und Ko-



Foto: OSCE / Micky Kroell

Botschafterin Petra Schneebauer bei der Konferenz Menschenhandel und Menschenrechte

ordinators zur Bekämpfung des Menschenhandels, dem Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC), der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der Global Initiative Against Trans-

national Organized Crime und dem International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) veranstaltet. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

<https://www.eu2018.at>

Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft

Bekommen Sie als österreichische/r Staatsbürger/in ein Kind, so erwirbt dieses die österreichische Staatsbürgerschaft mit Geburt – auch wenn der andere Elternteil Staatsangehörige/r eines anderen Landes ist. **Achtung!** Wenn Ihr Kind am **1. August 2013 oder später** geboren wurde, **nur der Kindesvater österreichischer Staatsbürger** ist und Sie und Ihre Partnerin zu diesem Zeitpunkt **nicht miteinander verheiratet** waren, dann muss die Vaterschaft vor der Geburt oder **innen acht Wochen nach der Geburt** anerkannt bzw. gerichtlich festgestellt worden sein. Bei einer Geburt **vor dem 1. August 2013** kann der Erwerb der Staatsbürgerschaft nur infolge **Legitimation** durch nachfolgende Eheschließung der Eltern oder durch **Verleihung** erfolgen.

Sollten Sie als österreichischer Vater das Vaterschaftsanerkennnis **später als acht Wochen** nach Geburt Ihres Kindes abgegeben haben bzw. sollte die Vaterschaft **später als acht Wochen** nach Geburt gerichtlich festgestellt worden sein, dann kann Ihr Kind die Staatsbürgerschaft bis zum **Ende des 14. Lebensjahres** durch eine **vereinfachte Verleihung** erlangen. Bis zum Tag der Verleihung ist Ihr Kind allerdings nicht österreichischer Staatsbürger.

Bei Kindern **ohne Aufenthalt in Österreich** muss der Vater außerdem nachweislich den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen und seinen ständigen und rechtmäßigen Aufenthalt seit **mindestens zwölf Monaten im Ausland** haben.

Sollten Sie als österreichische/r Staatsbürger/in ein Kind, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, adoptieren, so erhält dieses die Staatsbürgerschaft durch Verleihung in einem **vereinfachten Verfahren**. Dieses sollte binnen sechs Wochen von der Behörde abgeschlossen sein. Bei Kindern **ohne Aufenthalt in Österreich** muss der österreichische Wahlelternteil nachweislich den Mittelpunkt der Lebensinteressen und den ständigen und rechtmäßigen Aufenthalt **seit mindestens zwölf Monaten im Ausland** haben.

Ein Beitrag des Büros für AuslandsösterreicherInnen im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ✓

 **Bundesministerium**
Europa, Integration
und Äußeres

140 junge Menschen für die EU-Erweiterung am West-Balkan

Nationalratspräsident Sobotka begrüßte die TeilnehmerInnen des »Model European Parliament – Central and South East Europe«



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Europäisches Jugendparlament des Mittel- und Südosteuropäischen Raums – MEP CSEE, Foto mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

United in Diversity“ („Vereint in unserer Unterschiedlichkeit“) – auf dieses Motto der Europäischen Union wies Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hin, als er im Plenarsaal des Parlaments 140 SchülerInnen und StudentInnen am 1. Oktober bei ihrer vierten Sitzung im „Model European Parliament – Central and South East Europe“ (MEP CSEE) begrüßte. „Eine Initiative wie diese ist für mich ein klares und sehr schönes Beispiel für genau diese europäische Diversität. Ich freue mich, daß Ihr Treffen hier in Wien stattfindet.“

Das MEP CSEE ist ein Programm für Jugendliche aus EU-Mitgliedsstaaten und West-Balkanländern. Ziel des MEP-CSEE-Programms ist es, das Interesse junger Menschen für politische Vorgänge zu wecken, insbesondere auf europäischem Niveau. Das Programm dient auch als Versuchsraum für junge EuropäerInnen und NachwuchspolitikerInnen, um politische Prozesse kennenzulernen. Das MEP CSEE tagte zwischen 27. September und 2. Oktober zum vierten Mal. Die vorangegangenen Treffen fanden in Bukarest (Rumänien), Sofia (Bulgarien) und Ljubljana (Slowenien) statt. Wien bot sich für heuer wegen des Ratsvorsitzes der EU an. Das nächste Treffen wird 2019 in Budapest abgehalten werden.

Die Jugend mischt Europa auf

Diskutiert wurden dabei unter anderem Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, der Umgang mit dem Energieverbrauch oder Geschlechtergerechtigkeit. Sechs Resolutionen wurden eingebracht, in Ausschüssen und im Plenum diskutiert. Es gab Abänderungsträger und am Ende Abstimmungen – wie in „richtigen“ Parlamenten.

Das Motto der MEP-CSEE-Initiative lautet „Jugend, mische Europa auf!“ („Youth up Europe!“). „Für die jungen Menschen hier ist es etwas Besonderes, ihre Meinungen zu äußern, gehört zu werden und etwas zu bewegen“, erklärt Gottfried D. Oehl, Koordinator der MEP-Sitzungen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka erläuterte bei der Begrüßung der jungen Parlamentsmitglieder die drei Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes: die Sicherung der Außengrenzen zur Bekämpfung der illegalen Migration, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie die Förderung der Stabilität in den EU-Nachbarländern.

„Österreich ist schon seit Langem Förderer der EU-Erweiterung in Richtung West-Balkan“, betonte der Nationalratspräsident. Er unterstrich die Wichtigkeit dieser Bestrebungen angesichts der Einflußnahme Ruß-

lands, Chinas und der Türkei in diesen Gebieten. „Ich bin überzeugt, die Zukunft Serbiens, Albaniens, Montenegros, Mazedoniens, Bosnien-Herzegowinas und des Kosovo liegt in der Europäischen Union.“

Initiative für Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien

Sobotka berichtete von seiner Initiative für eine engere Zusammenarbeit der Parlamente in dieser Region und um den Parlamentarismus zu fördern. Kommenden Mittwoch werde er nach Krompachitz in der Tschechischen Republik reisen, um dort die Parlamentspräsidenten von Tschechien und der Slowakei zu einer trilateralen Zusammenkunft zu treffen.

„Unser Ziel ist es, Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien zu fördern“, betonte der Nationalratspräsident, der nicht nur die MEP-Initiative lobte, er hob auch die Initiative jeder und jedes Einzelnen der jungen Leute hervor: „Sie sind es, die die nächsten 20, 30 Jahre die EU gestalten“, sagte Sobotka. „Und wer weiß – vielleicht sitzt auch schon die oder der eine oder andere entscheidende Politiker bzw. Politikerin in diesem Raum.“

<http://www.parlament.gv.at>

Quellen: Parlamentskorrespondenz

Ohne ehrenamtlich Tätige wäre unsere Gesellschaft ärmer

Anneliese Kitzmüller, Dritte Nationalratspräsidentin, ehrte Rudolf Reimann für dessen 25jährige Obmannschaft im Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich.

Ganz im Zeichen der ehrenamtlichen Tätigkeit für die heimatvertriebenen Altösterreicher stand am Nachmittag des 19. Oktober ein Empfang, zu dem die Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller in das Dachfoyer der Hofburg geladen hat. Geehrt wurde Rudolf Reimann, der den Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) seit nunmehr 25 Jahren als Präsident leitet. Sie konnte nicht nur VertreterInnen der Botschaften von der Slowakei, Serbien, Slowenien, Rumänien, Polen und der Tschechischen Republik begrüßen, sondern auch zahlreiche ehemalige und aktive Abgeordnete.

Kitzmüller dankte Reimann, den sie als „lebendes Lexikon der Donauschwaben“ bezeichnete, für dessen überaus wichtigen und selbstlosen Einsatz. Er habe in diesen 25 Jahren viel für die Anliegen der Heimatvertriebenen, aber auch für ihre Verbände und Organisationen getan, betonte sie.

Es sei wichtig, dafür zu sorgen, das Andenken wach zu halten, sagte Kitzmüller, die auch in ihrer Funktion als Mitglied des Nationalratspräsidiums Vertriebenensprecherin ihrer Partei geblieben ist. Die Heimatvertriebenen hätten wesentlich zum Wiederaufbau Österreichs beigetragen. Ihr sei es daher ein Anliegen, einen Erinnerungstag für die Heimatvertriebenen einzurichten, und sie hoffe, daß sie dabei Gehör finde – 100 Jahre nach dem Zerfall der Monarchie und an jenem Ort, wo das hingehöre, nämlich im Parlament.

„Wir müssen endlich Teil der Zeitgeschichte werden“, hielt auch der Generalsekretär des VLÖ, Norbert Kapeller, fest. Es sei wesentlich, daß auch die junge Generation weiß, woher sie kommt. Dafür habe sich auch Rudolf Reimann unermüdlich eingesetzt.

Die Dritte Nationalratspräsidentin ging in diesem Zusammenhang aber auch allgemein auf die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit ein. Diese sei „eine wichtige und unverzichtbare Stütze für unsere Gesellschaft“, sagte sie. „In nahezu allen Bereichen wäre unsere Gesellschaft ärmer, wenn es die Ehrenamt-



Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller bei ihrer Festanstpache



Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller und Präsident Rudolf Reimann

lichen nicht gäbe, die sich in ihrer Freizeit für die unterschiedlichsten Belange einsetzen.“

Rudolf Reimann

Rudolf Reimann erhielt für sein Wirken im Interesse der Vertriebenen das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich

durch den damaligen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger und das Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich durch Bundespräsident a.D. Heinz Fischer. Schon früh setzte er sich für die Belange der donauschwäbischen Landleute ein und wurde 1993 Präsident des Verbands der Volksdeutschen Landsmannschaften in Österreich. Unter sei-

Österreich, Europa und die Welt



Landeshauptmann Peter Kaiser zeichnet Rudolf Reimann (r.) mit dem „Kärntner Lorbeer für ehrenamtliche Tätigkeit in Silber“ aus.

ner Ägide wurde das Kulturzentrum „Haus der Heimat“ errichtet. Reimann engagierte sich auch besonders für die Rehabilitation der Donauschwaben und die Beseitigung der Avnoj-Gesetze und bemühte sich um die Wiedergutmachung.

Geboren 1934 in Neusatz, Batschka, im heutigen Serbien, mußte er selbst mit seiner Familie im Jahr 1944 flüchten. Nach Abschluß seines Studiums Bauingenieurwesen an der Technischen Hochschule in Wien trat er in die Baufirma ein, an der auch sein Vater beteiligt war und gründete mit ihm die Firma „Heim“ Wohnungseigentumsgesellschaft und später die „HTI“ Hoch-, Tief- und Industriebau. Das von ihm erworbene Ziegelwerk baute er nach den modernsten Standards aus. Nach Beendigung seiner beruflichen Laufbahn widmete er sich vollständig den Heimatvertriebenen.

Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften Österreich

Der VLÖ wurde 1954 als „Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften“ gegründet und entwickelte sich von einer Hilfsorganisation unmittelbar nach der Flucht hin zu einer Organisation, die sich um eine aktive Erinnerungskultur und die Sicherung von Rechtsansprüchen der Vertriebenen bemüht. Ging es am Beginn darum, die rund 350.000 nach Österreich Geflüchteten und meist mittellosen Menschen zu unterstützen, die Familien wieder zusammenzuführen, die Wohnungsnot zu beheben und eine soziale Hilfestellung zu erlangen, so galt die Arbeit bald den Bemühungen um eine gesetzliche Absicherung der Betroffenen, die auch in den



VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller bei seiner Begrüßungsrede im „Haus der Heimat“

60er-Jahren zu wichtigen Gesetzesbeschlüssen führte.

Das von Reimann realisierte Kulturzentrum im 3. Wiener Gemeindebezirk wurde vom damaligen Nationalratspräsidenten Heinz Fischer seiner Bestimmung übergeben und wird nun in einen musealen Betrieb übergeführt.

2014 konnte mit dem ORF eine fünfteilige Serie über das Leben und Wirken der heimatvertriebenen deutschen Altösterreicher unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Universitätsprofessoren Arnold Suppan und Stefan Karner produziert werden.

Seit 2001 veranstaltet der VLÖ jährlich ein Symposium, um die Kontakte zwischen den deutschen MinderheitenvertreterInnen zu vertiefen.

Kärntner Lorbeer für Reimann

Zwei Wochen zuvor, am 4. Oktober, konnte der VLÖ einen besonderen Gast begrüßen: Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser war nach Wien in das Kulturzentrum „Haus der Heimat“ gekommen, um Präsident Reimann mit dem „Kärntner Lorbeer für ehrenamtliche Tätigkeit in Silber“ für dessen langjährige verdienstvollen Tätigkeiten im Sinne der Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen auszuzeichnen. Zahlreiche Festgäste, darunter der SPÖ-Landtagsabgeordnete und stv. Klubvorsitzende Kurt Stürzenbecher, die Vertreter des VLÖ-Präsidiums – LAbg. aD Gerhard Zeihsel, Ludwig Niesselberger und Dieter Lütze – sowie weitere VLÖ-Funktionäre und Freunde Reimanns waren ebenfalls zur Festveranstaltung gekommen. VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller, der durch das Programm führte, bedankte sich im Zuge seiner Ausführungen

eingangs ganz besonders beim Landeshauptmann dafür, daß dieser im Rahmen der Auszeichnungsfeier extra ins „Haus der Heimat“ gekommen war und ließ dabei freilich nicht unerwähnt, daß insbesondere das Land Kärnten in den vergangenen Jahren ein besonderer Förderer von zahlreichen Projekten des VLÖ war und ist.

In seiner Laudatio lobte der Landeshauptmann Reimann für dessen jahrzehntelange Anstrengungen im Rahmen seiner zahlreichen verantwortungsvollen Tätigkeiten und Funktionen – nicht nur im Sinne seiner donauschwäbischen Landsleute, sondern im Besonderen als Unterstützer aller heimatvertriebenen deutschen Altösterreicher. ■

<http://www.vloe.at>

Quellen: Parlamentskorrespondenz, VLÖ

PaN-Preis 2018 vergeben

Preisträger der jährlichen Auszeichnung des BMEIA ist heuer die Österreichisch-Albanische Freundschaftsgesellschaft-PaN



Nach der feierlichen PaN-Preisverleihung (v.l.): PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, PaN-Albanien Präsident Botschafter i.R. Arno Riedel, Botschafterin Teresa Indjein BMEIA, Botschafter Albanien in Wien Roland Bimo, Botschafterin und PaN-Vorstand Petra Schneebauer BMEIA, PaN-Geschäftsführer Walter J. Gerbautz und PaN-Präsident Hermann Mückler.

Im Rahmen eines Festakts in der Diplomatischen Akademie in Wien erfolgte am 30. Oktober entsprechend dem Motto des Kulturjahres „Österreich-Albanien 2018 – Gemeinsames Neuentdecken“ sowohl die Präsentation der deutschen Fassung des gleichnamigen Buches als auch die Verleihung des PaN-Preises 2018 des BMEIA.

Nach der Begrüßung der zahlreichen Festgäste durch den Hausherrn Botschafter Erich Brix führte Botschafter Stephan Vavrik elegant durch den festlichen Abend.

Der Botschafter der Republik Albanien in Wien, Roland Bimo, dankte allen, die an der Gestaltung des österreichisch-albanischen Kulturjahres 2018 mitgewirkt haben, denn ganz im Sinne des Mottos „Gemeinsames Neuentdecken“ lag der Fokus im Kulturjahr nicht nur auf den historischen Verbindungspunkten zwischen Österreich und Albanien, sondern auf der gegenwärtigen Freundschaft beider Länder.

Vor diesem Hintergrund wurden und werden in erster Linie zeitgenössische Kunst, Kultur und Innovationen von jungen KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus Öster-



Fotos: BMEIA / Mahmud

Botschafter Emil Brix, Direktor der Diplomatischen Akademie, bei seiner Begrüßung

reich und Albanien verstärkt gefördert und präsentiert.

Im Rahmen des Festaktes kamen auch die beiden Integrationsbotschafter des Österreichischen Integrationsfonds, Fitore Morina und Bahri Trojer, zu Wort.

Die Leiterin der Sektion für Kulturelle Auslandsbeziehungen des BMEIA, Botschafterin Teresa Indjein, berichtete, daß in enger kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit im Kulturjahr Österreich-Albanien 2018 über 100 Veranstaltungen,

Österreich, Europa und die Welt – PaN

Konzerte, Theater- und Tanzvorstellungen, sowie Filmvorführungen, Ausstellungen und journalistische Projekte in beiden Ländern stattgefunden haben. 2018 konnten die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Albanien noch weiter ausgebaut und intensiviert, und dadurch der Öffentlichkeit der beiden Länder nähergebracht werden. Das gemeinsame Ziel war es, die österreichischen und albanischen Kulturverbindungen zu stärken und den interkulturellen Austausch nachhaltig zu fördern. Botschafterin Indjein dankte namens des BMEIA allen AkteurInnen, die an der erfolgreichen Umsetzung mitgewirkt haben – speziell jenen Personen, die sich an der Gestaltung des an diesem Abend präsentierten Buches „Gemeinsames Neuentdecken“ verdient gemacht haben.

Im Anschluß gab Lukas Jeranek, ein hoffnungsvoller Studiosus am Max Reinhard-Seminar, einige Kostproben aus der deutschsprachigen Version, gleichsam eine Premierelesung in Österreich.

Der zweite Teil des Festaktes bildete die PaN-Preisverleihung des BMEIA 2018 an die österreichisch-albanische Freundschaftsgesellschaften-PaN.

Dazu führte der Präsident des Dachverbandes aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften PaN, Hermann Mückler, die Anwesenden in die umfassende bilaterale und multilaterale völkerverbindende Tätigkeit des Dachverbandes und seiner mehr als 120 Freundschaftsgesellschaften ein. Eine von diesen bilateralen sehr aktiven Gesellschaften so Mückler, ist die heute zu würdigende österreichisch albanische Gesellschaft mit ihrem neuen Präsidenten, Botschafter i.R. Arno Riedel, an der Spitze eines dynamischen Vorstandes. Mückler nutzte die Gelegenheit, auch allen anwesenden Mitgliedern und Vorständen der großen PaN-Familie für ihre tägliche ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne der Völkerverständigung einen besonderen Dank auszudrücken.

Speziell danke der PaN-Präsident aber dem gesamten Vorstand der österreichisch albanischen Freundschaftsgesellschaft-PaN für ihr Engagement als Brückenbauer zwischen den beiden Nationen und gratulierte zum PaN-Preis 2018 des BMEIA auf das Herzlichste.

Präsident Arno Riedel dankte seinem gesamten Vorstand für die Unterstützung, die er seit Beginn seiner Präsidentschaft erfahren durfte, und gab der Hoffnung auf weitere gute erfolgreiche Jahre im Rahmen seiner Präsidentschaft Ausdruck. Weiters bedankte er sich herzlich bei den Verantwortlichen des



Botschafter i.R. Arno Riedel, Präsident der Österreichisch-Albanischen Gesellschaft erhielt aus den Händen von Botschafterin Petra Schneebauer, Leiterin der Konsularsektion und des Unternehmensservice des BMEIA, den PaN-Preis 2018 überreicht.



v.l.: Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Sektion für Kulturelle Auslandsbeziehungen des BMEIA, Botschafter i.R. Arno Riedel und Bundesministerin a.D. Elisabeth Gehrer, Ehrenpräsidentin der österreichisch albanischen Gesellschaft-PaN

BMEIA und dem Dachverband- PaN für die ehrende Zuerkennung des PaN-Preises des BMEIA 2018.

Dann überreichte Botschafterin Petra Schneebauer, Vorstandsmitglied des Dachverbandes-PaN und Leiterin der Konsularsektion und des Unternehmensservice des BMEIA, den PaN-Preis an den Präsidenten Arno Riedel.

Das Schlußwort hatte die Ehrenpräsidentin der österreichisch albanischen Gesellschaft-PaN, Bundesministerin a.D. Elisabeth Gehrer, die in vielen launigen Anekdoten einen Rückblick in die vielfachen völkerverbindenden Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft im Laufe ihrer langjährigen Präsidentschaft gab.

Botschafter Vavrik am Ende des offiziellen Teiles lud namens des BMEIA die Fest-

gäste zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch in die Räumlichkeiten der Diplomatischen Verwaltungskademie ein.

Für die exzellenten musikalischen Kostbarkeiten sorgten die Mezzosopranistin Flaka Goranci und der Gitarrist Alfred Bushi. Die Sängerin wählte Wien als Wahlheimat und sang bereits in zahlreichen renommierten Opernhäuser und Musiksälen unter anderem in Wien, Israel und Albanien. Der Gitarrist hatte nach seiner Ausbildung an der Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien bereits diverse Internationale Auftritte bei Musikfestivals und er verfolgt eine internationale Konzerttätigkeit. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

<https://www.da-vienna.ac.at/de/>

<http://www.dachverband-pan.org>

<http://www.albanien.or.at>

PaN-Preis des Burgenlandes 2018 vergeben

Auszeichnung für außergewöhnliche Initiativen im Bereich
der Entwicklungshilfe und der Völkerverständigung



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Gruppenbild mit den Preisträgern des PaN-Österreich-Awards und des PaN-Preises des Landes Burgenland (v.l.): PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter Gerbautz, Vila-Vita-GF Bert Jandl, Landeshauptmann Hans Niessl, Laura Suarez u. Generalsekretär Felix W. Ratcliffe von der Österreichisch Argentinischen Gesellschaft, Präsident Emmerich Bachmayer, Österreichisch-Guatemaltesische Gesellschaft, Präsident Peter Hemmelmaier, Österreichische Namibia-Gesellschaft, und PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler

Im Rahmen eines Festaktes mit zahlreichen VertreterInnen von mehr als 40 Nationen wurden am 11. Oktober in der Vila Vita Pannonia in Pamhagen die PaN-Preise des Landes Burgenland durch Landeshauptmann Hans Niessl und PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler verliehen. Mit dem Preis werden außergewöhnliche Initiativen im Bereich der Entwicklungshilfe und der Völkerverständigung gewürdigt. Die diesjährigen Preise des Burgenlandes gingen an die Österr.-Argentinische, die Österr.-Guatemala und Österr.-Namibia PaN-Gesellschaft. Den PaN-Preis des „Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Freundschaftsgesellschaften – PaN“ für das Lebenswerk durften Landeshauptmann Niessl und Vila Vita-Geschäftsführer Bert Jandl entgegennehmen.

„Ich darf seitens des Landes einen großen Dank an die heutigen Preisträger aussprechen, die mit ihrem vorbildlichen Einsatz ein besonderes Beispiel für Menschlichkeit geben. Mit ihren Initiativen werden sie im



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Nach der Verleihung der PaN-Österreich-Awards für das Lebenswerk an Landeshauptmann Hans Niessl und Vila Vita-Geschäftsführer Bert Jandl (v.l.): PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler, Vila-Vita-Geschäftsführer Bert Jandl, Landeshauptmann Hans Niessl und PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter Gerbautz

Österreich, Europa und die Welt – PaN



Fotos: PaN / Florian Wieser

Der „Vila Vita-Erlebnisobstgarten“ war für die feierliche Verleihung der PaN-Persönlichkeits-Awards 2018 und die Überreichung der PaN-Burgenland Projektunterstützung an Argentinien, Guatemala und Namibia optimal geeignet.

bestem Sinn und vorbildhaft jenen Zielen und Ansprüchen gerecht, die wir mit dem Preis verbinden: Entwicklungshilfe zielgerichtet vor Ort, auch Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und damit zu einer friedlicheren Welt beizutragen. Dazu braucht es viel Herz und Engagement, und das zeichnet die Preisträger in hohem Maß aus“, erklärte Niessl.

PaN-Preise des Landes für Projekte in Argentinien, Guatemala und Namibia

Ein PaN-Preis des Burgenlandes wurde der Österreichisch-Argentinischen Gesellschaft für ein Projekt überreicht, das sich der Förderung und musikalischen Bildung von Kindern im Armenviertel von Córdoba widmet.

Ein weiterer PaN-Preis ging an die Österreichisch-Guatemalteckische Gesellschaft, die bereits einen Schulbau in Guatemala realisiert hat und noch heuer ein Fernsehgerät und Laptops an die Schule übergeben wird.

Den PaN-Preis des Burgenlandes erhielt auch die Österreichisch-Namibische Gesellschaft, die eine kleine, ehrenamtlich geführte Klinik unterstützt, die kostenlose HIV-Tests für Bedürftige durchführt und von Aids Betroffenen Beratung und Hilfe bietet.

PaN-Österreich-Awards für ihr Lebenswerk an Hans Niessl und Bert Jandl

Den PaN-Award des „Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Freundschaftsgesellschaften – PaN“ durften Landeshauptmann Niessl und Vila Vita-Geschäftsführer Bert Jandl für ihr Lebenswerk entgegennehmen:

Er habe „als Landeshauptmann das Burgenland in vielen Bereichen auf die Überholspur gebracht, dabei immer über den Tellerand geblickt und nie auf das Völkerverbindende vergessen. Er pflegt regelmäßige Kon-



Fotos: PaN / Florian Wieser

Unter den Festgästen (v.l.): Burgenlands Soziallandesrat Norbert Darabos, die Winzer Roland und Ernst Steindorfer (Sohn und Vater) und Tourismus- und Hotelperte Hans Tauber

takte zu ausländischen Vertretungen ebenso wie zu bilateralen Freundschaftsgesellschaften“, sagte PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler in seiner Laudatio an Niessl.

Jandl sei „ein höchst erfolgreicher Hotelmanager, der mit der Ferienanlage einen Ort geschaffen hat, an dem Menschen aus der ganzen Welt gerne zusammenkommen, und ein Mensch, der seine Tätigkeit stets auch im Sinne der Solidarität ausübt und sich für das große Ganze einsetzt“, so PaN-Vizepräsident Oskar Wawra in seiner Laudatio. Jandl sei nicht nur ein großer Förderer von „Licht ins Dunkel“, sondern seit Jahren auch Unterstützer verschiedener PaN-Gesellschaften.

»PaN – Partner aller Nationen«

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind in Österreich zahlreiche bilaterale Freundschaftsgesellschaften entstanden, die die Beziehungen zwischen Österreich und der Staatenwelt über die diplomatische Ebene hinaus pflegen und ergänzen. Sie sind im

„Dachverband aller Österreichisch-Ausländischen Freundschaftsgesellschaften – PaN“ zusammengeschlossen. Im Rahmen seiner Tätigkeiten werden die „PaN-Preise“ an Persönlichkeiten und Organisationen vergeben, die sich für Völkerfreundschaft und den Weltfrieden einsetzen.

2007 wurde vom Dachverband der „PaN-Preis des Burgenlandes“ ins Leben gerufen. Mit der Auszeichnung werden Menschen geehrt, die mit viel Initiative und Eigenleistung Brücken bauen, vor Ort Hilfe leisten und damit hilfsbedürftigen Menschen eine Zukunft bieten. Zu den bisherigen Preisträgern des PaN-Burgenland-Preises zählen unter Josef Haubenwallner, Eigentümer und Leiter des Dorf museums Mönchhof, der die Wintermonate in Uganda damit verbringt, Schuleinrichtungen zu bauen, oder Prof. Jutta Unkart-Seifert, die sich um Straßenkinder in Arat in Rumänien kümmert. ■

<http://www.dachverband-pan.org>
<https://www.vilavitapannonia.at>

Brückenschlag zwischen China und Kärnten

LHStv.in Schaunig empfing chinesische Wirtschaftsdelegation – Viele Anknüpfungspunkte zwischen Kärnten und China – Kooperation soll weiter vertieft werden



Foto: LPD / Peter Just

Gruppenfoto anlässlich des Empfangs der chinesischen Wirtschaftsdelegation im Spiegelsaal

Im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung empfing LHStv.in Gaby Schaunig am 31. Oktober eine chinesische Wirtschaftsdelegation rund um Botschaftsrat Chang Liu. Sie besuchte Kärnten im Rahmen des „China Businessforum 2018“, das tags zuvor in Pörschach über die Bühne ging. Dabei trafen sich chinesische und österreichische Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung unter dem Thema „Chinese Megatrends“, um mögliche Kooperations- und Investitionsmöglichkeiten in beiden Ländern auszuloten. Im Fokus standen dabei drei „Megatrends“: die Neue Seidenstraße, die Olympischen Spiele 2022 in Peking sowie die Entwicklung im Bereich der „Smart Cities“.

Technologiereferentin Schaunig begrüßte die Delegation auch im Namen des Landeshauptmanns sehr herzlich in den Empfangsräumen der Kärntner Landesregierung. „Gerade im Zeitalter der Digitalisierung wird der Handschlag und die direkte Kommunikation zwischen Menschen immer wichtiger“, erklärte Schaunig.

Botschaftsrat Chang Liu bedankte sich sehr für den Empfang in der Kärntner Landesregierung. „Das China Businessforum schlägt eine Brücke zwischen China und Kärnten. Derzeit sind die Beziehungen zwischen Österreich und China die besten in ihrer Geschichte. Unsere Beziehungen be-

finden sich auf einer neuen Ebene, und zwar auf der Ebene der freundschaftlich getragenen, strategischen Partnerschaft. Unsere bilateralen Beziehungen haben sich gerade in den letzten Monaten sehr stark entwickelt“, so Chang Liu.

„Das Handelsvolumen zwischen unseren beiden Ländern beläuft sich bereits auf 6,4 Milliarden US-Dollar, das ist ein Anstieg von 20 Prozent“, informierte der Botschaftsrat. Man setze sich dafür ein, diese wirtschaftlichen Beziehungen und Kooperationen weiter zu intensivieren. „Kärnten spielt für die bilateralen Beziehungen zwischen China und Österreich eine sehr wichtige Rolle. Wir sind gerne bereit, mit ihnen enger zu kooperieren und mehrere Projekte umzusetzen und diese strategische Partnerschaft näher zu gestalten“, so Liu.

Schaunig betonte im weiteren Verlauf der Gespräche vor allem Kärntens Lebensqualität und seine hohen Umweltstandards. Diese verbinde man mit einem starken Industriebereich und einem starken Technologie- und Forschungsbereich. Es gebe daher sehr viele Anknüpfungspunkte zwischen China und Kärnten. Gerade die kürzlich festgelegten Investitionen von Infineon in den Standort würden deutlich machen, daß Kärnten auch im Bereich der Hochleistungselektronik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie über besondere Stärken verfüge.

Die Mitglieder der Kärntner Delegation, bestehend aus Gilbert Isep, Udo Tarmann, Albert Kreiner und Walter Prutej, stellten im weiteren Verlauf die Assets und Stärken Kärntens als Wirtschafts- und Investitionsstandort vor. So sei Kärnten ein besonders günstiger Verkehrsknotenpunkt, der an die Seidenstraße angebunden sei und über direkte Zugänge zu den Häfen in Koper, Triest und Venedig verfüge. Kärnten sei somit ein perfekter Eingangspunkt für chinesische Betriebe nach Europa. Auch im Energiebereich sei Kärnten vorbildhaft aufgestellt und verfüge über 53 Prozent Erneuerbare Energie. So biete die Kelag als Landesenergieversorger zu 100 Prozent grüne Energie an. Gerade im Bereich der Errichtung und des Betriebs von Kleinkraftwerken und im Anlagenbau verfüge Kärnten über eine hohe Expertise. Das „China Businessforum 2018“ habe zudem das hohe gegenseitige Interesse zwischen Kärnten und China eindrucksvoll unter Beweis gestellt, erklärten die Delegationsmitglieder.

„Ich hoffe, daß sie sehr viele positive Eindrücke von Kärnten gewinnen konnten“, erklärte Technologiereferentin Schaunig. Die Mitglieder der chinesischen Delegation absolvierten auch Betriebsbesichtigungen und besuchten den Pyramidenkogel als touristisches Highlight. ■

<https://www.ktn.gv.at>

Salon Europa-Forum Wachau

Erfolgreicher Start der Salonreihe – Landesrat Martin Eichtinger:
EU-Kommunikation verstärken und E-Voting ausbauen



Foto: Büro LR Eichtinger / Josef Bollwein

Gruppenfoto im Augustinersaal des Stifts Klosterneuburg (v.l.): Fritz Jergitsch, (Gründer „Die Tagespresse“), Thomas Lampoltshammer (Donau Uni Krems), Moderatorin Bettina Prendergast (ehemalige ORF-London-Korrespondentin), Sonja Zwazl (Präsidentin WKNÖ), EU-Landesrat Martin Eichtinger, Prälat Bernhard Backovsky (Probst Stift Klosterneuburg), Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager, Thomas A. Henzinger (Präsident des IST Austria) und Krzysztof Pietrzak (Professor für Kryptographie, IST Austria)

Am Abend des 9. Oktober fand im Stift Klosterneuburg der erste Salon des neuen „Europa-Forum Wachau“ zum Thema „Technologisierung: Fluch oder Segen für die Demokratie?“ statt. Rund 200 Gäste waren gekommen. Auf Einladung von Niederösterreichs EU-Landesrat Martin Eichtinger diskutierten unter der Moderation der ehemaligen London-Korrespondentin des ORF, Bettina Prendergast, hochkarätige Gäste wie Fritz Jergitsch (Gründer „Die Tagespresse“), E-Governance-Experte Thomas Lampoltshammer (Donau Universität Krems) und Krzysztof Pietrzak (Kryptographieexperte IST Austria). Die zentrale Frage des Salons beschäftigte sich mit der Auswirkung der Digitalisierung auf die politische Kommunikation.

„Digitalisierung, das ist natürlich etwas, was eine Journalistin tagtäglich wahrschein-

lich auch am eigenen Leib am eigenen Handy im wahrsten Sinne des Wortes widerfährt“, leitete Prendergast den Abend ein, „das ist ganz wichtig. Wenn wir recherchieren, dann greifen wir immer mehr auf soziale Netzwerk-Seiten zurück, wenn wir etwa Betroffene für eine Geschichte suchen. Die finden wir auf Twitter, auf Instagram oder auf Facebook, wenn wir zum Beispiel Mindestsicherungsbezieher oder Flüchtlinge für ein Gespräch brauchen. Privat habe ich mich eigentlich wieder von Facebook und Twitter verabschiedet.“ Sie selbst schau es sich noch ab und zu gerne an, es sei ihr aber alles eben privat alles ein bißchen zu viel geworden. „Und ich möchte Ihnen noch gerne ein Zitat mit auf den Weg geben, bevor wir anfangen: ‚Die meisten Zitate im Internet sind falsch.‘ Das hat Aristoteles damals gesagt.“

„Wir wollen heute darüber diskutieren, wie und wo wir in der digitalen Welt Wahrheit finden, ob der Kampf gegen Fake News überhaupt zu gewinnen ist, und was jeder einzelne von uns beachten sollte, wenn er sein Leben online stellt; wie das mit der Sicherheit aussieht; und wir wollen auch wissen, wie stark Digitalisierung und Technologisierung unser Leben verändert haben. Aber Sie, liebes Publikum, sollen ja heute Abend nicht nur aufmerksam zuhören, Sie sollen nämlich auch mitreden, Ihre Meinung kundtun.“

Das Voting Tool

Beeindruckend war im Zusammenhang damit die Möglichkeit für die Anwesenden, sich via Mobiltelefon zu den Themen direkt zu äußern. Durch Einbuchten in eine Webseite konnte mittels Anklicken von entsprechenden Buttons auf dem Display die jewei-

Österreich, Europa und die Welt

lige Meinung vermittelt werden, deren Auswertung in Echtzeit auf mehreren Monitoren verfolgt werden konnte.

Die erste Gesprächsrunde

Zur ersten Gesprächsrunde wurden dann der „Hausherr“ des Stifts, Prälat Bernhard Backovsky, der Bürgermeister von Klosterneuburg, Stefan Schmuckenschlager, Stefan Schmuckenschlager, der Informatiker Prof. Thomas A. Henzinger, Präsident des Institute for Science and Technology Austria, und Sonja Zwazl, Präsidentin der Wirtschaftskammer Niederösterreich, auf die Bühne gebeten.

„Nun habe ich gleich eine Frage, Herr Prälat“, so Prendergast: „Die Katholische Kirche bietet in Deutschland Beichten online an. Ist eine online-Beichte in ihren Augen eine vergebene Beichte?“

„Nach geltendem Kirchenrecht und dem Verständnis der Sakramente setzt die Beichte das Gespräch voraus – ähnlich wie beim Therapeuten, Psychologen, den Menschen als Vis-a-vis. Sonst kann ja jeder kommen und mir einen Roman erzählen. Ich muß ihn von Angesicht zu Angesicht sehen. Man sieht schon sehr viel, wie es dem Menschen geht, ob er es auch ernst nimmt. Ich gehe jetzt nicht aus von einem Beichtstuhl mit einem vergitterten Fenster wie in einem Hühnerstall. Es geht hier um ein Gespräch, das ja auch eine gute Nachricht für den Menschen sein soll.“ „Leider Gottes“ sei es ja so weit gekommen, daß in den Pfarren nicht jeden Sonntag Gottesdienste abgehalten werden könnten, son-



Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer

Die erste Gesprächsrunde (v.l.): Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager, Präsidentin Sonja Zwazl, Moderatorin Bettina Prendergast, Prälat Bernhard Backovsky und Professor Thomas A. Henzinger

dern nur Wortgottesdienste. „Und dann bleiben viele Zuhause und feiern den Gottesdienst via Fernsehen mit“, so der Abt.

Dann wandte sich Prendergast an Sonja Zwazl: „Die ÖsterreicherInnen sind ganz fleißige Onlineshopper. 7 Milliarden Euro haben sie im vergangenen Jahr laut der letzten e-Commerce Studie im Internet ausgegeben, aber mehr als die Hälfte davon im Ausland. Jetzt ist die Frage: Sind unsere österreichischen Anbieter noch nicht online-fit, müssen sie gestärkt werden oder woran liegt es ihrer Meinung nach?“

„Ich denke schon, daß unsere Händler fit sind“, so Zwazl. Es sei ganz einfach so, daß gerade die großen Firmen einen ungeheuren Vorteil hätten, „weil sie halt hier mit viel mehr Kapital gestartet sind. Also ungefähr 9,7 Prozent des gesamten österreichischen Handelsaufkommens gehen ins Ausland. 75 Prozent unserer Betriebe, unserer Händler, betreiben einen Webshop und 24 Prozent sind Onlinehändler. Ich denke aber, wenn sie die steuerlichen Vorteile hätten, wie die ausländischen Onlinehändler, dann wär's für uns auch wesentlich attraktiver.“ Auf der an-



Foto: Büro LR Eichinger / Josef Bollwein

Österreich, Europa und die Welt

deren Seite dürfe man aber nicht vergessen, daß der ausländische Onlinehandel keine Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort schaffe. „Wenn ich in Klosterneuburg durch die Stadt gehe, würde ich mir ansehen, wie traurig das aussehen würde, wenn wir keine ansässigen Händler hätten. Und die bieten dementsprechende Qualität und auch das Einkaufserlebnis. Es wird beides geben, denn wir sehen auch, daß die Zuwächse nicht mehr so rasant sind wie am Anfang“, so Zwazl

Die nächste Frage wurde dann an Prof. Henzinger gerichtet, ob die Wissenschaft am meisten von der Digitalisierung profitiert und ob sie am schnellsten reagiert habe.

„Es ist natürlich so, daß jede technologische Erneuerung massiv und schon sehr rasch die Wissenschaft verändert. Also, so wie die nächste Generation von Autos mehr oder weniger Computer mit Rädern sein werden, so sind heute alle unsere Hochleistungsmikroskope Computer, die Laser und optisches Zubehör haben“, so Henzinger. Da gehe es um Bildverarbeitung, um ganz massives Rechnen. „Aber ich denke, wir sollten uns daran zurückerinnern: die Kausalität ist ja genau umgekehrt – es fallen ja Digitalisierung und technologischer Fortschritt nicht vom Himmel. Das geht ja auf die Wissenschaft, auf wissenschaftliche Erkenntnisse zurück.“

Dann wurde Bürgermeister Schmuckenschlager gefragt, ob die KlosterneuburgerInnen noch aufs Amt kommen müßten oder ob sie schon alles online erledigen könnten.

„Man muß natürlich wegen vieler Dinge noch aufs Amt. Wir bemühen uns aber, so viel wie möglich zu machen. Sie können, um ein praktisches Beispiel zu nennen, Formulare bekommen, sie können uns den Wasser-



Foto: Büro LR Eichtinger / Josef Bollwein

Landesrat Martin Eichtinger: „Ich glaube, wir müssen vielmehr sprechen über das, was die EU bringt, über die Erfolge der Europäischen Union.“

zählerstand per Foto melden, sie können über ein e-Formular eine Urnenbeisetzung bei uns beantragen. Das meiste betrifft den Informationsaustausch“, so Schmuckenschlager. „Was noch nicht angeboten wird ist, daß gewisse Schritte automatisiert dahinterliegen. Denn derzeit tauscht man halt auf andere Art und Weise Zettel, und das Abarbeiten funktioniert noch so wie bisher. Und manche Vorgänge machen es aber auch notwendig, daß man aufs Amt kommt.“ Wie es dann am Amt am Schalter funktionieren wird, das wird in Zukunft eine große Frage für Klosterneuburg sein, „der wir uns stellen. Wir wollen ein neues Rathaus etablieren und das sollte dann auch schon eine Möglichkeit bieten, daß man vielleicht 24 Stunden am Tag etwas abwickeln kann. In Kopenhagen gibt es solche

Beispiele bereits. Das schönste daran ist, daß es ein Thema ist, wo die Menschen unbefangen mit der Zukunft umgehen. Es gibt wohl ein bißchen Sorge, aber selten ein Thema, wo man in der Politik so viel über die Zukunft spricht wie bei der Digitalisierung.“

Landesrat Martin Eichtinger

„Den nächsten Herrn muß ich Ihnen sicher nicht vorstellen, aber ich werde es trotzdem tun: es ist Landesrat Martin Eichtinger. Gleich zu Beginn ein Gruß von meinen ehemaligen Londoner Journalisten-KollegInnen, sie vermissen Sie alle sehr. Sie haben schon ein oder zwei Tränen zerdrückt, als sie London verlassen haben – Sie sind ja auch 2017 Botschafter des Jahres geworden. Wir haben hier noch ganz hoffnungsvoll auch die britische Flagge zu den anderen EU-Flaggen in die Vase gesteckt. Die Briten haben mehrheitlich für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Sie sind zu dieser Zeit ja Botschafter in London gewesen, wie ist es dazu gekommen?“, fragte Prendergast.

„Ich glaube, für uns alle, die wir begeisterte Europäer sind und für mich ganz persönlich, war das eine ganz große Enttäuschung“, so der Landesrat. „Wie ist es dazu gekommen? Es war ein ganz massives, innenpolitisches Taktieren. Das wissen wir. Aber es war natürlich auch, daß der Europagedanke bei den Briten nicht so richtig Fuß gefaßt hat. Über die Jahre haben die Briten eine große Europa-Skepsis gehabt. Das sieht man zum Beispiel an öffentlichen Gebäuden, wo zwar die britische, aber keine EU-Flagge weht. Es gibt, wenn es um EU-Projekte geht, keinen Hinweis darauf, daß die Europäische

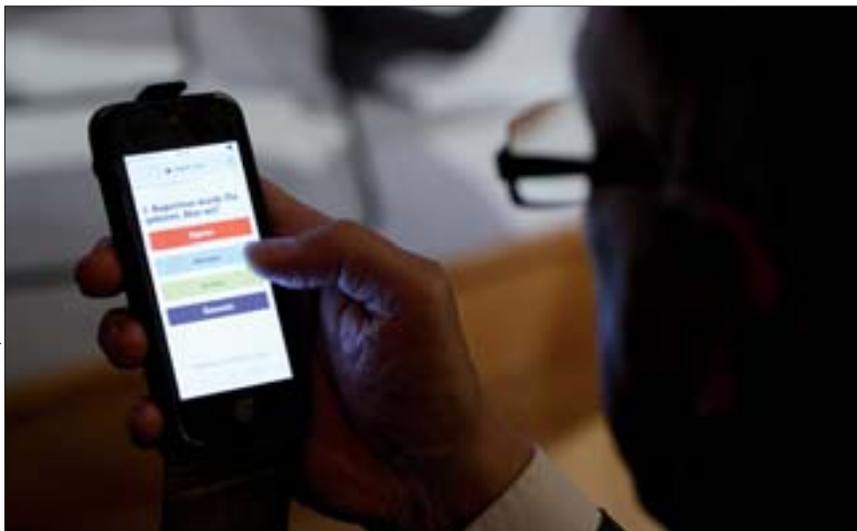


Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Die TeilnehmerInnen am Salon Europa-Forum Wachau hatten die Möglichkeit, via Mobiltelefon in Echtzeit an einem Voting teilzunehmen.

Österreich, Europa und die Welt

Union dahinter steht. Also so richtig haben das die Briten nie verinnerlicht. Und dann kam zum Zeitpunkt des Brexit das Thema Migration, die Flüchtlingswelle, dazu, was die Briten sehr verstört hat“, so Eichtinger. Migration sei für die Briten ein wirklich abschreckendes Bild gewesen, es sei also zu hoffen, daß dann ein Austrittsabkommen erreicht werden könne. „Denn für uns in der Europäischen Union wäre es schlimm, wenn kein solches geben würde. Für die Briten wäre es eine wirkliche Katastrophe. Man sieht das schon jetzt an der Entwicklung der Wirtschaft in Großbritannien und es wird in der Zukunft für die Briten sicher nicht besser werden.“

Die Zeitfrage sei hier ein ganz entscheidender Faktor. Sollte bei einem Sondergipfel im November das Abkommen über den Brexit abgeschlossen werden können, müßte es noch durch die zwei britischen Parlamentskammern, durch das europäische Parlament und durch den Europäischen Rat – „und das alles soll sich bis zum 29. März 2019 ausgehen. Also es ist höchste Zeit, daß es Bewegung gibt. Wir hoffen sehr darauf und wünschen uns natürlich ein Abkommen mit den Briten“, stellte EU-Landesrat Martin Eichtinger fest.

Es sei aber schon so, so Prendergast, daß die EU ihre Krisen habe und „wir uns auch immer mehr und immer stärker eher als Österreicher sehen, eher als Deutsche oder als Ungarn und nicht so sehr als Europäer. Wir identifizieren uns nicht so sehr mit der EU.



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Landesrat Martin Eichtinger und Moderatorin Bettina Prendergast

Was müßte sich denn ändern, damit wir wieder mehr EU sind?“

„Ich glaube“, so Eichtinger, „wir müssen vielmehr sprechen über das, was die EU bringt, über die Erfolge der Europäischen Union. Das ist ein wirklicher Kommunikationsauftrag, der trifft uns natürlich als Mitgliedsstaaten, trifft uns national, aber das trifft in besonderem Maße auch die Europäische Union. Und wir haben uns das angesehen, die Europäische Union hat unglaublich wenig Budget für Kommunikation vorgesehen. Wenn man sich ansieht, was Unternehmen normalerweise für Kommunikation über ihre Erfolge und Produkte ausgeben –

jetzt kann man die EU nicht mit einem Unternehmen vergleichen, aber sie hat für 2019 nur rund € 100 Millionen für Kommunikation budgetiert. Und das, obwohl sie doch Tausende von Projekten um Milliarden Euro fördert. Das ist wirklich sehr, sehr wenig. Das sind 0,05 Prozent des EU-Budgets. Also ich würde mir erwarten, daß es auch ein mehr an Kommunikation der Europäischen Union gibt, aber wir wollen das natürlich gerade im Hinblick auf die Europawahlen im nächsten Mai auch als Österreich und in meinem Fall als Niederösterreich unbedingt leisten.“

„Sie sind ja quasi der Außenminister Niederösterreichs, wenn man das so sagen



Foto: Büro LR Eichtinger / Josef Bollwein

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Büro LR Eichinger / Josef Bollwein



Die drei Fachmänner im Gespräch (v.l.): Moderatorin Bettina Prendergast, Fritz Jergitsch, (Gründer „Die Tagespresse“), Krzysztof Pietrzak (Professor für Kryptographie, IST Austria) und Thomas Lampoltshammer (Donau Uni Krems)

kann. Sie sollen ja Niederösterreich stärker auch international positionieren, wie sieht den Ihr Plan dafür aus?“

Der Salon Europa Forum Wachau, so Eichinger weiter, sei genau eines der Elemente. Er habe den Auftrag von der Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Niederösterreich noch stärker zu europäisieren, internationalisieren, und das Europa Forum Wachau sei international *das* große Vorzeigeprojekt. „Das werden wir in der Zukunft weiter ausbauen, werden es modernisieren, werden es digitalisieren, werden ein großes internationales Stipendienprogramm anbieten, Studenten hierher bringen. Wir werden hochkarätige Redner haben, wir werden schauen, daß man den Herzschlag Europas im nächsten Sommer in der Wachau wirklich spürt, wenn wir Mitte Juni wieder das Europa Forum Wachau dort abhalten. Aber wir haben diese Marke Europa Forum Wachau im Stift Göttweig auch unterjährig in den Mittelpunkt unserer Europäisierung gestellt. Wir veranstalten sechs Salons – der heutige ist übrigens der Kick-off. Wir haben uns etwas Besonderes einfallen lassen: Wir wollen sie alle an unserem Salon durch das Voting teilhaben lassen, das wir gerade gesehen haben. Ich bedanke mich schon jetzt dafür, denn alles, was Sie abstimmen werden, werden wir am Ende in das Europa Forum Wachau im Stift Göttweig integrieren. Das heißt, die Ergebnisse aller sechs Salon Europa Foren werden dort eingebracht werden“, schloß Eichinger.

Umfrage unter KlosterneuburgerInnen

Dann wurde eine Video-Zuspielung gezeigt, in der KlosterneuburgerInnen gefragt

wurden, ob sie künftig ihre Stimme zu einer Wahl online abgeben würden. Die Antworten lauteten: „Das kann ich mir gut vorstellen, wenn die Datensicherheit gewährleistet ist.“ „Auf alle Fälle, wenn die Sicherheit gegeben ist, schon.“ „Wenn ich könnte, schon, aber ich kann nicht, weil ich nur ein Altweiber-Handy habe.“ „Ja, das kann ich mir sehr wohl vorstellen. Die Datenübermittlung ist ja personifiziert.“ „Ja, sofern das ganze sicher ist und daß man das nicht irgendwie Hacken kann, sodaß man doppelt wählt oder so.“ „Ich bin sehr dafür, daß man neben einer Briefwahl eine noch einfachere Art hat seine Stimme abzugeben.“ „Ich werde davon Gebrauch machen, wenn es im Rahmen des Datenschutzes in Ordnung ist.“ „Ja, wenn sichergestellt ist, daß nur ich meine eigene Stimme abgeben und keiner für mich wählen kann.“ „Ja, wenn die Daten nicht weitergegeben werden, sprich, daß es eine geheime Wahl ist.“ „Ja, wenn es eine unabhängige Überprüfung gibt, wenn die Datensicherheit gewährleistet ist und es eine einfache Anleitung über Video dafür gibt, wie man sich anmeldet usw.“

Drei Fachmänner im Gespräch

Prendergast: „Technologisierung – Fluch oder Segen für die Demokratie“, das ist unser Thema heute. Nun darf ich auf die Bühne bitten: Fritz Jergitsch, Gründer und Herausgeber von „Die Tagespresse“, Thomas Lampoltshammer, stellvertretender Leiter des Zentrums für e-Governance an der Donau Universität Krems, und Krzysztof

Pietrzak, Professor für Kryptographie am Institute of Science and Technology.

Die Demokratie hat ja sehr viele Vorteile, freie Wahlen, das Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz, Schutz der Bürger- und Grundrechte, nicht zu vergessen die Meinungs- und Pressefreiheit. Aber das hat alles schon vor dem Internet gegeben. Es ist die Frage, sehen Sie Gefahren in Zukunft durch die Digitalisierung für unsere demokratischen Grundrechte?

Pietrzak: Wie in vielen anderen Bereichen bringt Digitalisierung auch hier extrem viele neue Möglichkeiten, aber auch Gefahren. Wir arbeiten daran, daß wir diese besser verstehen, technische Lösungen finden, um diese Gefahren irgendwie zu umgehen. Und natürlich muß die Politik einen Rahmen dafür vorgeben, wie diese Sachen ablaufen sollen. Natürlich kann es schiefgehen, wenn wir sehen was in China gerade passiert, da laufen Sachen, die man vor ein paar Jahren vielleicht noch als Science-Fiction betrachtet hätte. Wenn man sich dort nicht so verhält, wie die Regierung es möchte, dann bekommt man zum Beispiel keinen Paß, es werden einem Rechte weggenommen. Es ist nur zu hoffen, daß wir das in einer Demokratie, wie wir sie hier haben, nutzen, um den BürgerInnen möglichst viele Vorteile zu schaffen und nicht den Regierenden möglichst viel Kontrolle.

Prendergast: Sie hoffen auf einen verantwortungsvollen Umgang vor allem auch der Regierungen mit dem Internet und es nicht zu verwenden, um die BürgerInnen auszuspielen. Aber die Frage ist: Das Internet

Österreich, Europa und die Welt

hat – so frei und so offen für alle es ist, jeder kann mit jedem, es ist super demokratisch – aber sichtlich auch seine Schattenseiten. Die Frage ist: Wie beunruhigt sind Sie da, in welche Richtung das von der Entwicklung her geht? Stichwort Rußland, Hacker, US-Wahlen.

Wenn man da manchmal Berichte liest, stockt einem der Atem nicht, Herr Jergitsch?

Jergitsch: Ich denke, das ist bei allen neuen Technologien so, daß sie in erster Linie vielleicht doch bedrohlich wirken können und da sind natürlich der Staat oder Staatenbünde wie die EU gefragt, einfach hier auch Grenzen aufzuzeigen, wenn es sein muß. Es gibt seit Mai zum Beispiel die Datenschutzverordnung, und das ist meiner Meinung nach ein ganz wichtiges Signal dafür, daß einmal eine politische Macht auf den Tisch haut und sagt: „He, das ist kein rechtsfreier Raum, Daten sind kein rechtsfreier Raum, auch hier gibt es Gesetze, die exekutiert werden.“ Da muß sich jeder daran halten und ich glaube, so werden wir mit allen Bedrohungen umgehen müssen, die sich irgendwie durch diese neuen Technologien auf tun.

Prendergast: Also sukzessive gesetzlich nachjustieren?

Lampoltshammer: Ja, gesetzlich ist eine Möglichkeit, es geht natürlich auch darum, daß unsere Streitkräfte digitalisiert werden, jede Armee – auch unser Bundesheer – hat schon längst eine Onlinestreitmacht wenn man so will. Nordkorea ist ja bekannt dafür, daß es eine sehr schlagkräftige Hackertruppe hat, Rußland hat das auch. Jede Ebene von politischer Macht wird sicher auch im digitalen Bereich eine Ausformung finden.

Prendergast: Herr Lampoltshammer, läßt sich das Internet kontrollieren? Geht das überhaupt?

Lampoltshammer: Prinzipiell regulieren kann ich alles, die Frage ist, inwiefern es dann am Schluß umgesetzt wird. Ich glaube, was man nicht vergessen darf, ist, daß sich viele, auch wenn es die Möglichkeit gibt oder verboten ist, selbständig in diese Abhängigkeit hineinbegeben. Der Kollege hat das Beispiel mit China vorhin erwähnt. Es ist richtig, es gibt Repressalien, die Leute haben Angst. Auf der anderen Seite bietet das System auch Vorteile. Ich kann leichter reisen, das beginnt beim Fast Lane beim Einchecken am Flughafen bis hin zu „ich darf in die EU ein-



Fritz Jergitsch



Krzysztof Pietrzak



Thomas Lampoltshammer

reisen, was ich sonst nicht dürfte“. Wir reden eigentlich von einer gewissen Art der Selbstaufgabe und sozusagen einem Versinken in diesem System. Und das basiert auf mehr oder weniger freiwilliger Basis. Das darf man nicht vergessen und das würde auch Regulation nicht notwendigerweise aushebeln.

Prendergast: Sie appellieren ein bißchen an die Verantwortung jedes Einzelnen. Wie alles wird auch natürlich mit dem Internet Schindluder getrieben.

Lampoltshammer: Ja, selbstverständlich, denken hilft prinzipiell immer, und um gut denken zu können, ist unter anderem auch Bildung notwendig – aber nicht nur Bildung allgemein, sondern auch im Umgang mit diesen Medien, generell in diesem ganzen neuen virtuellen Raum, der immer mehr mit unserer tatsächlichen Realität verschmilzt.

Prendergast: Denken darf man immer, wir wollen jetzt wissen, was sie über diese Frage denken: Inwiefern stellen die voranschreitenden Technologien und die Digitalisierung eine Gefahr für die demokratischen Grundprinzipien dar? (siehe Chart)

Während der wenigen Minuten, in denen Sie abgestimmt haben, sind weltweit zig-Millionen Tweets versendet, Millionen Likes auf Facebook angeklickt worden. Es sind in jeder Sekunde weltweit ungefähr 6000 Tweets und 24.000 Facebook-Likes. Nun sehen wir an diesen Zahlen, daß diese sozialen Medien ein irrsinnig großes Thema sind, das auch Menschen im Alltag begleitet, vor allem aber Jugendliche. Da stellt sich natürlich die Frage, wie sich unser Leben durch Twitter und Co. verändert. Ist es eine Bereicherung oder ist es auch eine Last?

Jergitsch: Wahrscheinlich beides. Wir verbringen wirklich schon sehr viel Zeit auf mobilen Geräten und sehr viel in unserem Privatleben spielt sich im Internet ab. Wir verwenden WhatsApp mit unseren Partnern, mit unseren engsten Freunden, besprechen die intimsten Sachen, wir laden unsere Urlaubsfotos auf Facebook und Instagram hoch. Also sehr viel von unserem Leben spielt sich schon virtuell ab.

Das kann man nun gut oder schlecht finden – aber es ist die Realität, es ist einfach Teil des Zeitgeists, daß sich sehr viel von unserem Leben heute in der virtuellen Welt abspielt.

Österreich, Europa und die Welt

Prendergast: Nun sind ja soziale Medien dazu da, für viele Menschen auch ein bißchen Dampf abzulassen, Sachen zu sagen, die man sich vielleicht in der realen Welt nicht zu sagen trauen würde. Hilft das auch der politischen Diskussion?

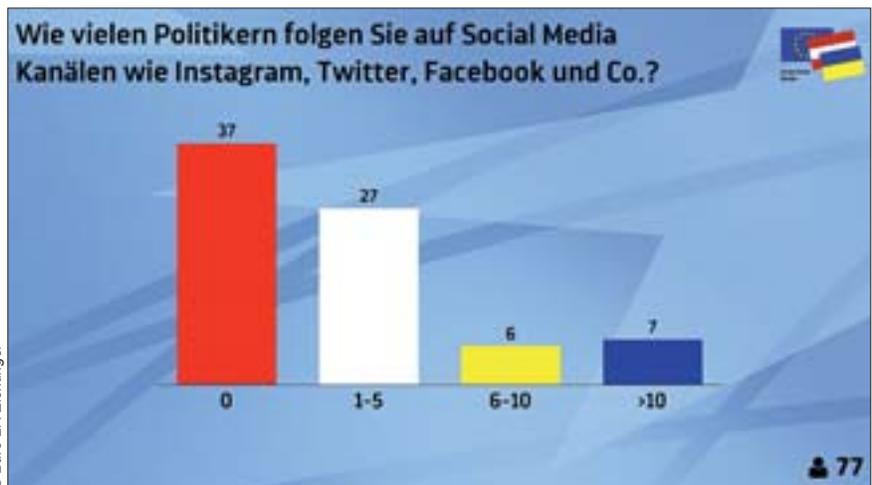
Lampoltshammer: Ich würde behaupten ja, Dampf ablassen kann man auf unterschiedliche Art und Weise. Ich kann etwas sehr deutlich sagen und trotzdem versuchen objektiv zu sein, und ich kann beleidigend werden. Ob das dann zielführend ist, ist die andere Frage. Aber ich glaube, daß soziale Medien und generell diese Sichtbarkeit einfach auch dazu führen werden, daß PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen im Prinzip es sich gefallen lassen müssen, daß Fragen gestellt werden. Und diese Fragen sind für alle sichtbar. Man wartet darauf, wie sie oder er damit umgeht, frei nach Paul Watzlawick: „Nicht entscheiden ist bereits entschieden“ – nämlich habe ich mich entschieden nicht zu reagieren, muß ich mit den Auswirkungen leben. Ich glaube, das hat es früher in diesem Umfang nicht gegeben.

Prendergast: Könnten jetzt eigentlich soziale Medien auch die Demonstrationen auf der Straße ersetzen? Oder werden sie eher nur im Internet organisiert und man geht dann trotzdem hinaus?

Pietrzak: Für Politiker ist es natürlich wichtig, mit diesen Techniken irgendwie affin zu sein. Das können jetzt Trump-Tiraden auf Twitter sein oder Troll-Fabriken in Rußland sein, was auch immer. Und natürlich, das politische Spiel verändert sich grundlegend dadurch. Vielleicht weniger auf lokaler Ebene denke ich einmal. Zum Beispiel hat Taylor Swift heute Morgen auf Facebook angekündigt, daß sie einen Demokraten unterstützt – und offenbar ging danach die Registrierung für die Wahl durch die Decke. Und die ist ja nur ein Popstar und keine Politikerin. Also ja, es wird den politischen Diskurs verändern.

Prendergast: Also die Mobilisierung der Massen per Internet, wenn ein Tweet einer bekannten Persönlichkeit so viele Menschen erreicht. Wir werden ja jeden Tag mit Tweets von Herrn Trump beglückt – der macht das ja vorzüglich.

Jergitsch: Ich würde das auch nicht überbewerten. Ich denke, wenn man Sebastian Kurz fragen würde, was er mehr fürchtet, 100.000 Menschen, die vor seinem Büro Widerstand



© Büro LR Eichinger

brüllen, daß die Scheiben wackeln, oder ein Link auf einer Petition, die 100.000 Leute angeklickt haben „Ich mag Sebastian Kurz nicht“, dann wird es sicher Ersteres werden. Ich denke mir halt, reale politische Macht spielt sich immer noch im physischen Bereich ab. Während das Bundesheer die Grenze und den territorialen Anspruch schützt, während die Polizei die Gesetze exekutiert, haben wir das Parlament, wo die Gesetze be-

schlossen werden. Das passiert auch nicht in einer WhatsApp-Gruppe. Dementsprechend kann man politische Macht auch nur in der Realität bekämpfen und nicht im virtuellen Raum.

Prendergast: Man hat ja als Politiker, wenn man will und wenn man sehr online-affin ist, schon seinen eigenen Schaukasten quasi. Man kann seine Informationen ganz gezielt

Österreich, Europa und die Welt

unter die Leute bringen, nicht über die Presse, nicht über JournalistInnen, sondern man hat sein Publikum schon dort, wo man es haben will. Ist das nicht etwas, was dann auch ein bißchen die JournalistInnen unter Zugzwang bringt oder die Pressefreiheit gefährden könnte? Die Nachrichten kommen ja ungefiltert heraus.

Pietrzak: Die Nachrichten kommen ungefiltert heraus, das kann man jetzt als Vor- oder Nachteil sehen. Wenn man sagt, sie sind ungefiltert, findet keine Zensur statt, was prinzipiell zu begrüßen ist. Auf der anderen Seite ist natürlich klar, wenn sie nicht gefiltert sind und ich spamme einen Kanal – sei es Facebook oder Twitter –, daß die Wahrheit sozusagen in dem restlichen Müll erstickt, der hier herausgeschrien wird. Ich würde eher sagen, es ist weniger eine Unterdrückung, als einfach ein harter Kampf der ehrlichen JournalistInnen, dort dagegen anzugehen. Und die Frage ist dann, ob man mit den gleichen Ressourcen oder der gleichen Maschinerie aufwarten kann.

Prendergast: Kritisches Nachfragen ist ja auch nicht möglich, es steht einfach dort...

Lampoltshammer: Richtig, es steht dort und man hat auch gesehen, daß sich gewisse Postings – Stichwort Haßpostings – extrem lange halten. Das Problem ist, daß, wenn es einmal im Internet ist, es nicht verschwindet. Auch wenn ich es von Facebook oder Twitter gelöscht habe, bedeutet es nicht, daß es nicht schon X Leute in ihre Blöcke kopiert und weiterverbreitet haben. Sobald es einmal draußen ist, zum Selbstläufer geworden ist, eine gewisse Dynamik entwickelt hat, ist es zum Teil sehr, sehr schwierig, es wieder zu stoppen.

Prendergast: Wie ist es denn mit der Beliebtheit der Politiker? Wird sich das in Zukunft ändern, daß sie nicht mehr händeschüttelnd unter das Volk gehen, sondern sie sich im Internet hochklicken lassen? Daß es dann wichtig ist, wie viele Likes Politiker haben, wie oft sie auf Instagram angeschaut werden. Je nach dem stehen da alle Kanäle offen, jeder kann das nutzen. Wird das etwas verändern in der Art und Weise, wie Wahlkämpfe geführt werden?

Pietrzak: Ich glaube schon, es gehört mit dazu. So toll rein inhaltlich die Arbeit auch ist, man muß auch schauen, wie man seine Inhalte, seine Nachrichten an die Frau und



an den Mann bringt. Und soziale Medien gehören dazu und ein gewisse Kompetenz sollte ich als Politikerin, als Politiker schon haben. Habe ich sie nicht selbst, werde ich jemanden suchen, der sie hat. Ist aber zu sagen, daß, nur weil ich 50.000 Likes auf einem relativ populistischen Tweet zum Beispiel auf Twitter habe, deswegen meine politische Karriere nach oben geht – ob das wirklich dann kausale Zusammenhänge hat, wage ich zu bezweifeln.

Prendergast: Herr Jergitsch, Wahlausgang und Likes – glauben Sie, daß es es da einen Zusammenhang gibt?

Jergitsch: Naja, gerade junge Menschen konsumieren solche online-Medien natürlich und dementsprechend findet auch der Meinungsforschungsprozeß anhand von Informationen statt, die ich online gefunden habe. Und da spielen natürlich Likes bereits eine große Rolle. Algorithmen bei Facebook, Twitter und Instagram funktionieren halt so, daß sie Interaktionen messen und daraus Schlüsse ziehen. Wenn ich etwas poste, was auf be-

sonders viel Resonanz stößt, dann wird das automatisch auch einem viel, viel größeren Publikum zugeführt. Und von daher ergibt sich für mich auch der Zusammenhang zwischen Likes und dem Wahlerfolg. Wenn ich sehr erfolgreich auf sozialen Medien kommuniziere – sehr erfolgreich heißt, daß sich ein Riesenpublikum erreiche und mein Publikum auch wirklich zu Interaktionen bewege – dann kann sich das wirklich positiv auf mein Wahlergebnis auswirken.

Prendergast: Wenn man sich die letzte Nationalratswahl ansieht, wie war das mit dem Herrn Kurz? Hat man da sagen können wer hat die meisten Likes gehabt und hat der dann auch gewonnen?

Jergitsch: Ich weiß nicht, wer die meisten Likes gehabt hat. Ich würde sagen, fast jede Partei hat einen sehr professionellen online-Wahlkampf geführt – wenn ich sage ‚fast‘, dann muß man leider sagen, die SPÖ halt nicht. Deren Facebook-Seiten waren eine Fehlinterpretation dessen, was mit den sozialen Medien in der Politik zur Zeit möglich

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Österreich Journal / Michael Mössner



Online-Voting via Mobiltelefon im Augustiniersaal

ist. Aber generell hat Sebastian Kurz einen Teil seines Wahlerfolgs sicher auch dem online-Wahlkampf zu verdanken gehabt.

Prendergast: Was glauben Sie, Herr Pietrzak, wie wichtig ist ein online Wahlkampf mittlerweile? Wie wichtig ist die Präsenz in diesen Kanälen, damit ich auch auf der Strasse wirklich den Erfolg habe?

Pietrzak: Es wird zunehmend schwerer, ein Publikum zu erreichen, das nicht gerade mein Publikum ist. Wir haben diese Clusterbildung bei Facebook zum Beispiel, wo man sieht, wie Gruppen in allen politischen Spektren sich gegenseitig Fake-News weiterverbreiten und verstärken, deren eigene Meinung schon bestärkt ist. Man sieht die andere Seite fast nicht mehr, die man früher noch gesehen hätte, hätte man die normalen Nachrichten geschaut.

Aber natürlich, die eigene Basis zu mobilisieren ist wichtig. Die anderen zu erreichen, ist schwierig, denn man wird in deren Feeds nicht auftauchen.

Prendergast: Dann haben wir nicht nur die Frage, wie das mit den PolitikerInnen im Internet ist, sondern auch die Frage der Informationsflut. Was alles wann wo gepostet wird – Stichwort Fake News. Und wo liegt die Grenze zwischen Satire und Fake News? Kann man sagen Fake News sind auch nur Satire?

Jergitsch: Wir sagen ja von uns selbst, daß wir nur seriöse Nachrichten posten. Aber natürlich machen wir in Wahrheit nichts anderes als Fake News. Falsche Nachrichten sind

eigentlich unser Stilmittel. Klar veröffentlichen wir falsche Nachrichten, das ist einfach unser Ding. Aber man muß das schon irgendwie abstufen, schreiben wir jetzt falsche Nachrichten um die Leute zum Nachdenken und sie vielleicht durch das Stilmittel der Satire Leute zum Reflektieren zu bringen, oder schreiben wir falsche Nachrichten, um politische Ziele durchzusetzen. Ich finde, das ist die Abstufung, die man machen muß. Was wir zum Beispiel 2016 in den USA im Wahlkampf gesehen haben, ist einfach sehr deutlich, wie Fake News genutzt wurden, um gewisse politische Ziele einfach zu erreichen – wie das über Facebook auch effizient gemacht wurde, daß man ganz gezielt die relevanten Wahlbezirke mit Falschinformationen bespielen konnte. Also ich finde, das, was uns vielleicht von russischen Bots unterscheidet, ist einfach, daß wir ein völlig anderes Ziel verfolgen und jetzt niemanden mit Falschmeldungen irgendwie verwirren wollen.

Prendergast: Vielleicht erklären wir an dieser Stelle, was russische Bots sind?

Jergitsch: Das sind einfach Programme wenn man so will, einfache Roboter, die auf sozialen Medien gewisse Inhalte verbreiten. Oder einfach nur Liken. Viele Likes werden von Robotern generiert.

Prendergast: Wie sieht es bei Ihnen aus? Sie sind Experten – können Sie immer Fake News von richtigen Nachrichten unterscheiden?

Lampoltshammer: Nein, ich würde mir nie trauen, jederzeit und jede Art von Fake News auszufiltern. Auch wenn wir jetzt von Print- oder online-Medien in Textform reden. Aber es gibt auch andere Fake News, sogenannte Deep Fakes – also manipulierte Videos. Und dort bewegen wir uns mittlerweile in einer Qualität, wo ich mir nicht mehr sicher sein kann, ob das wirklich die Person ist, die dort spricht und ob sie sich auch an dieser Stelle befindet, wo ich sie sehe. Wir hatten vorher von Taylor Swift gesprochen, von der es jede Menge Musikvideos gibt. Das heißt, es gibt Unmengen an Bildmaterial von ihr. Es ist jetzt möglich, über Computerverfahren ihre Gestalt und die Haut zu „extrahieren“, und auf die Aufnahme von jeder anderen Person darüberzulegen und dann einfach sprechen zu lassen. Das heißt, es würde so aussehen, als würde Taylor Swift genau diesen Satz sagen. In Wahrheit bin es aber ich. Sie können sich nicht mehr sicher sein, ob diese Person dort spricht. Es gibt ein wunderschönes Beispiel dazu online, wo man Obama sieht, der über Donald Trump herzieht. Dieses Video ist bis auf ein paar kleine Schönheitsfehler unglaublich echt. Es wird dann aufgelöst und man sieht,



Österreich, Europa und die Welt

daß es im Prinzip eigentlich nur eine durch Computer veränderte Videosequenz ist. Und ich glaube, in zwei Jahren werden wir nicht mehr in der Lage sein, ohne weiteres mit bloßem Auge den Unterschied erkennen zu können.

Prendergast: Eine besorgniserregende Entwicklung. Wie sehen Sie das, Herr Pietrzak?

Pietrzak: Genau. Diese Entwicklung kommt, da kann man nichts dagegen machen. Man muß sich im Klaren sein, ist, daß man sich dann im Klaren sein muß, wenn man online surft, und die Nachrichten nicht von BBC kommen oder von einer anderen Quelle, der man vertrauen kann, kommen, daß man alles mit etwas „Grain of Salt“ nimmt, also versteht, daß etwas wahrscheinlich unwahr oder falsch ist.

Prendergast: Also vertrauenswürdige Quellen wie Tageszeitungen, Fernseh- und Radiosender, Medien, die wir aus der Vergangenheit kennen. Nun haben wir zum Beispiel Herrn Trump, der sagt, „Washington Post“ und „New York Times“ machen Fake News. Da müßte man eigentlich schon irgendwie ziemlich verwirrt sein. Wer bringt Fake News und wer nicht? Wie kann man denn da den Durchblick bewahren?

Pietrzak: Also in dem Fall ist es eine ziemlich klare Agenda, die er da hat – wenn er das sagt, dann tut er das für seine Wähler. Die Leute wollen das glauben.

Prendergast: Wenn wir uns nun die Jugend ansehen – die ist sehr Internet-affin, die kennen sich wahnsinnig gut aus, benützen alle Tools. Können die Jugendlichen unterscheiden, was Fake News und was richtige Nachrichten sind? Das sind die heranwachsenden Generationen, die manipuliert werden können?

Jergitsch: Ich glaube, die können das viel besser als wir Erwachsenen. Wenn jemand über mein Facebook Fake News teilt – dann sind das meistens eher mein Großonkel oder meine Oma. Ich glaube, gerade junge Menschen wachsen mit diesen Medien auf, die kennen das nicht anders – und Papierzeitungen aus den Sonntags-Zeitungsständern.

Prendergast: Das ist ja das Problem, daß sie sich die Informationen nicht von diesen Qualitätsmedien holen, sondern auf Facebook oder auf Twitter oder sonst irgendwo. Ist



„Deep Fake“: Barack Obama zieht über Donald Trump her – es ist aber nicht er, der dies tut, sondern der Herr rechts im Bild, der Obamas Körper „übernommen“ hat.
<https://www.youtube.com/watch?v=cQ54GDM1eL0>

dann nicht die Gefahr größer, daß sie mehr Fake News bekommen? Ich möchte die Frage noch ergänzen: interessiert es sie, ob es Fake News sind oder nicht?

Jergitsch: Das ist eine spannende Frage. Vielleicht können wir sie ergänzen: Interessiert es sie überhaupt, ob es Fake ist oder nicht? Wir gehen davon aus, daß sie Informationen bekommen und dann sagen, es sind Fake News und handeln dagegen. Ich glaube, man sollte sie in dem Sinne nicht unterschätzen, sie sind mit dem Internet aufgewachsen, das heißt, es gab keine Zeit ohne Internet, daß sie Informationen international beziehen und nicht nur von den klassischen Medien. Ich glaube, daß das eine gute Möglichkeit ist, wie sich Nachrichten verbreiten und wie sie auch kontrovers diskutiert werden – und der eine oder andere dann vielleicht doch vielleicht hoffentlich zum richtigen Zeitpunkt auch zu denken beginnt.

Prendergast: Manipulation ist ja trotzdem möglich. Kann man sie irgendwie verhindern? Kann man die Jugend erziehen? Sie sagen, sie kann es ohnehin?

Lampoltshammer: Nicht alle, aber die meisten – ich glaube, die meisten jungen Menschen können schon ziemlich gut reflektieren, die wissen schon, was ein seriöses und ein unseriöses Medien unterscheidet.

Jergitsch: Die wissen, welchem Medien man mehr oder weniger vertrauen kann. Also es wird natürlich immer Leute geben, die irgendwie glauben, daß das, was in diesen Mainstream-Medien steht, einfach nicht stimmt, erstunken und erlogen ist. Das liegt daran, daß es immer Leute geben wird, die dieses Narrativ glauben: „Die Mächtigen

wollen uns hinters Licht führen.“ Es ist nicht eine Frage des Alters, es gibt immer so 20 oder 30 Prozent der Leute, die irgendwelche absurden Verschwörungstheorien glauben werden. Es gibt immer noch Leute, die glauben, bei 9/11 steckt George W. Bush dahinter usw. . Ich glaube, es ist eine Charakterfrage, ob man so etwas glaubt, und weniger eine Altersfrage.

Prendergast: Spielregeln für Onlinemedien. Herr Pietrzak, wie könnten die aussehen? Wir sehen ja bei Facebook, daß die immer wieder nachjustiert werden. Braucht es da noch mehr? Was sollte kommen?

Pietrzak: Das ist extrem schwierig. Es ist ein Algorithmus bei Facebook, der darüber entscheidet, was Hunderte von Millionen von Leuten an Nachrichten sehen. Das ist ein wahnsinniger Gestaltungsspielraum, den die da haben. Es gibt, glaube ich, vernünftige Versuche, daß man Nachrichten, die zum Beispiel von Fake Watch als „fake“ gelabelt wurden, mit einem kleinen roten Punkt markiert der bedeutet, daß man vielleicht über den Inhalt der Nachricht nachdenken sollte. Ich bin ja als Kind im kommunistischen Polen aufgewachsen und wir hatten ja nur Fake News. Und die meisten Leute waren sich dessen sehr bewußt. Aber natürlich gab es auch Leute, die daran geglaubt und danach gelebt haben.

Prendergast: Propaganda, die nicht eingeschränkt werden sollte?

Pietrzak: Es ist ein feiner Grat zwischen Zensur und Wahrheitsfindung. Die Hoffnung wäre, daß es durch die Digitalisierung nicht schlimmer wird als es schon ist. Dadurch, daß Manipulationsmöglichkeiten so viel

Österreich, Europa und die Welt

detaillierter sind. Bei den Wahlen in den USA wurden nicht einfach Fake News mit der Gießkanne ausgespült, die Cambridge Analytic hat wirklich für jede einzelne Person berechnet, was jetzt diese eine Sache sein könnte, die man dieser Person unterjubeln könnte, um deren Stimmung zu wechseln. Man hatte zehn Fake News über Hillary Clinton parat und diejenige, die für die Person gerade gepaßt hat, hat man ihr gegeben.

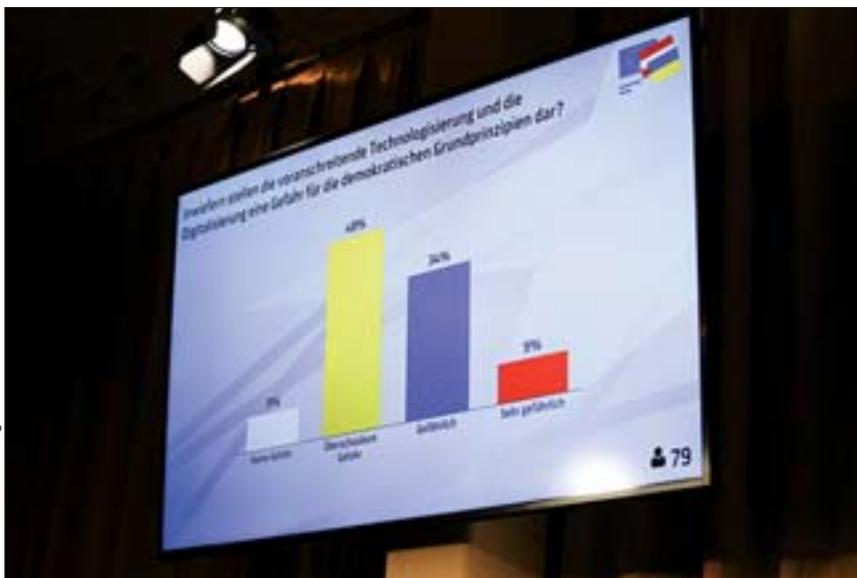
Prendergast: Ist das Wahlgeheimnis eigentlich noch wichtig, wenn wir eh schon unser ganzes Leben online stellen?

Lampoltshammer: Ja, ich würde sagen, es ist – aus unterschiedlichen Perspektiven – immer noch von Bedeutung, weil ich es vielleicht privat nicht möchte, weil ich vielleicht Repressalien befürchten könnte. Also die ganzen Gründe, die damals im Prinzip dazu geführt haben, gelten heute immer noch. Die Frage, die man provokativerweise stellen könnte ist, möchte ich selbst entscheiden, ob ich vom Wahlgeheimnis Gebrauch mache oder nicht. Dann kann ich es mir aussuchen, ob ich öffentlich wähle, d.h., es scheint auf, Thomas Lampoltshammer hat Partei XY und die Person XY gewählt.

Prendergast: Herr Pietrzak, beim Wahlgeheimnis an und für sich gibt es immer wieder Bedenken von Menschen, daß das Wahlgeheimnis bei einer online-Wahl leiden könnte, daß damit Schindluder getrieben werden könnte – und verbunden damit die Besorgnis über eine mögliche Wahlmanipulation. Wie berechtigt ist diese Besorgnis?

Pietrzak: Also, wie wir das auch in dem Film gesehen haben: wenn die Leute von elektronischen Wahlen hören, dann haben Sie meistens die Vorstellung, daß man eine Urne ersetzt durch einen Screen, wo man irgendwo hindrückt auf „ja oder nein“ und man dann dem Screen vertrauen muß, daß dahinter die Stimme auch richtig abgegeben wird. Rein technologisch – und Kryptographen sind da Jahrzehnte voraus – kann man digital Wahlen machen, die Sicherheitsaspekte haben, die man analog überhaupt nicht hat. Die Wahlen sind perfekt anonym. Jeder kann verifizieren, daß seine Stimme richtig rein gezählt wurde. Und wenn das nicht der Fall ist, kann ich sogar beweisen, daß sie falsch gezählt wurde.

Der Grund dafür, wieso sich diese Technologie nicht durchsetzt, ist, daß es eine gewisse Technikaffinität der Wähler braucht. Und



Fotos Büro LR Eichinger / Josef Bollwein

Das online-Voting konnte von allen auf drei großen Monitoren live mitverfolgt werden.

das letzte, was man will, ist, daß man Leute vom Wählen abhält, weil die technische Hürde zu hoch ist.

Prendergast: Die Menschen hier haben interessanterweise gerade gesagt, daß sie glauben, daß die Wahlbeteiligung wesentlich höher wäre, wenn man online abstimmen könnte. Also diese Schwelle und die Angst vor der Technik scheint zumindest hier im Saal nicht da zu sein.

Pietrzak: Wenn die Wahl wirklich nur daraus besteht, daß man ja oder nein drückt, dann stimmt das.

Prendergast: Wie würde es den ganz einfach ausschauen? Wie benutzerfreundlich könnte eine online Wahl funktionieren?

Pietrzak: Das ist ein großes Forschungsgebiet, wie man die Wahl sicher, aber trotzdem möglichst praktikabel machen kann. Seit Jahrzehnten gibt es immer wieder neue Vorschläge, die sich leider Gottes nicht durchsetzen. Was eventuell funktionieren könnte, wäre, wie es in Estland gemacht wird. Dort haben die Leute schon elektronische Identitätskarten und können diese benutzen, um eine halbwegs sichere Wahl zu machen. Aber wie gesagt: sobald man die Wahl ganz einfach machen will, dann wird schwierig sie sicher zu machen.

Prendergast: Herr Jergitsch, Sie persönlich, würden Sie online abstimmen?

Jergitsch: Ja, sofort, ich bin generell ein sehr fauler Mensch und will alles am liebsten

vom Sofa aus machen. Also beim Wählen würde ich natürlich sofort mitmachen. Aber es stimmt natürlich, daß es beim Wählen sehr viele technische Hürden gibt. Das muß absolut fälschungssicher sein, das muß anonym sein, und es braucht natürlich eine enorme Infrastruktur. Allein in Österreich werden dann fünf oder sechs Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben, das sind auch irrsinnige Datenmengen, die da verarbeitet werden müssen. Davon sind wir noch weit entfernt.

Letzte Woche wurde ein Hack bekannt, da wurden Paßwörter gestohlen, die waren nicht einmal verschlüsselt. Das ist etwa so, wie wenn die Nationalbank ihr Gold mit einem Fahrradschloß schützen würde. Wir haben in Österreich noch einiges aufzuholen.

Prendergast: Aber für die drei Volksbegehren, die eben gelaufen sind, hat man sich auch online eintragen können. Warum müssen wir so lange warten, bis wir bei einer Wahl online abstimmen dürfen?

Lampoltshammer: Abgesehen davon, daß es natürlich erst gesetzlich gemacht werden müßte, man müßte die Verfassung ändern, wenn man es wirklich komplett und durchgehend etablieren wollte. Aber ich gebe den Kollegen recht, vom Prozeß her und von der Technologie heißt es, kein Problem. Sie haben bereits auch schon „online Wahlen“, die tagtäglich zum Einsatz kommen, wo man sich aber vielleicht nicht bewußt ist, daß das das gleiche System ist. Beispielsweise die Studierenden evaluieren Lehrveranstaltungen

Österreich, Europa und die Welt

gen an Universitäten und Hochschulen, dort ist ein ähnliches Konzept, das eine anonyme Bewertung macht, aber so, daß ich weiß, nur die Personen dürfen evaluieren, die auch infrage kommen. Das heißt, diese Prozesse sind schon da, viele Problematiken, die den Menschen unterkommen, kann ich aushebeln. Denn der Algorithmus, wenn er sauber ist, wird keine Fehler machen. Aber ich mache mir andere Tore auf. Und ich glaube, das ist einfach ein Abwägen, ich glaube nicht, daß die elektronische Wahl alle Probleme lösen wird, oder alle Probleme, die Wahlen an sich haben, lösen wird. Wir verschieben sie vielleicht nur irgendwo anders hin. Prinzipiell glaube ich aber, daß sie genauso gut funktionieren werden, es ist halt momentan auch nicht das politische Momentum dahinter, was man auch ganz klar sagen muß.

Prendergast: Nicht weil es ein wahnsinnig wichtiges Argument wäre, aber wäre es nicht auch wesentlich billiger, online zu wählen?

Pietrzak: Billiger ist immer relativ. Jedes Mal, wenn sie eine neue Technologie, ein neues Verfahren – und es ist völlig egal ob es die öffentliche Verwaltung oder eine Firma ist –, jedes Mal, wenn sie etwas neu einführen, haben sie Einführungskosten. Sie haben Kosten in der Veränderung der Organisation, Schulung der MitarbeiterInnen und, und, und. Das heißt, sie werden eine sehr starke Spitze haben. Danach werden sich die Kosten ständig amortisieren wenn es richtig gemacht ist. Die Frage ist aber, ob man zu diesem Zeitpunkt bereit ist, dieses mehr an Ressourcen, Zeit und Geld zu investieren. Daß es sich am Schluß amortisieren wird, ist klar, die Frage ist nur, ob man so lange warten will.

Prendergast: Wir kommen zum Thema Transparenz in der Politik und Open Access. Inwiefern sind denn politischen Vorhaben in unserer Gesellschaft interessant und ist es bei politischen Themen eine Bringschuld der Politiker oder eine Holschuld von uns?

Jergitsch: Das ist eine interessante Frage. Es hat ja generell auch mit der politischen Bildung bzw. der Einstellung der Bevölkerung zur Politik zu tun. Ich glaube, man muß das in der Mitte treffen. Man kann nicht erwarten, zu sagen, ich vertrete etwas und die Leute müssen versuchen, das zu finden, sie müssen zu mir kommen. Also ich muß den Leuten schon entgegenkommen. Auf der anderen Seite kann ich aber nicht erwarten,



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Ein Blick ins abstimmende Pubikum. Im Bild rechts: Simon Ortner, Leiter der Abteilung Internationale und Europäische Angelegenheiten des Amtes der NÖ Landesregierung

daß mir alles auf dem Silbertablett serviert wird. Viele Themenbereiche sind komplex und die können auch von Parteien, von Personen natürlich nur abstrakt in irgendeiner Art und Weise tendentiell kommuniziert werden. Um das aber zu verstehen, bedarf es einigen Wissens dazu und ich würde sagen, die Aneignung des Wissens und des Verstehens obliegt doch dem Individuum größtenteils selbst.

Prendergast: Wenn wir schon beim Verstehen sind: Vielleicht können Sie uns auch nur kurz erklären, was mit Open Access gemeint ist? Und gibt es da auch Gefahren auf Gemeinde- oder Bundesebene?

Lampoltshammer: Das kommt auf den Bereich an. Prinzipiell geht es aber darum, daß Daten und Informationen kostenfrei für alle ohne jegliche Einschränkung zugänglich sind.

Jergitsch: Ich glaube, das hängt davon ab, was dann genau öffentlich zugänglich ist. In den USA sind zum Beispiel die sex offender registry (Sexualstraftäter-Registrierung, Anm.) für jeden frei zugänglich, in Schweden kann man die Steuererklärung von seinem Nachbarn nachschauen. Natürlich ist es im Interesse des Bürgers, wenn gewisse Daten frei zugänglich sind. Es ist aber auch verständlich, daß Daten, wie Positionspapiere einer Regierung, vor einem wichtigen EU-Gipfel nicht öffentlich zugänglich sind. Da kann man keine Antwort geben, die allgemeingültig ist.

Prendergast: Herr Pietrzak, wo fängt bei Ihnen Open Access an und hört er auf?

Pietrzak: Für mich als Wissenschaftler hat Open Access meistens damit zu tun, daß man kostenlos Zugriff auf wissenschaftliche Publikationen hat. Open Access ist in diesem Kontext in allen Aspekten einfach besser, außer für die Margen der Publisher. In einem politischen Kontext ist es kompliziert. Wenn man die Steuererklärung von allen anderen sehen kann, das hilft das wahrscheinlich der Korruptionsvermeidung. Andererseits sind es halt Daten, wo man berechtigterweise sagen kann, das beeinträchtigt meine Privatsphäre.

In Skandinavien war das eine politische Diskussion, ob man das will oder nicht. Man hat entschieden, daß Steuererklärungen, auch Gehälter, publik zu machen sind. Da kann man zum Beispiel gerade beim Gehalt vergleichen, ob man benachteiligt wird oder wieviel Frauen weniger bekommen als Männer. Das wird dann natürlich wesentlich evidenter.

Prendergast: Herr Lampoltshammer, wie sehr sehen Sie die Privatsphäre durch Open Access gefährdet?

Lampoltshammer: Prinzipiell befürworte ich Open Access, nicht nur aus der wissenschaftliche Ecke, sondern auch zum Beispiel im Bereich von Open Data. Auf EU-Ebene gibt es dazu Richtlinien, die sagen, alles was nicht den Datenschutz sozusagen einschränkt bzw. wenn es sehr sensible Daten sind wie Gesundheitsdaten, sollen eigentlich, wenn sie von Steuergeldern bezahlt werden, der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung gestellt werden. Das würde ich komplett unterschreiben. Der Grund ist, daß man

Österreich, Europa und die Welt

oft Datenschutz dazu verwendet, um die Diskussion etwas auszusitzen. Man möchte auf der einen Seite kein Risiko eingehen, das kann ich verstehen, weil am Schluß muß jemand dafür haften, wenn etwas schief geht – das möchte ich dann auch nicht sein. Auf der anderen Seite geht es aber darum, ich mache etwas einsehbar, und das bedeutet, ich werde dann auch für die Qualität dieser Daten geradestehen müssen.

Und ganz oft ist es so, daß man sich ganz nicht so sicher ist, ob die Qualität so ist, daß man sie freigeben würde. Oft ist der Datenschutz quasi vorgeschoben, um dann Daten gegebenenfalls leider eben nicht freizugeben.

Prendergast: Vor wem sollten wir persönlich unsere Daten schützen wenn wir online sind?

Lampoltshammer: Prinzipiell sind alle Daten über mich selbst schützenswert bis ich entscheide, daß ich sie hergeben möchte. Der Staat greift natürlich regulatorisch irgendwie dazwischen ein. Vor wem möchte ich möchte meine Daten schützen? Wir kennen diese Hacker-Geschichten, die klauen Kreditkarten, kaufen auf meine Kosten ein, das versteht jeder. Auf der anderen Seite: wann bin ich denn ein potentielles Opfer? Wenn ich Millionen auf dem Konto habe vielleicht, wenn ich keine Millionen habe dann nicht. Ich glaube, man unterschätzt, daß man oft auch Mittel zum Zweck sein kann.

Prendergast: Bin ich nicht schon ein potentielles Opfer, wenn ich einen online-Einkauf tätige? Ich habe auch schon gefälschte e-Mails bekommen, die mir mitteilten, daß etwas von meinem Konto abgebucht wurde. Sollte das nicht stimmen, solle ich mich einklinken und das ganze korrigieren. Was natürlich falsch war.

Lampoltshammer: Richtig, darauf wollte ich hinaus. Man bekommt Informationen über Sie, wie Sie handeln, wie Sie was tätigen, welche Interessen Sie haben und versucht, Sie dadurch zu manipulieren. Entweder um weitere Vorteile zu bekommen oder über Sie an andere Personen heranzukommen – dessen sollte man sich immer bewußt sein. Und dort sind dann noch Daten plötzlich schützenswert, die ich persönlich vielleicht vorher nicht als schützenswert eingestuft hätte.

Prendergast: Wir sollten uns aber nicht vom online einkaufen abhalten lassen?



Foto: Büro LR Eichtinger / Josef Bollwein

Verfolgten die Ausführungen der drei Fachmänner mit großem Interesse: Landesrat Martin Eichtinger (r.) und Prälat Bernhard Backovsky

Jergitsch: Nein, ich hätte ein riesen Problem wenn ich nicht online einkaufen könnte, alleine schon wegen der Ladenöffnungszeiten.

Prendergast: Unser nächstes Thema ist Cyber Security. Herr Pietrzak, Sie sind da sehr in diesem Thema drin. Was sind Ihre Hauptaufgaben und womit beschäftigen sie sich im Moment?

Pietrzak: Ich bin Kryptologe. Kryptographie ist im wesentlichen die Grundlagenforschung hinter der Informationssicherheit. Wir überlegen uns eigentlich, welche Sicherheitsfragen und -probleme in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen könnten. Es gibt Daten, wo es überhaupt keine Diskussion gibt, ob die geheim sein sollen oder nicht – zum Beispiel von Kreditkarten – wie man diese schützt, wie man sich gegen Pishing wehrt. Das sind so klassische Probleme, mit denen sich Leute, die Kryptographie oder Cyber Security arbeiten, befassen. Bei den anderen Daten, wenn z.B. man Google sagt, wo man hingehet, damit man ein Restaurant empfohlen bekommt, das fällt nicht in unser Gebiet. Das ist dann jedem überlassen, ob er das machen will oder nicht.

Prendergast: Jetzt hören wir immer wieder von Datenlecks. Es hat gerade in Großbritannien wieder Probleme mit einem Mobilfunkanbieter gegeben, wo man auch gesagt hat, es könnte sein, daß Daten von Millionen Telefonkunden verwendet oder angezapft worden sind. Kommen wir in Sicherheitsfragen dieser rasanten Entwicklung überhaupt

hinterher, die ja offenbar diese kriminellen Elemente im Internet haben?

Pietrzak: Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel, es geht schnell hin und her. Und wir als die Mäuse sozusagen sind in diesem Spiel gar nicht so schlecht, wenn man so schaut, wie sich die Informationstechnologie in den letzten Jahrzehnten bewegt hat. Also zum Beispiel – auch wenn es keine direkte Security Application ist – vor zehn Jahren waren Spam e-Mails ein wirkliches Problem. Man mußte jeden Tag seine E-Mails herausfiltern, neun von zehn waren Spam. Heute ist sie eines von hundert.

Prendergast: Wenn es um Paßwörter geht, ich weiß man sollte alles immer schützen und Buchstaben und Ziffern verwenden. Wie merke ich mir das? Ich brauche ja immer für alles ein Passwort – und überall daßelbe zu verwenden, ist ja auch nicht schlau. Herr Jergitsch, wie machen Sie das? Welche Tipps können Sie dem Publikum geben?

Jergitsch: Ich kann ganz offen sagen, ich habe drei verschiedene Passwörter und je nach Wichtigkeit bzw. je nach Seriosität der jeweiligen Seite verwende ich ein anderes. Das heißt wenn ich mich auf meinem gmail-Account einlogge, verwende ich mein sicherstes Passwort, das die meisten Zahlen verwendet. Und ich habe auch ein einfaches, das ich dann für sehr primitive Seiten verwende, obwohl ich mir dann denke, dann ist das morgen in einer geleakten Datenbank drin. Ich habe gehört, das Problem ist nicht,

Österreich, Europa und die Welt

daß man zu einfache Passwörter verwendet, weil Passwörter zu knacken, probiert heute in Wirklichkeit kaum jemand, weil das fast unmöglich ist. Das Problem ist eher, daß man immer dasselbe Passwort verwendet und wenn das dann irgendwann in einem Hack herauskommt, dann probiert jemand gemeinsam mit meiner Mail-Adresse zum Beispiel bei Amazon hineinzukommen. Das funktioniert vielleicht bei drei Prozent aller enthaltenen Datensätze und dann hat der Hacker einige hundert Amazon-Accounts. Das ist das Problem. Und heute ist es mit den Browsern sehr einfach, denn der speichert die Passwörter. Ich weiß aber nicht, wie sicher das ist.

Jergitsch: Sicherheit liegt immer im Auge des Betrachters. Ich würde sagen, einen Passwort Manager dazu nutzen, ist besser als es nicht zu tun und immer nur dasselbe Passwort zu verwenden. Niemand kann sich 42 Zeichen lange Passwörter merken. Ich glaube, was wichtig wäre, ist die sogenannte Zwei-Phasen-Authentifikation. Das bedeutet, sie brauchen, um an ihre Passwörter zu kommen, nicht nur einen Master-Schlüssel um ihren "Tresor" aufmachen können, sondern sie brauchen einen zweiten Gegenstand, um zu bestätigen, daß ich das wirklich bin. Und das könnte zum Beispiel ihr Handy sein. Und somit würde selbst, wenn jemand das Passwort für den „Tresor“ stiehlt, er nicht in der Lage wäre, dort hineinzukommen, weil er das Gegenstück, ihr Handy, nicht hat. Und damit haben Sie schon einmal einen ganz großen Teil der Problematik ausgehebelt. Das geht ganz einfach, und kann auch wohl jedem zugemutet werden. Es ist aber leider immer noch nicht Usus. Ein amerikanischer Bundesstaat hat, wie ich unlängst gehört habe, übrigens die Verwendung von nur einem einzigen Passwort gesetzlich verboten.

Prendergast: Wir kommen zum Thema e-Governance. Herr Lampoltshammer, was heißt das genau? Und wie weit sind wir damit Österreich.

Lampoltshammer: Mein Doktorvater würde sagen, ich beginne dort, was e-Governance nicht ist: Es wird immer mit e-Government gleichgesetzt, also der Zur-Verfügung-Stellung von Verwaltungsdiensten in elektronischer Form. Im Prinzip kann man sich das so vorstellen, wie das, was wir als Corporate Governance z.B. aus Bankenwesen kennen: daß man sich überlegt, wie die Prozesse aus-



Foto: Büro LR Eichinger / Josef Bollwein

sehen, wie sie gestaltet werden müssen, sehen, wie die Kommunikation abläuft, welche Stake-Holder drinnen sind – und das unterstützt durch Informations- und Kommunikationstechnik, kurz IKT.

Prendergast: Wie gut sind wir im Vergleich zu anderen Ländern?

Lampoltshammer: Ich glaube, wir verkaufen uns unter dem Wert. Wir sind, würde ich sagen, sehr gut aufgestellt. Der Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2018 bestätigt uns immer noch über dem EU-Durchschnitt. Wir sind also überdurchschnittlich gut, auch wenn es natürlich noch Potenzial nach oben gibt, vor allem, was die Nutzung von online Services auch zum Beispiel über mobile Geräte usw. angeht. Oft kommt der Vergleich mit Estland. Der ist ein bißchen unfair, denn Estland hat Tabula Rasa gemacht, während wir Altlasten mit uns herumschleppen. Aber dafür schlagen wir uns sehr gut und sind auch in vielen Aspekten besser als Deutschland – was auch immer irgendwie als Benchmark gilt.

Prendergast: Ich habe nun drei kurze visionäre Fragen an Sie: Das heißt, auf diese dürfen sie nur zwei Antworten geben, trifft zu oder trifft nicht. Heute in fünf Jahren werden wir alle Amtswege und ähnliche Dienstleistungen online in Anspruch nehmen?

Jergitsch: Trifft nicht zu

Pietrzak: Trifft nicht zu

Lampoltshammer: Trifft nicht zu

Prendergast: Zweite Frage: In zehn Jahren werden wir alle einen Chip in uns tragen, mit dem wir Türen aufspüren, Tickets lösen und Rechnungen bezahlen können.

Lampoltshammer: ... in uns trifft das nicht zu, an uns garantiert.

Pietrzak: Ja, aber nicht unter der Haut. Wir werden eine elektronische Identität haben, glaube ich.

Jergitsch: In uns glaube ich nicht, ich glaube aber, daß wir selbst der Schlüssel sein werden.

Prendergast: Digitalisierung – ein Segen für die Demokratie?

Diese Frage traf für alle drei zu.

Der 2. „Salon Europa-Forum Wachau“ wird am 21. Jänner 2019 in Perchtoldsdorf stattfinden. ■

<https://europaforum.at>

<http://www.noel.gv.at>

<http://www.noeregional.at>

Dieser Beitrag ist mit Unterstützung des Landes Niederösterreich entstanden – wir danken dafür!

Österreich, Europa und die Welt



Fotos: Büro L.R. Eichinger / Josef Bollwein

EU-Forschungsförderung Chance auch für Oberösterreich

Wirtschaftsreferent LH-Stv. Strugl: »Internationale Zusammenarbeit und Wissenstransfer sind im wirtschaftlichen Wettbewerb unerlässlich.«



Foto: WKÖ / Martin Wiesler

Wirtschafts- und Forschungsreferent Landeshauptmann-Stv. Michael Strugl bei seiner Begrüßungsrede

Für wirtschaftlichen Erfolg spielen vor allem Forschung und Entwicklung eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund organisierten die öö. Standortagentur Business Upper Austria und die Wirtschaftskammer OÖ am 12. Oktober die Veranstaltung „The Future of European R&D“. Rund 100 BesucherInnen folgten den Vorträgen hochkarätiger ReferentInnen. Das Besucherinteresse unterstrich einmal mehr, daß Oberösterreich eine Region ist, die auch bei der Forschung federführend ist. „Internationale Zusammenarbeit und Wissenstransfer sind im wirtschaftlichen Wettbewerb unerlässlich“, hob Wirtschafts- und Forschungsreferent Landeshauptmann-Stv. Michael Strugl hervor.

Forschung und Innovation sind die Grundlagen des Erfolges in einer wissensbasierten Gesellschaft. Die EU hat dies zu ei-

nem Hauptthema gemacht und mit dem laufenden Horizon2020 das weltweit größte Forschungsrahmenprogramm erstellt. Ein einheitliches Patentsystem in Europa spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Der Schutz des geistigen Eigentums bringt Rechtssicherheit, schafft Qualitätskriterien und hilft, Produktnamen und Marken zu etablieren. Das sind vor allem im Wettbewerb mit Asien wichtige Faktoren. Diesem und anderen Themen widmete sich die Veranstaltung in der Wirtschaftskammer. Eva Kaili, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses im EU-Parlament, und Prof. Yann Ménière, Chefökonom des Europäischen Patentamts, referierten über die verschiedenen Aspekte der Zukunft der europäischen Forschung. LH-Stv. Strugl und Clemens Malina-Altzin-

ger, Vizepräsident der Wirtschaftskammer OÖ, konnten weiters auch Paul Rübiger, Mitglied des Europäischen Parlaments, Ulrike Rabmer-Koller, Präsidentin des Europäischen Handwerks- und KMU-Verbandes UEAPME und Vizepräsidentin der WKÖ, sowie zahlreiche UnternehmerInnen bei dieser Veranstaltung begrüßen.

Forschung ist zentrales EU-Thema

„Oberösterreich gilt als eine der forschungsintensivsten und innovativsten Regionen Europas. Umso erfreulicher ist es, daß das hochkarätige europäische Forschungsforum in Linz stattfindet. Im Europäischen Parlament setzen wir uns für eine international vernetzte europäische Forschung und ein unbürokratisches Forschungs-Förderungsprogramm ein“, erklärte MEP Rübiger. Eine Stu-

Österreich, Europa und die Welt

die von Pascal Lamy habe gezeigt, daß eine Verdoppelung des EU-Forschungsbudgets notwendig sei, um Europa langfristig an der Spitze bei Forschung und Innovation zu halten. Mit dem EIT – dem Europäischen Innovations- und Technologieinstitut – wird die Zusammenarbeit der Universitäten, Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen auf europäischer Ebene gestärkt. Im STOA, dem Wissenschaftsausschuß des Europäischen Parlaments, diskutieren die EU-Abgeordneten mit weltweiten Experten über die neuesten Trends und Innovationen bei den Themen Gesundheit, Mobilität, Bildung oder Digitalisierung.

Österreich genießt hohe Wertschätzung

Die Vertreter des European Institute of Innovation and Technology (EIT) schlossen bei der Veranstaltung in Linz den inhaltlichen Bogen. Das EIT vereint und unterstützt europäische Visionäre und ist somit wegweisend für effektive internationale Kooperationen. Gemeinsam will man die Innovationskapazität steigern. Hierbei werden die besten Köpfe aus dem „Wissensdreieck“ (Bildung, Forschung & Innovation) mit Wissens- und Innovationsgemeinschaften (Knowledge and Innovation Communities – KICs) zusammengeführt. Die dabei entstandenen interdisziplinären Teams sind im Bereich der Spitzenforschung tätig. Auch Österreich gehört zu diesen Pionieren: Österreich wurde zum ersten Mal in ein KIC unter dem nunmehrigen Namen EIT Raw Materials aufgenommen.

Durch wissenschaftliche Exzellenz solide Wissensbasis schaffen

Im November 2011 hat die Europäische Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament ihre erste „Strategische Innovationsagenda“ (SIA) vorgelegt. Darin schlug die Kommission vor, das EIT in das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ zu integrieren. Horizon 2020 ist mit einem Budget von rund 75 Milliarden Euro das weltweit größte, transnationale Programm für Forschung und Innovation. Ziel dabei ist durch wissenschaftliche Exzellenz eine solide Wissensbasis zu schaffen. Diese soll der Nährboden für Industriewachstum bilden, um gezielt gesellschaftliche Probleme (Energie, Umwelt, Ernährung, etc.) zu lösen. Die gebündelte Kraft soll die Grundlage zukünftiger Technologien, Beschäftigung und Lebensqualität sichern. ■

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at>



Eva Kaili, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses des EU-Parlaments



Fotos: WKÖÖ / Martin Wiesler

v.l.: MEP Paul Rübiger, Ulrike Rabmer-Koller, Vizepräsidentin der WKÖ, LH-Stv. Michael Strugl

Erfolgreiche Tourismusfusion

Ein neuer gemeinsamer Tourismusverband mit mindestens 13 Städten und Gemeinden wird ab 1. Jänner 2019 die touristische Entwicklung im Bezirk Braunau vorantreiben. Gleichzeitig wird die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Bayern und Salzburg intensiviert, um den Gästen der Dreiländerregion ein grenzenloses Freizeiterlebnis bieten zu können. Eine Delegation aus dem Bezirk präsentierte Wirtschafts- und Tourismusreferent LH-Stv. Michael Strugl den neuen Tourismusverband und überbrachte einen Geschenkkorb mit kulinarischen Kostbarkeiten aus allen Gemeinden des neuen Verbandes. ■

Die Tourismusgemeinden Braunau, Mattighofen, Franking, Munderfing, Lochen am See, Perwang am Grabensee und Hochburg-Ach haben die Fusion zu einem gemeinsamen Verband ab 1. Jänner 2019 beschlossen.

Die Gemeinden Haigermoos, Helpfau-Uttendorf, Kirchberg bei Mattighofen, Palting, St. Radegund und Weng im Innkreis haben sich bisher entschlossen, ebenfalls ab 1. Jänner dem neuen Tourismusverband beizutreten. Im neuen grenzübergreifenden Verein sind die bayerischen Städte Burghausen, Simbach und Tittmoning sowie die Salzburger Gemeinden Lamprechtshausen und St. Georgen mit dabei. ■

Mehr EU-Geld für Ausbau im Alpen-Eisenbahnnetz

Schnöll: Tauernbahn gemeinsam mit Pyhrn-Schober-Achse zur »höchststrangigen« TEN-Verbindung aufstufen



© Länder Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark

Die Tauern-Pyhrn/Schober-Achse deckt sich mit dem österreichischen Anteil des geplanten Güterverkehrskorridors Alpenraum/Westbalkan.

Die Tauernbahn von Salzburg nach Villach und die Bahnverbindung Linz-Graz werden aktuell nur als „sonstige wichtige Verkehrsachsen“ bei den Transeuropäischen Netzen (TEN) eingestuft. Ziel ist aber: Das „Upgrade“ zur „strategischen Achse“ – nicht nur, um mehr EU-Geld zu lukrieren, die Vorteile sind vielfältig.

„Eine Aufwertung zu einem Teil des höchstrangigen TEN-V-Kernnetzes ist mit einem entscheidend höheren Finanzierungsanteil der EU verbunden. Dadurch werden ein Ausbau und eine Taktverdichtung möglich“, bekräftigte Verkehrslandesrat Stefan Schnöll am 25. Oktober den Schulteranschluß der beteiligten Bundesländer Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark.

EU definiert TEN-V-Netz neu

Die EU wird das TEN-V-Netz in den kommenden Jahren überarbeiten. „Das ist die Chance auf Übertragung der Tauern- und der Pyhrn-Schober-Achse ins TEN-V-Kernnetz und für deutlich mehr EU-Geld. Die Tauernachse soll dabei für den Personenverkehr und die Pyhrn-Schober-Achse für den

Foto: LandesmedienService / Franz Neumayr



Bahnbrücke Pass Lueg / Salzburg

Güterverkehr ausgebaut werden“, so Schnöll und sieht als einen der Vorteile für Salzburg, daß durch ein erweitertes Angebot auf der Schiene neue touristische Zielgruppen besser erschlossen werden können.

Ausbau macht Bahn für Pendler und Touristen attraktiver

„Es gibt immer mehr städtische Haushalte ohne Auto. Für Pendler und Urlaubsgäste wertet ein Taktangebot die Bahn als Verkehrsmittel auf. Durch den Ausbau können mehr Züge schneller verkehren“, zählt Schnöll die Vorteile auf. Gemeinsam starten die vier Länder nun Lobbyingmaßnahmen auf EU-

Ebene und werben für einen Lückenschluß östlich der Brennerachse und Richtung Balkanländer.

Rückenwind von Sozialpartnern und Industrie

Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung, ÖGB und Wirtschaftskammer in Salzburg unterstützen einhellig die Initiative und sorgen für weiteren Rückenwind. Überregional profitieren von einer verbesserten Schienenverbindung Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und Steiermark durch eine effiziente internationale Anbindung und eine bessere Verteilung der Belastungen im Schienenverkehr durch die vorgeschlagene Aufteilung auf Tauern- und Pyhrn-Schober-Achse.

International werden Deutschland und Tschechien an die Nordadriahäfen und die Hafenstädte der Ägäis angebunden, da sich der Verkehrskorridor bis über den Balkan erstreckt. Nordwest- und Mitteleuropa rücken über die Türkei an den südlichen Ast der „Neuen Seidenstraße“ heran. ■

<https://www.salzburg.gv.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Transeurop%C3%A4ische_Netze

Steirische Gastfreundschaft für Europa

Innovationsland Steiermark präsentiert sich in Brüssel beim Nationalfeiertagsempfang



Foto: Land Steiermark

Beim Nationalfeiertagsempfang in Brüssel (v.l.): Opus-Mastermind Ewald Pfleger, LH Hermann Schützenhöfer, LR Barbara Eibinger-Miedl, Bundeskanzler Sebastian Kurz, LH-Stv. Michael Schickhofer, Opus-Frontmann Herwig Rüdissler und LR Christopher Drexler

In die Brüsseler Autoworld lud Landes-
hauptmann Hermann Schützenhöfer am
Abend des 17. Oktober zum nunmehr bereits
traditionellen Nationalfeiertagsempfang. Mit
rund 1000 anwesenden Gästen hat sich der
Empfang mittlerweile zu einer der größten
Netzwerkveranstaltungen Europas entwik-
kelt. Schützenhöfer und sein Stellvertreter
Michael Schickhofer konnten dabei auch
Bundeskanzler Sebastian Kurz begrüßen. Zu-
dem reihten sich unter anderem auch Euro-
palandesrätin Barbara Eibinger-Miedl, Lan-
desrat Christopher Drexler und zahlreiche
Europaabgeordnete aller Fraktionen unter
die prominente Gästeschar.

Der Bundeskanzler unterstrich in seinen
Grußworten: „An der Steiermark kommt man
de facto nicht vorbei – ganz gleich ob das mo-
dernste Technologien in einem Handy oder
Autos sind, die in der ganzen Welt verwen-
det werden. Vieles an Know-how, Entwick-
lung und Hightech kommt direkt aus der
Steiermark. Die Steiermark ist ein starker
Wirtschaftsmotor für Österreich in Europa.
Ich freue mich, daß als Zeichen der Export-
stärke dieser Empfang hier in Brüssel statt-
findet.“

Schützenhöfer: „Mit dem heutigen Emp-
fang ist es einmal mehr gelungen, die her-
vorragende steirische Gastfreundschaft in der

EU-Hauptstadt unter Beweis zu stellen. Durch
unseren Fokus auf Forschung und Entwick-
lung können wir uns hier in Brüssel als star-
ker Industrie- und Innovationsstandort, aber
insbesondere auch als pulsierendes Automobi-
lland präsentieren.“ Europa sei auch ein
wichtiges Friedensprojekt, an dem es weiter-
hin mit aller Kraft zu arbeiten gelte, so
Schützenhöfer. Jüngste Umfragen würden
bestätigen, daß die Zufriedenheit mit der
Union steige und daß die Länder von der
Mitgliedschaft profitieren. „Ich danke allen
Gästen, die mit ihrem heutigen Kommen ein
wichtiges Zeichen für eine starke Steiermark
in einem gemeinsamen Europa setzen und
freue mich, daß die Steiermark – gerade auch
im Jahr der österreichischen Ratspräsidentschaft – die ehrenvolle Aufgabe übernehmen
konnte, diesen Empfang auszurichten.“

„Die Steiermark mit ihren vielfältigen
Regionen konnte stark vom EU-Beitritt pro-
fitieren. Wir sind mit dem Beitritt vom Ran-
de Europas ins Zentrum gerückt. Dadurch
wurden wichtige Infrastrukturprojekte not-
wendig und erst ermöglicht, Arbeitsplätze
wurden geschaffen, die steirischen Regionen
konnten wachsen. Wir wollen diesen posi-
tiven Weg weitergehen und gemeinsam mit
der Europäischen Union die Zukunft in Ös-
terreich und der Steiermark gestalten“, so

der für die Regionen zuständige LH-Stv. Mi-
chael Schickhofer.

Wirtschafts- und Europalandesrätin Bar-
bara Eibinger-Miedl betonte die Rolle der
Steiermark in der Europäischen Union: „Wir
bringen uns als Region aktiv in die Politik
auf europäischer Ebene ein – etwa bei The-
men wie der Zukunft der Mobilität über die
Automotive Intergroup. Es ist wichtig, vor
Ort zu sein, die Steiermark in Brüssel zu prä-
sentieren und unsere Netzwerke zu forcieren.
Wir müssen aber auch dazu beitragen,
das Bewußtsein für das gemeinsame Europa
in der Steiermark zu stärken und mit anderen
Regionen darüber nachdenken, was wir für
eine positive Weiterentwicklung der Europä-
ischen Union tun können.“

„Mit dem Nationalfeiertagsempfang setzt
die Steiermark wieder ein starkes Zeichen in
Europa. Auf vielen Gebieten stellt unser Bun-
desland seine Internationalität unter Beweis.
Erst am Dienstag konnte ich eine Ausstel-
lung in Gent eröffnen, die eine Facette groß-
teils verborgener Verbindungen zwischen
Belgien und der Steiermark sichtbar macht.
Diese steirischen Verbindungen innerhalb
Europas und in die ganze Welt gilt es weiter-
hin zu pflegen“, so Landesrat Christopher
Drexler. ■

<https://www.verwaltung.steiermark.at>

Arge Alp: Dialog im Wald

Der Lebensraum Wald im Spannungsfeld verschiedener Nutzungsansprüche

Junge Bäume, die nicht aufkommen, weil der Wildstand zu hoch ist. Wild, das sich zurückzieht, beunruhigt und schwer zu bejagen ist, weil sein Lebensraum sehr stark von Wanderern, Mountainbikern und TourengeherInnen beansprucht wird, eine Waldbewirtschaftung, die für bestimmte Tierarten nicht optimal ist. All das sind Faktoren, die im Lebensraum Wald zu Spannungen führen. Im Zuge eines Arge-Alp-Projekts haben sich VertreterInnen von Behörden und Jagd in Tirol, Südtirol, Trentino, Salzburg, Vorarlberg, St. Gallen und Tessin auf Spurensuche gemacht, was es braucht, damit Spannungen erfolgreich abgebaut werden können.

„Wir sind im Alpenraum alle mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Der Wald muß vielen Ansprüchen genügen. Nicht immer lassen sich Forstwirtschaft, Jagd, Freizeitnutzung und Naturschutz friktionsfrei unter einen Hut bringen. Dann muß man Maßnahmen für ein besseres Miteinander setzen“, weiß LH-Stv. Josef Geisler als für Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Sport zuständiges Mitglied der Tiroler Landesregierung. Geisler setzt dabei aber nicht auf Gesetze und Verbote, sondern auf gegenseitigen Respekt und Freiwilligkeit. Ein Grund für mögliche Spannungen ist für Südtirols Ressortdirektor für Land- und Forstwirtschaft, Klaus Unterweger, der rasante gesellschaftliche Wandel, der sich auch im Wald niederschlägt. Und Tirols Landesjägermeister Anton Larcher ist davon überzeugt, daß die Herausforderungen für die Jagd in Zukunft noch größer werden, weil der Wald zu einer „24-Stunden-Gratis-Freizeitzone“ werde.

Zehn Spielregeln für den Projekterfolg

Ergebnis des Arge-Alp-Projekts ist ein Leitfaden mit zehn Spielregeln für Projekte im Lebensraum Wald: Zusammenarbeit, regelmäßiger Austausch und das Einbeziehen aller Beteiligten sind der Schlüssel zum Erfolg. „Daß beim Reden die Leute zusammenkommen, ist an sich nichts Neues. Im Zuge unseres Arge-Alp-Projekts ist aber deutlich geworden, daß der Dialog gut geplant und kontinuierlich sein muß. Die fachliche Expertise allein ist nicht genug“, verdeutlicht Landesforstdirektor Josef Fuchs.

Das Tiroler Projekt zur Verbesserung des Lebensraums für Raufußhühner, die Regu-



Foto: Land Tirol / Entstrasser-Müller

v.l.: Ressortdirektor Klaus Unterweger (Südtirol), Kantonsobeförster August Ammann (St. Gallen), Land- und Forstwirtschaftsreferent LHStv Josef Geisler, Landesforstdirektor Josef Fuchs und Landesjägermeister Anton Larcher

lierung des Rotwildbestandes in der Region Werdenberg in St. Gallen oder das Salzburger Projekt „Respektiere deine Grenzen“ haben eines gemeinsam: Sie alle sind deshalb erfolgreich, weil es gelungen ist, daß ein Problem von allen als solches anerkannt wurde, die Grundlagen für Gegenmaßnahmen

fachlich fundiert und mit allen Betroffenen diskutiert wurden, die Ziele und in weiterer Folge die Art der Maßnahmen definiert wurden und der Projektfortschritt laufend evaluiert wird. ■

<https://www.tirol.gv.at>

<https://www.argealp.org>

Konferenz zum Interreg-Projekt »AlpFoodway« in Innsbruck

Nachdem die Aufnahme der Tiroler Flurnamen sowie der traditionellen Rieselbewässerung des Tiroler Oberlandes in das Register des immateriellen UNESCO-Weltkulturerbes beantragt wurde, wird dies nunmehr auch für die Kultur alpiner Lebensmittel angestrebt.

Im Interreg-Programm „AlpFoodway“ werden die Vorarbeiten dafür geleistet. 14 Partner aus sechs Alpenländern, darunter die Universität Innsbruck/Institut für strategisches Management, Marketing und Tourismus, arbeiten derzeit daran, regionale Lebensmittel aus den Berggebieten zu erfassen und Herstellungs- und Zubereitungsmethoden sowie die damit einhergehenden Fertigkeiten, Gerätschaften und Traditionen zu dokumentieren. Der aktuelle Projektstand wurde bei einer Konferenz im Rahmen des Tiroler Vorsit-

zes in der EU-Alpenraumstrategie EUSALP in Innsbruck präsentiert.

Daß ohne Marketing bei der In-Wert-Setzung regionaler Produkte aus den Alpen nichts geht, darin sind sich die ExpertInnen von AlpFoodway einig. „Wir wollen die Seele der Produkte zeigen und die Geschichten, die dahinterstecken, erzählen“, erklärt Diego Rinallo von der Kedge Business School in Marseille. Schlußendlich gehe es darum, Lebensmittel und Kultur zu verknüpfen, Wertschöpfungsketten zu etablieren und höhere Preise für wertvolle Lebensmittel aus den alpinen Regionen zu erzielen. Denn es werde immer jemanden geben, der billiger und mehr produzieren kann. In diese Kerbe schlägt auch LHStv Josef Geisler, der überzeugt ist: „Der Wert der Lebensmittel steigt mit der Emotion.“ ■

Know How zum Aufbau von Kompetenz in Burkina Faso

Land Vorarlberg und ADA starten Entwicklungszusammenarbeitsprojekt

Das Land Vorarlberg und die Austrian Development Agency (ADA) starten ein großes Entwicklungszusammenarbeitsprojekt in Burkina Faso. „Das Projekt soll zu einem verbesserten Zugang zu qualitativ hochwertigen Ausbildungsmöglichkeiten und mehr Arbeitsplätzen im Bereich „Erneuerbare Energien“ beitragen“, informierte Landesrat Johannes Rauch am 29. Oktober bei der Vertragsunterzeichnung in Wien gemeinsam mit ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter und dem burkinischen Botschafter in Österreich Dieudonné Kéré.

„Vorarlberg verfügt über viel Erfahrung und Kompetenz im Bereich der Berufsbildung und der erneuerbaren Energie. Dieses Know-How bringen wir nun gezielt in Burkina Faso ein und tragen dort nachhaltig zur Verbesserung der Lebensumstände bei“, betonte Rauch. Im gesamten Landesgebiet von Burkina Faso soll in den beruflichen Gymnasien (Lycées Professionnels) eine neue, qualitativ hochwertige Fachrichtung „Erneuerbare Energie“ eingeführt werden. In den kommenden drei Jahren Jahren (bis Ende 2021) werden dafür insgesamt 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. 90 Prozent davon werden vom Land Vorarlberg getragen. Erstmals wird dabei ein Projekt in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in einer Land-Bund-Kooperation umgesetzt. „Es ist die richtige Kooperation im richtigen Sektor. Alle Strategien des Landes Burkina Faso sind auf Nachhaltige Energien ausgerichtet“, ergänzte der burkinische Botschafter in Österreich, SE Dieudonné Kéré.

Neben dem Land Vorarlberg ist die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Kooperationspartner. Burkina Faso ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Obwohl das Land in der westafrikanischen Sahelzone in den letzten 20 Jahren – etwa in den Bereichen Grundschulbildung und Trinkwasserversorgung – Fortschritte gemacht hat, lebt fast die Hälfte der 17 Millionen EinwohnerInnen unter der Armutsgrenze. „Die Verbesserung der Ausbildung und die Steigerung der Produktivität



v.l.: Landesrat Johannes Rauch mit dem burkinischen Botschafter in Österreich, Dieudonné Kéré bei, und ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter bei der Vertragsunterzeichnung in Wien



Das Land in der westafrikanischen Sahelzone hat in den letzten 20 Jahren u.a. bei der Trinkwasserversorgung schon Fortschritte gemacht.

gehören zu den größten Herausforderungen des Landes. Mit unseren Projekten schaffen wir Hilfe zur Selbsthilfe und somit Perspektiven für die Menschen vor Ort“, sagt Ledolter, und weiter: „Den thematischen Fokus, in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, auf die Berufsbildung im Bereich Erneuerbare Energien zu setzen, ist daher goldrichtig!“

Partner auf Vorarlberger Seite sind die Pädagogische Hochschule Vorarlberg in

Feldkirch, die FH Vorarlberg in Dornbirn sowie die HTL Bregenz. In einer ersten Phase erfolgt die Zusammenarbeit mit rund 20 Lehrpersonen und rund 180 SchülerInnen an den vier Partnerschulen vor Ort. „Auch rund 300 Klein- und Mittelbetriebe im Bereich Photovoltaik sind mit an Bord“, so der Landesrat.

<http://www.vorarlberg.at>

<https://www.entwicklung.at>

Österreich, Europa und die Welt

Wien und Sofia unterzeichnen Start-Up-Abkommen

Wien und die bulgarische Hauptstadt Sofia vertiefen die Zusammenarbeit in Sachen Start-Ups. Ein besonderer Schwerpunkt des „City to City Agreements“, das Wiens Bürgermeister Michael Ludwig mit seiner Amtskollegin aus Sofia, Jordanka Fandakova, am 22. Oktober im Rathaus präsentiert hat, liegt auf jungen Unternehmen der FinTech-Branche.

„Die Start-Up-Szene in Europa boomt. Europa steht damit längst mit Silicon Valley und anderen Start-Up-Zentren in Wettbewerb. Deshalb ist es wichtig, dass europäische Städte sich nicht als Konkurrenten, sondern als Verbündete mit gemeinsamen Interessen sehen“, stellte Ludwig fest. Internationale Kooperationen stärkten den Standort Wien, betonte er. Unterzeichnet wurde das Abkommen von Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien und Vladimir Danaïlov, Geschäftsführer Sofia Invest.

Das „City-to-City Agreement“ ist ein globales Netzwerk von Städten, mit dem Ziel Unternehmenskooperationen und Wirtschaftswachstum zu unterstützen, die Beziehungen zwischen Städten zu stärken, und die



Foto: PID / C. Jobst

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig mit seiner Amtskollegin aus Sofia, Jordanka Fandakova

wirtschaftlichen Bedingungen für Unternehmen im jeweils anderen Land zu erleichtern. Neben Sofia hat Wien bereits ein vergleichbares Abkommen mit London abgeschlos-

sen. Wien ist auch Mitglied der „Start Alliance“ mit Tel Aviv, New York City, Shanghai, Paris, London, Warschau, Dubai, Peking und Berlin. ■

Wachsende Städte – eine europäische Herausforderung

Unter dem Titel „Integration in Housing – Models for Social Cohesion“ fand am 17. Oktober eine Veranstaltung im Wien-Haus in Brüssel statt. Es diskutierten die Wiener Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, der Generaldirektor der Sozialbau AG, Josef Ostermayer, die Direktorin von Wiener Wohnen, Karin Ramser, sowie die Generalsekretärin von Housing Europe, Sorcha Edwards.

Integration im Wohnbau

Gaál hob hervor, daß das „Wiener Modell“ des sozialen und leistbaren Wohnens in Europa einzigartig und international anerkannt sei. Eine ausgewogene soziale Durchmischung sei Voraussetzung, um das Zusammenleben positiv zu gestalten. Die Gestaltung von und der Zugang zu Wohnraum sollten daher weiterhin von den Städten und Regionen Europas selbst definiert werden können.



Foto: Wien Haus / Fred Beard

Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung im Wien-Haus in Brüssel

Unterzeichnung des »Code of Conduct«

Ramser unterzeichnete in Brüssel als erstes österreichisches Wohnungsunternehmen den Verhaltenskodex der Europäischen Initi-

ative zur Verantwortungsvollen Wohnungswirtschaft. Diese Initiative wird von DELPHIS, Housing Europe und dem Internationalen Mieterbund koordiniert. Mit der

Unterzeichnung unterstreicht die Unternehmung Wiener Wohnen ihre soziale Verantwortung für die Gesellschaft. ■

<https://www.wien.gv.at>

Local Cooperation Forum mit China

Österreichisch-chinesisches Treffen in der Oesterreichischen Nationalbank – Kommunaler Erfahrungsaustausch in Perchtoldsdorf

Erstmals in dieser Größe fand am 10. September in der Oesterreichischen Nationalbank ein österreichisch-chinesisches Local Cooperation Forum mit 170 chinesischen TeilnehmerInnen statt. Von chinesischer Seite beteiligten sich 20 Provinzen und Städte, welche fast die Hälfte der chinesischen Gesamtbevölkerung repräsentierten. In einem Nebensaal fanden zusätzlich Wirtschaftsgespräche der Außenhandelsorganisation der Provinz Shanxi statt, welche von dem Generalsekretär der Austria and China Economy and Trade Association, Abg. z. NR Johannes Jarolim, moderiert wurden.

Für die Organisation beider Veranstaltungen waren die Österreichisch-Chinesische Gesellschaft unter ihrem Präsidenten Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, die Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland (CPAFFC) und die OeNB verantwortlich. Die Tagung wurde von Fischer eröffnet und führte zu fruchtbaren Kontakten. Von österreichischer Seite nahmen hochrangige Vertreter der Bundesländer Wien, Burgenland, Steiermark, Tirol, Salzburg und Niederösterreich teil.

Im Rahmen des Programms überreichte der chinesische Minister Song gemeinsam mit dem Senator h.c. Walter Gerbautz, Generalsekretär von PaN, der Dachorganisation österreichisch-ausländischer Gesellschaften, Ehrenpreise für vorbildliche freundschaftliche Kooperation an den burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl, an die Tiroler Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, an Maximilian Jäger, Vizebürgermeister von Leoben, sowie an deren chinesische Partner. Am Abend gab der Generalsekretär des Wirtschaftsministeriums, Michael Esterl, in Vertretung von Bundesministerin Margarete Schramböck, gemeinsam mit dem Vizepräsidenten der ÖGCF den TeilnehmerInnen ein festliches Essen. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, chinesische TV-Stationen und Printmedien berichteten umfangreich über die erfolgreiche Veranstaltung.

Unter dem Thema Brückenschlag zur Zusammenarbeit der regionalen Regierungen zwischen China und Österreich referierte der



v.l.: Vizeminister Song Jingwu, Guo Runkui/Provinz Hunan, Landeshauptmann des Burgenlandes Hans Niessl, Vizebürgermeister der Stadt Leoben Maximilian Jäger, Landtagspräsidentin von Tirol Sonja Ledl-Rossmann, Ms. Zhou Chunyan, Vice Chairman of Henan Provincial Committee, Wang Lianyun/Stadt Xuzhou-Jiangsu Provinz, Gerhard Samberger, Kulturmanager der Stadt Leoben, und PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz

Direktor der Europaabteilung von CPAFFC, Lyu Hongwei, über die aktuellen Provinz- und Städtepartnerschaften zwischen Österreich und China sowie weltweit.

Beispielhaft nannte er die Partnerschaften zwischen der Provinz Hunan mit dem Bur-

genland, der Provinz Henan mit Tirol und die Städtepartnerschaft zwischen Xuzhou mit Leoben.

Gerhard Samberger, Kulturmanager der Stadt Leoben, berichtete vom erfolgreichen Weg der seit 1994 bestehenden äußerst aktiven Städtepartnerschaft seiner Stadt und Xuzhou in der Provinz Jiangsu. Vor allem auf dem Kultursektor war die Städtepartnerschaft mit Ausstellungen in beiden Städten äußerst erfolgreich unterwegs, sodaß bereits 2010 eine Auszeichnung für dieses Erfolgsmodell einer hervorragenden Städtepartnerschaft die logische Folge war. Auf dem wirtschaftlichen bzw. touristischen Sektor war der gemeinsame Auftritt der beiden Städte bei der Expo Shanghai im Jahr 2010 ein weiterer Höhepunkt einer vorbildlichen Städtepartnerschaft.

Dietmar Schwank, Regionaldirektor Ferner Osten der Wirtschaftskammer Österreich, vermittelte einen beeindruckenden Einblick in die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und China, indem er nach einer Einführung in das breite Handlungsspektrum der Aussenwirtschaftsstellen der WKÖ die Exportnation Österreich und



Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Präsident der Freundschaftsgesellschaft Österreich-China, bei seiner Begrüßung

Foto: s. ÖGCF / Österreichisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft

Österreich, Europa und die Welt – PaN

deren Investitionen in China und weltweit und die bilateralen Kooperation der beiden Nationen fokussierte.

Die WKÖ unterhält gegenwärtig in 70 Ländern 100 Büros mit rund 800 MitarbeiterInnen, die jährlich 1200 Veranstaltungen organisieren und auf eine mehr als 70jährige Erfahrung zurückblicken können. Das Handelsvolumen zwischen Österreich und China umfaßte im Jahr 2017 zwölftehalb Milliarden Euro, Österreich exportierte Waren im Wert von beinahe vier Milliarden Euro und Österreich importierte um achteinhalb Milliarden Euro Waren aus China. Somit rangiert China derzeit an fünfter Stelle von Österreichs Handelspartnern.

Österreichs Investitionen hatten im Jahr 2017 beinahe einen Wert von vier Milliarden Euro. Zirka 650 österreichische Unternehmungen unterhalten in China gegenwärtig 900 Firmenstandorte.

Der chinesische Tourismus gewinnt in Österreich immer mehr an Gewicht, so besuchten im Jahr 2017 mehr als 900.000 ChinesInnen Österreich, was einen Zuwachs zum Vorjahr von 23 Prozent bedeutet.

Ein wichtiges gemeinsames Wirtschaftsziel beider Länder ist die Abhaltung der Olympischen Winterspiele 2022 in China.

Abschließend listete Schwank die Gründe für gezielte Investitionen von Österreichischen Unternehmungen in China auf. Nicht zuletzt wurden auch die hoffnungsvollen Perspektiven, welche der zügige Ausbau der Neuen Seidenstraße dem beiderseitigen Warenverkehr in absehbarer Zeit eröffnen wird, hervorgehoben.

Kommunaler Erfahrungsaustausch in Perchtoldsdorf

Auf dem intensiven Programm standen Begegnung und Vernetzung zwischen österreichischen und chinesischen Entscheidungsträgern. Der Besuch der Delegation in Perchtoldsdorf nahe Wien hatte das Verhältnis zwischen Metropole und Umland zum Inhalt, wobei Bürgermeister Martin Schuster den Gästen, die Stadt- und Provinzregierungen aus ganz China angehören, Einblick in die Herausforderungen der Bereiche Mobilität, Bevölkerungswachstum und Umweltschutz bieten konnte. Die folgende Fachdiskussion in der Perchtoldsdorfer Burg machte vor allem die strukturellen Unterschieden zwischen chinesischen Stadtregionen und dem österreichischen Föderalismus deutlich, identifizierte aber auch zahlreiche gemeinsame Problemfelder.

<http://www.dachverband-pan.org>



Foto: ÖGCF / Österreichisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft

Abg. z. NR Johannes Jarolim, Generalsekretär der Austria-China Economy and Trade Association und Chen Hecai, Präsident des China Council for the Promotion of International Trade Shanxi Provincial Committee



Foto: ÖGCF / Österreichisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft

Im Gespräch: SpitzenpolitikerInnen und Abordnungen aus China und den Bundesländern



Foto: Huaicheng Wang / Guangming Daily

Bürgermeister Martin Schuster (Mitte links) mit den TeilnehmerInnen des „Austrian Chinese Local Cooperation Forum“ am Hauptplatz von Perchtoldsdorf

Geburtstag ohne Protokoll

Im Dorfmuseum Mönchhof gab es ein Fest zu Ehren des Protokollchefs des Burgenlandes und PaN-Beirats Hofrat Johannes Pinczolit

Seit 17 Jahren leitet ein bi- und multilateraler „Vernetzer“ die Stabstelle Protokoll im Amt der Burgenländischen Landesregierung. So ist es auch nicht verwunderlich, daß Hofrat Johannes Pinczolit auch vom Partner aller Nationen – PaN, dem Dachverband aller österreichisch ausländischen Freundschaftsgesellschaften, bereits vor seiner Amtsübernahme entdeckt und in die PaN-Familie sowohl in den Vorstand wie auch nunmehr in den Beirat des Dachverbandes berufen wurde.

Sein Hauptberuf ist natürlich der des Protokollchefs im Amt der Burgenländischen Landesregierung, welchen er mit sprichwörtlicher Leidenschaft ausübt.

Er ist mit 17 Jahren derzeit der dienstälteste Protokollchef Österreichs und darf auf mehr als 5000 von ihm und seinem Team organisierte öffentliche Veranstaltungen mit Genugtuung zurückblicken, darunter die mit den Staatsoberhäuptern aus Japan, Schweden, Kroatien und Ungarn, aber auch karitative Veranstaltungen wie „Licht ins Dunkel“ und die Festveranstaltungen 80 und 90 Jahre Burgenland mit den politischen Spitzen der Bundes- und Landesebene seien hier nur beispielhaft erwähnt.

Dabei ist sein Markenzeichen immer die Authentizität, die ihn zu einem besonderen Protokollchef mit Menschlichkeit, sogar Liebenswürdigkeit gegenüber seinen Nächsten macht. Dies wissen auch seine MitarbeiterInnen zu würdigen und arbeiten wegen dieser besonderen Gaben ihres „Chefs“ mehr, als sie nach dem Dienstvertrag eigentlich müßten. Manchmal sogar bis in die späten Abendstunden, wenn etwa Ordensverleihungen am Programm stehen.

Viel Lob und Würdigungen mußte der Jungsechziger an diesem Tag über sich ergehen lassen. So waren von der Spitze der Burgenländischen Landesregierung Landeshauptmann Hans Niessl, sein designierter Nachfolger Landesrat Hans Peter Doskozil, die Landesräte Verena Dunst und Norbert Darabos und viel Prominenz aus dem Kreis der burgenländischen (Tourismus-)Wirtschaft und Star-Winzer, der Kunst, der internationalen Freundschaftsgesellschaften-PaN, sowie von verschiedensten Vereinen und natürlich ein dichtes Spalier an Freunden an diesem seinen Ehrentag zugegen.



v.l.: PaN-Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz, Landeshauptmann Hans Niessl, Jubilar Hofrat Johannes Pinczolit und PaN-Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler



Landeshauptmann Hans Niessl dankte in seiner Ansprache „seinem“ Protokollchef für dessen unermüdlichen Einsatz im Namen des Burgenlandes, aber auch in seinem eigenen.

Die Festansprachen hielten neben Landeshauptmann Hans Niessl Landesamtsdirektor Ronald Reiter und für PaN dessen Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler.

„Es ist mir eine große Freude und Ehre Dir, sehr geehrter Herr Hofrat, lieber Hannes, zu diesem festlichen Anlaß ein paar Worte zu spenden“, leitete Mückler seine Laudatio ein. „Der Großteil von uns Anwe-

senden kennen Hannes Pinczolit auch im Rahmen unserer PaN-Familie seit fast zwei Jahrzehnten, wobei sich unser freundschaftliches Verhältnis von Jahr zu intensiviert hat.“ Hannes Pinczolit habe bereits von 2001 bis 2011 dem PaN-Vorstand angehört und war 2014 in den Beirat des Dachverbandes berufen worden. Die Pflege von Freundschaften zeichne auch sein ganzes Wesen

Fotos: PaN / Florian Wieser

Österreich, Europa und die Welt – PaN

aus. „Hilfsbereitschaft, freundliches und umsichtiges Auftreten sind auch die Merkmale, die Dich in Deinem verantwortungsvollen Beruf als Leiter der Stabsstelle Protokoll der burgenländischen Landesregierung seit 17 Jahren auszeichnen“, so Mückler.

In dieser Funktion habe Pinczolits eine Vielzahl von hochkarätigen Besuchen höchster Vertreter ausländischer Staaten, wie auch aus Österreich in hervorragender und un-nachahmlicher Weise vorbereitet und mit seinem großartigen Team auch durchgeführt. Dazu zählten u.a. der Staatsbesuch des kroatischen Staatspräsidenten Stjepan Mesić, die offiziellen Staatsbesuche des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil im Iran und der BRD, wie auch der offizielle Besuch des japanischen Thronfolgerpaares Kronprinz Naruhito und seiner Frau, Prinzessin Masako, und des schwedischen Königspaares Carl XVI. Gustaf und seiner Frau Silvia in Österreich bzw. im Burgenland. Letzteres war vom offiziellen Besuch im Burgenland so begeistert, daß es nur wenig später einen privaten Besuch im Seewinkel folgen ließ.

„Eine einzigartige Veranstaltung im Rahmen von ‚Licht ins Dunkel‘ trägt unverkennbar die Handschrift des Auszuzeichnenden, nämlich die seit acht Jahren jährlich stattfindende ‚Licht ins Dunkel-Gala‘ des Landes Burgenland in der ‚Seewinkelhalle‘ der Vila Vita. Diese Veranstaltungen schlossen jährlich mit einem Reinerlös von 100.000 Euro, was Rang 8 im österreichweiten Ranking bedeutet“, setzte der PaN-Präsident fort.

Einzigartig in Österreich sei auch das Verhältnis des Burgenlandes zur Richard Wagner-Stadt Bayreuth. Dies sei ebenso wie die vielen guten nationalen und internationalen Beziehungen von Hannes Pinczolits auf dessen persönliches Engagement und dessen Begeisterung für sein Bundesland bzw. Österreich zurückzuführen. Eine Reihe von hohen Auszeichnungen, u.a. von der Republik Österreich, dem Burgenland, dem Königreich Schweden und der Festspielstadt Bayreuth waren nur die logische Folge.

„Die freundschaftlichen Dienste von Hofrat Pinczolits für unsere PaN-Familie, für die bilateralen PaN-Gesellschaften und dem Dachverband, sind uns allen bestens bekannt. Alle hier aufzuzählen würde den zeitlichen Rahmen überfordern, sodaß sie mir erlauben, zum Schluß meiner Laudatio zu kommen: Der Vorstand des Dachverbandes PaN hat Dir, lieber Hannes Pinczolits bereits Ende vergangenen Jahres die höchste von PaN zu vergebende Auszeichnung, den PaN-Persönlichkeits-Award 2017, verliehen. Damit reihst



Dachverbandspräsident Univ.-Prof. Hermann Mückler bei seiner Laudatio für den Jubilar



Fotos: PaN / Florian Wieser

Am Tisch der Österreichisch-Argentinischen Freundschaftsgesellschaft - PaN war die Stimmung besonders ausgelassen.

Du Dich in die würdige Reihe der vom Dachverband-PaN Ausgezeichneten, wie Prof. Dr. Zilk, Professor Dr. Kanitzer und Professor Dr. Jutta Unkart-Seifert ein“, so Mückler, und weiter: „Der Dachverband Partner aller Nationen – PaN und seine bilateralen Freundschaftsgesellschaften möchten Dir, lieber Hannes, und deinem Team nochmals ein ganz herzliches Dankeschön sagen und wir wünschen uns gleichzeitig weiterhin ein enges, freundschaftliches Band der Verbundenheit mit Dir“, schloß der PaN-Präsident unter lange anhaltendem Applaus der Festgesellschaft.

Die Österreichisch Argentinische Freundschaftsgesellschaft – PaN dankte dem Geburtstagskind, stellvertretend für die 120 bi-

lateralen Freundschaftsgesellschaften vom Dachverband PaN, mit lateinamerikanischen Gitarrenklängen und mitreißendem Gesang.

Mit Geburtstagsliedern in mehreren Sprachen schlossen sich die freudig gestimmten Festgäste an. Der Übergang zum Tanzabend wurde mit dem Volkslied „Wahre Freundschaft“ eingeleitet.

Von seinem Dachverband-Mitarbeiterstab erhielt der Jubilar ein besonderes Geschenk in Form eines eigenständig für ihren Chef getexteten Lieds, welches mit viel Hingabe und Ambition von diesen auch dem begeisterten Auditorium vorgetragen wurde. ■

<http://www.dachverband-pan.org>

<http://www.austria-argentina.at>

<http://www.burgenland.at>

NATO-Übung in Serbien

Seit 1995 wirkt Österreich an der im Jahr 1994 ins Leben gerufenen NATO Partnerschaft für den Frieden (PfP – »Partnership for Peace«) aktiv mit.

Gemäß dem österreichischen Einführungsdokument vom Mai 1995 zielt Österreichs Kooperation mit der NATO und den anderen PfP-Teilnehmern insbesondere auch auf die Zusammenarbeit bei friedenserhaltenden Operationen, humanitärer und Katastrophenhilfe sowie bei Such- und Rettungseinsätzen ab. Seit Gründung des Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centres (EADRCC) im Jahre 1998, finden daher auch jährlich im Rahmen des Projektes „Partnership for Peace“ groß angelegte Katastrophenhilfeübungen unter Mitwirkung der EAPC Partnerstaaten (derzeit 50 Nationen) statt und nach Maßgabe der jeweiligen Übungsszenarien wurden auch immer wieder vom Innenministerium (BM.I) Einsatzteams und Experten aus Österreich zur Teilnahme eingebunden.

Diese groß angelegten Katastrophenhilfeübungen bieten für Österreich eine ausgezeichnete Gelegenheit, das vorhandene Fachwissen und den hervorragenden hochtechnisierten Ausrüstungsstand österreichischer Einsatzorganisationen einem internationalen Publikum zu präsentieren und darüber hinaus auch die über einen Zeitraum von nunmehr 20 Jahren kontinuierlich aufgebauten Netzwerke weiter zu verbessern und zu pflegen.

Diese Kooperationsmöglichkeiten kommen in weiterer Folge auch bei Realeinsätzen nicht nur der betroffenen Bevölkerung in Katastrophengebieten zu Gute, sondern erleichtern auch österreichischen Hilfs- und Rettungsorganisationen und den mit Angelegenheiten des Katastrophenschutzes und der internationalen Katastrophenhilfe befaßten Behörden in Katastrophengebieten die praktische Zusammenarbeit im Ernstfall wesentlich.

Bisher hat es eine österreichische Beteiligung an allen bisher durchgeführten siebzehn Großübungen gegeben.

Die Zivilschutzbehörden Serbiens (Innenministerium) haben in den betreffenden NATO Gremien den Vorschlag unterbreitet, für die im Jahre 2018 geplante NATO/EADRCC Katastrophenhilfeübung als Gastland zu fungieren, so fand die NATO/EADRCC Feldübung „SRBIJA 2018“ vom 7. bis 12. Oktober im Großraum Mladenovac statt und war ein Beitrag Serbiens zum ver-



Das Team des NÖ Landesfeuerwehrkommandos, das vom BM.I zur Übung eingeladen wurde.



Ein Blick in die österreichische Team-Zentrale bei der Katastrophenhilfeübung in Zagreb

einbarten PfP-Trainingsprogramm. Diese Übung wurde erneut als zivile EADRCC Übung mit Euro Atlantic Disaster Response Units (EADRU) durchgeführt. Alliierte und Partner Nations wurden auch diesmal eingeladen, Möglichkeiten einer Mitwirkung/Teilnahme zu prüfen. Letztlich haben an dieser Übung insgesamt mehr als 2000 Personen aus 40 Nationen und zahlreiche internationale Organisationen teilgenommen.

Seitens des BM.I wurde in Fortführung der bisherigen Aktivitäten im NATO/EAPC Bereich, wonach die Teilnahme an derartigen Übungen immer unterstützt wurde, auch im gegenständlichen Fall wieder mit zivilen

Kapazitäten der in Betracht kommenden Einsatzorganisationen an der Übung teilgenommen.

Als Vertreter Österreichs in der „Civil Protection Group“ (CPG) der NATO und als Mitglied in der Kernplanungsgruppe der NATO („Core Planning Team“) für die Vorbereitung und Durchführung von Katastrophenhilfeübungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden, hat ADir. Reg.Rat Krol (BM.I) in diesem Zusammenhang auch die Gesamtkoordination der Mitwirkung Österreichs wahrgenommen. ■

<http://www.bmi.gv.at>

<https://www.noel122.at>

Österreichische MusikerInnen spielten in Gaza

Der musikalische Austausch wurde von einer von der UNESCO initiierten Konferenz begleitet.



Foto: UNESCO

Die österreichischen MusikerInnen bei ihrem besonderen Konzert für Kinder einer Gundschule in Gaza

Konzerte internationaler Musiker in Gaza stellen unter den derzeitigen politischen Verhältnissen in der Region eine absolute Seltenheit dar. Nach monatelangen Vorbereitungen gelang es der UNESCO in Zusammenarbeit mit dem Willy Brandt Center in Jerusalem vier Jazz-MusikerInnen aus Österreich in den Gaza Streifen zu bringen, die mit MusikerInnen von vor Ort ein Konzertprogramm erarbeiteten. Der Auftritt, der vor der Meeresküste von Gaza City vor Hunderten begeisterten palästinensischen und internationalen BesucherInnen stattfand, sorgte für große Begeisterung und war in seiner Art einzigartig.

Sängerin Heidi Caviezel, Bassist Philipp Kienberger, Pianist Lukas Leitner und Saxophonist Lukas Schiemer brachten ihre eigenen Kompositionen mit in den Gazastreifen und lernten im Gegenzug auch Werke der lokalen MusikerInnen kennen.

Der musikalische Austausch wurde von einer ebenfalls von der UNESCO initiierten

Konferenz begleitet. Im Vordergrund standen keine politischen Debatten, sondern Fragen, die den Alltag der Künstler betrafen: Wie ist es möglich, seinen Weg als MusikerIn zu verfolgen, wenn es keinen Zugang zu professioneller Ausbildung, Instrumenten oder Probemöglichkeiten gibt? Wie sammeln ein KünstlerInnen Konzerterfahrung, wenn öffentliche Auftritte meist nicht erlaubt werden und die Ausreise aus dem Gazastreifen generell untersagt ist?

Dank der zahlreichen persönlichen Beiträge der internationalen und lokalen KünstlerInnen wurde deutlich, daß, trotz oder gerade aufgrund der schweren humanitären Verhältnisse, künstlerisches Schaffen eine entscheidende Rolle spielen kann, Menschen in Krisensituation zu stärken, neue Perspektiven zu bieten und über einen kreativen interkulturellen Austausch zur Friedensarbeit beizutragen.

Zu weiteren berührenden Begegnungen kam es am folgenden Tag beim Besuch einer

Grundschule, bei welchem die österreichischen MusikerInnen für Kinder musizierten und einmal mehr belegt wurde, daß Musik eine universelle Sprache ist, die vermag Menschen jeglichen Alters, Hintergrunds und Nationalität zu erreichen und zu verbinden.

Zum Finale der Konzertreihe spielten die Gäste aus Österreich am 12. Oktober gemeinsam mit MusikerkollegenInnen aus Istanbul und Ramallah im Rahmen des internationalen Jerusalem Open Forums am Willy Brandt Center.

Das Willy Brandt Center in Jerusalem ist ein einzigartiges Begegnungszentrum, in welchem sich junge Menschen aus Israel, Palästina und der ganzen Welt auf Augenhöhe und über Grenzen und Konfliktlinien hinweg begegnen. Die musikalischen Veranstaltungen spiegeln das Ziel des Willy Brandt Centers wieder, über Kultur Brücken zu bauen und gemeinsam nach Lösungen für eine bessere Zukunft zu suchen. ■

<https://willybrandtcenter.org/de/>

Severin Schwan ist »Auslands-österreicher des Jahres« 2018

Die Auszeichnung wurde anlässlich der Weltbund-Tagung – des Auslandsösterreichertreffens 2018 in Innsbruck verliehen.



Foto: AÖWB / Roland Pirker

Von 6. bis einschließlich 8. September waren rund 350 AuslandsösterreicherInnen zu Gast in der wunderschönen Landeshauptstadt Innsbruck.

Über 500.000 österreichische StaatsbürgerInnen und rund eine Million Menschen österreichischer Abstammung leben über die ganze Welt verstreut. Um die Verbindung mit der alten Heimat nicht abreißen zu lassen, wird vom Auslandsösterreich-Weltbund alljährlich ein Treffen in einem der neun Bundesländer organisiert. Die diesjährige 62. Tagung fand von 6. bis einschließlich 8. September in Innsbruck statt und wurde vom Land Tirol mitunterstützt.

Der Hauptzweck des Treffens ist der Kontakt mit Österreich im allgemeinen und den Bundesländern im besonderen, die Veranstaltung dient auch der Abstimmung politischer, kultureller und strategischer Ziele des AÖWB sowie der Definition von Serviceleistungen für die in aller Welt verstreut lebenden ÖsterreicherInnen.

Anlässlich dieser Treffen werden auch die Generalversammlungen abgehalten. Es ist



Foto: AÖWB / Roland Pirker

Das Willkommen der AuslandösterreicherInnen war in der ganzen Stadt zu spüren, an der Eingangstür zum Festsaal im Innsbrucker Landhauses war es auch schriftlich angebracht...

Österreich, Europa und die Welt

Tradition, daß diese Weltbund-Tagung im Wechsel immer in einem anderen Bundesland abgehalten wird. Neben den Arbeitssitzungen umfaßt das Programm ein reiches kulturelles Angebot und wird durch repräsentative Empfänge der offiziellen Stellen abgerundet.

Die Geschichte des AÖWB

Der Weltbund wurde im Jahre 1952 mit dem Ziel gegründet, den weltweit bestehenden Österreicher-Vereinen und den im Ausland lebenden Österreichern Hilfestellung bei der Verbindung mit der Heimat zu bieten und ihnen darüber hinaus vielfältige Unterstützung zukommen zu lassen. Er war und ist vor allem aber auch ihre Interessensvertretung in politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, sowohl im Inland als auch im Ausland.

Die jahrzehntelange abwechslungsreiche Geschichte des Weltbundes wurde vor allem durch jene Persönlichkeiten geprägt, die durch ihre idealistische und ehrenamtliche Tätigkeit dafür sorgten, daß die Organisation – trotz manchmal schwieriger Umstände – weiterarbeiten konnte und somit im Laufe der Jahre die Anzahl der Mitgliedsvereine ständig stieg. Rund 180 Vereinigungen in aller Welt geben als aktive Mitglieder dem AÖWB heute die Basis dafür, daß er als Interessenvertretung der AÖ bei der Bundesregierung, den verantwortlichen Behörden, den im Nationalrat vertretenen Parteien, aber auch bei allen anderen zuständigen Stellen von Wirtschaft, Kultur und Politik in Österreich in seiner Funktion voll anerkannt ist.

Einige Jahre nach dem Entstehen des damaligen „Weltbundes der Österreicher im Ausland“ wurde in Wien die Gründung des „Auslandsösterreicherwerkes“ eingeleitet. Dessen Aufgaben waren vor allem diverse Service-Leistungen für AÖ, die Herausgabe des Auslandsösterreicher-Journals „ROT-WEISS-ROT“, die Unterstützung bei Kontakten mit österreichischen Behörden und schließlich fallweise auch soziale Hilfe für in Not befindliche Österreicher im Ausland.

Im Laufe vieler Jahre gab es immer wieder Fusionsgespräche zwischen den beiden Verbänden. Es hat jedoch viele Jahre gedauert, bis ein Beschluß dazu 2002 mit überwältigender Mehrheit von 82 Prozent bei der Generalversammlung des Weltbundes zustandekam. Die Generalversammlung des Auslandsösterreicherwerkes hatte bereits im Juni desselben Jahres einstimmig die Fusion genehmigt. Ein neuer Name wurde für die aus zwei getrennten Verbänden zusammengeführ-



Aus- und InlandsösterreicherInnen machten Stadtspaziergänge bei gutem Wetter.



Fotos: AÖWB / Roland Pirker

te Vertretungsorganisation gewählt, die in der Zukunft beide früheren Aufgabenbereiche gemeinsam abdecken sollte: Auslandsösterreicher Weltbund. So sind nunmehr die AÖ in aller Welt in einem einzigen Verband zusammengefaßt und können die sich aus diesem Zusammenschluß ergebenden Synergieeffekte voll nutzen.

Als einziger Interessenvertreter von heute fast 10.000 direkten Mitgliedern sowie auch allen anderen in der Welt lebenden österreichischen Staatsbürgern wird der AÖWB auch in Zukunft seine verantwortungsvolle Rolle erfüllen. Ein modern eingerichtetes und professionell besetztes Generalsekretariat in Wien unterstützt fachkundig diese Zielvorstellung.

Der Auslandsösterreicher-Weltbund

Der AÖWB versteht sich als Interessensvertretung in politischer, kultureller, sozialer

und wirtschaftlicher Hinsicht für die im Ausland lebenden Staatsbürger und „Herzenseösterreicher“.

Er ist der Dachverband und die Service-Organisation der ihm angeschlossenen im Ausland bestehenden Österreicher-Vereinigungen (Vereine, Gesellschaften, Clubs, Roundtables, Gemeinschaften, Verbände, Councils u.a.) und von im Ausland lebenden Österreichern. Der AÖWB setzt sich sowohl in den Gastländern für die aus Österreich „Ausgewanderten“ ein, als auch gegenüber den Behörden im Inland.

Die Tätigkeit des AÖWB erstreckt sich auf alle Staaten der Erde. Sie ist gemeinnützig, überparteilich und nicht auf Gewinn ausgerichtet.

Dieses Selbstverständnis entspricht den Zielen des AÖWB:

○ Festigung des Gemeinschaftsgefühls aller im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen,

Österreich, Europa und die Welt

ehemaliger ÖsterreicherInnen („Herzense-
österreicherInnen“) und Freunde Öster-
reichs.

- Erhaltung der Bindung an die österreichische Heimat.
- Pflege österreichischen Bewußtseins und österreichischen Kulturguts.
- Wahrnehmung der Interessen von im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen in bezug auf Österreich und das Ausland.
- Förderung von Beziehungen zwischen Österreich und dem Ausland.
- Förderung von Zusammenschlüssen von ÖsterreicherInnen im Ausland.
- Förderung von Kontakten von Vereinigungen von ÖsterreicherInnen im Ausland.
- Zusammenarbeit mit den Behörden in Österreich und im Ausland, den österreichischen Bundesländern und der Burgenländischen Gemeinschaft.
- Erweiterung des Bewußtseins im Inland über Zahl, weltweite Verteilung und Erfahrungspotential der im Ausland lebenden Staatsbürger.
- Informationstätigkeit für AÖ über Österreich durch Publikationen, einschließlich der Herausgabe des vierteljährlich erscheinenden Auslandsösterreicher-Journals „ROT-WEISS-ROT“.
- Angebot einer breiten Palette von Serviceleistungen für die in aller Welt lebenden AÖ.
- Informationstätigkeit über die Anliegen der AÖ im In- und Ausland. Eintreten für die Interessen Österreichs auf überparteilicher Grundlage.
- Eintreten für ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich im Sinne der Österreichischen Bundesverfassung.

Das Auslandsösterreicher-Journal „ROT-WEISS-ROT“ wird Mitgliedern, Botschaften, Außenhandelsstellen und auch wichtigen Organisationen im Inland zugesandt. Es informiert über Politik, Kultur und Wirtschaft in Österreich sowie über Aktivitäten der Auslandsösterreicher in der ganzen Welt.

Alle AÖWB-Mitglieder erhalten kostenlos eine „Vorteilskarte“. Diese bringt u. a. auch Begünstigungen bei der Reise und während des Aufenthaltes in Österreich.

Wahlrecht für AÖ

Nach dem 1989 durch Gerichtsurteil erkämpften Wahlrecht für AÖ hat der AÖWB durch seine jahrelange Arbeit 2007 endlich auch die Vereinfachung des komplizierten Wahlverfahrens durch Einführung einer echten Briefwahl mit automatischer Zusendung der Wahlkarten erreicht. Bei Begutachterver-



© AÖWB

fahren von Gesetzesvorlagen, die die Interessen der AÖ berühren, bemüht sich der AÖWB mit entsprechenden Stellungnahmen um die Berücksichtigung wichtiger Anliegen und Forderungen und strebt mittelfristig außerdem eine institutionalisierte Vertretung der AÖ im Parlament an.

In diesen Bemühungen fühlt sich der AÖWB ebenfalls dadurch bestärkt, als u. a. sein jahrelanges Eintreten für eine Erleichterung der Beibehaltung und Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft in der Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005 erfolgreich verwirklicht wurde.

austrians.org

Der AÖWB versteht sich letztlich auch als Netzwerk und bietet zahlreiche Leistungen. Social-Networks wie Facebook, Google+

oder LinkedIn erobern die Welt, es gibt aber auch eines für die ganz speziellen Interessen der ÖsterreicherInnen und Freunde Österreichs, die in der Welt verstreut leben: Auf der Web 2.0 Community-Plattform des AÖWB <http://www.austrians.org> können sich AÖ oder Freunde Österreichs weltweit rund um die Uhr informieren und austauschen, sowie mit anderen in Kontakt treten. Registrierte Personen können ein Profil erstellen und andere Benutzer nach Ländern oder im Umkreis ihres Wohnortes finden. Einer Vernetzung steht nichts im Weg, die Benutzung ist kostenfrei!

Täglich, rund um die Uhr, gibt es Nachrichten von der Austria Presse Agentur APA und dem Österreichischen Rundfunk ORF. Neben den „Insider-Informationen“ der User im öffentlichen Forum, kann auch der Be-



© Google / AÖWB

Ein willkürlicher Blick auf die Landkarte auf austrians.org mit Mitglieder-Eintragungen

Österreich, Europa und die Welt

darf an journalistischen Informationen über das Heimatland gedeckt werden.

Jede Userin, jeder User kann zur Vernetzung mit Gleichgesinnten eine Gruppe gründen oder sich den zahlreichen schon bestehenden Ländergruppen und AÖ-Vereinen anschließen. Es gibt auch viele thematische Gruppen, in denen sich UserInnen nach Interessen zusammenfinden. Alle Gruppen haben ein eigenes Gruppen-Forum, in dem die Mitglieder sich austauschen können.

Veranstaltungen in aller Welt können auf austrians.org gepostet werden und diese werden den UserInnen in ihren Wahlheimaten angezeigt und finden so die richtige Zielgruppe.

Für Facebook und Twitter-Nutzer gibt es auch die Möglichkeit, sich über den bei einer Registrierung auf austrians.org geöffneten Facebook-Account zu registrieren und dann vom AÖ-Netzwerk die Veranstaltungen zum Facebook-Profil schicken zu lassen. So brauchen die Veranstaltungen nur einmal eingegeben werden.

Auf austrians.org finden Sie auch Informationen und Links für Ansprechpersonen aus Politik, Bundesländern, Ministerien und der im Parlament vertretenen Parteien.

Jede zweite Woche wird ein Newsletter an alle registrierten Personen verschickt. Er enthält aktuelle Neuigkeiten aus Österreich und wichtige Informationen AÖ betreffend. Das wären beispielsweise Wahlinformationen, Neuigkeiten vom AÖWB und dem Forum für Österreicher in aller Welt. Hier können Fragen über das Leben im Ausland ausgetauscht, Hilfestellungen und Tipps weitergegeben werden.

<http://www.weltbund.at>

Der Auftakt

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Innsbrucker Landhaus hieß Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann die über 350 TeilnehmerInnen, die aus fast allen Kontinenten angereist waren, herzlich in Tirol willkommen. „Der Auslandsösterreicher-Weltbund erfüllt eine ganz wichtige Aufgabe als Bindeglied zwischen den über eine halbe Million österreichischen StaatsbürgerInnen, die im Ausland leben, und ihrer Heimat. Das Land Tirol reiht sich daher gerne und aus Überzeugung gemeinsam mit allen anderen Bundesländern und dem Bund in die Reihe der Förderer dieser wichtigen Interessensvertretung für die aus Österreich ‚Ausgewanderten‘ ein und unterstützt daher auch die Ausrichtung dieses Jahrestreffens“, so die Landtagspräsidentin. „Mein besonderer Dank gilt



Hofrat Günter Dürigl (r.), Chefredakteur des AÖWB-Auslandsösterreicher-Journals „Rot-Weiss-Rot“, bei der Begrüßung von Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und der teilnehmenden Tirols JournalistInnen



Fotos: AÖWB / Roland Plitker

Nach der gemeinsamen Pressekonferenz im Innsbrucker Landhaus (v.l.): AÖWB-Vizepräsident Jürgen Em, Tirols Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, AÖWB-Präsident Gustav Chlestil und AÖWB-Vizepräsident Werner Götz

dem Präsidenten des AÖWB Gustav Chlestil und seinen beiden Vizepräsidenten Jürgen Em und Werner Götz, die sich engagiert und auch mit dem nötigen Nachdruck für die Interessen, Sorgen und Anliegen ihrer Mitglieder einsetzen.“

„Ausgehend von der Bevölkerungsgröße liegen wir etwa 500.000 AuslandsösterreicherInnen im Vergleich zu den übrigen Bundesländern an der siebten Stelle, wir werden daher oft als das zehnte Bundesland bezeichnet. Neben der engen Zusammenarbeit mit dem österreichischen Außenministerium und anderen Ministerien sind die Aufgaben des AÖWB noch viel umfassender, wir kümmern

uns um vieles, was Ministerien und öffentliche Stellen in Österreich nicht machen können“, so der Präsident des Auslandsösterreicher-Weltbundes. „Umso betroffener sind wir, daß uns seitens der Frau Außenministerin signalisiert wurde, mit einer gravierenden Kürzung der bisherigen Fördermittel durch den Bund rechnen zu müssen.“ Auch wenn man durchaus Verständnis habe für die Sparpläne der Regierung, so stelle sich hier doch die Frage der Verhältnismäßigkeit.

„Bis zum Jahr 1989 hat es für Auslandsösterreicher keine Möglichkeit gegeben, an Wahlen in Österreich teilzunehmen. Erst durch unsere intensiven Bemühungen kam

Österreich, Europa und die Welt

Foto: AÖWB / Roland Pirker



Ein Blick auf die festliche Gesellschaft im „Saal Tirol“ im Congress Innsbruck.

es zu einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes, durch das schließlich die Briefwahl ermöglicht wurde. Diese kommt nicht nur den Auslandsösterreichern, sondern auch allen Inländern zugute“, betonte AÖWB-Vizepräsident Jürgen Em.

„Eine weitere wichtige Aufgabe des AÖWB ist es, unsere zahlreichen Mitglieder mit aktuellen News und sonstigen wichtigen Informationen auf dem neuesten Stand zu halten. Wir arbeiten daher gerade intensiv an der Verbesserung unseres Online-Auftrittes und der digitalen Herausgabe des Auslandsösterreichers-Journals „Rot-Weiss-Rot“, informierte Werner Götz, ebenfalls Vizepräsident des AÖWB. „Außerdem konnten wir durch gezielte Werbemaßnahmen eine eindeutige Steigerung der Wahlbeteiligung von Auslandsösterreichern sowohl bei der letzten Bundespräsidenten- als auch Nationalratswahl erreichen.“

Foto: AÖWB / Klaus Dellamaria



AÖWB-Präsident Gustav Chlestil bei seiner Festansprache

Der Festakt

Am dritten Tag des AÖWB-Treffens stand – als wichtigster Punkt – die Ehrung des „Auslandsösterreichers des Jahres“ 2018 auf dem Programm. Auch in diesem Jahr wurde der Festakt von der traditionsgemäßen Rede von AÖWB-Präsident Gustav Chlestil gehalten, der zuallererst einen berührenden

Brief eines Auslandsösterreichers verlas, der von katastrophalen Lebensverhältnissen in einem südamerikanischen Land berichtete. „Ich dachte, ich muß diesen Brief einfach vorlesen und wir sollten uns tatsächlich des Folgenden bewußt sein: Kein Stromausfall, genug Wasser, keine Granaten. Genießen Sie also jede Stunde dieser Tagung, genießen Sie

das wunderschöne Land Tirol und die Atmosphäre dieser bezaubernden Stadt Innsbruck, freuen Sie sich einfach darüber, daß Sie heute bei uns sind!“

Dann nahm Chlestil die Begrüßung der zahlreichen Ehrengäste dieses Vormittags vor (*deren Namen finden sie auf der folgenden Seite*).

Österreich, Europa und die Welt



Aber kehren wir zurück in die kleine eigene Welt Österreich und die in aller Welt lebenden Bürger dieses Landes. Der AÖWB wird auch in Zukunft für deren Interessen und Problemlösungen kämpfen. So wollen wir auf Sicht eine Aufnahme der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher in die österreichische Verfassung. Eine Vertretung im Parlament, eine großzügigere Handhabung der Ansuchen um Beibehaltung der Staatsbürgerschaft und einer Reihe anderer Wünsche und Forderungen, um nur einige zu nennen.

Außer der Schweiz ist Österreich eines der ganz wenigen Länder in der Welt, das eine Interessenvertretung wie den AÖWB für seine Auslandsbürger besitzt. Der u.a. jedes Jahr ein internationales Treffen für die in aller Welt lebenden Bürger veranstaltet, das sie gerade besuchen.

„Sehr geehrte Damen und Herren, werte Festgäste,

Österreich hat für das zweite Halbjahr 2018 den Ratsvorsitz in der EU und damit für eine Reihe von Problemen auch eine fühlbare Verantwortung. Die Regelung und die Auswirkungen des Brexit werden uns – aber noch viel mehr die Engländer – noch lange beschäftigen. Ob es nun die Entscheidung über diesen Austritt war oder beispielsweise auch die Wahl des jetzigen amerikanischen Präsidenten: so knappe Entscheidungen bei Abstimmungen des Volkes tragen den Keim für Übles sehr oft in sich. Der Preis, den zu viele Menschen für derart knappe Abstimmungsergebnisse zahlen müssen, ist viel zu hoch, als daß man nicht über Reformen nachdenken sollte.

Bei der Migrationsproblematik stehen wir erst am Anfang von Lösungen, wobei Europa noch mit weiteren Entwicklungen konfrontiert sein wird, die heute noch gar nicht abzuschätzen sind.

So weit es die EU betrifft, leben wir in einer verkehrten Welt. Früher wollten alle hinein, die nicht drinnen waren. Heute wollen einzelne schon wieder heraus, die drinnen sind. Dabei ist diese EU unsere einzige Chance, im gnadenlosen Wettbewerb zu überleben, wenn man beispielsweise nur an die Entwicklung Chinas denkt oder die bizarren Entscheidungen eines Mannes, der da Trump heißt.

Der Klimawandel wird uns noch alle mit Szenarien konfrontieren, die – unbenommen wie weit wir überhaupt wirklich im Stande sind, eine maßgebliche Beeinflussung darauf auszuüben – ganz neue und bedrohliche Situationen für die ganze Welt heraufbeschwören können.



Fotos: AÖWB / Roland Pirker

Die Ehrengäste

Landesrätin Gabriele Fischer in Vertretung des Landeshauptmanns von Tirol, Günther Platter

Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plöcker in Vertretung des Bürgermeisters von Innsbruck, Georg Willi

Botschafterin Petra Schneebauer, Sektionsleiterin der Abteilung IV des BMELA

Botschafter Markus Lutterotti, Vorsitzender des Kuratoriums des AÖ-Fonds

Gesandter Wolfgang Strohmayer vom Außenministerium

Ministerialrat Robert Stein, Leiter der Abteilung für Wahlanglegenheiten des Innenministeriums

VertreterInnen der Landesregierungen, Hofrat Fritz Staudigl (Tirol), Kathrin Neuhold (Steiermark) und Simon Ortner (Niederösterreich)

Klaus Jennewein, Vizepräsident des Landesgerichtes Innsbruck

Ingo Erricher, Leiter der Standortagentur Tirol

Hofrat Walter Dujmovits, Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft

Österreich, Europa und die Welt

Wir sollten stolz auf eine solche Organisation sein!

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal darauf zurück, was ich bereits in der Pressekonferenz und Generalversammlung deutlich angesprochen habe, nämlich die für uns schockierende Mitteilung des Außenministeriums, daß unsere Jahresförderung des Bundes um nahezu 50 Prozent gekürzt würde.

Ich möchte hiermit noch einmal feststellen, daß wir – bei allem Verständnis für die Sparpolitik der Regierung – die Dimension dieser Kürzung als Fehleinschätzung des Wertes aller im Ausland lebenden Staatsbürger ansehen und daß wir uns nun wie im Regen stehen gelassen fühlen.

Die im Ausland lebenden Österreicher sind nicht eine ‚Handvoll ausgewanderter Migranten‘, sondern aufgrund ihrer zahlenmäßigen Größe und maßgeblichen internationalen Erfahrung – auch letztlich durch ihre Wahlmöglichkeit – ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Zukunftsgestaltung unseres Heimatlandes Österreich.

Der AÖWB wird auch in Zukunft unbeirrt seine Ziele einer verantwortungsvoll gestalteten Vertretung der Interessen der in aller Welt lebenden Staatsbürger verfolgen, von wo immer wir auch das notwendige Verständnis und die entsprechenden Mittel dafür erhalten mögen.

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft hat schon verloren! Ich danke Ihnen“

Severin Schwan

„Der Auslandsösterreicher des Jahres 2018 stammt passenderweise aus Tirol. Es freut mich daher natürlich ganz besonders, daß wir mit dem gebürtigen Haller Severin Schwan an einen der wohl bekanntesten und erfolgreichsten Manager Europas diese Auszeichnung vergeben können“, gab Präsident Gustav Chlestil bekannt. „Severin Schwan ist trotz seiner Karriere im Ausland Tirol immer eng verbunden geblieben. Als Absolvent der Universität Innsbruck unterstützt er bis zum heutigen Tag unsere Landesuniversität nach Kräften. So hat er z.B. einen eigenen Förderkreis gegründet und hält auch immer wieder Vorträge, um den Studierenden Einblicke in seine Job als Konzernchef zu geben“, weiß Landtagspräsidentin Ledl-Rossmann.

Severin Schwan wurde 1967 in Hall in Tirol geboren. Er studierte in Innsbruck Wirtschaftswissenschaften und Jus und schloß beide Fächer mit dem Magister ab (Mag. iur./ Mag. rer. soc. oec.). Die Studien in Öko-



Fotos: AÖWB / Roland Pirker

AÖWB-Präsident Gustav Chlestil (l.) überreicht Severin Schwan die Verleihungsurkunde

nomie vertiefte er in New York und Oxford. Für das Doktorat (Promotion 1993) verfaßte er in Innsbruck sowie im belgischen Louvain-la-Neuve die Dissertation „Zur Beachtung zwingender Bestimmungen im internationalen Schuldvertragsrecht Österreichs im Lichte der europäischen Rechtsentwicklung“.

- 1993 stieg Severin Schwan beruflich beim Pharmakonzern F.Hoffmann-La Roche AG, in Basel ein, seine Laufbahn verlief steil nach oben:
- 1993-1995: Mitarbeiter bei Corporate Finance, Roche Basel.
- 1995-1998: Leiter Finanzen und Administration, Roche Basel.
- 1998-2000: Leiter Finanzen und Informatik, Roche Grenzach, Deutschland und Mitglied der Geschäftsführung der Roche Deutschland Holding GmbH.
- 2000-2004: Leiter Global Finance and Services, Roche Diagnostics, Basel.
- 2004-2006: Leiter Region Asien Pazifik, Roche Diagnostics, Singapur.
- 2006-2008: Chief Executive Officer Division Roche Diagnostics.
- Seit 2008: Chief Executive Officer Roche Gruppe.

Weitere Aktivitäten und Mitgliedschaften:

- Seit 2009: Mitglied des International Business Leaders Advisory Council for the Mayor of Shanghai (IBLAC).

- Seit 2013: Mitglied des Verwaltungsrates Roche Holding AG.
- Seit 2014: Mitglied des Verwaltungsrates (seit 2017 Vizepräsident) der Credit Suisse Group AG.
- Seit 2016: Vize-Präsident der International Federation of Pharmaceutical Manufacturers and Associations (IFPMA).

Bemerkenswertes stellte Severin Schwan 2015 in einem Interview mit der „Aargauer Zeitung“ fest: „Wir sind in einem hochriskanten Geschäft tätig, in dem 90 Prozent unserer Projekte in der klinischen Entwicklung scheitern. Hier kann man einen noch so guten Job machen: Man scheitert zwangsläufig mit vielem. Für mich ist entscheidend, daß die Mitarbeiter ihre Motivation nicht verlieren und weiterhin Risiken eingehen ... Unsere Forscher müssen mit Mißerfolgen umgehen können und es noch einmal probieren. Das ist das Wesen der Innovation. Oft ist der Mißerfolg die Basis für den weiteren Erfolg.“

Gemüthlicher Ausklang

Traditionsgemäß war auch der Ausklang des Treffens mit einem festlichen Ball im Saal Dogana, einem evangelischen und einem katholischen Gottesdienst sowie einem Abschluß-Mittagessen im Stiftskeller.

Das nächste Weltbundtreffen wird von 5. bis 8. September 2019 in Eisenstadt abgehalten werden. Weitere Informationen sowie umfangreiche Fotosammlungen finden Sie auf <http://www.weltbund.at> – Einen ausführlichen Bericht können Sie in der „Rot-Weiss-Rot“-Ausgabe III/2018 lesen. ■

Der Nationalfeiertag in Berlin

Am 27. Oktober fand im Maritim-Hotel der Festakt der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft e.V. Berlin-Brandenburg zum Österreichischen Nationalfeiertag statt.

Von Maria Zettl.

Wie jedes Jahr, war auch diesmal ein Bundesland aus Österreich mit einer Musikkapelle bei uns zu Gast. Die Trachtenkapelle „St. Georgen am Ybbsfelde“ aus Niederösterreich ließ unser Herz höher schlagen. Der Einmarsch von 33 hochmotivierten MusikerInnen um 20 Uhr, bunt gemischt von Jung und Alt, weiblich und männlich, sorgte für Heimatgefühle.

Unser Präsident Werner Götz begrüßte alle Anwesenden mit herzlichen Worten und ganz besonders die Ehrengäste: Generalkonsul Eberwein mit Gattin, Liselotte Kashofer, Bürgermeisterin von St. Georgen am Ybbsfelde als Vertreterin des Landes Niederösterreich, Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof/Schöneberg mit Gatten, Reinhard Führer, Präsident i.R. des Abgeordneten-Hauses von Berlin und Vorsitzender des Deutschen Bundes für Kriegsgräberfürsorge i.R. und seine Gattin, Dieter Hapel, Bezirksbürgermeister a.D. von Tempelhof/Schöneberg und seine Gattin, und Jürgen Em, den neuen Präsidenten des Auslandsösterreichischer-Weltbunds (AÖWB) mit Beginn 2019. Daneben noch VertreterInnen anderer österreichischer Verbände und Vereine in Deutschland. Ebenso Kapellmeister



ÖDG-Präsident Werner Götz bei seiner Begrüßungsansprache im Maritim-Hotel Berlin



Fotos: ÖDG Berlin-Brandenburg / Peter Simlinger

Die Trachtenkapelle „St. Georgen am Ybbsfelde“ aus Niederösterreich ließ die Herzen höher schlagen.

Österreich, Europa und die Welt

Philipp Klem und Obmann Johannes Mayer. Last, but not least, den Vizepräsidenten der ÖDG Berlin- Brandenburg Ekkehard Mannigel und seine Gattin Brigitte.

Ihnen gilt unser ganz besonderer Dank, was ein Blumenstrauß unterstrich. Dank auch an das Hotel Maritim mit Direktorin Chris Jung und Nicola Heyde.

Es folgte die Grußrede der Bürgermeisterin von St. Georgen, Liselotte Kashofer. Sie berichtete uns von ihrem Bundesland Niederösterreich als erfolgreich auf vielen wichtigen Ebenen. Sie lobte die Zusammenarbeit vieler Vereine in ihrer Region und die Bereitschaft der Jugend, sich einzubringen.

Als Festredner für die Republik Österreich sprach der Generalkonsul Robert Eberwein darüber, wie wichtig die Vertretungen Österreichs für die 250.000 in Deutschland lebenden AuslandsösterreicherInnen sind, wie wichtig aber auch die Vereine für den Zusammenhalt sind.

Zwischen den einzelnen Reden spielte die Blaskapelle mit ins Ohr gehenden Musikstücken zu unserer aller Erbauung auf. Nachdem wir gemeinsam die Bundeshymne gesungen hatten, war der offizielle Teil zu Ende. Wir konnten uns jetzt der einmalig schönen, zu Herzen gehenden Blasmusik freuen. Das Schmankerlbuffet wurde von Ekkehard Mannigel eröffnet.

Inzwischen war es 21 Uhr geworden und wir freuten uns schon auf die wieder einmal sehr lecker angebotenen österreichischen Gerichte. Während man es sich bei gutem Essen, netten Gesprächen mit TischnachbarInnen und FreundInnen und köstlichen Getränken gut gehen ließ, erfreuten uns dabei die Weisen der Trachtenkapelle. Mit dem „Hoch- und Deutschmeister Regimentsmarsch“ und „Oh, Du mein Österreich“ verabschiedete sich die Blasmusik unter viel Applaus.

Das Salonorchester Berlin spielte unter der Leitung von Christoph Sanft in kleiner Besetzung zu unserer aller Freude zum Tanz auf, dem auch fleißig zugesprochen wurde. Mit humorigen Beiträgen forderte uns Sänger Martin Stange immer wieder zum Tanzen auf. Zwei Einlagen eines Tanzpaares vom Tanzklub Askania zeigten uns, wie schön und ästhetisch Musik aufs Parkett gebracht werden kann.

Inzwischen waren Brigitte und Ekkehard Mannigel mit dem Losverkauf unterwegs. Es lockten viele sehr schöne Gewinne. Der offizielle Teil mit der Tanzkapelle endete um 1:30 Uhr und wir verabschiedeten uns in dem Wissen, uns am Sonntag in der „Herz-Jesu-Kirche“ wiederzusehen.



Liselotte Kashofer, Bürgermeisterin von St. Georgen am Ybbsfelde



Robert Eberwein, Österreichs Generalkonsul in Berlin

Das Trachtenorchester spielte in der Herz-Jesus-Kirche

So war es dann auch: Wir konnten mit vielen Gemeindemitgliedern und mit der Unterstützung der Trachtenkapelle St. Georgen/ Ybbsfeld ein Hochamt der besonderen Klasse feiern.

Nach dem Ende des Gottedienstes spielte die Blasmusik in der resonanzstarken Kirche für viele begeisterte ZuhörerInnen unter riesigem Beifall noch eine halbe Stunde ihre schönsten Stücke, wie Märsche und Polkas. Es war starkes Erlebnis!

Im Gemeindezentrum war dann für MusikerInnen und Gäste ein reichhaltiges Buffet vorbereitet. Hier wurden nochmals viele Lob- und Dankesreden gehalten, Geschenke wur-

den ausgetauscht und es herrschte freudige Aufbruchstimmung.

Ein ganz besonderer Dank Hans Wagner. Er war für die Trachtenkapelle der Ansprechpartner, Rettungsanker, Auskunftsbüro und Kummerkasten. In Dresden, wo er die Kapelle in Empfang nahm, und in Berlin, war er mit Bus und zu Fuß zu vielen schönen Erlebnissen mit der Truppe unterwegs. Ein Fels in der Brandung, verantwortlich für Blaskapelle mit Anhang.

Eine tolle Leistung! Nochmals Danke! Ein würdevolles Fest! Ein großer Feiertag der ganz besonderen Art ging mit vielen Glückwünschen für kommende Feste zu Ende. ■

<http://www.oedg-berlin.com>

<https://www.oesterreichisch-deutsche-ges.de>

100 Jahre Republik Österreich

Der eigentliche Akt der Staatsgründung Österreichs, dessen Grenzen vorerst nicht feststanden, erfolgte am 30. Oktober: ein Staatsrat wurde eingerichtet, ein provisorisches Grundgesetz beschlossen und ein beanspruchtes Staatsgebiet definiert. Am 31. Oktober wurden die Staatsfarben rot-weiß-rot und ein vorläufiges Staatswappen (ein mit Hämmern versehener Stadtturm im Roggenkranz) festgelegt.

In Wien amtierten nunmehr parallel zwei Regierungen, die kaiserliche unter Ministerpräsident Heinrich Lammasch und die neue deutschösterreichische unter Staatskanzler Karl Renner.

Was die Gesetzgebung betraf, so bestand der Reichsrat vorerst zwar weiter, setzte aber keine Initiativen mehr. Das Abgeordnetenhaus trat am 12. November zu einer letzten Sitzung zusammen. Aber auch die Provisorische Nationalversammlung trat erst wieder am 12. November zusammen. Der Waffenstillstand von Villa Giusti am 3. November wurde von der kaiserlichen Regierung abgeschlossen.

Neue Landesgewalten

Auch in den Ländern bildeten sich neue Landesgewalten. Schon am 22. Oktober versammelten sich im Niederösterreichischen Landhaus die Vertreter der autonomen Landesverwaltungen. Für die Länder wurden analog zur provisorischen Nationalversammlung „provisorische Landesversammlungen“ eingerichtet. Die neu konstituierten Länder erklärten ihren Beitritt zum neuen Staat.

Die Proklamierung der Republik

Am 12. November versammelte sich eine mehr als hunderttausendköpfige Menschenmenge vor dem Parlament an der Wiener Ringstraße von wo aus Präsident Franz Dinghofer und Staatskanzler Karl Renner, begleitet von den beiden anderen Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung Karl Seitz und Prälat Johann Nepomuk Hauser am Nachmittag des 12. November die Republik proklamierten. Bereits am Tag davor hatte Kaiser Karl auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften verzichtet und die Entscheidung über die zukünftige Staatsform den Österreichern anheimgestellt.

Artikel I des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-Österreich lautete: Deutsch-Österreich ist eine demo-



Foto: ÖNB / bildarchivaustria

Die Ausrufung der Republik Deutschösterreich: Präsident Franz Dinghofer verkündet den Beschluß einer großen Menschenmenge – 100.000 waren dafür zum Parlament gekommen.

kratische Republik, Artikel II, Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.

In Artikel 9 des am 12. November beschlossenen Gesetzes über die Staats- und Regierungsform wurden die Grundsätze des Wahlrechts für die zu wählende konstituierende Nationalversammlung festgelegt. Sie

sollte „auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ beruhen.

Das Frauenwahlrecht

Die ersten wirklich gleichen Wahlen mit Frauenwahlrecht erfolgten 16. Februar 1919.



Foto: ÖNB / bildarchivaustria

Bildniscollage der Präsidenten des deutsch-österreichischen Staatsrates (v.l.): Karl Seitz (1869 - 1950), Franz Dinghofer (1873 - 1956) und Prälat Johann Hauser (1866 - 1927), datiert um das Jahr 1919

100 Jahre Republik Österreich

Anlässlich der konstituierenden Nationalversammlung zogen am 4. März 1919 die ersten acht weiblichen Abgeordneten ins Parlament ein: Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch für die Sozialdemokratische Partei sowie Hildegard Burjan für die Christlichsoziale Partei. 1927 wurde Olga Rudel-Zeynek mit ihrer Wahl

zur Bundesratspräsidentin sogar die weltweit erste Frau, die an der Spitze einer parlamentarischen Körperschaft stehen durfte.

Der am 10. September 1919 unterzeichnete Friedensvertrag von Saint-Germain gab dem neuen Staat den Namen „Republik Österreich“ und beinhaltete ein Anschlußverbot. Allen politischen und sozialen Problemen zum Trotz – Revolutionsgefahr, Grenz-

konflikte, Hyperinflation – wurden zwischen 1918 und 1920 wichtige sozialpolitische Materien wie die Einführung des Achtstundentags, der Arbeitslosenversicherung, des Arbeiterurlaubs, der Betriebsräte, der Arbeiterkammern, des Mieterschutzes und die Verbesserung des Kollektivvertragsrechts und des Jugend- und Frauenschutzes geregelt.

<https://www.oesterreich100.at>

Festakt »100 Jahre Republik Österreich«

Bundesländer gedachten der Republikgründung im Palais Niederösterreich in Wien



Foto: Landesmedienservice Burgenland/Hermann Fercsak

Bei der Außerordentlichen Landeshauptleutekonferenz im Palais Niederösterreich (v.l.): Wilfried Haslauer (Salzburg), Thomas Stelzer (Oberösterreich), Peter Kaiser (Kärnten), Johanna Mikl-Leitner (Niederösterreich), Vorsitzender Hans Niessl (Burgenland), Michael Ludwig (Wien), Günther Platter (Tirol), Markus Wallner (Vorarlberg und Hermann Schützenhöfer (Steiermark)

Am 4. Oktober fand anlässlich des Jubiläums „100 Jahre Republik Österreich“ eine außerordentliche Landeshauptleutekonferenz unter dem Vorsitz von Burgenlandes Landeshauptmann Hans Niessl statt. Der Unterzeichnung einer Erklärung der Landeshauptleute folgte ein Festakt, dem auch die höchsten Repräsentanten der Republik, allen voran Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz sowie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, beiwohnten.

„Mit der Gründung der Republik Österreich wurde der Grundstein geschaffen für ein Österreich, das eine Erfolgsgeschichte werden sollte, die bis in die heutige Zeit

wirkt“, so Niessl in seiner Ansprache. Man dürfe aber auch nicht das dunkelste Kapitel dieser Geschichte ausblenden – „wir haben mindestens die Verantwortung des Erinnerns. Und als Länder versuchen wir, dieser Verantwortung gerecht zu werden“. Gerade in Anbetracht der Geschichte der Republik sei der Einsatz für Menschlichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein friedliches Miteinander von ganz großer Bedeutung: „Das sollte unser gemeinsamer Auftrag sein – auch für die Zukunft unseres Landes und für die Menschen in diesem Land.“

Niessl betonte die Bedeutung der europäischen Einigung und der Europäischen Union. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ sei

mit dem EU-Beitritt Österreichs ein weiterer historischer Schritt erfolgt, der für Österreich, für alle Bundesländer neue Möglichkeiten und Perspektiven eröffnete. Die Länder könnten „stolz sein auf eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte, die nur möglich war, weil das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wurde“.

Niessl weiter: „Gepflegt wurde und wird dieser Weg des Miteinanders stets auch von den Bundesländern. Sie stehen für den Dialog und für den Zusammenhalt.“ Der Föderalismus stehe für eine Demokratie der Nähe. Das Motto des burgenländischen Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz lautet „Österreich der Länder. Europa der Re-

100 Jahre Republik Österreich

gionen.“ Damit solle zum einen das bundesstaatliche Prinzip zum Ausdruck gebracht werden, aber auch die Bedeutung der Regionen in einem künftigen Europa, in welchem das Subsidiaritätsprinzip gelebt und gestärkt wird.

Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner sprach in ihrer Rede von einem „wichtigen Tag für die Republik Österreich, für die Bundesländer und für das Bundesland Niederösterreich“. Dies zeige auch die Tatsache, daß heute „sehr viele besondere Persönlichkeiten“ ins Palais Niederösterreich gekommen seien: „Hier in diesem Saal spüren wir: Diese Mauern sind standhafte Zeugen unserer Geschichte“, und darum gebe es „für diesen Festakt wohl keinen besseren Ort“. Die Landeshauptfrau erinnerte an die Jahre 1848 und 1918, aber vor allem auch an das Jahr 1945: „Es waren die Bundesländer, die hier in ihren beiden Länderkonferenzen ein klares Bekenntnis zur Einheit Österreichs abgelegt haben. Eine wichtige Weichenstellung, die Österreich zu dem gemacht hat, was es heute ist: Eine starke, geeinte Republik mit starken, erfolgreichen Regionen.“

Am heutigen Tag richte sich der Blick „sowohl zurück als auch nach vorne“, betonte Mikl-Leitner weiters: „Wir neigen unseren Blick vor den Leistungen unserer Vorfahren, und wir weiten unseren Blick für die Verantwortung, die wir heute tragen. Und diese Verantwortung heißt, die Geschichte wach zu halten.“ Es sei gerade in der heutigen Zeit „wichtig, richtig und notwendig“, sich mit Geschichte auseinander zu setzen, hielt sie fest. Ein Vorzeigebeispiel dafür sei das niederösterreichische Haus der Geschichte, das „einen Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart, von Niederösterreich nach Europa“ spanne. Denn damit könne man auch dokumentieren, „daß Werte wie Frieden, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind“, betonte sie: „Diese Werte wurden hart erarbeitet und erkämpft, und für diese Werte müssen wir uns stark machen.“ Die Botschaft, die vom heutigen Zusammentreffen im Palais Niederösterreich ausgehe, laute daher: „Alles tun, um Friede, Freiheit und Demokratie hoch zu halten. Die Geschichte wach halten, um daraus die richtigen Schlüsse für die Gestaltung der Gegenwart zu ziehen“.

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer erklärte: „Die Länder haben bei der Gründung eine wichtige Rolle gespielt und werden es auch in Zukunft tun. Denn der Föderalismus ist seit der Gründung unserer



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz



Foto: Landesmedienservice Burgenland/Hermann Feresak

v.l.: Wiens Landeshauptmann Bürgermeister Michael Ludwig, Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl

100 Jahre Republik Österreich

Foto: BKA / Dregan Tatic



Abschließendes Gruppenbild nach dem Festakt im Palais Niederösterreich

Republik ein Garant für ein starkes und erfolgreiches Österreich. Wir Länder werden diesen Weg gemeinsam und konsequent weitergehen.“

Der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Ludwig betonte: „Diese heutige Veranstaltung ist sehr stark mit der Geschichte und mit der Stadt Wien verbunden. Die Stadt Wien selbst, die Städte und Gemeinden Österreichs insgesamt sind aber auch heute noch von wesentlicher Bedeutung. Bedeutend für die Entwicklung der Europäischen Union, bedeutend für das Gestalten unseres Kontinents, für ein gemeinsames, sicheres und friedliches Europa.“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte: „Die Bundesländer sind die Motoren der Entwicklung Österreichs. Wie das Beispiel der positiven Zusammenarbeit des Burgenlandes mit Westungarn zeigt, sind diese Regionen in ihrer Vielfalt aber auch ein wesentlicher Bestandteil eines föderalen Europas über die Grenzen Österreichs hinaus.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärte: „Das Jahr 2018 ist ein Jahr, in dem wir uns intensiv mit unserer Geschichte auseinandersetzen. Es ist wichtig, aus unserer Vergangenheit für die Zukunft zu lernen und die Erinnerung an gute, aber auch an schwierige Zeiten hochzuhalten. Dazu ist ein gemeinsamer, respektvoller Diskurs notwendig.“

„Wir sind wirtschaftlich, sozial, politisch und gesellschaftlich gesehen ein sehr vielfältiges Land. Insbesondere die Bundesländer spielen in Österreich eine wichtige Rolle und sind stets identitätsgebend“, sagte Kurz. Die gute und respektvolle Zusammenarbeit mit den Ländern sei daher von wesentlicher Bedeutung.

Der Bundeskanzler nahm gemeinsam mit dem Präsidenten der Europäischen Kommis-

sion, Jean-Claude Juncker, an diesem Festakt teil. Die Anwesenheit des Kommissionspräsidenten erachtete der Bundeskanzler als eine besondere Auszeichnung, denn „Österreich ist in der Europäischen Union fest verankert und stets gewillt, die EU auch aktiv mitzugestalten“.

Hinsichtlich der historischen Verantwortung betonte Kurz, daß Grundwerte wie „Rechtsstaat, Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand auch in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich sind und

daher weiterhin gewahrt und verteidigt werden müssen“.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte: „Österreich insgesamt und die Bundesländer im Speziellen haben mit ihrer Funktion als Brückenbauer eine große Zukunft, weil sie nach innen Bestand und nach außen Wirkung haben. Diese große Zukunft braucht aber auch Herkunft, braucht aber auch ein Kennen der Geschichte, um sie erfolgreich gestalten zu können.“

<https://www.oesterreich100.at>

Die Erklärung der Landeshauptleute

... im Wortlaut:

Während der Monarchie war es den Kronländern mittels kaiserlich dekretierter Landesordnungen untersagt, untereinander in Kontakt zu treten. Es waren die Länder, die nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem Ende der Donaumonarchie im Jahr 1918 initiativ wurden. So konnte unter Mitwirkung von Länderkonferenzen zur Etablierung der Republik und zum Verfassungswerdungsprozeß maßgeblich beigetragen werden.

Die Landeshauptleute betonen daher – im Bewußtsein der aus einer föderalen Zusammenarbeit entstehenden Vorteile – das „Miteinander“, das seit 1918 zum Postulat der neuen Selbständigkeit der Länder erhoben wurde.

Seit 1918 hat sich die Republik Österreich trotz schrecklicher historischer Ereignisse und schwieriger Herausforderungen hervorragend entwickelt. Maßgeblich dazu beigetragen haben die österreichi-

schen Bundesländer, die zum Wohle der Republik Österreich stets das Gemeinsame über das Trennende stellten.

Die Landeshauptleute unterstreichen angesichts der folgenschweren Ereignisse der letzten 100 Jahre die Grundprinzipien unserer Republik wie Demokratie, Föderalismus und Grundrechte, die sich bis heute bewährt haben und auch weiterhin zukunftsweisend sind.

Nur starken Regionen, die demokratische Entscheidungen nah an ihren Bürgerinnen und Bürgern treffen, wird es nachhaltig gelingen, den Mehrwert des europäischen Projekts zu vermitteln, den europäischen Gedanken zu stärken und eine gemeinschaftliche Vision zu entwickeln.

Die Landeshauptleute sehen die Zukunft Europas in den starken Regionen einer modernen und zukunftsorientierten Europäischen Union, von der der Gedanke der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit ausstrahlt.

100 Jahre Republik Österreich

Die Schützen marschierten in Wien auf

Salzburg gratulierte zu 100 Jahre Republik Österreich mit einem großen Salut.



Bild oben: der Kommandanten der Salzburger Schützen, Franz Meiß, am Heldenplatz in Wien; Bild unten: Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei seiner Festansprache vor den vielen Ehrengästen und den unzähligen BesucherInnen dieses Vormittags



Fotos: Land Salzburg / Franz Neumayr

87 Schützenkompanien aus Salzburg, dazu 26 Musikkapellen. Zusätzlich Abordnungen aus allen Bundesländern sowie aus Südtirol in einer prachtvollen und geschichtsträchtigen Szenerie: Am 21. Oktober gratulierte Salzburg auf ganz besondere Weise zu 100 Jahre Republik Österreich. Landeshauptmann Wilfried Haslauer führte die

riesige Delegation an. Frieden und Tradition bewahren, lautet die Botschaft der Schützenvereine.

„Es war ein großer und sehr schöner Festakt auf dem Heldenplatz in Wien. Ich freue mich ganz besonders, daß Salzburg so geschlossen und auch mit der Tradition fest verbunden zu diesem besonderen Jubiläum

gratulieren kann. 100 Jahre Republik, das verpflichtet, die Demokratie auch weiterhin hoch zu halten“, betonte Haslauer dieses geschichtsträchtige Ereignis und unterstrich dabei die gute Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesheer, der Militärmusik Salzburg und bedankte sich außerdem für die Leistung des Organisationsteams rund um Landesschützenkommandant Franz Meißl, Ex-Militärkommandant Heinz Hufner und Gabi Beran vom Landesverband der Salzburger Schützen.

Referenz für 100 Jahre Republik Österreich

Salzburg war jedenfalls am 21. Oktober weder zu übersehen noch zu überhören. Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig sowie zahlreiche Mitglieder der Bundesregierung, des National- und Bundesrates sowie Landeshauptleute und Ehrengäste haben dem Salzburger Festakt beigewohnt. Und dieser war imposant: Fast 4.000 Schützen und Musikanten marschierten auf, um der 100 Jahre alten Republik ihre Referenz zu erweisen, natürlich wurden zudem Ehrensalven abgefeuert. ■

100 Jahre Republik Österreich

Festsitzung von Nationalrat und Bundesrat zur historischen Stunde am historischen Ort

Nationalratspräsident Sobotka: »Der 21. Oktober 1918 markiert den Beginn der Selbstfindung Österreichs.«



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Festsitzung »Tage der Entscheidung. Die Gründung der Republik 1918« im Palais Niederösterreich in Wien

Der 21. Oktober, als die Provisorische Nationalversammlung vor 100 Jahren zu diesem Zeitpunkt von 17.05 Uhr bis 18.02 Uhr an diesem Ort einberufen wurde, war der Auslöser zur Ausrufung der Republik und markiert zugleich auch den Beginn einer Selbstfindung Österreichs als eigenständige Nation, die bis heute noch andauert“, betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka anlässlich der Festsitzung von Nationalrat und Bundesrat im Palais Niederösterreich in der Wiener Herrengasse.

Man habe sich heute zusammengefunden, um den Stellenwert dieser Stunde in Erinnerung zu rufen, um zu reflektieren, was aus diesem Erbe geworden ist und worin die heutigen Herausforderungen liegen. In diesem Sinne spannte Sobotka am Schluß der Festsitzung einen Bogen zur Gegenwart, indem er das Parlament als den Ort bezeichnete, wo Auseinandersetzung und Diskussion stattfinden. In diesem Zusammenhang zitierte

er nach Voltaire: „Ich kämpfe darum, daß Sie Ihre Meinung sagen können, auch wenn ich sie nicht teile.“

Einmal mehr appellierte der Nationalratspräsident an alle PolitikerInnen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Erbe von 1918 nicht nur zu verwalten, sondern auch Neues hinzuzufügen. Es gelte, den gegenseitigen Respekt zu wahren. „Der Respekt soll, ist und wird auch unsere Leitschnur in Zukunft sein“, so Sobotka.

Die Einladung zur Festsitzung unter dem Titel „Tage der Entscheidung. Die Gründung der Republik 1918“ erfolgte gemeinsam von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritter Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Nationalratspräsidenten. Der Bogen der sich daran anschließenden Ansprachen spannte sich von den Tagen der

Entscheidung 1918, die Barbara Stelzl-Marx (Ludwig Boltzmann Institut) beleuchtet, bis hin zu Entscheidungsfragen der Gegenwart, die von Politikberater Thomas Hofer erörtert wurden. Darüber hinaus gaben die Klubobleute der Parlamentsfraktionen August Wöginger (ÖVP), Pamela Rendi-Wagner (SPÖ), Walter Rosenkranz (FPÖ) und Beate Meinl-Reisinger (NEOS) sowie Alfred Noll (Liste Pilz) Statements ab.

Musikalisch wurde die Festsitzung von einem Ensemble der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien begleitet. Für die Moderation zeichnete die Chefredakteurin des Kurier, Martina Salomon, verantwortlich.

Sobotka Es waren die Parlamentarier, die trotz aller Unterschiede die Beschlüsse getragen haben

Die Sitzung am 21. Oktober 1918 war wohl Antwort auf das Manifest Kaiser Karls,

100 Jahre Republik Österreich

Barbara Stelzl-Marx: Die Gründung der Ersten Republik war ein Prozeß

Barara Stelzl-Marx, Leiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsforschung, wies darauf hin, daß die Gründung der Ersten Republik Österreich ein Prozeß gewesen sei. „Am 21. Oktober 1918 hat die Provisorische Nationalversammlung die Grundzüge eines neuen Staates festgelegt“, sagte sie. Mit umfaßt sollten alle geschlossen deutsch besiedelten Gebiete der Donaumonarchie sein. Das genaue Territorium stand noch nicht fest, auch die Staatsform war noch offen. Aber es sollte eine Demokratie sein.

Stelzl-Marx erinnerte daran, daß man sich in „der schwersten Zeit der Geschichte“ befand, der „man aber zugleich mit freudiger Hoffnung begegnete“. Auf der einen Seite seien Sorge, Angst und Unsicherheit gestanden, auf der anderen Seite hätten Optimismus und eine starke Aufbruchsstimmung geherrscht. „Man befand sich im fünften Jahr des Weltkriegs“, betonte sie. „Hunger, Not und Elend herrschten. Das Kriegsende war absehbar.“ Die Monarchie war in ihren Grundfesten erschüttert, sie bröckelte. Noch am 16. Oktober 1918 hatte Kaiser Karl das „Völkermanifest“ erlassen, in dem er sich an seine „treuen österreichischen Völker“ gerichtet und die Bildung eines Bundes freier Völker versprochen hatte. „Doch im Endeffekt hat dieser Rettungsversuch den Zerfall nur noch beschleunigt“, erklärte Stelzl-Marx.

Der Prozeß der Gründung der Ersten Republik setzte sich am 30. Oktober 1918 fort, „wiederum hier in diesem Saal des niederösterreichischen Landhauses mit der zweiten Sitzung der provisorischen Nationalversammlung“, berichtete Stelzl-Marx. Es wurde das Gesetz Nummer eins über die grundlegende Einrichtung der Staatsgewalt erlassen – als Teil einer provisorischen Verfassung. „Damit war die Konstituierung des Staates Deutschösterreich vollendet“, sagte die Leiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsforschung. Ein Staatsrat wurde als Vollzugsausschuss festgelegt, woraus die erste Regierung unter Karl Renner hervorging.

Am 3. November 1918 wurde in Padua der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und der Entente unterzeichnet. Am 11. November 1918 legte die Regierung einen Gesetzesentwurf über die Ausrufung der Republik Deutschösterreich vor. Am Abend dieses Tages unterzeichnete Kaiser Karl unter dem Druck der Ereignisse die Verzichtserklärung und besiegelte das Ende einer 600



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Rede

sagte Sobotka und unterstrich, daß es damals die repräsentative Demokratie, die Parlamentarier, gewesen sind, die die Entschlüsse getragen haben. Der Nationalratspräsident hob insbesondere hervor, daß es allen, trotz unterschiedlicher Standpunkte, ein Anliegen gewesen sei, die Republik zu gründen.

Somit könne man diesen Tag als Start eines Prozesses bezeichnen, an dessen Ende die Ausrufung der Republik stand. Der Nationalratspräsident erinnerte insbesondere an das Verantwortungsgefühl der damaligen Politiker, die die Herausforderungen angesichts der tristen wirtschaftlichen Lage und der katastrophalen Ernährungslage der Bevölkerung angenommen haben. Sie haben, so Sobotka, einen Prozeß eingeleitet, einen Übergang, der sich schnell vollzog. Sie seien entschlossen gewesen, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. „Ihr Beschlüsse haben auf den Weg zu den freien Wahlen geführt“, so der Nationalratspräsident.

Die Republikgründung war von Parlamentariern getragen

Das Völkermanifest Kaiser Karls, das einen Umbau der Monarchie in einen Bundesstaat vorsah kam nicht nur zu spät, sondern beförderte den Zerfall der Monarchie. Die Bevölkerung war kriegsmüde, die Armee zeigte Zerfallerscheinungen.

Am 21. Oktober 1918 traten kurz nach 17.00 Uhr die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses als „Provisorische Nationalversammlung“ zusammen und beschlossen, den Staat Deutschösterreich zu gründen.

In ihrer zweiten Sitzung am 30. Oktober 1918 beschloß die Provisorische Nationalversammlung eine vorläufige Verfassung mit einer bedeutenden Stärkung des Parlaments sowie der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Die Zensur wurde abgeschafft. Zudem wurde eine Regierung, der Staatsrat, eingerichtet, womit es damals zwei Regierungen gab – die kaiserliche und die deutschösterreichische. Weder die Grenzen des neuen Staates noch dessen Staatsform standen damals fest. Am 31. Oktober 1918 wurden die Staatsfarben Rot-Weiß-Rot festgelegt. Auch in den Ländern kam es analog zur Provisorischen Nationalversammlung zur Konstituierung von „Provisorischen Landesversammlungen“. Die Länder erklärten ihren Beitritt zum neuen Staat.

Nach dem Waffenstillstand am 3. November 1918 in der Villa Giusti und der Verzichtserklärung des Kaisers am 11. November 1918 trat das Abgeordnetenhaus des alten Reichsrats einen Tag darauf zu seiner letzten Sitzung zusammen. Auch die Provisorische Nationalversammlung fand sich kurz nach 15.00 Uhr im Parlament am Ring ein und beschloß einstimmig, daß Deutschösterreich eine Republik sein soll. Die Proklamation des neuen Staates erfolgte vor einer großen Menschenmenge, die sich auf der Ringstraße vor dem Parlament eingefunden hatte, durch Präsident Franz Dinghofer und Staatskanzler Karl Renner, begleitet von den beiden anderen Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung Karl Seitz und Prälat Johann Nepomuk Hauser. Ein Umsturzversuch der radikalen linken Roten Garde mißlang.

100 Jahre Republik Österreich



Barbara Stelzl-Marx, Leiterin des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsforschung

Jahre dauernden Herrschaft des Habsburger-Hauses.

Tag der Ausrufung der Republik, am 12. November 1918, durchaus belastet

Barbara Stelzl-Marx erinnerte daran, daß der 12. November 1918, der Tag der Ausrufung der Ersten Republik, an dem das Gesetz über die Staats- und Regierungsform beschlossen worden war, „aus heutiger Sicht auch durchaus als belastet“ angesehen werde. „Erstens hat es eine Sehnsucht nach Anschluß gegeben“, erläuterte Stelzl-Marx. „Man glaubte nicht an die Überlebensfähigkeit des geschrumpften Österreich.“ Zweitens sei am Anfang auch Gewalt gestanden. „Denn während der Sitzung war die Rote Garde vor dem Parlament aufmarschiert“, erklärte sie. Als die rot-weiß-rote Fahne gehisst wurde, rissen Angehörige der Roten Garde den weißen Streifen heraus, knüpften die roten Teile zusammen und hissten eine rote Fahne. Aus einem Mißverständnis heraus kam es zu einer Schießerei, eine Massenpanik entstand und ein Mann und ein Kind wurden zu Tode getrampelt. Im Vertrag von St. Germain legten die Siegermächte den endgültigen Namen Österreichs fest, die Grenzen wurden bestimmt und der Anschluß wurde untersagt. Damit war der Gründungsprozeß der Ersten Republik im Wesentlichen beendet.

„Nach dem Ende Österreichs 1938 und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 konnte die Zweite Republik auf der gescheiterten, erkämpften, umkämpften Ersten Republik aufbauen. Wenn wir uns heute an die Tage der Entscheidung 1918 zurückerinnern,

wird eines deutlich: Die Demokratie ist ein zerbrechliches Gut, das es nach wie vor permanent zu schützen gilt“, unterstrich die Historikerin.

Thomas Hofer: 1918 war ein sichtbares Anbrechen eines neuen Zeitalters

Festredner Thomas Hofer (Politikberater und Meinungsforscher) knüpfte an 1918 als „fühlbare Zäsur, einem sichtbaren Anbrechen eines neuen Zeitalters“ an. Er zeigte auf, daß der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch der UdSSR den „globalen Triumph der liberalen Demokratie“ ausgerufen habe. 15 Jahre später habe Colin Crouch die These von der „Postdemokratie“ aufgestellt, wonach es Eliten gelänge, die Bedürf-

nisse der breiten Masse zu manipulieren. Wiederum 15 Jahre später kam es zum Phänomen des „Wutbürgertums“ und des Populismus. Hofer zeigte auch die Schnellebigkeit der österreichischen Innenpolitik auf und mahnte in bezug auf den Bestand der Demokratie, „wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen“.

Er betonte aber auch, daß es nicht so schlecht um die Demokratie stehe, wie das manchmal behauptet wird. Hofer führte die „Europäische Wertestudie“ an, die für Österreich eine zunehmende Zustimmung zu einem „demokratischen politischen System“ ausweist. 2018 sprachen sich 95 Prozent der Befragten dafür aus, 2008 waren es nur 83 Prozent. Einen „starken politischen Führer, der sich nicht um Parlament oder Wahlen kümmern muß“ wünschten 2008 noch 22, heute nur noch 16 Prozent.

Wir leiden an demokratiepolitischer Wohlstandsverwahrlosung

„Wir müssen zwar nicht das jähe Ende der Demokratie befürchten“, sagte Hofer. „Aber wir alle leiden an demokratiepolitischer Wohlstandsverwahrlosung.“ Als Folge dessen gab er den Abgeordneten der Festsitzung vier Entscheidungsfragen mit auf den Weg: „Eine dieser Fragen ist für mich, an welchen allgemein zugänglichen Orten wir künftig demokratisch Themen verhandeln.“ Was häufig als „Filterblase“ im Zusammenhang mit Neuen Medien genannt wird, bezeichnete Hofer als „Stämme“. Diese seien „sehr reale Parallelwelten“. Er mahnte „gemeinsame Orte der Deeskalation“ ein, „an denen wir uns abweichende Meinungen wieder zumuten“.



Politikberater Thomas Hofer bei seiner Festrede

Fotos: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

100 Jahre Republik Österreich

Als zweite Entscheidungsfrage forderte Hofer die Politik auf, die „mediale Alphabetisierungsrate“ in der Bevölkerung drastisch anzuheben. Gratis-Tablets in Schulen zu verteilen, sei zu wenig. Wir stünden in einer Zeit, in der Cyber-Attacken auf Wahlen real seien, in der Dirty-Campaigning-Attacken die WählerInnen in die Irre führten und in der künftig auch Bewegtbild-Manipulationen an der Tagesordnung stehen könnten. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen in die Lage versetzt werden, solche Inhalte zu beurteilen und Echtes von Unechtem unterscheiden zu können“, unterstrich Hofer.

Die dritte Entscheidungsfrage richtete der Politikberater an die Abgeordneten selbst. Die Antwort auf den „Wutbürger“ dürfe nicht der „Angstpolitiker“ sein. „Dieser Typus der Politikerin, des Politikers hat dem Wutbürger erst den Boden aufbereitet“, betonte Hofer. PolitikerInnen dürften sich nicht an Umfragen orientieren. Sie sollten „das Ohr am Volk haben, ihm aber nicht nach dem Mund reden“. PolitikerInnen sollten nicht „Agenda-Surfer“ sein, sie sollten sich vielmehr ihrer Funktion als „Themensetzer“ bewusst sein und sie ausüben. Nur das würde Führungskompetenz untermauern.

Als vierte Entscheidungsfrage stellte Hofer das Thema „Visionen“ in den Blickpunkt der Politik. Diese müssten langfristig angelegt sein. Er erinnerte daran, daß das Thema „Mondlandung“ mit der Vision des US-Präsidenten John F. Kennedy verbunden sei, weil er sie als Ziel definiert habe. Die Früchte erntete erst sein Nach-Nachfolger. „Es lohnt sich, auch an der Vision eines noch fester verankerten und auch für künftige Herausforderungen gewappneten Demokratieverständnisses zu arbeiten“, empfahl Hofer. Er riet, die Initiative „Demokratiewerkstatt noch größer zu denken“.

Wöginger: Erste Republik brachte soziale Errungenschaften

In den Statements der Klubobleute betonte August Wöginger (ÖVP) die „große Entschlossenheit der konstituierenden provisorischen Nationalversammlung“. Er erinnerte an die Lebensumstände, unter denen die Bevölkerung damals zu leiden hatte. Es fehlte an Rohstoffen und Lebensmitteln. Hinzu kam die Angst vor Unruhen. Aber trotz ideologischer Gegensätze sei eine Reihe erfolgreicher Kompromisse zustande gekommen. Wöginger betonte, daß die Erste Republik einige soziale Errungenschaften vorzuweisen hatte, wie die Arbeitslosenversicherung, Urlaub, ein kollektivvertraglich festgelegter



Statement des Nationalratsabgeordneten August Wöginger (ÖVP)



Statement der Nationalratsabgeordneten Pamela Rendi-Wagner (SPÖ)

Mindestlohn und sechs Monate Karenzurlaub für Frauen.

Rendi-Wagner: Erinnern an die vielen Vergessenen

Auch SPÖ-Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner führte ins Treffen, worunter die Bevölkerung zu leiden hatte, aber auch, was sie leistete. „Oft wird nur von den großen Namen gesprochen, von den wohl bekannten und berühmten Namen“, sagte sie. „Ich aber möchte heute an die vielen Vergessenen denken, deren Gesichter man nicht kennt, die aber für diese Republik gearbeitet haben, die an sie geglaubt haben.“ Sie erinnerte auch daran, daß in den Jahren nach 1918 „zu wenig zugehört worden ist“. „Statt die Zukunft zu gestalten, haben viele nur darauf geschaut, sich selbst zu verwirklichen“, unter-

strich die Klubobfrau. „Wer auf das Zuhören vergißt, dient nicht diesem Land.“ Auch heute werde zu oft darauf vergessen, den Menschen zuzuhören, „sich ihre Sorgen, Ängste, Bedürfnisse und Wünsche anzuhören“.

Rosenkranz: Gemeinsamer Geist über ideologische Grenzen hinweg

FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz unterstrich die historische Bedeutung des Ortes, an dem am 21. Oktober 1918 die Gründung der Republik stattgefunden hat. Seit dem 16. Jahrhundert hätten hier politische Beratungen stattgefunden. Auch in der Revolution 1848 habe er eine Rolle gespielt – der Bauernführer Hans Kudlich sei vor diesem Gebäude mit einem kaiserlichen Bajonett erstochen worden. Rosenkranz hob vor allem den „gemeinsamen Geist“ hervor, der von

100 Jahre Republik Österreich

dem niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrngasse ausgegangen sei. Er zählte eine Reihe von Namen auf – Sozialdemokraten wie Christlich-Soziale und Deutschnationale. „Sie alle wirkten der Sache untergeordnet“, betonte Rosenkranz. 1945 sei es „genau der gleiche Geist des Jahres 1918 gewesen, der zur Zusammenarbeit über die ideologischen Grenzen hinweg geführt hat – auch manchmal der Geist der Lagerstraße genannt – und der Österreich wieder frei, demokratisch und föderal entstehen ließ“.

Meinl-Reisinger: Es gibt keine Demokratie ohne liberale Grundprinzipien

Beate Meinl-Reisinger, Klubobfrau der NEOS, erinnerte an einige Grundprinzipien, auf denen die Erste und auch die Zweite Republik aufgebaut wurden. „Es gibt keine Demokratie ohne liberale Grundprinzipien“, sagte sie. Sie mahnte etwa einen starken Parlamentarismus ein. Und sie mahnte von allen gesellschaftlichen Kräften den Schutz der Republik vor Unfreiheit und autoritären Tendenzen ein. „Unsere Verfassung schützt uns nur bedingt davor, zumindest wenn wir uns nur formell zu ihr bekennen“, warnte Meinl-Reisinger.

Noll: Wiedereinführung des 12. November als Feiertag der Republik

Alfred Noll, Klubobmann der Liste PILZ, wies darauf hin, daß „wir nicht 100 Jahre Republik feiern, weil wir 12 Jahre davon in Unfreiheit gelebt haben“. Noll wies auch darauf hin, daß der 12. November, der Tag der Ausrufung der Republik, Nationalfeiertag der Ersten Republik war. In der Zweiten Republik gab es 20 Jahre lang keinen Nationalfeiertag.

An der Frage des Datums sei ein Streit entfacht: die SPÖ hatte sich für den 12. November ausgesprochen, die ÖVP für den 15. Mai als Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955, die KPÖ für den 27. April als Tag der Unabhängigkeit 1945 und die VdU (Verband der Unabhängigen – später FPÖ) für den 12. November – „aber aus anderen Gründen als die SPÖ, nämlich zwecks eines Bekenntnisses zum ‚Anschluß‘“. Als Kompromiß kam der 26. Oktober zustande. Noll meinte, nehme man die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag der Republik ernst, müsse man „eigentlich für die Wiedereinführung des 12. November als Feiertag der Republik sein“.

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



Statement des Nationalratsabgeordneten Walter Rosenkranz (FPÖ)



Statement der Nationalratsabgeordneten Beate Meinl-Reisinger (NEOS)



Statement des Nationalratsabgeordneten Alfred J. Noll (PILZ)

Foto: s Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalfeiertag am 26. Oktober

Kranzniederlegungen und Angelobung von 1032 RekrutInnen am Heldenplatz



Foto: HBF / Harald Minich

Ein Blick auf den Wiener Heldenplatz während der Angelobung der 1032 RekrutInnen des Österreichischen Bundesheeres

Der Nationalfeiertag hat am Freitagvormittag wie jedes Jahr mit den traditionellen Kranzniederlegungen begonnen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und die Bundesregierung gedachten am Äußeren Burgtor der toten Soldaten und Opfer des Widerstandes. Bei passablem Herbstwetter startete zugleich das umfangreiche Feiertagsprogramm rund um den Heldenplatz.

Österreich feiert am Freitag die „immerwährende Neutralität“, die der Nationalrat am 26. Oktober 1955 beschlossen hat. Die offiziellen Feierlichkeiten begannen mit dem Abschreiten der Ehrenkompanie der Garde durch Oberbefehlshaber Van der Bellen, Verteidigungsminister Mario Kunasek und Generalstabschef Robert Brieger. Danach legten sie Kränze beim Denkmal für die Freiheitskämpfer sowie bei der Gedenktafel für verunglückte und gefallene Soldaten nieder.

Nächster Programmpunkt war am Vormittag die feierliche Angelobung der 1032 RekrutInnen. Dabei haben unter anderem Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz Reden gehalten.

Neben der Leistungsschau des Heeres mit Hubschraubern und Panzern zum Angreifen an mehreren Standorten in der Innenstadt öffneten zahlreiche Institutionen und Ministerien ihre Tore. Mit dabei waren etwa das Parlament im derzeitigen Ersatzquartier in der

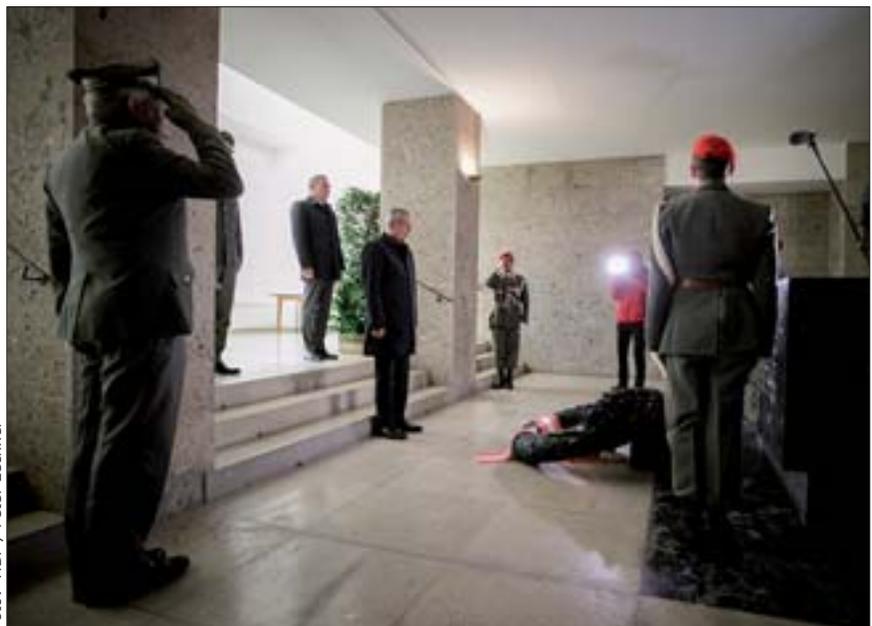


Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei der traditionellen Kranzniederlegung beim Heldendenkmal am Äußeren Burgtor

Hofburg, Präsidienkanzlei, Bundeskanzleramt, Außenministerium und andere.

Bundespräsident und Bundeskanzler haben beim Festakt die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts hervorgehoben. Nur durch das Gemeinsame sei der wirtschaftliche und soziale Aufschwung Österreichs ermöglicht worden, betonte Van der Bellen (Wortlaut):

*Sehr geehrter Ehren- und Festgäste!
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!
Liebe Rekrutinnen und Rekruten.*

Am 26. Oktober 1955 wurde das Bundesverfassungsgesetz über die österreichische Neutralität beschlossen. Daran erinnern wir uns am heutigen Nationalfeiertag.

Wir erinnern uns in diesem Jahr aber auch an die hundertste Wiederkehr der Gründung

100 Jahre Republik Österreich

Foto: HBF / Carina Karlovits



Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Festrede am Heldenplatz

der Republik am 12. November 1918. In diesen vergangenen 100 Jahren hat Österreich Höhen und Tiefen erlebt.

Vom Armenhaus in der Ersten Republik aus dem viele Menschen emigrierten, wurde

unser Land in der Zweiten Republik zu einem der reichsten, sichersten und lebenswertesten der Welt.

Dabei war die erste Hälfte dieser 100 Jahre von politischem Scheitern, von autoritärer

Herrschaft, vom zerstörerischen 2. Weltkrieg und von den unsagbaren Grausamkeiten des Holocaust gekennzeichnet.

Erst nach 1945 begann die Erfolgsgeschichte unserer Republik. Statt des unveröhnlichen Streits der Parteien, wie in der 1. Republik, suchten sie nach 1945 das Gemeinsame, das Verbindende.

Gemeinsam gründeten sie die 2. Republik, gemeinsam verhandelten sie den Staatsvertrag, gemeinsam erklärten sie Österreichs immerwährende Neutralität, gemeinsam arbeiteten sie an Österreichs Integration in die EU.

Einer der wesentlichen Gründe für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung war der Wille, sich gemeinsam für das Wohl aller einzusetzen.

Alle sollten vom Aufschwung profitieren. Österreich trat 1995 dem gemeinsamen Europa bei. Dahinter stand die Einsicht, daß unser Land seine Interessen gegenüber den großen Weltmächten, den USA, China oder Rußland, am besten in Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partnern vertreten kann.

Wer seine Heimat liebt, ist FÜR Europa. Denn die Europäische Union ist Garant für

Foto: HBF / Harald Minich



Die Angelobung der 1032 RekrutInnen

100 Jahre Republik Österreich

Foto: BKA / Dragan Tatic



Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit BesucherInnen des Festakts

Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nur gemeinsam sind wir stark. Dazu gehören auch Grund- und Freiheitsrechte, liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ohne sie kann es das Europa, das wir wollen, nicht geben.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Auch sicherheitspolitisch ist Österreich eingebettet in Europa.

Die gemeinsamen Herausforderungen sind: die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Abwehr von Cyberangriffen.

Diesen Gefährdungen muss im Rahmen einer vorausschauenden gesamtstaatlichen Krisenkoordination begegnet werden.

Das ist essentiell für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und den Schutz für die Österreicherinnen und Österreicher!

Ich möchte allen Angehörigen des Österreichischen Bundesheeres für ihren täglichen Einsatz danken. Sei es nun in Krisengebieten im Ausland oder im sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz im Inland.

Oder wenn Sie bei Naturkatastrophen „Schutz und Hilfe“ leisten.

Die hohe Akzeptanz des Bundesheeres in der Bevölkerung zeigen die vielen Bürgerinnen und Bürger hier am Heldenplatz.

Ich halte es für sehr wichtig, daß unsere jungen Soldateninnen und Soldaten, auf sechs sinnvolle Monate zurückblicken können.

Damit sie ihren Dienst als wertvollen „Schutz und Hilfe-Beitrag“ für unsere Bevölkerung sehen.

Dafür haben die Kommandanten und Führungskräfte Sorge zu tragen.

Die politische Führung hingegen ist verantwortlich, die notwendigen Ressourcen sicherzustellen.

Im Anbetracht der derzeitigen Budgetentwicklung wird in den nächsten Jahren eine rote Linie, überschritten werden, nämlich die der Einsatzbereitschaft.

Fehlende Ressourcen gefährden nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch das Leben der Soldatinnen und Soldaten bei ihren Einsätzen.

Liebe Rekrutinnen und Rekruten !

Von Ihnen wird ein hohes Engagement und hoher Leistungswillen erwartet.

Sie können sich dabei aber gewiss sein, daß Sie in einem Bundesheer dienen, das folgenden Zielen verpflichtet ist: Schutz der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Hilfe bei Katastrophen und Engagement bei internationalen Friedenseinsätzen.

Ich wünsche Ihnen für die Zeit Ihres Wehrdienstes alles erdenklich Gute.

*Es lebe das Österreichische Bundesheer!
Es lebe unsere Heimat, die Republik Österreich!*

Es lebe unser gemeinsames, friedvolles Europa!

Bundeskanzler Sebastian Kurz

sagte anlässlich des Festakts am Heldenplatz (im Wortlaut):

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Geschätzter Herr Vizekanzler, Mitglieder der Bundesregierung, Herr Bürgermeister! Geschätzte Rekrutinnen und Rekruten! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir feiern heute unseren Nationalfeiertag, den Feiertag der Neutralität und der Freiheit unseres Landes. Nach zehn Jahren der Besetzung wurde Österreich endlich frei. Der 26. Oktober war jener Tag, an dem kein fremder Soldat mehr auf österreichischem Gebiet war.

Wir feiern heuer auch das Jubiläum der Gründung unserer Republik vor 100 Jahren. Doch geboren in Angst, Hunger und Selbstzweifel, sollte das erste Kapitel der Demokratie in Österreich ein baldiges Ende haben.

Der Erste Weltkrieg hatte die Menschen und auch die Politik verrohen lassen und so begann nach einer kurzen Phase des Aufschwungs die Zeit der politischen Extreme in unserem Land. Das führte in den 30er Jahren zum Untergang der Demokratie in Österreich und wenig später zu Gewalt, Krieg und der Shoa.



Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (l.) mit Soldaten des Bundesheeres

Foto: BKA / Dragan Tatic

100 Jahre Republik Österreich

Foto: BKA / Andy Wenzel



v.l.: Elisabeth Köstinger, BM für Nachhaltigkeit und Tourismus, Beate Hartinger-Klein, BM für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Juliane Bogner-Strauß Frauen, BM für Familien und Jugend, Margarete Schramböck, BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Innenministerium, Josef Moser, BM für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Hartwig Löger, BM für Finanzen, Alt-Bundespräsident Heinz Fischer und Univ.-Prof. Heinz Faßmann, BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Nach der Verwüstung durch den Zweiten Weltkrieg hatten die Gründerväter unserer Republik den Menschen damals nicht sehr viel anzubieten. Erinnern wir uns an Leopold Figl als er Weihnachten 1945 sagte: Ich kann euch zu Weihnachten nichts geben. Ich kann euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!

Wir müssen dieser Generation, die Österreich nach dem Krieg wieder aufgebaut hat, immer dankbar sein, daß sie an unser Österreich geglaubt hat. Dieser Glaube an unser Österreich hat ihnen dabei geholfen, die Grenzen zwischen den Lagern verschwinden zu lassen. Dieser Glaube an unser Österreich hat uns allen dabei geholfen, daß wir heute im schönsten Land der Welt leben dürfen. Und dieser Glaube an unser Österreich ist heute noch immer genau so wichtig. Denn jede Generation muß sich Frieden, Freiheit und Wohlstand immer wieder neu erarbeiten.

Gerade im heurigen Gedenkjahr müssen wir uns daran erinnern, wie wichtig es ist, daß wir an unser Österreich glauben und daß wir es auch zusammenhalten. Und daß wir einander mit Respekt und vor allem auch Wertschätzung begegnen.

Ich möchte daher heute allen danken, die täglich unserem Land dienen und sich für Frieden, Freiheit und Wohlstand einsetzen. Ich möchte vor allem den österreichischen Rekruten danken, die heute angelobt werden. Das Österreichische Bundesheer ist der Garant für unsere Neutralität und auch

dafür, daß wir den Frieden in Zukunft aufrechterhalten können.

Und ich möchte heute genauso allen danken, die täglich fleißig zur Arbeit gehen, die in der Familie Arbeit leisten, indem sie Kinder erziehen oder sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Und natürlich allen jenen danke sagen, die sich in den unterschiedlichen Organisationen freiwillig für andere in unserer Gesellschaft engagieren und ihren sozialen Beitrag leisten.

Ihnen allen wünsche ich heute einen schönen Nationalfeiertag und bedanke mich bei jedem Einzelnen für den Beitrag, den er in unserer Republik leistet, damit wir auch in Zukunft noch in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können.

Ein Dank dem Österreichischen Bundesheer! Hoch lebe unsere Republik Österreich!

schloß der Bundeskanzler seine Rede.



v.l.: Gernot Blümel, BM für EU, Kunst, Kultur und Medien, Norbert Hofer, BM für Verkehr, Innovation und Technologie, und Karin Kneissl, BM für Europa, Integration und Äußeres

100 Jahre Republik Österreich

Tag der offenen Tür

Zahlreiche Institutionen hatten die Bevölkerung am Nationalfeiertag traditionsgemäß zu einem Besuch eingeladen.



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seine Frau Doris Schmidauer (links von ihm) begrüßten Tausende Gäste in der Hofburg.

Hofburg, Parlament, Bundeskanzleramt und Ministerien waren am 26. Oktober von Zehntausenden besucht worden, wo sie nicht nur einen Blick in die Räumlichkeiten werfen, sondern auch die Spitzen der Republik an deren „Arbeitsplätzen“ sehen konnten.

Hofburg

Tausende Gäste aus allen Bundesländern und natürlich auch ausländische BesucherInnen sind der Einladung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen gefolgt und haben den Tag der offenen Tür in der Präsidentschaftskanzlei genutzt, um den Bundespräsidenten persönlich kennenzulernen und so einiges über die Hofburg, dessen Amtssitz und dessen Aufgaben zu erfahren. Die Begegnungen und Gespräche haben so manche BürgerInnen gleich genutzt, um ihre persönlichen Anliegen an den Bundespräsidenten zu richten.

Parlament

Das Ausweichquartier des Parlaments rund um die Hofburg konnte sich auch heuer wieder über ein außerordentlich großes Interesse freuen. Rund 10.000 Menschen sind der Einladung von Nationalratspräsident



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Vor der DemokratieQuartier (v.l.): Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (FPÖ), Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska (SPÖ), Bundesratsvizepräsident Ewald Lindinger (SPÖ) begrüßten die BesucherInnen.

Wolfgang Sobotka gefolgt, das sogenannte DemokratieQuartier zu besuchen. „Es ist wichtig, daß sich das Parlament als Herz der Demokratie offen zeigt – nicht nur am Nationalfeiertag“, sagte Sobotka, für den der Nationalfeiertag ein Tag der Freiheit, der Selbständigkeit und der Freude ist.

Erstmals konnten die Besucherinnen und Besucher auch das umfangreiche und sensible Aufgabengebiet des Nationalfonds der

Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus näher kennenlernen. Dieser Aspekt ist dem Nationalratspräsidenten ein besonderes Anliegen. „Die 100 Jahre Republik sind eine glückliche und leidvolle Geschichte auf dem Weg, unsere eigene Identität und unser Selbstverständnis zu finden“, so Sobotka.

Zudem fiel auch der Startschuß für das Crowdsourcing-Projekt des Parlaments. An-

100 Jahre Republik Österreich

hand dieses neuen Modells der Bürgerbeteiligung wird die Bevölkerung aufgefordert, ihre Ideen für das neue Besucherzentrum des gerade in Generalsanierung befindlichen Hohen Hauses am Wiener Ring einzubringen.

Publikumsmagnete waren darüber hinaus der Große Redoutensaal in der Hofburg, die Büros von Nationalratspräsident Sobotka und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska. Auch die „Bau.Stelle“ vor dem Hohen Haus am Ring und die laufenden Sanierungsarbeiten zogen viele Interessierte an.

Bundeskanzleramt

Auch das Bundeskanzleramt am Ballhausplatz 2 hatte seine Tore wieder geöffnet. Von 12 bis 17 Uhr konnten die Prunk- und Repräsentationsräume, wie der Kongreßsaal oder der Große Ministerratssaal, besichtigt werden. Als Gastgeber begrüßten Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesminister Gernot Blümel und Bundesministerin Juliane Bogner-Strauß viele Gäste persönlich und standen für Gespräche und Fotos zur Verfügung. Auch der Sprecher der Regierung, Peter Launsky-Tieffenthal beantwortete Fragen und gab einen Einblick in seine Tätigkeit. Guides vermittelten den BesucherInnen interessante Details zur Geschichte und Architektur des Hauses. Auch für die kleinen Gäste gab es ein spezielles Programm: Sie konnten selbst in die Rolle eines Regierungsmitglieds schlüpfen und ihre Zukunftsideen für Österreich in einem Video festhalten.

Außenministerium

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres öffnete auch heuer wieder seine Türen. Von 10 bis 14 Uhr informierten MitarbeiterInnen im Direktkontakt vor und im Ministerium am Minoritenplatz über ihre Arbeits- und Aufgabenbereiche sowie die Serviceleistungen des BMEIA. Sie arbeiten täglich in vielfältigen Fachbereichen daran, Österreich in Europa und weltweit erfolgreich zu vertreten.

Zentrales Thema der diesjährigen Veranstaltung war Österreichs Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Österreich hat ja am 1. Juli 2018 zum dritten Mal, nach 1998 und 2006, für sechs Monate den Vorsitz übernommen. Gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich informierte man über Geschichte, Fakten und Zahlen zur EU sowie Österreichs Rolle in dieser einzigartigen wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft zwischen den 28 Staaten der EU.



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Ein Blick in den provisorischen Sitzungssaal des Nationalrats in der Hofburg



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz empfing BesucherInnen im Bundeskanzleramt.



Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl begrüßte ihre BesucherInnen im Ministerium am Minoritenplatz.

Die erkämpfte Republik – 1918/19 in Fotografien

Ausstellung im Wien Museum Karlsplatz
von 25. Oktober 2018 bis 3. Februar 2019

Wien, 12. November 1918: Hunderttausende waren auf die Ringstraße gekommen, um das Ende der Habsburger Monarchie und den demokratischen Neubeginn zu feiern. An diesem Tag wurde die Republik Deutschösterreich ausgerufen. Die Ausstellung „Die erkämpfte Republik“ erzählt anhand der Ereignisse in Wien davon, wie der neue Staat entstand und welche Folgen die Wendezeit 1918/19 hatte.

Zwölf dramatische Monate in faszinierenden historischen Fotodokumenten

Der Zerfall des Habsburgerreiches und das Kriegsende, die Rückkehr der Soldaten, Hunger und Not. 1918/19 markiert aber auch den Beginn einer neuen demokratischen Ära: Das Frauenwahlrecht wurde eingeführt, Zensur und Versammlungsverbote wurden aufgehoben, der Acht-Stundentag wurde eingeführt. Diese Errungenschaften kamen nicht von selbst – sie waren hart erkämpft. Schauplatz der Massenkundgebungen und revolutionären Proteste war die Ringstraße.

Der politische und gesellschaftliche Umbruch fand erstmals vor den Augen von Fotojournalisten statt. Woche für Woche erreichten die aktuellen Bildberichte in den auflagenstarken Illustrierten ein breites Publikum. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das Werk des Wiener Fotografen Richard Hauffe (1878-1933), der besonders eindrucksvolle Bilder der jungen Republik hinterließ. Ein Teil seines Werkes hat sich im Wien Museum erhalten und wird erstmals gezeigt.

Die Macht der Straße

Gute zwölf Monate, von Oktober 1918 bis Ende 1919, dauerte die politisch turbulente Epoche, in der in Österreich, so wie in vielen anderen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die politischen Weichen neu gestellt wurden. Im Spätherbst 1918 überschlugen sich die Ereignisse: Monarchien zerfielen, der bedrückende, lang andauernde Krieg ging zu Ende, Kaiser mußten abdanken, und aus den Trümmern des Kriegs und der Kaiserreiche wurden neue Staaten geformt.



Foto: Richard Hauffe / © Wien Museum

Die Ausrufung der Republik am 12. November 1918

Genau dieses schmale Zeitfenster 1918/19 steht im Zentrum der Fotoausstellung. In einer visuellen Nahaufnahme werden ausgewählte Aspekte dieser dramatischen Umbruchszeit sowohl aus zeithistorischer, als auch aus foto- und mediengeschichtlicher Perspektive beleuchtet. Im Fokus der Ausstellung stehen die Ereignisse in Wien.

Wenn wir die Fotodokumente aus der Zeit 1918/19 betrachten, fällt auf, daß einige Monate lang die Straße, der öffentliche Raum, zum bevorzugten Ort der Politik wurde. Insbesondere die Ringstraße gehörte von Anfang November 1918 bis weit ins Jahr 1919 hinein den Massen. Sie war der Schauplatz der zahlreichen Kundgebungen und revolutionä-

100 Jahre Republik Österreich

ren Proteste, auch Straßenkämpfe mit Toten und Verletzten nahmen hier ihren Verlauf.

Der Ausstellungstitel „Die erkämpfte Republik“ signalisiert, daß der Weg hin zur parlamentarischen Demokratie keiner zwangsläufigen Entwicklung folgte.

Die Republik und die Form ihrer politischen und sozialen Ausgestaltung waren vielmehr erkämpft – einerseits von den demokratischen Kräften im Land, andererseits von Teilen der Bevölkerung, die in einer beispiellosen politischen Aufbruchsbewegung für einen politischen Neuanfang auf die Straße gingen.

Im Blick von Fotografie und Zeitgenossen

Es ist ein zentrales Anliegen dieser Ausstellung, die „große Politik“ und die Welt der „kleinen Leute“, ihren Alltag, ihre Wahrnehmung, miteinander zu verschränken. Das Medium, das diese Begegnung möglich macht, ist die Fotografie. Der Untergang der Habsburgermonarchie und die Gründung der ersten österreichischen Republik sind in zahlreichen Fotodokumenten festgehalten, von denen viele zum ersten Mal gezeigt werden.

Im Mittelpunkt der Schau steht das zahlenmäßig kleine, aber wichtige Werk des bedeutendsten Fotografen der österreichischen Umbruchszeit 1918/19, Richard Hauffe. Zwar ging Hauffes fotografischer Nachlaß wie jener vieler seiner Kollegen in den Wirren der Zwischen- und Nachkriegszeit verloren, doch ein Konvolut hat sich im Wien Museum erhalten und wird hier erstmals in seiner Gesamtheit präsentiert. Einzelne dieser Aufnahmen, darunter auch das berühmte Foto von der Ausrufung der Republik, wurden immer wieder abgebildet, in der Regel aber ohne Hinweise auf den Urheber, dessen fotografisches Werk und den Entstehungskontext.

Die fotografische Erzählung der in zwölf Kapiteln gegliederten Ausstellung wird um Eindrücke und Wahrnehmungen von Zeitgenossen ergänzt. Neben JournalistInnen, SchriftstellerInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen wie Stefan Zweig, Alfred Polgar, Joseph Roth, Egon Erwin Kisch, Rosa Mayreder, Sigmund Freud oder Josef Redlich kommen bewußt auch ganz unbekannte Menschen wie etwa die Ziegelerbeiterin Marie Toth oder der Facharbeiter Albert Lang zu Wort, die ihre Eindrücke in Tagebüchern, Briefen oder Erinnerungen festgehalten haben.

Manchen Zeitgenossen erschienen die damaligen Ereignisse unwirklich und schwer



Foto: Richard Hauffe / © Wien Museum

Verwaistes kaiserliches Domizil: Wachen vor dem Eingang von Schloß Schönbrunn, von Richard Hauffe aufgenommen im Dezember 1918



© ÖNB / ANNO / Wien Museum

Kriegsheimkehrer auf dem Zugdach, Wien, November 1918, Aus: „Wiener Illustrierte Zeitung“, 20. Dezember 1918

faßbar. Zu rasant waren die tagtäglichen Veränderungen, zu unabsehbar die längerfristigen Folgen. So schrieb etwa Stefan Zweig am 27. Oktober in seinem Tagebuch: „In Österreich überstürzen sich die Dinge mit namenloser Geschwindigkeit. Die Lawine rollt rasch: man möchte ihr zuschauen, wie sie stürzt, aber sie hält nicht inne. Es ist furchtbar, diese Eile, dieses rasende Tempo.“

Zeit der Frauen

„Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ Diese Forderung wurde bereits auf sozialdemokratischen Frauenkundgebungen vor dem

Ersten Weltkrieg erhoben – vergebens. Gegen Kriegsende nahmen die Frauen den Kampf um das Wahlrecht wieder auf.

Am 24. März 1918 fand im Wiener Rathaus unter dem Motto „Für Frauenwahlrecht und Völkerfrieden“ eine große „Frauentagsversammlung“ statt.

Im Sog des politischen Umsturzes ging dann alles sehr schnell, die Konservativen gaben die Widerstände gegen die Gleichberechtigung an der Wahlurne auf. Im neuen Grundgesetz der Republik, das am 12. November 1918 beschlossen wurde, war auch das Frauenwahlrecht verankert. Tage später,

100 Jahre Republik Österreich

am 16. November, wurden durch Kooption die ersten Frauen in den Wiener Gemeinderat aufgenommen.

Freie Presse

Kaum war der Krieg zu Ende und der k. u. k. Militär- und Propagandaapparat, der in der Kriegszeit mit eiserner Hand regiert hatte, zerbrochen, begann ein neuer, frischer Wind zu wehen – jener der demokratischen Öffentlichkeit. Man wagte sich ab November 1918 wieder, öffentlich die eigene Meinung zu sagen, Kundgebungen zu besuchen und zu organisieren, zu demonstrieren, ohne Behinderung der Zensur und der Polizei Flugblätter zu verteilen und Zeitungen zu drucken. Aufbruchshoffnung und neues Selbstbewußtsein waren an die Stelle von Zwang und Repression getreten.

Auch die Fotografen traten nach Jahren der Unterdrückung und Kontrolle im Krieg mit neuem Selbstbewußtsein auf. Sie dokumentierten die Tristesse des verlorenen Krieges, die heimkehrenden Soldaten, Hunger und Not. Sie begleiteten aber auch die ersten Schritte der jungen Republik: die Arbeit der republikanischen Regierung unter Karl Renner, den Wahlkampf für die erste Parlamentswahl der Republik im Februar 1919, die Beteiligung der Frauen an der Wahl, aber auch die ersten internationalen Hilfslieferungen, die ins Land kamen.

Der politische Umbruch 1918/19 fand vor der Kamera statt. Regelmäßig berichteten die fotografisch illustrierten Wochenzeitungen über die neuen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. In besonders großer Aufmachung wurde über das Gründungsdatum der Republik, den 12. November 1918, berichtet. Fotografische Bildberichte und zwei filmische Dokumentationen hielten die Massenkundgebungen am Ring und vor dem Parlament fest. Die Ausstellung zeigt, wie der 12. November 1918 geradezu als Mediengroßereignis konzipiert und inszeniert wurde.

Die wichtigsten fotojournalistischen Berichte der Jahre 1918/19 stammen vom Wiener Fotografen Richard Hauffe (1878-1933). Während viele andere Fotojournalisten wie z.B. Carl Seebald, Charles Scolik jun., Josef Perscheid oder Heinrich Schuhmann jun. in den Monaten und Jahren zuvor den Krieg fotografierten und Ende 1918 ins zivile Leben zurückkehrten, begann Hauffe seine Fotokarriere genau am 12. November 1918.

Der überzeugte Demokrat und Anhänger der Sozialdemokratie wurde zum wichtigsten Bildchronisten des politischen Umbruchs.



Sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht, Wien-Ottakring, 1913



Wahlkampf für die erste Parlamentswahl der Republik, Februar 1919. Ausschnitt aus: „Das interessante Blatt“ vom 20. Februar

Seine Aufnahmen wurden in den auflagenstarken illustrierten Wochenzeitungen des Landes, etwa dem „Interessanten Blatt“, den „Wiener Bildern“ oder der „Wiener Illustrierten Zeitung“ veröffentlicht und erreichten dadurch ein breites Publikum.

Nachkriegselend und Hunger

Der 12. November 1918 stellt ein zutiefst symbolisches Ereignis dar, das die komplexe und turbulente Gründungsgeschichte der österreichischen Republik auf einen einfachen Nenner bringt. Die Gründung und Verankerung dieser Republik ist jedoch keineswegs auf die kurze Vorgeschichte dieses Tages zu reduzieren. Vielmehr handelte es sich

um einen monatelangen Prozeß der Umgestaltung, Öffnung und Demokratisierung, der weit in das Jahr 1919 und teilweise bis in die 1920er Jahre hineinreichte.

Die Startbedingungen für die Republik waren alles andere als günstig

Der verlorene Krieg lastete schwer auf dem Land, die Stimmung unter den Kriegsheimkehrern pendelte zwischen Niedergeschlagenheit und Revolutionsbereitschaft, schwere Hungersnöte plagten Wien, die Spanische Grippe, Tuberkulose und andere Krankheiten forderten auch noch nach Kriegsende viele Opfer. Dazu kamen die extreme Kohlennot, das Wohnungselend und die schlechte Gesundheitsversorgung.

Der Hunger war 1918/19 die größte Hypothek für die junge Republik. „Die Männer rauchen, damit ihnen der Hunger vergeht“, schrieb die Wienerin Fritzi Sallaba in einem Brief im Dezember 1918. Und sie ergänzte: „Wie Schatten gehen die Menschen herum.“ Besonders in Wien war 1918/19 die Versorgung mit Nahrungsmitteln katastrophal. Viele Hungernde unternahmen sogenannte Hamsterfahrten auf das Land. Die Großstadtbewohner kauften bei den Bauern der Umgebung Lebensmittel oder suchten in den abgeernteten Feldern nach Essensresten. Frierende Wiener holzten ganze Parks und Grünzonen ab, wobei sich der Wiener Wald als besonders ergiebiges Brennstoffreservoir erwies.

Lichtblicke

Anfang 1919 brachten internationale Hilfsprogramme endlich Linderung für die

100 Jahre Republik Österreich

von Hunger und Not gebeutelte Bevölkerung. Zahlreiche Staaten und gemeinnützige Organisationen sagten ihre Unterstützung zu. Der erste Lebensmittelzug für das hungernde Wien rollte Ende Dezember 1918 ein, er kam aus der Schweiz.

Mit amerikanischer Hilfe wurden ab Mitte 1919 in Wien Kinderausspeisungen eingerichtet, die täglich zehntausende Kinder versorgten.

Am 3. Februar 1919 begann eine weitere Kinderhilfsaktion, die ein enormes Echo in der Öffentlichkeit fand. Zehntausende Wiener Kinder reisten mit Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen zur Erholung ins Ausland, nach Schweden, Dänemark, Norwegen, England, in die Niederlande, nach Spanien, Italien, Deutschland und in die Schweiz.

Während der ersten Monate der jungen Republik wurden weitreichende Sozialreformen umgesetzt, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbesserten.

Eine dieser Maßnahmen, die auf Initiative des Staatssekretärs für soziale Fürsorge Ferdinand Hanusch zurückging, war die gesetzliche Verankerung des Acht-Stundentags im Dezember 1918. Sie brachte die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß. Von den überlangen Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden und Nachtschichten, z.B. zur Produktivitätssteigerung in Fabriken, waren im 19. Jahrhundert nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder betroffen. Diese Belastungen gehörten nun der Vergangenheit an.

Mitte 1919 hatte sich die politische Situation in Österreich einigermaßen stabilisiert, wichtige Entwicklungen standen zu diesem Zeitpunkt aber noch an: der Beschluß einer neuen Verfassung im Jahr 1920, die Umsetzung wichtiger Sozialgesetze, der Aufbau eines neuen Berufsheers, die Einlösung mancher Bedingungen des Pariser Friedensvertrags oder die endgültige Festlegung der Grenzlinie in Südkärnten und im Burgenland, um nur einige wichtige Beispiele zu nennen.

Trotzdem machte sich erstmals zaghafte Hoffnung breit. In der Fotoberichterstattung der Illustrierten kehrte der Alltag zurück. Im Sommer 1919 lichtete der junge Sportfotograf Lothar Rübelt drei Wurfathletinnen des Damensportvereins Danubia in kurzen Hosen und mit entblößten Beinen ab. In Bildern wie diesen, die vor dem Krieg noch vollkommen undenkbar gewesen waren, kündigte sich eine neue Zeit an.

<http://www.wienmuseum.at>



© ÖNB / ANNO / Wien Museum

Hunger nach dem Krieg. Frauen und Kinder durchstöbern einen Mistplatz, Wien 1920. Aus: „Das interessante Blatt“, 3. März 1920 (Ausschnitt)



© ÖNB / ANNO / Wien Museum

Friedenskonferenz in Paris: Ankunft des österreichischen Kanzlers Karl Renner in Paris, Mai 1919. Aus: Wiener Bilder, 8. Juni 1919 (Ausschnitt)



Foto: Richard Hauffe / © Wien Museum

Englische Hilfslieferungen für Wien, 1919 (Ausschnitt)

Die österreichische Verfassung

Fest und stark genug, aber offen für sinnvolle Weiterentwicklung – Verfassungstag 2018 mit Festvortrag von Heinz Fischer. VfGH-Präsidentin Bierlein: Demokratie muß immer wieder verteidigt werden



Foto: VfGH / Kucera

Ein Blick auf die TeilnehmerInnen am österreichischen Verfassungstag

Der frühere Bundespräsident Heinz Fischer stellt der österreichischen Bundesverfassung ein hervorragendes Zeugnis aus. „Sie ist fest genug und stark genug, um als Grundlage und Rahmen für das politische Geschehen zu wirken. Sie ist aber andererseits kein so starres Korsett, daß der politischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung alle Spielräume genommen werden. Denn sie ist auch offen für eine sinnvolle Weiterentwicklung“, sagte Fischer in der Festrede am 1. Oktober zum Verfassungstag 2018 im Verfassungsgerichtshof.

Mit dem Verfassungstag erinnert der Verfassungsgerichtshof (VfGH) alljährlich an den Beschluß des Bundes-Verfassungsgesetzes in der konstituierenden Nationalversammlung am 1. Oktober 1920. Präsidentin Brigitte Bierlein konnte u.a. Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Justizminister Josef Moser, die Zweite Präsidentin des Nationalrats, Doris Bures, den früheren Bundeskanzler Franz Vranitzky sowie die Präsidenten des

Verwaltungsgerichtshofes, Rudolf Thienel, und des Obersten Gerichtshofes, Elisabeth Lovrek, begrüßen.

Brigitte Bierlein: Wachsam bleiben!

Bierlein betonte, daß die Verfassung die Basis für eine gefestigte Demokratie sei, eine rechtsstaatliche Ordnung auf hohem Niveau gewährleiste und die Grund- und Menschenrechte sichere. Dessen ungeachtet müßten wir „wachsam“ bleiben und alles daran setzen, diese „letztlich doch fragile Grundlage unseres Zusammenlebens“ zu schützen und vielleicht punktuell zu verbessern: „Um unsere Demokratie zu erhalten, ist ein scharfes Sensorium nötig für das, was sie gefährden könnte. Gerade eine Zeit, wie sie nicht nur die EU mit dem Rückbau von Demokratie und Rechtsstaat in einzelnen Mitgliedsstaaten eben erlebt, zeigt, daß die parlamentarisch-demokratische Gesellschaftsordnung nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder von neuem verteidigt werden muß.“

Herrschendes Unbehagen und Verunsicherung der Menschen müßten ernstgenommen werden. Gleichzeitig gelte es aber entschieden gegenzusteuern, wenn demokratische Einrichtungen und rechtsstaatliche Überzeugungen in Frage stünden. Bierlein: „Dies gilt für illiberale Tendenzen am rechten wie am linken Rand der Gesellschaft gleichermaßen. Legitime politische Anliegen auf der einen Seite und Entwicklungen in Richtung einer Gefährdung demokratischer Institutionen auf der anderen Seite sind strikt zu unterscheiden.“ Als Optimistin gehe sie aber davon aus, daß eine allfällige Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie zukunftsrelevant bewältigt werde.

Alexander Van der Bellen: Staatsverträge schon vor Kundmachung prüfen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der an dem Festakt nicht teilnehmen konnte, wandte sich mit Grußworten an die Festversammlung. Er erinnerte daran, daß

Innenpolitik



VfGH-Präsidentin Brigitte Bierlein bei ihrer Begrüßungsrede

der Verfassungsgerichtshof oft Dinge entscheiden müsse, über die auf politischer Ebene kein Konsens gefunden worden sei. Dem Verfassungsgerichtshof dürfe dann aber nicht der Vorwurf gemacht werden, er menge sich in die Politik ein.

Van der Bellen sprach aber auch Probleme und Fragestellungen der Verfassungsgerichtsbarkeit an. So werde im Zusammenhang mit Staatsverträgen immer wieder das Problem einer Gesamtänderung der Bundesverfassung ins Spiel gebracht: „Die Kundmachung von Staatsverträgen ist in den meisten Fällen nicht so dringend, als daß es unangebracht wäre, eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes einzuholen. Ich spreche mich daher für eine solche Regelung aus.“

An die Adresse der Bundesregierung richtete Van der Bellen den Appell, bei Reformen immer auch die Vorgeschichte in Betracht zu ziehen und zu untersuchen, woran bisherige Vorstöße gescheitert sind. Der Bundespräsident: „Das soll kein Aufruf zur Entmutigung sein, sondern vielmehr ein solcher zu ökonomischem und konsensuellem Vorgehen.“

Heinz Fischer: Wir haben aus der Geschichte gelernt

Fischer widmete sich in seinem Vortrag der „Entwicklung der österreichischen Bundesverfassung vor dem Hintergrund der Zeitgeschichte“. Er spannte dabei einen Bogen von den Anfängen der Verfassung im Revolutionsjahr 1848 über den Beginn der Ersten und der Zweiten Republik bis hin zu den weiteren Entwicklungen im Verfassungsrecht mit dem Neutralitätsgesetz, dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Men-

schenrechtskonvention, dem Beitritt zur Europäischen Union oder der Weiterentwicklung der parlamentarischen Kontrolle.

Für Fischer war es 1945 eine richtige Entscheidung, sich nicht in eine Verfassungsdebatte verstricken zu lassen, sondern die Bundesverfassung von 1920 in der Fassung von 1929 zur Grundlage für den Wiederaufbau Österreichs als demokratische Republik und als Rechtsstaat zu nehmen. Überhaupt sieht er als eine der Grundlagen für die positive Entwicklung seit 1945, „daß wir aus der Geschichte gelernt haben und daß bestimmte politische Verhaltensweisen als schädlich für das Land und die Demokratie erkannt und aus dem politischen Arsenal entfernt wurden“.

<https://www.vfgh.gv.at>



Bundespräsident a.D. Heinz Fischer bei seinem Festvortrag



VfGH-Präsidentin Brigitte Bierlein mit (v.r.) Justizminister Josef Moser, „Kurier“-Herausgeber Helmut Brandstätter und Claus Josef Raidl, er war bis 31. August 2018 Präsident der Oesterreichischen Nationalbank.

Alle Fotos: VfGH / Kucera

Wie erleben ÖsterreicherInnen die Demokratie im Land...

... und wie stehen sie zu möglichen Einschränkungen wie zum Beispiel der Medienfreiheit? SORA präsentierte Ergebnisse des Österreichischen Demokratie Monitors

Es begann vor einem Jahr mit einer Zahl und einer Idee, die Günther Ogris in das SORA-Team getragen hat: 43 % stimmten in einer SORA-Befragung der Aussage zu, daß Österreich von einem „starken Mann“ regiert werden sollte. Eine Zahl die erschreckt; und die man bei SORA wissenschaftlich im größeren Zusammenhang sehen wollte: Was steckt hinter einer solchen Aussage? Wo drückt der Schuh bei den Menschen?

Günther Ogris: „Wir brauchen in Österreich fundierte und langfristige Zeitreihen zur Demokratie: einen Monitor, der regelmäßig beobachtet und frühzeitig Warnsignale erkennbar macht.“

Der Österreichische Demokratie Monitor (ÖDM)

SORA hat daher den Österreichischen Demokratie Monitor ins Leben gerufen als ein fundiertes Meßinstrument mit höchster Datenqualität für

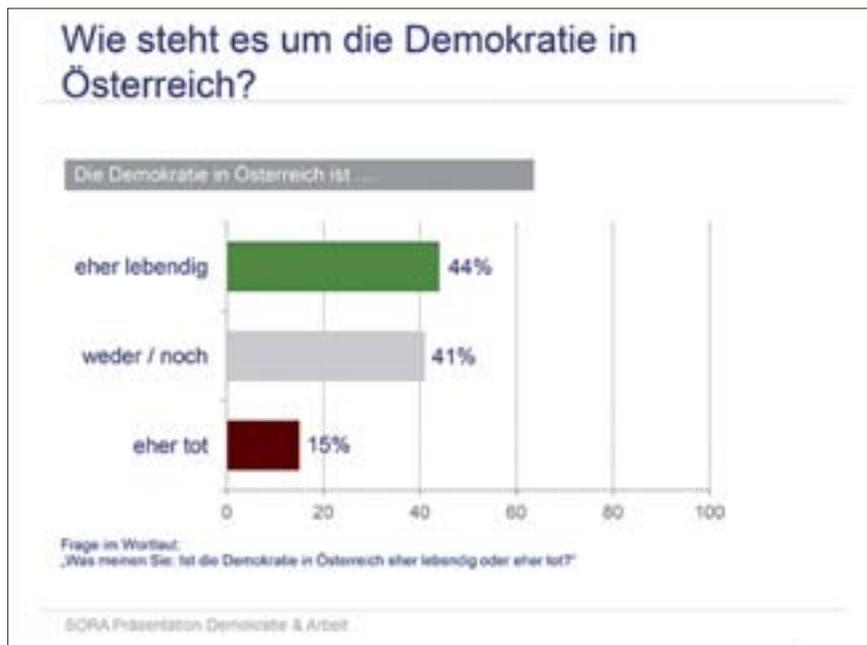
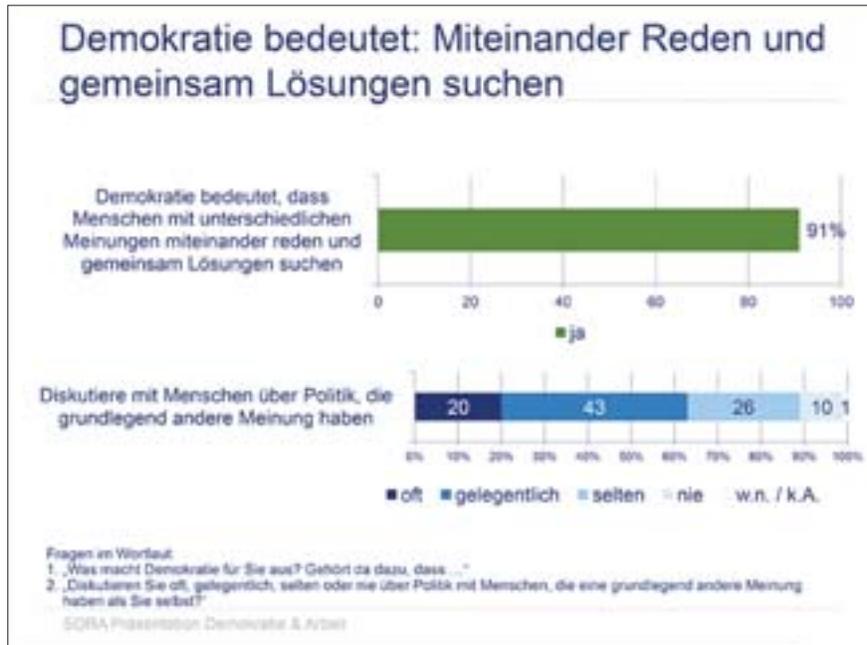
- die verlässliche öffentliche Orientierung über die Demokratieentwicklung im Land
- die frühzeitige Erkennung von Warnsignalen und – darauf aufbauend –
- die rechtzeitige Entwicklung von Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Demokratie in Österreich.

Die erste Hälfte des Österreichischen Demokratie Monitors (ÖDM) basiert auf einer großen, jährlichen Bevölkerungs-Befragung. Für 2018 wurde die Erhebung kürzlich abgeschlossen.

Die zweite Hälfte ist der demokratische Lebendigkeits-Check der Institutionen und des konkreten demokratischen Lebens im Land. Es wird erstmals versucht, diesen über ein Crowdfunding zu finanzieren und so auf die breiteste mögliche Basis zu stellen.

Demokratie: für 91 % »miteinander reden und Lösungen suchen«

Demokratie ist ein komplexer Begriff, der etwa in Rechts- oder Politikwissenschaft vielschichtig diskutiert wird. Aber was bedeutet Demokratie für die breite Bevölkerung in Österreich?



Neun von zehn (91 %) stimmten in der Befragung zum ÖDM 2018 der Aussage zu: „Demokratie bedeutet, daß Menschen mit unterschiedlichen Meinungen miteinander reden und gemeinsam Lösungen suchen“.

Lebendige Demokratie ist noch ausbaufähig

Der ÖDM erhebt mit diversen Indikatoren, wie die Menschen im Land das Funktionieren der Demokratie erleben.

Innenpolitik

Als einen neuen, innovativen Indikator hat SORA erstmals auch die emotionale Frage vorgelegt: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher lebendig oder eher tot?“

- Mit 44 % haben sich eine relative Mehrheit für die Antwort „eher lebendig“ entschieden.
- Nur etwas weniger, 41 %, konnten sich nicht mehr zur Antwort „lebendig“ durchringen, schätzten die Demokratie aber auch nicht als „tot“ ein.
- Mit 15 % hat mehr als jede/r Zehnte geantwortet, daß die Demokratie in Österreich eher tot ist.

Ökonomische Unsicherheit drückt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Einschätzung lebendig/tot korreliert stark mit der ebenfalls erhobenen Frage nach der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich.

Dabei zeigt die genauere Analyse, daß es vor allem eine schlechte ökonomische Absicherung ist, die sich auf die Bewertung der Demokratie im Land auswirkt:

- Menschen, die ihre ökonomische Sicherheit „sehr gut“ einschätzten, geben mit 61 % wesentlich häufiger an, daß die Demokratie im Land „eher lebendig“ ist
- Bei Personen mit „sehr schlechter“ ökonomischer Sicherheit sind es hingegen nur mehr 25 % – bereits ein Drittel von ihnen (32 %) erlebt die Demokratie persönlich als „eher tot“.

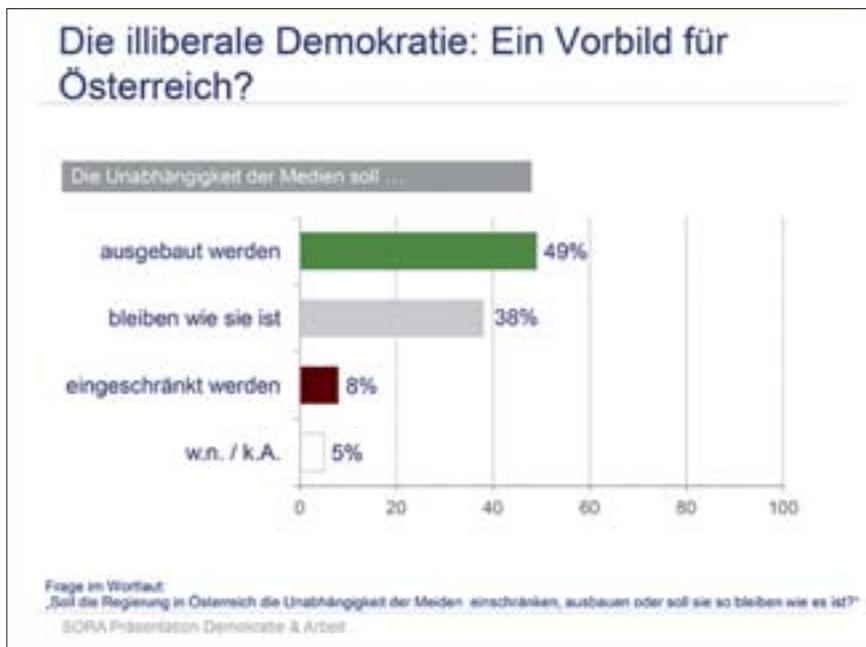
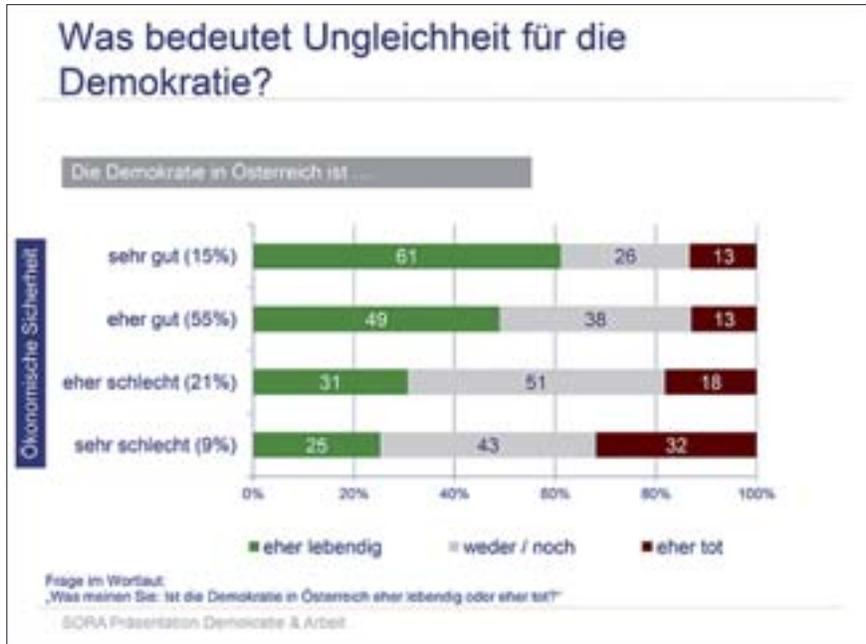
»Illiberale Demokratie« wird strikt abgelehnt

Die Einschränkung von Medien, Gerichten, Meinungs- und Versammlungsfreiheit steht auf der Agenda selbst ernannter „illiberaler Demokratien“. In Österreich lehnt eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung solche Maßnahmen strikt ab: Auf die Frage: „Soll die Regierung in Österreich die Unabhängigkeit der Medien einschränken, ausbauen oder soll alles so bleiben, wie es ist?“ sprechen sich nur 8 % für eine Einschränkung der Unabhängigkeit der Medien aus.

Knapp vier von zehn (38 %) sind mit dem Status quo zufrieden (alles so bleiben, wie es ist).

Fast die Hälfte (49 %) spricht sich sogar für einen Ausbau der Unabhängigkeit der Medien aus.

Die Präsentation der Gesamtergebnisse der Österreichischen Demokratie Monitor-Umfrage wird am 14. November im Parlament erfolgen.



DEMOKRATIE! – Neue Veranstaltungsreihe

Autoritarismus, manipulierte Meinung, populistische Führerfiguren – die Zukunft der Demokratie ist weltweit unsicher geworden.

Auch in Österreich beobachtet SORA besorgniserregende Anzeichen dafür, daß das Vertrauen in die Institutionen unter Druck geraten ist.

Die Veranstaltungsreihe „DEMOKRATIE!“ bringt hochkarätige Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland ins Gespräch über:

- MACHT: Wer hat sie, wer kontrolliert sie, was bedeutet Populismus?

- UNGLEICHHEIT: Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?
- EUROPA: Retter oder Totengräber für die Demokratie?
- MEDIEN: Wer rettet die Wahrheit im digitalen Ozean?
- JUGEND: Was bringt die Demokratie der nächsten Generation?

Diese Reihe ist eine Kooperation von SORA, Österreichischer Demokratie Monitor und „Wiener Zeitung“ und mit freundlicher Unterstützung der ERSTE Stiftung. Die nächsten Termine erfahren Sie über einen Newsletter, den Sie hier bestellen können: <https://www.demokratiemonitor.at>

Innenpolitik

Regierung schlägt für 2019 gestaffelte Pensionserhöhung vor

Die Regierung schlägt für das kommende Jahr eine gestaffelte Pensionserhöhung vor. Abweichend von der gesetzlichen Automatik sollen kleine und mittlere Pensionen über der Inflationsrate von 2 % angepaßt werden, BezieherInnen hoher Pensionen hingegen lediglich einen Pauschalbetrag erhalten. Damit will die Regierung dem Umstand Rechnung tragen, daß BezieherInnen kleinerer und mittlerer Einkommen proportional stärker von überdurchschnittlich steigenden Lebensmittelpreisen und Wohnungskosten betroffen sind.

Konkret sieht das Pensionsanpassungsgesetz 2019 vor, Pensionen bis 1.115 € um 2,6 % zu erhöhen. Das gilt auch für die Ausgleichszulagenrichtsätze. Danach sinkt der

Anpassungsfaktor bis zu einer Pension von 1.500 € linear auf 2 % ab. Wer zwischen 1.500 € und 3.402 € bezieht, erhält exakt die Inflation abgegolten. Für Pensionen über der ASVG-Höchstpension von 3.402 € ist ein Pauschalbetrag von 68 € vorgesehen. Die Anpassung von 2,6 % wird darüber hinaus auch für Opferrenten, etwa nach dem Opferfürsorgegesetz, dem Verbrechenopfergesetz und dem Heimopferrentengesetz, wirksam.

Mit dem Gesetz wird außerdem klargestellt, daß Pensionen, die, etwa wegen Erwerbstätigkeit, vorübergehend nicht zur Auszahlung gelangen, ebenfalls der Anpassung unterliegen.

Gemäß den Erläuterungen zur Regierungsvorlage werden im Bereich der gesetz-

lichen Pensionsversicherung (ASVG, BSVG, GSVG) 1,33 Millionen BezieherInnen von der gestaffelten Pensionserhöhung profitieren. Für 760.000 BezieherInnen ändert sich gegenüber der gesetzlichen Automatik nichts. Vom Deckel betroffen sind insbesondere BeamtInnen, die eine Pension über der ASVG-Höchstpension beziehen. Insgesamt fallen durch das Gesetz 2019 zusätzliche Kosten von rund 55,9 Mio. € an, wobei die Regierung im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung mit Mehrausgaben von 68,8 Mio. € rechnet, während im Bereich der Beamtenpensionen 13,1 Mio. € eingespart werden. ■

<https://www.bmasgk.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Juliane Bogner-Strauß: Chancengleichheit von Frauen fördern

Die gesamte Bundesregierung bekennt sich im Regierungsprogramm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in der Arbeitswelt“, sagte Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß am 24. Oktober anlässlich ihres ersten Treffens mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen (IMAG). Gemäß Bundes-Gleichbehandlungsgesetz tagt die IMAG zumindest einmal pro Jahr. Zur Agenda dieser Sitzung zählten die Vorstellung der Mitglieder und deren Ressortvorhaben, das Jubiläum „25 Jahre Bundes-Gleichbehandlungsgesetz“ sowie Aktuelles aus dem Gleichbehandlungsbericht des Bundes. Die Bundesministerin präsentierte den Mitgliedern ihre Schwerpunktthemen.

Lohngerechtigkeit und Einkommenstransparenz

Es sei besonders wichtig, die geschlechtsspezifische Lohnschere zu schließen, da sich Einkommensunterschiede nicht nur auf die aktuellen Lebenssituationen von Frauen, sondern auch auf die späteren Pensionszahlungen niederschlagen. Im heurigen Jahr ist bereits der sechste Einkommensbericht des Bundes erschienen. „Es freut mich ganz besonders, daß der Unterschied bei den Einkommen von Frauen und Männern im Jahr 2017 auf dem historisch niedrigsten Wert von 11 Prozent liegt.“ Jetzt gelte es, sich nicht zurückzulehnen und zufrieden zu sein, sondern hier anzuknüpfen und weiterzuarbeiten, betonte Bogner-Strauß.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein weiterer Fokus der Frauen- und Familienministerin liegt auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese sei nicht nur ein gesellschaftspolitisches, sondern auch ein wirtschaftspolitisches Ziel. „Der Bundesdienst ist im Bereich der familienfreundlichen Maßnahmen ein Vorreiter – nicht nur bezüglich verschiedener Arbeitszeitmodelle, sondern auch bei der Wiedereingliederung nach der Karenz“, erklärte Juliane Bogner-Strauß. Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen müsse daher vorangetrieben werden, um die Berufsfähigkeit der Frauen zu erleichtern und die Arbeitsbedingungen familienfreundlich zu gestalten. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>

Pflegeregreß: Zugriff auf Vermögen ist nach dem 1. Jänner 2018 »jedenfalls unzulässig«

Der Verfassungsgerichtshof hat in einer Entscheidung am 10. Oktober 2018 eine generelle Klarstellung zum Verbot des Pflegeregresses bei Unterbringung in stationären Einrichtungen getroffen, die für alle Bundesländer gilt: Ein Zugriff auf das Vermögen von Betroffenen, deren Angehörigen, deren Erben oder von Beschenkten ist „jedenfalls unzulässig“, und zwar auch dann, wenn ein derartiger Zugriff vor dem 1. Jänner 2018 bereits rechtskräftig entschieden war.

Der VfGH hatte die Beschwerde eines Mannes zu behandeln, der nach einer Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts

Salzburg vom 7. Dezember 2017 einen Beitrag zur Pflege in einer stationären Einrichtung leisten sollte. Der Antragsteller hatte die Beschwerde auf das zu diesem Zeitpunkt bereits vom Nationalrat beschlossene, aber noch nicht in Kraft getretene Verbot des Pflegeregresses (§ 330a ASVG) gestützt.

Der Gerichtshof hat die Behandlung dieser Beschwerde am 10. Oktober 2018 abgelehnt: Zum Zeitpunkt des Beschlusses des Landesverwaltungsgerichts war das Verbot des Pflegeregresses noch nicht in Kraft und daher nicht anzuwenden.

Gleichzeitig haben die RichterInnen aber

eine Klarstellung getroffen, wie das Verbot des Pflegeregresses im Zusammenhang mit laufenden Verfahren anzuwenden ist. Wörtlich heißt es in der Entscheidung: „Dessen ungeachtet ist gemäß § 330a ASVG ein Zugriff auf das Vermögen von in stationären Pflegeeinrichtungen aufgenommenen Personen, deren Angehörigen, Erben/Erbinen und Geschenknnehmer/innen im Rahmen der Sozialhilfe zur Abdeckung der Pflegekosten – selbst bei Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung, die vor 1. Jänner 2018 ergangen ist – jedenfalls unzulässig.“ ■

<https://www.vfgh.gv.at>

Präsentation anläßlich des Vorsitzes im Bundesrat

Burgenland-Abend in der Bundeshauptstadt im Zeichen des Miteinanders



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bei der abendlichen Präsentation des Burgenlands in der Wiener Hofburg (v.l.): Landesrat Nibert Darabos, Mattersburgs Bürgermeisterin Ingrid Salamon, Landesrätin Vera Dunst, Landtagspräsident Christian Illedits, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Astrid Eisenkopf, Landesrat Alexander Petschnig und Klubobmann Géza Molnár

Per 1. Juli 2018 wechselte der Ländervorsitz von Wien an das Burgenland. Das Land Burgenland übernahm damit turnusmäßig aber auch den Vorsitz im Bundesrat. Aus Anlaß dieses Vorsitzes im Bundesrat fand nun am 10. Oktober 2018 auf Einladung von Landeshauptmann Hans Niessl und Bundesrats-Präsidentin Inge Posch-Gruska ein „Burgenland-Abend“ in der Hofburg in Wien statt, wo sich das Burgenland vor zahlreichen Fest- und Ehrengästen auch kulturell, touristisch und kulinarisch von seiner besten Seite präsentierte. Musikalisch umrahmt wurde der Burgenland-Abend von der Militär- bzw. Polizeimusik Burgenland sowie von Paul Gulda und Ferry Janoska.

„Im Rahmen einer außerordentlichen Landeshauptleutekonferenz und eines Festaktes aus Anlaß ‚100 Jahre Republik Österreich‘ (siehe Seite 64, Anm.) haben wir eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, wo wir deutlich gemacht haben, welchen Stellenwert die Bundesländer für die Gründung und für die erfolgreiche Entwicklung der Republik bzw. welchen Stellenwert die Länder in Österreich und auch in Europa haben. Das Jubiläum ‚100 Jahre Österreich‘ gibt aber

auch Anlaß, auf die besondere Geschichte des Burgenlandes zu verweisen. Die Lage im Schatten des ‚Eisernen Vorhangs‘, an einer toten Grenze, machte es für das Burgenland sehr schwierig, sich gut zu entwickeln. Umso beeindruckender ist der Weg, umso beeindruckender ist – auch mit Unterstützung von Förderungen der Europäischen Union – ist der Aufstieg des Burgenlandes zu einer modernen Region im Herzen Europas, zu einer Region mit wirtschaftlicher Dynamik, mit angewandter Forschung, Innovation und mit höchster Lebensqualität. Untermauert wird dieser Aufstieg des Burgenlandes durch eine aktuelle Sonderauswertung der OECD zu Österreich, derzufolge das Burgenland das BIP zwischen 2000 und 2016 um 20 Prozent steigern konnte. Das Burgenland steht aber auch für Zusammenhalt und ein Miteinander. Genau dieses Miteinander ist eine Stärke des Landes, denn dieser besondere Zusammenhalt hat es ermöglicht, daß sich das Burgenland – trotz schwieriger Bedingungen – so gut entwickeln konnte“, betonte der Landeshauptmann in seiner Festrede.

Aus dem Schlußlicht von einst wurde eine Modellregion – besonders in den Berei-

chen Bildung, Erneuerbare Energie, in kultureller Hinsicht und auch als soziales Bundesland.

Dazu Inge Posch-Gruska, seit Mitte 2010 Mitglied des Bundesrates und seit 1. Juli 2018 Präsidentin der Länderkammer des Parlaments: „Das Burgenland macht das aus, wie und in welcher Vielfalt wir zusammenleben. Es sind nämlich die Menschen, die unser Burgenland prägen. Mein Ziel ist es, daß im Bundesrat – vor allem bei meinen Schwerpunktthemen Demokratie, Kinderrechte und Soziales – über Parteigrenzen hinweg sachlich, partnerschaftlich und im Geiste großer Gemeinsamkeit Positionen und Lösungen erarbeitet werden, die im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sind. Ich werde deshalb dieses halbe Jahr als Präsidentin des Bundesrates intensiv nutzen, um die dementsprechenden Themen und Projekte, die unsere Kinder und Jugendlichen betreffen, auch österreichweit und auf kommunaler Ebene, zu forcieren und zur Umsetzung zu bringen. Ich bin überzeugt davon, daß hier die Länderkammer auch in den nächsten Monaten als Motor dieser bürgernahen Politik sehr viel Positives für die Menschen bewegen kann.“ ■

Weichenstellung für ein starkes und modernes Burgenland

EU-Regionalförderungen, der Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz, Bildung & Forschung, Öffentlicher Verkehr, Sicherheit und Finanzen als Schwerpunkte der Herbstklausur der Burgenländischen Landesregierung.



Foto: Bgld. Landesmedienervice

Präsentierten die Ergebnisse der Klausurtagung der Burgenländischen Landesregierung (v.l.): Landesrat Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann Stellvertreter Johann Tschürtz

Gemeinsam für ein starkes, modernes und zukunftsorientiertes Burgenland – unter dieser Devise trafen die Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung am 29. Oktober in Eisenstadt zu ihrer Herbstklausur zusammen. Schwerpunkte waren die Themen EU-Regionalförderung, der Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz, Bildung & Forschung, Öffentlicher Verkehr, Sicherheit und Finanzen. „Wir haben heute viele Vorhaben, die für die Zukunft des Burgenlandes wichtig sind, sachlich und ergebnisorientiert beraten. Jedes Regierungsmitglied hat ein umfassendes und äußerst intensives Arbeitsprogramm für die kommenden Monate präsentiert. Wir wollen mit diesem Arbeitsprogramm das Burgenland in vielen Bereichen noch weiter verbessern, weiter auf der Erfolgsspur halten und sind bemüht, weiterhin gute Rahmenbedingungen für eine weiterhin erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, für neue Arbeitsplätze im Burgenland zu schaffen, um unser Ziel von 110.000 Beschäftigten in den Sommermonaten 2019 auch zu

verwirklichen. Die finanzielle Basis für die Realisierung all dieser Vorhaben wird mit dem Budget für das Jahr 2019 gelegt“, so Landeshauptmann Hans Niessl, der im Anschluß an diese Klausurtagung gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz und Landesrat Hans Peter Doskozil die Ergebnisse präsentierte.

Bildung & Forschung

Das Burgenland ist heute in vielen Bereichen das Bildungsland Nummer 1 und in allen relevanten Bildungsparametern im österreichweiten Spitzenfeld präsent. „Aber, wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden, denn wir müssen sicherstellen, daß die Kinder auch künftig die beste Betreuung, die beste Bildung bekommen – mit dem flexiblen Mitteleinsatz für Verbesserungen in der Kinderbetreuung, mit der sprachlichen Frühförderung, mit dem Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige“, so Niessl. Wichtige Themen für die Bildung im Burgenland sind aber auch Technik und Digita-

lisierung. Das Burgenland hat sich zum Ziel gesetzt, daß der Mädchenanteil an den HTLs gesteigert wird. Hier gibt es die Maßnahme „FiT – Frauen in Handwerk & Technik“. Es werden in diesem Schuljahr auch neue Ausbildungsschwerpunkte angeboten. Ein Ziel ist es, daß ab dem Schuljahr 2019/2020 an der HTL Pinkafeld als neuen Schwerpunkt Stahlbautechnik angeboten wird.

Bezüglich der Fachhochschulen ist es dem Burgenland in Gesprächen mit dem zuständigen Bundesminister erfolgreich gelungen, auf eine gewisse Planungssicherheit für neue Studiengänge und für die Finanzierung der Fachhochschulen Burgenland zu verweisen.

In Richtung der Pädagogischen Hochschule gibt es Überlegungen, diese durch Kooperationen mit Einrichtungen im Land noch mehr zu attraktivieren, um eine noch qualitätsorientiertere Ausbildung der PädagogInnen zu erreichen. Im Bereich der Forschung Burgenland GmbH sind Gebäude-technik, erneuerbare Energien, Cybersecurity

und Gesundheitsmanagement als Tätigkeitsfelder zu nennen. Insgesamt gibt es 52 laufenden Forschungsprojekte mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 8,4 Millionen Euro. Erst kürzlich sei, so der Landeshauptmann, in Pinkafeld durch die Beteiligung des Landes am Joanneum Research eine neue Forschungseinrichtung mit dem Schwerpunkt Optoelektronik eröffnet worden. Das sei ein Meilenstein im Bereich der angewandten Forschung im Burgenland, für die Industriebetriebe, für deren MitarbeiterInnen, für den Exportanteil, für das Anheben der Forschungsquote Burgenland.

Vorsitz Landeshauptleutekonferenz/ EU-Regionalförderungen

Die ordentliche Landeshauptleutekonferenz wird am 23. November in Stegersbach stattfinden. Landeshauptmann Hans Niessl hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz dazu auch den für Finanzen zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger sowie den Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambert, eingeladen. „Dabei geht es um eine ganz wichtige Frage für die Zukunft des Burgenlandes, denn gerade für das Burgenland, das sich in einer exponierten Lage befindet und als Grenzregion in einem besonderen Wettbewerb mit drei neuen EU-Mitgliedsstaaten steht, ist es entscheidend, daß es auch nach 2020 die bestmöglichen Förderungen bekommt. Wir haben dafür schon wichtige Weichenstellungen vorgenommen, aber damit wir auch weiterhin erfolgreich sein können, brauchen wir die besten Rahmenbedingungen, zu denen auch eine optimale Förderkulisse mit dem Status als Übergangsregion zählt“, betonte der Landeshauptmann.

Öffentlicher Verkehr

Der Öffentliche Verkehr ist ein Bereich, der für die BurgenländerInnen, vor allem für die PendlerInnen, von ganz großer Bedeutung ist. Das Land Burgenland unternimmt hier – auch finanziell – enorme Anstrengungen. Erkennbar ist das auch daran, daß das Burgenland die Gelder für die Verbesserungen im Öffentlichen Verkehr seit 2010 um 50 Prozent gesteigert hat. Heuer stehen dafür rund 21 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesen Geldern werden die burgenländischen PendlerInnen, zum Beispiel durch die Stützung von Zeitfahrkarten oder durch das TOP-Jugendticket, entlastet. Ziel ist es, daß es in Zukunft noch mehr bedarfsorientierte Busse, noch mehr bedarfsorientierte Züge gibt, und dort, wo Bedarf besteht, dieses An-

gebot noch zu verdichten, um so den Öffentlichen Verkehr noch weiter zu attraktivieren.

Sicherheit

Im Bereich der Sicherheit stehen für Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz in den kommenden Monaten die Finalisierung der Gesetzesnovellen zum Landessicherheits- bzw. zum Landesfeuerwehrgesetz, die Initiative „Sicherheitspartner“, wo nunmehr auch der Bezirk Jennersdorf dabei ist, das „Leuchtturmprojekt“ der burgenländischen Feuerwehren, das Rettungswesen, wo für die Rettungsorganisationen nunmehr insgesamt vier zusätzliche Rettungsfahrzeuge zur Verfügung stehen, sowie ein Pilotprojekt zum Thema „Cellbroadcast“ im Vordergrund. „Hier ist bei allen Themen ein lösungsorientiertes Zusammenwirken innerhalb der Regierungsmitglieder hervorzuheben, was wirklich einzigartig ist. Es sind aber auch in der Vergangenheit bereits viele Projekte und Initiativen, und zwar in jedem Bereich, erfolgreich realisiert worden, die uns zum ‚Umsetzungsstaatsmeister‘ Österreichs machen“, so Tschürtz.

Finanzen/Neubau KH Oberwart

Beim Landesvoranschlag für das Jahr 2019 stehen Ausgaben von rund 1.160.000.000 Euro Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Etwa 40 Prozent davon sind für Gesundheit, Pflege und Soziales vorgesehen. „Es gibt sehr viele Projekte und sehr viele Initiativen, die es in den verschiedensten Bereichen umzusetzen und deshalb dementsprechend auch zu finanzieren gilt. Die Voraussetzung dafür

sind allerdings stabile Finanzen. Wir sind bei der Erarbeitung des LVA 2019 davon abgegangen, wie in der Vergangenheit gehandelt, von aktuellen Wirtschaftsprognosen auszugehen. Für uns ist jetzt der mehrjährige Budgetplan und dem zugrundeliegend eine zu verfolgende Budgetdisziplin wesentlich. Wir haben uns durch diese neuen Mechanismen aber auch einen dementsprechenden Spielraum von bis zu rund sieben Millionen Euro erarbeitet, um dementsprechend auf aktuelle Wirtschaftsprognosen reagieren zu können.

Der Beschluß für den Landesvoranschlag 2019 ist für die Regierungssitzung am 6. November, die Budgetrede im Landtag für den 15. November und der Landtagsbeschluß im Rahmen der Budgetdebatte für den 13. Dezember 2018 geplant.

Für den Neubau des Krankenhauses Oberwart kündigte Landesrat Doskozil an, daß der Finanzierungsplan Ende 2019 auf den Tisch gelegt wird und die Kosten nicht überschritten werden. „Im Detail sind wir bei den Vorarbeiten für die Realisierung des A.ö. Krankenhauses Oberwart voll im Zeitplan. So wollen wir 2019 für die Fertigstellung der Einreichpläne, für die Finalisierung der Behördenverfahren und für die Organisation der Ausschreibungssituation nutzen. Wenn es im Ausschreibungsverfahren keine Einsprüche oder sonstige Verzögerungen gibt, kann mit dem Spitalbau 2020 begonnen, dieser im Jahr 2023 finalisiert und der tatsächliche Betrieb nach einer einjährigen Übersiedlungs- und Probephase 2024 aufgenommen werden.“ ■

Gerichtbarkeit im Zeichen der Bürgernähe

In Neusiedl am See wurde am 19. Oktober im Beisein von Justizminister Josef Moser, Landeshauptmann Hans Niessl, Gerhard Jelinek, Präsident des Oberlandesgerichts Wien, Reinhold Hodina, stv. Vorsteher des Bezirksgerichts, 2. Landtagspräsident Rudolf Strommer, Bürgermeisterin Elisabeth Böhm, Vizebürgermeister Thomas Halbritter und zahlreichen Ehrengästen das generalsanierte und erweiterte Bezirksgericht offiziell feierlich eröffnet. 2,1 Mio. Euro wurden investiert, die Arbeiten dauerten rund 15 Monate.

„Es war eine ganz wichtige Entscheidung, in dem am stärksten wachsenden Bezirk des Burgenlandes das Bezirksgericht nicht nur weiter bestehen zu lassen, sondern dieses

auch auszubauen“, sagte Landeshauptmann Hans Niessl.

„Die Bezirksgerichte sind die Gesichter und erste Ansprechpartner der Justiz“, betonte Justizminister Josef Moser. „Das neue Gebäude bringt das zum Ausdruck, was die Justiz auch verkörpert: Transparenz und Bürgernähe, und es bietet beste Voraussetzungen für effizientes Arbeiten, wie es die Bevölkerung auch erwartet. Den Service für die Bürgerinnen und Bürger weiter auszubauen, das ist auch der Weg, den wir gehen wollen.“

Derzeit sind im Bezirksgericht Neusiedl am See zwei Richterinnen, zwei Richter und 20 weitere Mitarbeiter beschäftigt. ■

<https://www.justiz.gv.at/web2013/bg-neusiedl-am-see/bezirksgerichte-neusiedl-am-see-3494405350649413672e7f1c1156.de.html>

Ideen und Anliegen im politischen Prozeß diskutiert

8. Burgenländischer Jugendlandtag als Plattform der politischen Mitbestimmung



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landtagspräsident Christian Illedits mit TeilnehmerInnen jeder Fraktion am 8. Burgenländischen Jugendlandtag in Eisenstadt

Jugendlichen des Burgenlandes wurde am 25. Oktober beim insgesamt bereits 8. Jugendlandtag, der im Landhaus in Eisenstadt abgehalten und wie die regulären Sitzungen des Landesparlaments per Livestream im Internet mitverfolgt werden konnte, eine Plattform der politischen Mitbestimmung geboten. „Der Jugendlandtag, mittlerweile ein fester Bestandteil unserer Landtagsarbeit, ist mir ein besonderes Anliegen, denn wie ich schon im Vorfeld dieser Sitzung wiederholt betont habe, lasse ich den Vorwurf, die Jugend sei politikverdrossen, nicht gelten. Unserer Erfahrung nach, hat die Jugend Interesse an der Politik. Daher ist es wichtig, sie wie beim heutigen Jugendlandtag, stärker in die Politik einzubinden und ihr die Möglichkeit zu bieten, von der passiven in die aktive Rolle zu kommen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Arbeit des Jugendlandtages besonders konstruktiv sein kann, denn diese Jugendlandtage haben einige erfolgreiche Initiativen, wie beispielsweise den Discobus, die Starterwohnungen, die Lehre mit Matura oder das geförderte Semesterticket für burgenländische Studierende in Wien hervorgebracht, die heute noch Bestand haben“, so Landtagspräsident Christian Illedits, der auch ankündigte, am 23. November 2018 Arbeitsgespräche über die weitere Implementierung jugendrelevanter Themenkomplexe bzw. die hinkünftige Ausrichtung des Jugendlandtages zu führen.

In der Fragestunde wurden die Mitglieder

der Burgenländischen Landesregierung von den TeilnehmerInnen des Jugendlandtages mit Anfragen zur Förderung von Jugendstarterwohnungen, zur rückläufigen Entwicklung der Zahl burgenländischer ZivildienstlerInnen, zur Förderung junger burgenländischer KünstlerInnen, zur Initiative einer Förderung biologischer und regionaler landwirtschaftlicher Produkte, zur Jugendarbeitslosigkeit, zur Unterstützung von Start Ups und Jung-UnternehmerInnen und zur Forcierung von Frauenthemen konfrontiert. In weiteren Tagesordnungspunkten standen die Themenbereiche Arbeit, Mobilität, Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland sowie die Förderung von Menschen mit Behinderung und der Ausbau der Pflege zur Diskussion.

Der Jugendlandtag existiert im Burgenland bereits seit 2007, fand heuer bereits insgesamt zum 8. und in der aktuellen XXI. Gesetzgebungsperiode zum 2. Mal statt. Die Landtagsdirektion Burgenland ist die einzige in Österreich, die einen Jugendlandtag analog zu den regulären Sitzungen organisiert. Mit der Beteiligung von Schülern, Studenten und Lehrlingen garantiert der Jugendlandtag in dieser Form eine breite Diskussion mit vielfältigen Sichtweisen.

So, wie in den letzten Jahren auch, richtete sich die Zusammensetzung des Jugendlandtages nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahl. Dabei hatten die Fraktionen die Möglichkeit, die Jugendlichen aus ver-

schiedenen Organisationen zu entsenden oder selbst freie Mandate zu vergeben. Da sich der Landtag aus 36 Abgeordneten zusammensetzt, durften auch 36 Jugendliche am Jugendlandtag teilnehmen. Die Aufteilung lautet in Analogie zu den Ergebnissen der letzten Landtagswahl SPÖ 15 Sitze, ÖVP 11 Sitze, FPÖ 6 Sitze, Grüne 2 Sitze und LBL 2 Sitze.

Der Ablauf des Jugendlandtages wurde im Organ der Präsidialkonferenz einhellig festgelegt. Der Startschuß fiel am 13. Oktober 2018 mit einem Vorbereitungsseminar. Das Seminar war in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wurde die Fragestunde vorbereitet. Durch Losziehung wurden sieben Gruppen bestimmt. Diese konnten sich ganz unterschiedlich zusammensetzen. Jede Gruppe erarbeitete gemeinsam eine Frage, die dann im Jugendlandtag an ein Regierungsmitglied gestellt wurde. Im zweiten Teil wurden vier Gruppen gebildet. Jede Gruppe erarbeitete zu einem bestimmten Thema einen Antrag. In diesem Antrag galt es, eine Problemstellung zu erkennen und dann entsprechende Forderungen zu formulieren. Diese Anträge wurden dann im Plenum debattiert und abschließend behandelt – das heißt, angenommen oder abgelehnt. Im Anschluß an den Jugendlandtag wurde ein Bericht über die Anträge formuliert. Dieser läuft in die nächste reguläre Landtagssitzung am 15. November 2018 ein, wird dann diskutiert und zur Kenntnis genommen. ■

Raaberbahn digital

Digitale Betriebsfernsteueranlage am Bahnhof Wulkaprodersdorf und digitale Stellwerksanlagen steigern Verkehrssicherheit und Pünktlichkeit der Züge weiter

Mit der neuen digitalen Betriebsfernsteuerleitzentrale am Bahnhof Wulkaprodersdorf wurde am 1. Oktober eines der größten Investitionsprojekte der Raaberbahn AG im Bereich der Digitalisierung und Sicherheit durch Bundesminister Norbert Hofer, Landeshauptmann Hans Niessl und Hana Dellemann, Vize-Generaldirektorin der ungarisch-österreichischen Raab-Oedenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG, feierlich in Betrieb genommen. Die Sicherungsanlagen auf der 26 Kilometer langen österreichischen Strecke wurden mit einer Investitionssumme von 9,8 Millionen Euro umgebaut und auf automatisierte Steuerung umgestellt. Die neue digitale Betriebsfernsteueranlage ermöglicht nicht nur die Fernsteuerung der Raaberbahn-Strecke, sondern auch die der Neusiedler Seebahn.

Im Rahmen des Projektes wurden die Betriebsfernsteuerzentrale am Bahnhof Wulkaprodersdorf errichtet sowie alle Stellwerke an den Bahnhöfen mit einer modernen Stellwerktechnik ausgerüstet. Die Steuerung und Automatisierung des Systems erfolgt über ein modernes Managementsystem für integrierte Netz- und Verkehrsleitzentralen; es unterstützt auch die Pünktlichkeit der Züge auf dem gesamten Streckennetz. Die Stellwerke an den Bahnhöfen sind an eine unterbrechungsfreie Stromversorgung angeschlossen, um eine dauerhafte Verfügbarkeit zu garantieren. Auch die rechnergesteuerten Sicherungsanlagen an den Eisenbahnkreuzungen werden per Fernüberwachung bedient.

Niessl und Hofer betonten, daß alle Anstrengungen und Investitionen, die es in den öffentlichen Verkehr gibt, auch Wirkung zeigen. „Das sehen wir an der Entwicklung der Fahrgastzahlen. Raaberbahn und Neusiedler Seebahn haben seit 2012 ein Plus mehr als 15 Prozent bei den Fahrgästen erzielt. Die Investition in die Digitalisierung ist eine ganz wichtige Investition in die Sicherheit der Fahrgäste, der Pendlerinnen und Pendler. Das ist eine weitere Investition in die Zukunft der Raaberbahn“, so der Landeshauptmann. Diesen Weg müsse man auch in Zukunft fortsetzen, so Niessl. Allein 2018 nehme das Burgenland rund 21 Millionen Euro zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in die Hand. „Investitionen in Technik und



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: LH Hans Niessl, BM Norbert Hofer, Vize-GD Hana Dellemann, Burgenlands Landtagspräsident Christian Illiedits und Klubobmann Géza Molnár bei der feierlichen Inbetriebnahme



Foto: Raaberbahn / Werner Wild

LH Hans Niessl, BM Norbert Hofer und Vize-GD Hana Dellemann im Ventus-Führerhaus

Infrastruktur sind wichtig. Wichtig ist es aber auch, daß in die Mitarbeiter investiert wird. Bei der Raaberbahn ist das der Fall. Im September 2017 wurde mit der Ausbildung von Lokführern begonnen, jetzt im September ist ein weiterer Kurs gestartet. Zusätzlich bildet die Raaberbahn auch Lehrlinge aus“, so Niessl. Die Raaberbahn beschäftigt rund 170 Mitarbeiter in Österreich.

Die Investition sei „die Umsetzung eines technischen Meilensteines“, so Dellemann. Die Vorteile der neuen Technik lägen auf der Hand: „Die Abwicklung von Zugkreuzungen

ist automatisiert möglich. Durch die moderne digitale Anlage wird das ohnehin schon hohe Maß an Sicherheit und Pünktlichkeit der Züge weiter gesteigert.“ Auch die Technik bei der Kommunikation habe man im Rahmen der Investition von analogem auf digitalen GSM-R Zugfunk umgestellt, so Dellemann. Für die Datenübertragung zwischen den Bahnhöfen und den Eisenbahnkreuzungsanlagen werden moderne Lichtwellenleiter eingesetzt. ■

<https://www.raaberbahn.at>

<http://www.neusiedlerseebahn.at>

Rekordinvestitionen in Öffis

Das Land Burgenland hat Ausgaben für den Öffentlichen Verkehr seit 2010 um 50 Prozent auf rund 21 Millionen gesteigert.

Das Land Burgenland investiert so viel Geld wie noch nie in das Angebot und in Verbesserungen im Öffentlichen Verkehr“, so Landeshauptmann Hans Niessl am 16. Oktober. In Summe gebe das Land heuer mehr als 21 Millionen Euro für diesen Bereich aus, was einer Steigerung von 50 % im Vergleich zum Jahr 2010 gleichkommt. „Wir wollen damit die Pendlerinnen und Pendler entlasten und ein möglichst attraktives Angebot schaffen. Das gilt ganz besonders auch für den Süden des Landes“, betont Niessl.

»Erfolgsgeschichte« G1

Als Beispiel dafür und als „Erfolgsgeschichte“ nennt er die Buslinie G1, die heute als Busverbindung von Güssing über Oberwart nach Wien zu den attraktivsten Regionalbuslinien Österreichs zähle. Ziel sei es, Tages- und WochenpendlerInnen aus dem Südburgenland ein optimales Angebot für den Weg zu ihrer Arbeitsstätte in Wien anzubieten. Niessl: „Die aktuellen Fahrgastzahlen zeigen, daß dieses Angebot auch sehr gut angenommen wird.“ So sei die Zahl der G1-Fahrgäste von 315.144 im Jahr 2004 auf 463.769 im Jahr 2017 gestiegen – ein Plus von 47 % (siehe Grafik). Mehr als 1.300 Fahrgäste täglich seien „ein Beweis für ein hochstehendes Angebot, das ohne Mitfinanzierung des Landes in dieser Form nicht möglich wäre“. Das Land wendet jährlich über 2,5 Millionen Euro alleine für die Tarifstützung des G1-Busverkehrs aus dem Südburgenland nach Wien auf. Die Fahrgäste würden damit 50 % der tatsächlichen Kosten selbst tragen – die anderen 50 % finanziere die öffentliche Hand. Seit dem Jahr 2015 sei das Angebot um die Aktion „Pendlermehrfahrtenkarten“ ergänzt worden – südburgenländische Fahrgäste erhalten damit ein um 33% vergünstigtes Tarifangebot. Bisher seien rund 1.000 davon verkauft worden.

Sammeltaxi Bezirk Jennersdorf – Anbindung nach Güssing geplant

Als weiteres erfolgreiches Projekt, das ebenfalls seitens des Landes unterstützt werde, nennt Niessl das flächendeckende Sammeltaxi im Bezirk Jennersdorf. Das Land Burgenland trage einen Finanzierungsteil in der Höhe von 50.000 Euro pro Jahr. Auf-



grund des Erfolges dieses Projektes sei eine zusätzliche Anbindung nach Güssing geplant.

Bahnstrecke Oberwart-Friedberg

Das Land Burgenland sei bereit gewesen, die Strecke anzukaufen, damit der Güterverkehr auf dieser Strecke weiter aufrechterhalten werden kann. In den letzten Wochen habe es allerdings einen Strategiewechsel des BMVIT dahingehend gegeben, so daß der Ankauf durch das Land Burgenland nicht notwendig ist und der Güterverkehr trotzdem aufrecht bleibt. Es werden in Zukunft Gespräche mit dem BMVIT geführt, inwieweit notwendige Verbesserungsarbeiten bzw. Modernisierungsarbeiten auf der Strecke durchgeführt werden müssen, um die Sicherheit und die Geschwindigkeit entsprechend erhöhen zu können. Weiters laufen derzeit die Planungen zwischen der ÖBB Infrastruktur AG, der Rail Cargo Austria AG und der Straßenbauabteilung des Landes Burgenland darüber, wohin der Holzverladeplatz in Oberwart verlegt werden soll.

Verkehrsdienstevertrag

Der Verkehrsdienstevertrag des Landes Burgenland mit den ÖBB, womit über das vom Bund bestellte Grundangebot hinausgehende Eisenbahnverkehre bestellt werden,

läuft 2020 aus. Daher laufen derzeit dazu Gespräche zwischen den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland und dem BMVIT. Die Verkehre im Burgenland werden derzeit zu 80 % vom Bund und zu 20 % vom Land finanziert.

Neuvergabe der Busverkehre – Pendlerbefragung

In den Bezirken Mattersburg und Oberpullendorf erfolgt im Jahr 2019 die Neuvergabe der Busverkehre – die aktuellen Linienführungen und Fahrpläne wurden dafür bereits vom Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) evaluiert. Jährlich werden derzeit rund 12,5 Mio. Euro für die Busverkehre in diesen beiden Bezirken verwendet.

Niessl: „Bei der Neuvergabe sollen die Anregungen und Wünsche der Pendlerinnen und Pendler berücksichtigt werden. Daher wurde heuer eine Pendlerbefragung in diesen beiden Bezirken durchgeführt.“ Auch in den südlichen Bezirken werde es eine Pendlerbefragung geben. ■

Für den Erhalt des Schilfgürtels

Land Burgenland, WWF, BirdLife und Esterhazy-Betriebe suchen gemeinsam mit Schilfschneidern naturschonende Erntemethoden in Zeiten des Klimawandels.

Der Klimawandel stellt die bisherigen Methoden der Schilf-Ernte am Neusiedler See vor Probleme. Die immer öfter fehlende Eisdecke zwingt die Schilfschneider dazu, mit ihren schweren Erntemaschinen im Wasser zu fahren. Dies kann zu einer immer weiter fortschreitenden Schädigung des sensiblen Schilfgürtels und seiner reichen Vogelwelt führen. Am 1. Oktober stellte Burgenlands Naturschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf ein neues EU-Projekt vor, das hierfür – unter aktiver Mitwirkung aller Betroffenen – Abhilfe schaffen soll. Mit dem Vorhaben „Entwicklung nachhaltiger Schilferntemethoden und Monitoring – Schilfgürtel Neusiedler See“ soll sowohl die Zukunft der Schilfwirtschaft als auch die Qualität dieses europaweit einzigartigen Naturjuwels gesichert werden.

„Der Schilfgürtel des Neusiedler Sees beherbergt eine unvergleichliche Vogelwelt, die Besucher aus ganz Europa anzieht. Gleichzeitig ist der Schilfgürtel auch für die Regionalwirtschaft und den traditionellen Erwerbszweig der Schilfernte von großer Bedeutung. Wir haben deshalb im Rahmen des Programms Ländliche Entwicklung ein Projekt im Umfang von 300.000 Euro gestartet, um nachhaltige Lösungen im Interesse aller Beteiligten sicherzustellen. Damit werden wir auch unseren Verpflichtungen zum Erhalt des europäischen Naturerbes gerecht“, erklärte Eisenkopf.

Das Westufer des Neusiedler Sees beherbergt die bedeutendsten Schilfbestände außerhalb des Nationalpark-Gebiets. Schilf wird hier traditionell im Winter geerntet, was für die Natur bislang unproblematisch war. Im letzten Jahrzehnt hat der Klimawandel aber dazu geführt, daß eine tragfähige Eisdecke auf dem See immer öfter ausbleibt. Die schweren Erntemaschinen müssen nun im Wasser operieren. Das kann zu Schäden an den Schilfwurzeln, zur Ausdünnung und letztendlich auch zum Absterben großer Schilfbestände führen. „Weil sich das Schilf nicht mehr erholt, gehen wertvolle Lebensräume für Schilfvögel und Amphibien unwiederbringlich verloren“, erklärt Bernhard Kohler vom WWF Österreich, der das Projekt koordiniert. „Es braucht schonendere Erntemethoden, die in enger Zusammenar-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Schilfschneider Markus Brunner, Bernhard Kohler (WWF Österreich), Naturschutzlandesrätin Astrid Eisenkopf, Ornithologe Erwin Nemeth und Direktor Matthias Grün (Esterhazy)

beit mit den Schilfschneidern gefunden werden müssen“, bekräftigt Kohler. Zwei Tage darauf fand dazu in Oggau bereits der erste von insgesamt drei Workshops mit Schilfschneidern und Grundbesitzern statt.

Auch bei BirdLife macht man sich Sorgen um die Zukunft der international herausragenden Schilfvogel-Vorkommen des Neusiedler Sees. „Im Schilfgürtel brüten beispielsweise bis zu 60.000 Brutpaare des Teichrohrsängers. Es handelt sich dabei um eines der wichtigsten Einzelvorkommen dieser Vogelart in Europa. Ist das Schilf geschädigt, dann wird die Halmdichte für diese Art zu gering, und sie findet keine geeigneten Nistplätze mehr“, erläutert der Ornithologe Erwin Nemeth. Für die Vogelschutzorganisation BirdLife Österreich entwickelt er im Rahmen des Projekts ein Programm zur Erhebung der Schilfvogel-Bestände und zur Dokumentation des Schilfzustandes.

Von Grundbesitzerseite herrscht ebenfalls großes Interesse an einer zukunftsfähigen Neugestaltung der Schilfwirtschaft. Direktor Matthias Grün von den Esterhazy-Betrieben erklärt: „Unsere Pächter leisten hervorragende Arbeit, die laufend evaluiert und jetzt noch weiter verbessert werden soll. Im Projekt soll gemeinsam herausgefunden werden, wie unter den veränderten Umständen Schilf möglichst schonend geerntet werden

kann. Als Grundbesitzer und Kooperationspartner ist es uns ein großes Anliegen, auf die Nachhaltigkeit unserer Landbewirtschaftung zu achten. Die Esterhazy-Betriebe verfügen über einen Flächenanteil von 7.500 Hektar am gesamten Schilfgürtel des Neusiedler Sees und sehen sich dementsprechend in der Verantwortung für die Zukunft des Gebiets.“

Schilfschneider Markus Brunner: „Die Schilfbauern haben sich schon bisher viele Gedanken über schonende und nachhaltige Ernteverfahren gemacht. Jeder hat seine eigenen Maschinen entwickelt und ist der Überzeugung, eine umweltverträgliche Methode gefunden zu haben. Ich hoffe auf eine offene und konstruktive Diskussion.“

Der Schilfgürtel des Neusiedler Sees ist mit seinen insgesamt etwa 18.000 Hektar (in Österreich und Ungarn) einer der größten in Europa. Er ist Teil des Natura 2000 Gebiets Neusiedler See-Seewinkel/Nordöstliches Leithagebirge. Deshalb gilt für ihn eine europarechtlich strenge Erhaltungsverpflichtung.

Das Projekt „Entwicklung nachhaltiger Schilferntemethoden und Monitoring – Schilfgürtel Neusiedler See“ wird vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, vom Land Burgenland und der Europäischen Union im Rahmen der „Ländlichen Entwicklung 2014-2020“ gefördert. ■

105 Jahre-Festmatinee

Die Burgenländer Landsmannschaft im Wiener Rathaus



Foto: Ingrid Holzer

Der Präsident der Burgenländer Landsmannschaft, Walter Alex, bei seinem Begrüßungsstatement im Wappensaal

Unter dem Ehrenschatz der Burgenländischen und der Wiener Landesregierung fand am 20. Oktober eine Festmatinee im bis auf den letzten Platz besetzten Wappensaal des Wiener Rathauses statt. Der Präsident der Burgenländischen Landsmannschaft, Walter Alex, freute sich sichtlich über die grandiose Teilnahme. Er nahm die Begrüßung der Ehrengäste, Vortragenden und Festgäste vor und führte anschließend durch das Festprogramm.

Nachdem sich der Präsident bei seinem Vorstand und allen Akteuren, die dieses Fest vorbereitet hatten, herzlich bedankte, kündigte er mehrere Ehrungen durch das Land Burgenland an, welche wegen eines Todesfalles in der Familie von Hofrat Johannes Pinczolics auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden mußte.

Der Generalsekretär des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften-PaN, Senator Walter J. Gerbautz, sprach als „Botschafter“ des Landes Burgenland zu den Festgästen und übermittelte eine Grußbotschaft von Landeshauptmann Hans Niessl. In seiner Ansprache spannte er den Bogen von der 70-Jahrfeier der Burgenländischen Landsmannschaft vor 35 Jahren und



Foto: Ingrid Holzer

Senator Walter J. Gerbautz, Generalsekretär des Dachverbandes aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften-PaN, bei seiner Festansprache – er hatte auch die Grußbotschaft von Landeshauptmann Hans Niessl für die zahlreich erschienen BurgenländerInnen mitgebracht.

zitierte aus den damaligen Festansprachen von Landeshauptmann Karl Stix, Landesrätin Christa Kramer, Walter Alex und des Historikers Jakob Perschy.

Auch die lange Liste jener Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, die an

den Martinifeiern der Burgenländer Landsmannschaft der Jahre 1958, 1964, 1970 und 1983 teilgenommen hatten, beeindruckte die Festgäste.

Natürlich wurde auch dem Gründervater der Burgenländer Landsmannschaft, Thomas

Foto: Ingrid Holzer



Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Festgäste das von der Burgenländer Landsmannschaft aufbereitete Festprogramm.

Polz aus Mönchhof, mit einer Gedenkminute die gebührende Ehre erwiesen.

Die Grußbotschaft von Landeshauptmann Hans Niessl ging vor allem auf die durch die Burgenländer Landsmannschaft bestärkte bis heute bestehende wichtige Verbindung zur Bundeshauptstadt Wien mit Dankesworten ein. In seiner Grußbotschaft wurde auch eine ganze Reihe von Repräsentanten der Burgenländer Landsmannschaft namentlich aufgezählt und mit Dankesworten bedacht.

Den Höhepunkt der Fest-Matinee bildete der Festvortrag von Jakob Perschy, der die Festgäste bis in das Jahr 1830 führte und mit spannenden Begebenheiten gewürzt und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen vor allem die Abstimmung von Ödenburg betreffend, die Zuhörer fesselte und abschließende Beifallsbezeugungen auslöste.

Mit den obligaten Dankesworten von Präsident Walter Alex leitete dieser zum Get together mit einem bemerkenswerten Buffett

und landsmannschaftlichem, geselligem Ausklang bis in den frühen Nachmittag.

Für die ausgezeichnete musikalische Umrahmung des Festes sorgte die „Joseph Haydn Brass“ unter der Leitung von Peter Bauer.

Der Ursprung des Vereines liegt in der Gründung des Vereines „Deutschtum in Ungarn“, der am 12. Feber 1907 vom K. u. K. Ministerium für Inneres gestattet wurde. ■

<http://www.burgenlaender-landsmannschaft.at>
<https://www.dachverband-pan.org>

Präsident des Lions Clubs Eisenstadt zu Besuch bei LH Niessl

Zum traditionellen jährlichen Besuch empfing Landeshauptmann Hans Niessl den Präsidenten des Lions Clubs Eisenstadt, Gerhard Jeidler, am 22. Oktober. Im Mittelpunkt des freundschaftlichen Gesprächs standen aktuelle Projekte und das 50 Jahr-Jubiläum des Lions Club Eisenstadt, das im kommenden Jahr gefeiert wird.

Seit dem Gründungsjahr 1969 wurden vom Club rund 490.000 Euro für karitative und kulturelle Zwecke gespendet.

„Ich möchte dem Lions Club Eisenstadt für sein großes Engagement und seine zahlreichen ehrenamtlichen Aktivitäten im Dienst der Allgemeinheit einen großen Dank aussprechen. Die Lions-Mitglieder leisten wertvolle Arbeit im Zeichen der Menschlichkeit und Solidarität und im Sinne der Völkerverständigung“, so Niessl.

Zu den Projekten, die 2018 und 2019 vom Lions Club Eisenstadt umgesetzt werden, zählen rasche, unbürokratische Hilfe für unverschuldet in Not geratene Menschen, das Projekt „Mein Körper gehört mir“ – interaktives Theater gegen den sexuellen Miß-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) mit Lions Club Eisenstadt-Präsident Gerhard Jeidler

brauch von Kindern, ein Friedensplakatwettbewerb in NMS und Gymnasium-Unterstufen u.a., sowie Advent im Turm am 15. Dezember und die Unterstützung von Waisenkindern in Illisua. Geplant sind weiters ein

Eisenstadtfest, Martini-, Weihnachts- und Flohmarkt-Verkaufsstände sowie ein Charity Event mit Bundesminister Hartwig Löger am 23. April 2019 .

<http://www.lionsclub-eisenstadt.at>

Modernisierungsschub für Destination Lutzmannsburg

Die burgenländischen Thermen sind eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Sie beleben die Regionen und sind Motor für den Ganzjahrestourismus. So auch die Sonnentherme und das Hotel Sonnenpark in Lutzmannsburg. Österreichs einzigartige Thermendestination für Familien, Babys und Kleinkinder soll nunmehr – bei laufendem Betrieb – mit einem geplanten Investitionsvolumen von 28 Mio. Euro in vier Phasen im Zeitraum 2019 bis 2023 attraktiviert, ausgebaut und für die Zukunft noch wettbewerbsfähiger auf dem Markt positioniert werden. Das gaben Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender Energie Burgenland in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Wirtschaft Burgenland GmbH (WiBuG), und Werner Cerutti, Geschäftsführer der Sonnentherme Lutzmannsburg und des Hotels Sonnenpark, am 1. Oktober bekannt.

Mit einem geplanten Baustart Anfang des Jahres 2019 sollen unter dem Aspekt der Risikominimierung die Phasen 1 und 2 mit 6,5 bzw. 3 Mio. Euro an Investitionen gleichzeitig realisiert werden. Im Hotel Sonnenpark sind dabei 9 neue Zimmereinheiten im 4. Stock, Adaptierungen im Restaurantbereich sowie eine Verbesserung der Digitalisierung der Gästeinformation geplant. In der Sonnentherme soll in die Erneuerung des Selbstbedienungs-Restaurants, in die Digitalisie-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Werner Cerutti, GF der Sonnentherme Lutzmannsburg und des Hotels Sonnenpark, Tourismuslandesrat Alexander Petschnig und Michael Gerbavits, Vorstandsvorsitzender WiBuG

rung insgesamt, in die Ausstattung einer Rutsche mit Virtual Reality-Brillen sowie in den Außenbereich investiert werden.

Phase 3 und 4 werden dann mit einem Kostenaufwand von 13 bzw. 5,5 Mio. Euro nach einer Überprüfung der vorgegebenen Etappenziele aus den Erstinvestitionen hinsichtlich Auslastung und Nachfrage sowie einer Analyse der Marktsituation umgesetzt werden. Im Hotelbereich steht dabei die Schaffung von 35 neue Hotelzimmern mit einem

eigenen Baukörper, im Thermenbereich die Installation eines komplett neuen Ruhe- raums im Mittelpunkt. Da aufgrund des Status eines Großbetriebes keine Fördermöglichkeit besteht, erfolgt die Finanzierung durch 80 Prozent aus Fremdkapital und zu 20 Prozent aus Eigenmitteln. Insgesamt sind in beiden Betrieben 220 MitarbeiterInnen beschäftigt. ■

<https://www.sonnentherme.at>

<https://www.sonnenpark.at>

Petschnig sehr erfreut über erfolgreiche Kellerstöckl-Aktion

Durch die Tourismusförderaktion von Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, die mit 1. April 2018 in Kraft trat und bis 31. Dezember 2018 gilt, gelingt einerseits die Reaktivierung brachliegender Kellerstöckl und andererseits eine ansehnliche Qualitätsverbesserung, die es möglich machen, die Kellerstöckl touristisch noch besser zu vermarkten als schon bislang.

Das Ergebnis bisher sind 35 neue Betten, acht neue touristisch genutzte Kellerstöckl, die nun großteils ganzjährig genutzt werden.

Gefördert werden sowohl die Neuausstattung von Kellerstöckln als auch die komplette Neueinrichtung von Sanitäräumen in den Kellergebäuden.

Neun Fälle mit einer Investitionssumme in Höhe von 140.338,15 Euro wurden bereits genehmigt, weitere sind in Bearbeitung.

„Ich freue mich sehr, daß diese Aktion so gut ankommt. Mit der Kellerstöckl-Aktion 2018 ist ein Konzept für die nachhaltige tou-



Foto: Burgenland Tourismus / Lexi

ristische Nutzung der Kellerstöckl geschaffen worden. Besonders hervorheben möchte ich auch, daß seit Herbst 2017 ein international tätiger Ferienhausvermieter die Kellerstöckl in sein Programm aufgenommen hat

und hierüber dieses Jahr bereits mehrere tausend Buchungen stattgefunden haben, was zum nachhaltigen Aufschwung im Südburgenland beiträgt“, so Petschnig abschließend. ■

Eisenstadt: Ehrenring für ehemalige Vizebürgermeister

Die Verleihung fand am 26. Oktober im Rahmen einer Festsitzung statt.



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.l.: Istvan Deli, 1. Vizebürgermeister, Bürgermeister Thomas Steiner, die Ehrenringträger Josef Mayer, Josef Christian Schmall und Medizinalrat Werner Krischka mit Günter Kovacs, 2. Vizebürgermeister und Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag

In seiner Sitzung vom 19. März 2018 faßte der Gemeinderat der Landeshauptstadt Eisenstadt den einstimmigen Beschluß, den 1. Vizebürgermeister a.D. Josef Mayer, den 1. Vizebürgermeister a.D. Christian Schmall und den 2. Vizebürgermeister a.D. Werner Krischka jeweils den Ehrenring der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt zu verleihen.

Josef Mayer

1. Vizebürgermeister 2011-2017

Josef Mayer wurde 1957 in St. Georgen geboren. Nach der Matura am Gymnasium der Diözese Eisenstadt verbrachte er ein Studienjahr in den USA (Norton, Kansas) und begann das Lehramtsstudium für die Unterrichtsfächer Deutsch und Englisch an der Universität Wien. Im Jahr 1985 trat er seinen Dienst als Lehrer am Gymnasium der Diözese an. Im Jahr 2000 wurde er zum Direktor der Schule bestellt.

Am 10. November 1987 wurde er als Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt angelobt. Nach 20 Jahren als Gemeinderat wurde er am 19. Oktober 2007 zum Stadtrat bestellt. Vom 30. November 2011 bis zum 22. Oktober 2017 bekleidete der St. Georgner schließlich das Amt des 1.

Vizebürgermeisters der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt.

Josef Mayer war in zahlreichen Ausschüssen des Gemeinderats tätig: unter anderem als Obmannstellvertreter des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und Obmann des Bauausschusses. In diese Zeit fiel auch der Umbau des Rathauses (1999-2001). Im Ausschuß für Schule, Jugend und Sport war ihm die Wiederrichtung der Volksschule St. Georgen sowie deren Erweiterung durch einen Zubau ein besonderes Anliegen.

Des Weiteren war er Mitglied des Sportbeirates, der auf seine Initiative gegründet wurde und dem er seit der Gründung vorsitzt. Der Bau der Fußballanlage St. Georgen und die Sanierung des Hallenbades waren ihm ein besonderes Anliegen. Josef Mayer war außerdem maßgeblich an der Erstellung des Sportentwicklungsplanes der Landeshauptstadt beteiligt.

Eine besondere Verbindung hat er zum „Classical Music Festival“, in dessen Rahmen heuer zum 43. Mal Spitzenmusiker aus den USA in Eisenstadt zu Gast waren. Auf seine Initiative wurden Kontakte zur Stadt und dem damaligen Bürgermeister Alois Schwarz geknüpft, die bis heute aufrecht sind und

intensiviert wurden. Neben seiner politischen Tätigkeit zeichnet Josef Mayer seine große Verbundenheit zum UFC St. Georgen aus. Er war dort selbst Tormann, wurde im Jahr 2010 zum Ehrenobmann ernannt und übt seit 2013 die Funktion des Präsidenten aus.

Josef Mayer schied am 22. Oktober 2017 nach 30jähriger Tätigkeit für die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt aus dem Gemeinderat aus.

Josef Christian Schmall

1. Vizebürgermeister 2007-2011

Christian Schmall wurde 1958 in Eisenstadt geboren und wuchs in seiner Heimatstadt auf. Nach abgelegter Reifeprüfung begann er das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien und war nach Abschluß ab 1988 als Sozialreferent der Arbeiterkammer Niederösterreich tätig. Vier Jahre später wechselte er in die Arbeiterkammer Burgenland, wo er seit 2014 die Stelle des Leiters des Sozialreferates innehat.

Christian Schmall wurde am 15. Jänner 2002 als Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt angelobt. Von Oktober 2002 bis Jänner 2007 übte er die Funktion des Stadtrates aus, von Jänner 2007 bis No-

vember 2011 war Schmall 1. Vizebürgermeister und als Stadtbezirksvorsteher war er 2002 sowie von Oktober 2012 bis Oktober 2014.

Zusätzlich zu seinem Gemeinderatsmandat hatte er von November 2011 bis Oktober 2012 und von November 2014 bis Oktober 2017 die Funktion des Klubobmanns der ÖVP-Fraktion inne.

Getreu seinem Motto „Agieren statt kommentieren“ war es ihm stets ein besonderes Anliegen, aktiv die Weiterentwicklung von Eisenstadt mitzugestalten und dafür Verantwortung zu übernehmen. Die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit lagen in den Bereichen Umwelt und Verkehr. Initiativen setzte er für den Ausbau des Hochwasserschutzes in Eisenstadt sowie der Umweltbetriebe und des Altstoffsammelzentrums.

Des Weiteren hat er sich stark für umfangreiche Baumpflanzungen und Maßnahmen zur Begrünung der Stadt eingesetzt. Als Umweltgemeinderat war ihm der Schutz der Flora und Fauna ein besonderes Anliegen, er war maßgeblich an der Umsetzung „Geschützter Lebensraum Hetscherberg“ beteiligt.

Weitere Anliegen in seiner Arbeit für die Stadt waren der Ausbau der Verkehrsberuhigung durch 30 km/h-Zonen in den Wohngebieten und die Erweiterung des Radwegenetzes. Hier ist besonders die Radverkehrsoffensive zu nennen, die im Jänner 2008 vom Gemeinderat beschlossen wurde. Schwerpunkt der Radverkehrsoffensive war, den Alltagsverkehr mit dem Rad verstärkt zu fördern mit dem Ziel, eine Entlastung von Umwelt und Straßenraum auf Basis eines breiten Konsenses in der Bevölkerung zu erreichen.

Christian Schmall schied am 22. Oktober 2017 aus dem Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt, nachdem er diesem Gremium 15 Jahre ohne Unterbrechung angehört hat.

MR Werner Krischka 2. Vizebürgermeister 2000-2002

Werner Krischka wurde 1961 in Eisenstadt geboren. Nach dem Ablegen der Reifeprüfung am Sportrealgymnasium Osterwiese Eisenstadt studierte er Humanmedizin an der Universität Wien und promovierte 1989. Nach der Absolvierung des Turnus in Oberpullendorf und Eisenstadt wurde Dr. Werner Krischka im Jahr 1993 Arzt für Allgemeinmedizin und begann im selben Jahr als Assistenzarzt in Ausbildung zur Unfallchirurgie in Eisenstadt.

Dem Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt gehörte Werner Krischka von 1997 bis 2002 an. Von 2000 bis 2002 bekleidete er das Amt des 2. Vizebürgermeisters und war auch in der Funktion des Klubobmanns der SPÖ-Gemeinderatsfraktion tätig.

Zu den Schwerpunkten seiner politischen Arbeit zählen die Installierung des Gesundheitsforums Eisenstadt im Jahr 2002, Initia-

tiven zur Schaffung von Wohnraum für junge Menschen und der Aufbau des Kontakts zur italienischen Stadt Lignano. Des Weiteren hatte er die Grundidee zur Gesundheitsvorsorge im Burgenland (BAKS), die unter anderem eine Alzheimerprophylaxe, Dickdarmkrebsvorsorge, Zahngesundheitsprophylaxe und das Diabetesprojekt Modell Burgenland umfasst. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Eisenstadt laufend sauber halten



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner und Gemeinderätin Waltraud Bachmaier gemeinsam mit motivierten Ploggerinnen mit den Starterpaketen im Eisenstädter Schloßpark

Kombiniert man die Wörter „jogging“ und „plocka“ (schwedisch für „etwas aufheben“), dann entsteht das neue Kunstwort „plogging“. Die Idee dahinter ist so simpel wie genial: Läufer sammeln auf ihrer Laufrunde Müll und sorgen nicht nur für eine saubere Umwelt, sondern fördern auch noch ihre Fitness. „Ich habe es selbst auf meiner Laufrunde schon ausprobiert und dabei ein ganzes Müllsackerl vollgemacht. Wir wollen als Stadt die Plogging-Bewegung unterstützen und haben für alle umweltbewußten Hobbysportler Plogging-Starterpakete geschnürt. Ziel ist es, Eisenstadt laufend sauber zu halten“, so der laufbegeisterte Bürgermeister Thomas Steiner.

Besagte Starterpakete stehen im Rathaus gratis zur Abholung bereit. Inhalt der Leinentaschen: reißfeste Müllsäcke (biologisch abbaubar), eine Sport- und Freizeitkarte in der die Laufrouuten in und um die Landeshauptstadt verzeichnet sind sowie Goodies von „BioMat“, die die Aktion unterstützt.

Herbst im Zeichen des Ploggings

Bisher ist „plogging“ noch kein großer und allgemeinbekannter Begriff in Österreich, nun soll der Herbst in Eisenstadt genutzt werden, um auf das Thema aufmerksam zu machen.

„Wir werden verschiedene Aktionen in den sozialen Medien starten, um möglichst viele Menschen in Eisenstadt zu motivieren, sich am Ploggen zu beteiligen. Im Idealfall fungiert unsere Initiative als Kickstarter für eine Plogging-Szene in Eisenstadt, aus der regelmäßige Lauftreffs und Gruppenaktivitäten entstehen“, erklärte der Bürgermeister.

Plogging soll sich dabei aber nicht nur auf Läufer allein konzentrieren – auch Wanderer, Spaziergänger und Nordic-Walker sind dazu aufgerufen, Müll am Wegesrand aufzusammeln und sich so aktiv an der Aktion beteiligen.

Alle aktiven Plogger sind dazu aufgerufen, ein Foto von sich oder dem gesammelten Müll auf Facebook mit den Hashtags #plogging und #laufendsauber zu posten. Unter allen postenden Ploggern wird ein Paar neue Laufschuhe verlost.

Beitrag zur Nachhaltigkeit

„Uns geht es hier in erster Linie auch um die Bewußtseinsbildung der Bevölkerung. Die Stadt will hier durch die Vorbildwirkung die Eisenstädterinnen und Eisenstädter von einer nachhaltigen Lebensweise überzeugen und Anreize setzen“, so Bürgermeister Steiner abschließend. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Bezirkshauptmannschaft Mattersburg startet Probetrieb

Die sieben Bezirkshauptmannschaften im Burgenland stehen für eine bürger- und wohnortnahe Verwaltung. Befragungen haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, daß die BürgerInnen mit den Leistungen ihrer Bezirkshauptmannschaften sehr zufrieden sind. „Die Landesverwaltung versteht sich auch als ein moderner Dienstleister, der sein Service und seine Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger laufend anpaßt und verbessert“, so Landesamtsdirektor Ronald Reiter. Die verlängerten Öffnungszeiten der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg, die im Oktober im Probetrieb starteten, sollen vor allem für berufstätige Personen Verbesserungen bringen. „Das entspricht auch ganz meinem Motto, die BH Mattersburg verstärkt für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen“, betont Bezirkshauptmann Werner Zechmeister.

Zusätzlich zu den bisherigen Parteienverkehrs-Öffnungszeiten von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr wird künftig jeden 1. und 3. Montag des Monats von 13.30 bis 17.30 Uhr Parteienverkehr möglich sein. „Das bedeutet vor allem eine Verbesserung für berufstätige Personen, die sich sonst für



Foto: BH Mattersburg / Rainer Horvath

Mattersburgs Bürgermeisterin Ingrid Salomon und Bezirkshauptmann Werner Zechmeister

einen Termin am Vormittag frei nehmen müssen“, erläutert Zechmeister die Beweggründe für diese Initiative.

Der Probetrieb wird ein halbes Jahr, von 15. Oktober 2018 bis 15. April 2019, laufen. „Danach wird es zu einer Evaluierung kommen. Wenn dieses zusätzliche Angebot

von den Bürgerinnen und Bürgern entsprechend angenommen wird, könnten die verlängerten Öffnungszeiten zur Dauereinrichtung werden“, so Landesamtsdirektor Reiter und Bezirkshauptmann Zechmeister unisono. ■

<http://www.mattersburg.gv.at>

Stadtgemeinde Mattersburg stellte auf LED-Lampen um

Die Stadtgemeinde Mattersburg stellte in den vergangenen Jahren bei der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen um. Während in den Jahren zuvor noch rund 74.000 Euro an Stromkosten anfielen, waren es im letzten Jahr nur noch 29.000 Euro. Das sind rund 60 Prozent Einsparung.

Bürgermeisterin Ingrid Salomon berichtet von einer erfreulichen Entwicklung im Bereich der Energiekosten. „Anfang 2017 haben wir bei unserer Straßenbeleuchtung die gewöhnlichen Glühbirnen durch LED Lampen ausgetauscht. Damit gelang es uns, die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung von 74.000 auf 29.000 Euro zu senken. Dies erbrachte der Stadtgemeinde Einsparungen von 45.000 Euro Ersparnis, die wir nun für andere Investitionen nutzen können, die unseren Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen“, so Salomon. Die Vorteile von LED-Lampen liegen nicht nur im Kosten-Bereich, sie sind auch langlebiger und sparen CO₂.



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Bürgermeisterin Ingrid Salomon (r.) und Umweltstadträtin Rafaela Strauß: Die Umstellung auf LED-Lampen brachte für die Stadt große Kostenersparnisse.

Umweltgemeinde Mattersburg

Die Stadtgemeinde Mattersburg war schon immer ein Vorreiter in Sachen Umweltschutz. Mattersburg ist sowohl Klimabündnis als

auch Bodenbündnisgemeinde, außerdem war sie eine der ersten burgenländischen Gemeinden, die kein Glyphosat am Bauhof verwendete. Vier gemeindeeigene Gebäude

sind mit Solaranlagen ausgestattet. Im Juni 2016 erhielt die Stadt für ihre umfangreichen Maßnahmen auch einen burgenländischen Umweltpreis. ■

Oberwarter Bahnhofstraße wurde fertiggestellt



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Mit einer kleinen Feier für Anrainer, Geschäftsleute und die Mitarbeiter des Wirtschaftshofes und der Firma „Klöcher Bau“ wurde am 12. Oktober der Abschluß der Sanierungsarbeiten in der Bahnhofstraße gefeiert. Die Stadtgemeinde hat mit diesem Projekt weiter in den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur investiert. Nachdem in der Bahnhofstraße sämtliche Einbau-

ten in den vergangenen beiden Jahren erneuert wurden, war die Straßenanlage samt Nebenflächen (Gehsteige und Radwege) an der Reihe. Außerdem wurde eine neue Straßenbeleuchtung installiert.

Insgesamt wurden rund 350.000 Euro investiert. Weiters wurde im Rahmen eines innovativen Projektes des Innovationslabors „Act4Energy“ die Infrastruktur für 9 Lade-

punkte für Elektrofahrzeuge vorbereitet. Bürgermeister LAbg. Georg Rosner und Klöcher Bau Geschäftsführer Gerhard Horn haben sich bei den AnrainerInnen und Geschäftsleuten für ihr Verständnis und ihre Geduld während der Bauarbeiten bedankt. Außerdem wurde betont, daß die Arbeiten unfallfrei verlaufen sind und man nun mit Stolz die neue Straße ihrer Bestimmung übergeben kann. ■

Oberwart setzt auf E-Mobilität und E-Geräte

Der Einsatz elektrisch angetriebener Fahrzeuge und Geräte im Wirtschaftshof gewinnt in der Stadtgemeinde Oberwart immer mehr an Bedeutung. Das bringt nicht nur Vorteile für die Umwelt sondern auch für die MitarbeiterInnen und BürgerInnen von Oberwart und St. Martin/Wart.

Das Thema „alternative Energieformen“ ist in Oberwart schon seit einigen Jahren aktuell. Die Stadtgemeinde hat sich erfolgreich an verschiedenen Pilotprojekten beteiligt und es kam zur Umsetzung konkreter Maßnahmen. So wurden beispielsweise Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden installiert. Damit werden rund 170.000 kWh Strom pro Jahr gewonnen. Außerdem wurden E-Tankstellen für Autos und Fahrräder aufgestellt. Weiters wird die Straßenbeleuchtung laufend modernisiert, mit innovativen LED-Lampen kann der Energieverbrauch reduziert werden, was nicht nur die Umwelt schützt, sondern auch Kosten minimiert.

In Oberwart ist man bemüht, die aktuelle Zahl an Elektro-Fahrzeugen und Elektro-Geräten deutlich zu steigern. Derzeit sind ein Elektro-Auto und ein Elektro-Roller im Einsatz.



Foto: Stadtgemeinde Oberwart

Wirtschaftshof-Mitarbeiter Markus Obojkovits auf dem E-Roller und Bürgermeister LAbg. Georg Rosner mit der Elektro-Motorsäge (r.)

Bürgermeister LAbg. Georg Rosner: „Ich bin ein großer Fan von elektrobetriebenen Geräten und nutze diese auch im Privatbereich. Deshalb ist es mir wichtig, daß wir auch in der Stadtgemeinde darauf achten, daß wir auf alternative Energieformen um-

steigen können – und das in allen Bereichen“, so Rosner. Die beste Voraussetzung dafür ist, daß Geräte mit einer langen Lebensdauer angekauft werden und eigener Strom aus Sonnenenergie verwendet wird. ■ <http://www.oberwart.at>

Weltspitze gastiert in Raiding

Strahlkraft von Franz Liszt auch im Programm für das Festival 2019 im Mittelpunkt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

vl.: Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil, die beiden Intendanten Johannes & Eduard Kutrowatz und Thomas Mersich, der kaufmännische Leiter

Als Pianist, Dirigent und Komponist war Franz Liszt Zeit seines Lebens ein Pendler zwischen den Welten, ein echter Europäer, der in jeder Hinsicht Grenzen überschritten, sie immer wieder neu definiert und in vielen Bereichen überwunden hatte. Sein Werk wird zum Inbegriff für Offenheit und Erneuerung sowie zum Vorbild für viele Größen der Musikgeschichte. Seit der Eröffnung des Lisztzentrums Raiding im Oktober 2006 hat sich das Festival nicht nur österreichweit, sondern auch international als führende Spielstätte für die Musik von Franz Liszt positioniert.

In der Festivalsaison 2019, deren Highlights am 9. Oktober 2018 von Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil, den Intendanten Johannes und Eduard Kutrowatz sowie dem Kaufmännischen Leiter Thomas Mersich im Lisztzentrum in Raiding präsentiert wurden, möchten die Verantwortlichen ihr Publikum erneut mit außergewöhnlichen Liszt-Perspektiven überraschen – aber immer ist und bleibt Franz Liszt der eigentliche Star des Festivals. „Kontinuität, die Kooperation mit der Gemeinde, die Verantwortung des Landes und die Intensivierung der internationalen Ausrichtung sind die wesentlichen Aspekte des Liszt Festivals hier in Raiding. Die Kontinuität, die durch die Verlängerung der Intendanz von Johannes und Eduard Kutrowatz um weitere fünf Jahre gegeben ist, die Kooperation mit der Gemeinde, die mit der Positionierung der Lisztbibliothek im neuen Gemeindezentrum einen weiteren wesentlichen Impuls erhält, die Verantwortung des Landes, die einmal mehr durch die

Implementierung des Vereins in die Landesholding verdeutlicht wird, und die geplante verstärkte internationale Gestaltung des Standortes rund um Raiding bzw. Liszt werden auch in Zukunft für ideale Rahmenbedingungen für dieses Festivals sorgen“, betonte der Kulturlandesrat.

In der Saison 2019 des Liszt Festivals Raiding erwartet die BesucherInnen ein umfassendes Programm, das sich auf schöpferisch innovative Art mit dem Werk von Franz Liszt auseinandersetzt. International und auf höchstem künstlerischem Niveau zeigt sich das Kernstück der Festival-Saison 2019, der Klavier-Zyklus. Aus zehn Ländern kommen ausschließlich Meisterpianistinnen sowie die exzellenten Preisträger des angesehenen Liszt-Wettbewerbs Utrecht und präsentieren einen einzigartigen Streifzug durch den Kosmos der Klavierwerke Franz Liszts.

Weiters werden dem Publikum erstmals zwei Orchesterzyklen geboten: Die „Wiener Akademie“ unter der Leitung von Martin Haselböck wird sich auf ihrer Originalklangreise in neue Gefilde begeben und neben Orchesterwerken Franz Liszts Musik von Bizet, Berlioz und Dvorak zu Gehör bringen. Das „Liszt Festival Orchester“ unter der Leitung von Johannes Kutrowatz bildet gemeinsam mit dem „Wiener Kammer Orchester“ einen weiteren Zyklus und spannt dabei den programmatischen Bogen von Liszts progressivem Klavierkonzert „Malediction“ bis hin zur Musik von Arvo Pärt.

Große Ensembles und Publikumslieblinge, wie die „Österreichischen Bläsersolisten“, der „Chorus sine nomine“, der inter-

national renommierte Frauenchor Novosibirsk, die Supercussion Vienna im Verein mit dem Klavierduo Kutrowatz sowie die Mezzosopranistin Elisabeth Kulman, Kammerchauspieler Peter Matic und das virtuose Janoska Ensemble werden sich wieder auf musikalische Grenzgänge der besonderen Art begeben.

Aber nicht nur das Programm für 2019, sondern auch die Zahlen der jüngsten Vergangenheit sprechen für sich. So lag die Auslastung in den letzten beiden Jahren bei rund 8.500 bis 9.000 Besucherinnen und Besuchern zwischen 82 und 85 Prozent, was für ein Festival abseits von Ballungszentren äußerst bemerkenswert ist, der Umsatz bei etwa 760.000 Euro, die Subventionen des Landes bei 300.000 Euro und der Kartenerlös bei 220.000 Euro. Bei den Abos 2018 konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund neuer Strukturen und der daraus resultierenden Schwerpunktsetzung auf Wochenendkonzerte ein massiver Anstieg verzeichnet werden. Das Lisztzentrum als Heimstätte des Liszt Festivals, bündelt aber nicht nur die unterschiedlichen Facetten der Musik, sondern bietet mit dem Konzertsaal auch eine erstklassige Akustik. CD-Einspielungen international renommierter Solisten und Orchester sind deshalb ebenso ein wesentlicher Bestandteil, daß der Standort Raiding dementsprechend in die Welt getragen wird, wie die neu gestaltete Homepage, die den Drucksorten angepaßt und speziell für das ältere Publikum benutzerfreundlicher gestaltet wurde. ■

<http://www.lisztfestival.at>

Wachstum schwächt sich bis 2023 weiter ab

Staatsschuld sinkt, Arbeitslosigkeit steigt – BIP-Wachstum im III. Quartal +0,5 Prozent – Dienstleistungen kräftig, Industriekonjunktur läßt nach

Das Wirtschaftswachstum dürfte seinen Höhepunkt überschritten haben: Für 2019 bis 2023 erwartet das WIFO in seiner mittelfristigen Prognose einen durchschnittlichen BIP-Zuwachs von 1,7 Prozent. Die Staatsschuldenquote könnte auf 60 Prozent sinken. Für die Arbeitslosenquote wird hingegen wieder ein Anstieg auf 7,5 Prozent gegen Ende des Prognosezeitraums erwartet.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2016 befindet sich die österreichische Wirtschaft in einem Konjunkturaufschwung, der im Jahr 2018 mit 3 Prozent Wirtschaftswachstum vor-

aussichtlich seinen Höhepunkt erreicht hat. Danach wird erwartet, daß die internationale Konjunktur zunehmend an Dynamik verliert: Eine Entwicklung, der sich die österreichische Wirtschaft nicht (vollständig) entziehen kann. Für die Jahre 2019 bis 2023 rechnet das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in seiner aktuellen mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent (2014/2018 +1,9 Prozent). Das ist um ¼ Prozentpunkt mehr als im Euro-Raum. Ge-

schuldet ist die günstigere Entwicklung in Österreich zum einen der besseren Ausgangslage im Jahr 2018 und zum anderen der stärkeren Konsumnachfrage vor allem in den Jahren 2019 und 2020. Diese ist auf die Steuerentlastung der privaten Haushalte durch den Familienbonus zurückzuführen.

Für die USA und den Euro-Raum wird über den Prognosezeitraum von einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1,8 Prozent (2014/2018 +2,4 Prozent) bzw. 1,4 Prozent pro Jahr (2014/2018 +2,0 Prozent) ausgegangen. Im Prognosezeitraum werden

Hauptergebnisse der mittelfristigen WIFO-Prognose für Österreich

	Ø 2008/ 2013	Ø 2008/ 2018	Ø 2008/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p.A.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
Nominell	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,7	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,2
Verbraucherpreise	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,0	5,5	4,5	4,8	4,5	4,4	4,5	4,5	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,1	8,5	7,3	7,7	7,3	7,2	7,3	7,4	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,1	3,4	3,5	3,2	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Staatschuld	81,6	80,9	64,8	74,1	70,5	67,4	64,6	62,0	59,6
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,0	7,1	6,9	7,0	6,9	7,1	6,9	6,8	6,89

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.. ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Wirtschaft

die österreichischen Ausfuhren voraussichtlich real um 3,5 Prozent pro Jahr ausgeweitet (2014/2018 +3,7 Prozent p. a.).

Einkommen

Der Anstieg der verfügbaren Realeinkommen wird in den Jahren 2019 und 2020 von der Lohn- und Einkommensteuerentlastung der privaten Haushalte mit Kindern durch den Familienbonus geprägt. Dadurch werden in diesen Jahren auch der private Konsum und die inländische Konjunktur gestützt (+1,7 Prozent p. a., 2014/2018 +1,1 Prozent).

Expansion

Die wirtschaftliche Expansion ermöglicht bis einschließlich 2020 eine Ausweitung der Beschäftigung über dem Arbeitskräfteangebot. Damit geht ein Rückgang der Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) auf 7,2 Prozent einher. Ab 2021 dürfte das Arbeitskräfteangebot wieder stärker als die Nachfrage zunehmen. Bis zum Ende des Prognosehorizonts wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,5 Prozent erwartet.

Preisauftrieb und Lohneinkommen

Im Umfeld steigender Preise für Mineralölprodukte und einer noch hohen Kapazitätsauslastung (die Prognose unterstellt eine zwar kleiner werdende, aber positive Outputlücke bis 2023) wird sich der Preisauftrieb mit 2 Prozent pro Jahr gegenüber der vorangegangenen Fünfjahresperiode etwas verstärken (2014/2018 +1,5 Prozent p. a.). Der seit 2011 teilweise beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes ist im September auf null zurückgegangen. Für den Prognosezeitraum wird mit einer Inflationsentwicklung in etwa im Gleichklang mit dem Euro-Raum gerechnet.

Für die Lohneinkommen pro Kopf wird mit einem Zuwachs von 2,3 Prozent pro Jahr gerechnet. Das Differential aus Arbeitsproduktivität und Reallohnzuwachs dürfte sich über den Prognosezeitraum verringern, aber nicht schließen.

Staatsausgaben

Das Wachstum der Staatsausgaben wird im Durchschnitt der Jahre 2019/2023 mit 2,9 Prozent angenommen. Dabei wird für Bund, Länder und Gemeinden eine hohe Ausgabendisziplin unterstellt und nur eine mäßige Ausweitung von Verwaltungsausgaben und Förderungen angenommen. Ein deutlicher Ausgabenzuwachs wird aufgrund der demo-

graphischen Entwicklung bei den monetären Sozialleistungen (Pensionen und Pflege) und den sozialen Sachleistungen erwartet.

Das Steuer- und Beitragsaufkommen entwickelt sich aufgrund der prognostizierten Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung gut (+3,1 Prozent p. a.). Die Entlastung der privaten Haushaltseinkommen durch die Einführung des Familienbonus dürfte den öffentlichen Haushaltssaldo im Jahr 2019 mit gut 400 Millionen Euro belasten. Im Folgejahr, wenn auch der über die Lohn- und Einkommensteuerveranlagung bezogene Anteil des Familienbonus wirksam wird, dürfte sich der Budgetsaldo um weitere 700 Millionen Euro verschlechtern. Dennoch zeigen sich die Lohnsteuereinnahmen über den gesamten Prognosezeitraum besonders dynamisch, da keine Maßnahmen angenommen wurden, die die Auswirkungen der kalten Progression verringern.

Unter den Annahmen des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der wirtschaftspolitischen No-Policy-Change-Annahme sind ab dem Jahr 2019 Überschüsse im Staatshaushalt möglich. Die Staatsschuldenquote würde in diesem Szenario von 74,1 Prozent im Jahr 2018 auf knapp 60 Prozent im Jahr 2023 sinken.

Ob dies gelingt, hängt vor allem von der Budgetdisziplin der Bundesregierung ab. Im Regierungsprogramm geäußerte fiskalpolitische Vorhaben und Pläne zur Dämpfung der kalten Progression sowie angekündigte Reformen in der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung wurden in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt. Des Weiteren würde eine deutlich schwächere Wirtschaftsentwicklung als in der Prognose angenommen zu geringeren Staatseinnahmen und höheren Ausgaben führen, wodurch sich der Budgetsaldo verschlechtern würde. Insgesamt unterliegt der dargestellte Budgetpfad einem ausgeprägten asymmetrischen Risiko einer ungünstigeren Entwicklung.

Aktuelle Schnellschätzung

Gemäß der aktuellen Schnellschätzung des WIFO wuchs die österreichische Wirtschaft im III. Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal um 0,5 Prozent (nach +0,6 Prozent im II. Quartal). Neben der anhaltend robusten Binnenkonjunktur (Konsum- und Investitionsnachfrage) lieferte der Außenhandel erneut einen positiven Wachstumsbeitrag. Die konjunkturelle Grunddynamik verlor zuletzt jedoch leicht an Schwung. In der Industriekonjunktur fiel die Abschwächung etwas stärker aus, im Dienstleistungs-

bereich (vor allem Tourismus) verlief das III. Quartal weiterhin kräftig.

Das österreichische BIP wuchs im III. Quartal um 0,5 Prozent gegenüber der Vorperiode (Trend-Konjunktur-Komponente). Damit schwächte sich die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf leicht ab (I. Quartal +0,8 Prozent, II. Quartal +0,6 Prozent). Das unbereinigte BIP lag um 2,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahres.

Die saison- und arbeitstagsbereinigte BIP-Veränderungsrate (Kennziffer laut Eurostat-Vorgabe) stieg um 0,4 Prozent. Damit lag das Wachstum in Österreich über jenem im Euro-Raum (+0,2 Prozent) und der EU 28 (+0,3 Prozent).

Trotz einer Abschwächung im Jahresverlauf bleibt die heimische konjunkturelle Dynamik robust, mit positiven Wachstumsimpulsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Abermals erwies sich die Konsumnachfrage im III. Quartal als stabile Wachstumsstütze: die Nachfrage der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) expandierte um 0,4 Prozent, ebenso stark wie die öffentlichen Konsumausgaben.

Die Investitionen wurden ebenfalls ausgeweitet, wenngleich sich hier das Tempo im Vergleich zum 1. Halbjahr verlangsamte. Die Nachfrage nach Bruttoanlageinvestitionen, welche Ausrüstungs- und Bauinvestitionen umfassen, stieg um 0,7 Prozent nach durchschnittlich +1,1 Prozent im 1. Halbjahr.

Spiegelbildlich zu den Investitionen nahm auch die Importdynamik im III. Quartal ab (+0,3 Prozent nach +0,7 Prozent im II. Quartal). Bei einer stärkeren Ausweitung der Exporte (+0,6 Prozent) trug der Außenhandel erneut positiv zum Wirtschaftswachstum bei.

In der Industriekonjunktur flachte das Wachstumstempo zuletzt ab. Die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung stieg um 0,6 Prozent, nach +1,4 Prozent im I. Quartal und +1,0 im II. Quartal. In der Bauwirtschaft blieb die konjunkturelle Dynamik gut: Die Wertschöpfung erhöhte sich um +0,3 Prozent, die Nachfrage nach Bauinvestitionen um +0,4 Prozent. Anhaltend positive Beiträge zum Wirtschaftswachstum kamen erneut von den Marktdienstleistungen (+0,7 Prozent). Die Wertschöpfung im Handel stieg um 0,3 Prozent und war damit ähnlich hoch wie im 1. Halbjahr. Der Bereich Beherbergung und Gastronomie expandierte mit 1,2 Prozent sehr kräftig und setzte die dynamische Entwicklung aus dem 1. Halbjahr fort. ■

<http://www.wifo.ac.at>

Kreditnachfrage erreicht neue Höhen

Wachstum flacht sich jedoch ab – Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2018

Seit Ende 2016 ist die Nachfrage nach Unternehmenskrediten aufgrund der guten Konjunktur stark gestiegen. Dieser Trend hat sich zuletzt jedoch abgeschwächt und könnte bis Ende des Jahres ein Plateau erreichen. Die Entwicklung im Privatkundengeschäft verläuft vergleichsweise moderater. Das zeigen die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum, in der führende Banken nach ihren Einschätzungen gefragt werden. Die aktuellen Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes.

Der aktuelle Kreditboom wird vom gestiegenen Finanzierungsbedarf infolge der kräftigen Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen getrieben. Die Bruttoanlageinvestitionen legten 2016 und 2017 real um 4,3 % bzw. 3,9 % zu, die Ausrustungsinvestitionen sogar um 10,6 % bzw. 4,6 %. Die OeNB erwartet für 2018 eine ähnlich gute Konjunktur wie im vergangenen Jahr. Steigende globale handels- und wirtschaftspolitische Risiken werden das Wachstum in weiterer Folge jedoch bremsen.

Die starke Kreditnachfrage von Seiten der österreichischen Unternehmen trifft auch auf anhaltend attraktive Konditionen. Seit Mitte 2016 haben die Banken die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – kontinuierlich gesenkt.

Im Privatkundengeschäft verläuft die Entwicklung moderater. Langfristig betrachtet zieht die Nachfrage nach Wohnbaukrediten sowie Konsum- und sonstigen Krediten seit 2010 tendenziell an. Seit Mitte 2017 ist es, den Umfrageergebnissen zufolge, jedoch kaum noch zu merklichen Nachfrageänderungen gekommen. Wie im Unternehmenskundengeschäft hat sich auch im Privatkundengeschäft die Wettbewerbssituation der Banken zu Gunsten der Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer ausgewirkt. So wurden die Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite von den Banken ab 2017 immer weiter gelockert – auch im dritten Quartal 2018.



Der Haupteingang der Oesterreichischen Nationalbank in Wien

Themen der Umfrage waren diesmal auch das erweiterte Programm des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten und der negative Einlagenzinssatz des Eurosystems. Gemäß den Ergebnissen belastet das Ankaufprogramm seit seinem Bestehen aufgrund von gesunkenen Nettozinssmargen die Ertragslage der Banken, hatte aber auch positive Einflüsse auf ihre Liquidität und

ihre Finanzierungsbedingungen. Ihre Ertragslage sehen die Banken auch vom negativen Einlagenzinssatz nachteilig betroffen. Dieser verursacht – den Angaben der Umfrageteilnehmer zufolge – einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und -margen und damit auch auf die Nettozinserträge der Banken.

Es bleibt anzumerken, daß die allgemeine Wirksamkeit der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems (Ankaufprogramm, Einlagenzinssatz), die auf den Euroraum insgesamt abzielen, nicht anhand der hier präsentierten nationalen Effekte besprochen werden kann.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken, das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten, sowie sonstige die Geldpolitik betreffende Themen zu verbessern. Dabei werden rund 150 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich. ■

<http://www.oenb.at>

Im Güterverkehr hat eine neue Ära begonnen

Mit der Gesamtfertigstellung bietet der deutlich erweiterte ÖBB-Güterterminal Wolfurt noch mehr Kapazität, Wirtschaftlichkeit und Service. Die neue Terminallogistik sorgt für eine noch raschere Abwicklung aller Umschlagprozesse.



Foto: ÖBB

Im Dezember 2014 wurde mit den Arbeiten für den Ausbau des ÖBB-Güterterminals Wolfurt in Voralberg begonnen. Die stetig steigende Nachfrage und veränderte Marktbedürfnisse haben die Erweiterung unumgänglich gemacht. Allein im Jahr 2015 wurden in Wolfurt Monat für Monat mehr Waren umgeschlagen, als in der Frühzeit der Anlage im Laufe eines ganzen Jahres. Die Arbeiten an dem Großprojekt wurden bei laufendem Betrieb in drei Großbauphasen umgesetzt.

Mit der offiziellen Eröffnung durch ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, Landeshauptmann Markus Wallner, Landtagsabgeordneten Christof Bitschi als Vertreter des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie sowie Wolfurts Vizebürgermeisterin Angelika Moosbrugger in Vertretung von Bürgermeister Christian Natter und Lauterachs Bürgermeister Elmar Rhomberg,

wurde der neue Terminal am 19. Oktober seiner offiziellen Bestimmung übergeben – ein enormer Mehrwert und ein wichtiger Meilenstein für die stark exportorientierte Voralberger Wirtschaft und für die gesamte Bodenseeregion. In das Projekt wurden über den Rahmenplan aus Mitteln des BMVIT knapp über 60 Millionen Euro investiert. Zudem wurde die Planung zu 50 Prozent aus Mitteln der Europäischen Union gefördert.

Die Stellplatzzahl für Container wurde vervierfacht

„Als Containerort in die Welt und zentraler Umschlagplatz, ist der neue Terminal wichtigster Güterverkehrsknoten in Westösterreich und damit Dreh- und Angelpunkt für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Die Kapazität an Container-Stellplätzen wurde durch den Ausbau vervierfacht. Die ÖBB sind damit ein

wichtiger Partner für das Land Vorarlberg und die heimische Wirtschaft“, so Matthä. Der ÖBB-Güterterminal Wolfurt bietet 1.700 Vollcontainerlager-Stellplätze im unmittelbaren Kranbereich sowie 3.500 Leercontainerlager-Stellplätze im nördlichen Bereich des Terminals. Vor dem Ausbau gab es hingegen insgesamt Platz für 1.300 Container, also lediglich ein Viertel der heutigen Stellplatzzahl. Die Terminalfläche wurde von bisher 72.000 m² um rund 50 Prozent auf 106.000 m² erweitert und bietet damit Platz sowie die Kapazitäten für die künftigen Herausforderungen im Bahngütertransport.

Der Landeshauptmann sieht dies als Meilenstein für den Standort Vorarlberg: „Die Erweiterung des Güterbahnhofs in Wolfurt ist für Vorarlberg ein zentrales Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte. Die Voralberger Wirtschaft ist sehr stark exportorientiert und viele große und namhafte Unter-

Wirtschaft

nehmen im Land setzen auf die Leistungen der Bahn sowie auf den Ausbau des Güterterminals Wolfurt.“

„Mit der neuen Drehscheibe für den Güterverkehr hier in Wolfurt wird die Anbindung der heimischen Waren an die internationalen Märkte weiter optimiert. Durch die zentrale Lage wird der Transportweg der Güter über die Schiene noch attraktiver. Ein enormer Mehrwert für die Vorarlberger Unternehmen“, Bitschi. Mit dem neuen Terminal wurde der Containerumschlag zwischen Schiene und Straße komplett neu organisiert.

„Der Güterbahnhof Wolfurt ist seit seiner Entstehung eine der Grundlagen für Innovation und Wohlstand in unserem Land. Für Wolfurt bedeutet er Fortschritt, Impuls, Veränderung und damit stetige Herausforderung, der wir uns gerne stellen. Wir gratulieren zum erfolgreichen und beeindruckenden Ausbau des Terminals und sind stolz, Standortgemeinde dieses lebendigen ‚Tors zur Welt‘ zu sein“, freut sich Wolfurts Vizebürgermeisterin Angelika Moosbrugger.

Lauterachs Bürgermeister Elmar Rhomberg: „Das Güterzentrum Wolfurt ist einer der wichtigsten Warenumschnittpunkte in Österreich. Transportlösungen, die umweltfreundlich und zugleich leistungsfähig sind, kurbeln die Vorarlberger Wirtschaft an und reduzieren den Verkehr. Die ÖBB bieten mit dem gelungenen Ausbau für unsere Unternehmen in Vorarlberg noch mehr Leistung und Qualität.“ Lauterach erhielt mit der Erweiterung des Terminals eine 460 Meter lange Lärmschutzwand, die auf Wunsch der Anrainer teilweise transparent gestaltet wurde.

Neue Containerladegleise und neue Kräne als »Herzstück« der Anlage

Ein wesentliches Merkmal der Ausbaumaßnahmen im Güterzentrum Wolfurt ist die komplette Neugestaltung der Gleiskonfiguration. Ziel war es, alle Containerzüge ohne Verschub der Waggons an den kranbaren Bereich heranzuführen. Mit der Gesamtfertigstellung können die Containerzüge direkt von der freien Strecke in die Terminalanlage einfahren. Der Zeitaufwand für den Verschub entfällt somit vollständig.

Das Herzstück der Anlage bilden die vier, bis zu 750 Meter langen Containergleise, die auf je 600 Metern von den beiden riesigen Containerkränen neuester Bauart „Made in Vorarlberg“ erreicht werden. Die mehr als 20 Meter hohen und rund 350 Tonnen schweren Kräne schweben praktisch über den Gleisanlagen. Nimmt einer der beiden Kräne einen



v.l.: Landtagsabgeordneter Christof Bitschi, Landeshauptmann Markus Wallner, ÖBB-Vorstandsvorsitzender Andreas Matthä, Vizebürgermeisterin Angelika Moosbrugger und Bürgermeister Elmar Rhomberg am Eröffnungstag in Wolfurt

Container auf, unterstützt die Technik den gesamten Hubvorgang. Mit Laser erkennt das System, wenn der Container wieder abgesetzt wird. Rechtzeitig vor dem Bodenkontakt verlangsamt sich automatisch die Geschwindigkeit der Absenkung und der Container wird punktgenau am gewünschten Zielort abgesetzt. Dank der neuen Containerkräne ist die rasche und effiziente Manipulation der Container zwischen Straße und Schiene sowie von einem Zug auf den anderen gewährleistet. Um Platz für die Spezialtragwagen – das sind Waggons auf denen die Container aufgesetzt werden – zu schaffen, wurden vier neue Stützgleise mit einer Länge von rund 1.200 Metern errichtet. So können die Wagen in unmittelbarer Nähe zur Verladung zwischengeparkt werden und können ohne aufwendige Zuführung aus anderen Bahnhöfen zum Einsatz kommen. In Summe wurde die mögliche Kapazität im Bereich des Containerumschlages am Terminal auf rund 190.000 Transporteinheiten pro Jahr gesteigert.

Von Wolfurt in die weite Welt – »Turbo« für die heimische Wirtschaft

Durch die Erweiterung des ÖBB-Güterzentrums Wolfurt wurden die Kapazitäten mehr als verdoppelt. Aktuell verlassen täglich bis zu 800 Container das Güterzentrum und genauso viele kommen auch herein. Trotz eingeschränktem Baubetrieb wurden im Jahr 2017 eisenbahnseitig fast 64.000 Container bewegt (31.500 Stück Container wurden nach Wolfurt geliefert, 32.200 Stück Container haben den Terminal verlassen). Würde man all diese Container aneinander-

reihen, ergäbe das eine Strecke von rund 550 Kilometer an Waren, die im vergangenen Jahr am Terminal bewegt wurden. Würde man dieses Volumen auf LKW umlegen, sind das rund 42.000 LKW pro Jahr, die zwischen Wolfurt und den Häfen Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und Triest vermieden werden.

Immer informiert

Bei der Umsetzung von Großprojekten setzen die ÖBB auf laufende und aktive Information aller Beteiligten. So wurden die BürgerInnen aus Wolfurt und Lauterach vor Baubeginn zu einer öffentlichen Projektvorstellung eingeladen. Während der Umsetzung des Projektes wurden die Beteiligten sowie die Anrainer von den ÖBB laufend über die jeweiligen Bauschritte aktiv informiert.

Zahlen, Daten, Fakten

- Baubeginn Dezember 2014
- Drei Bauphasen, die auf den Baufeldern Nord, Mitte und Süd umgesetzt wurden
- Baufertigstellung Oktober 2018
- Vier bis zu 750 Meter lange Containerladegleise
- Lagerplatz für 1.700 Container im unmittelbaren Kranbereich
- Vier Abstellgleise mit einer Gesamtlänge von 1.200 Meter für Containertragwagen
- Leercontainerlager für 3.500 Containereinheiten
- Eigener Bereich für den Wagenladungsverkehr – Gleisnutzlänge 500 Meter
- Investitionsvolumen über 60 Mio. Euro (ohne Leercontainerbereich und dem Equipment für den Güterumschlag) ■

<https://infrastruktur.oebb.at>

Die neuen 100- und 200-Euro-Banknoten

Mit der Präsentation der neuen 100- und 200-Euro-Banknoten wird die Europa-Serie komplettiert. Beginnend im Jahr 2013 mit der 5-Euro-Banknote wurden in den darauffolgenden Jahren die 10-, 20- und 50-Euro-Banknoten schrittweise eingeführt. Kurt Pribil, Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), weist darauf hin, daß „die neuen Euro-Banknoten technologisch eine große Innovation in der Banknotenproduktion darstellen. Modernste Druckverfahren sorgen für eine noch höhere Fälschungssicherheit.“ Die Ausgabe der neuen Banknoten beginnt mit 28. Mai 2019.

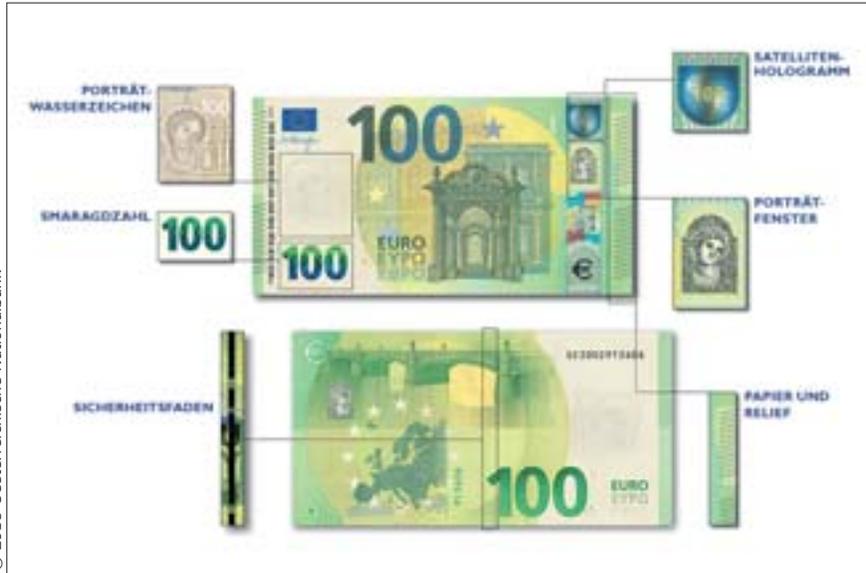
Um die einfache Unterscheidung der beiden Serien zu gewährleisten wurden – wie schon bei den in Umlauf befindlichen Banknoten der Europa-Serie – die Farben leicht angepasst und ein modernes Design entwickelt. Die beiden neuen Banknoten wurden im Format abgeändert und haben nun die gleiche Höhe wie die 50-Euro-Banknote. Das Relief an beiden Rändern ist bei der 100-Euro-Banknote einmal und bei der 200-Euro-Banknote zweimal unterbrochen. Weitere Neuerungen finden sich bei der Smaragdzahl: Auf beiden Banknoten sind auf der Smaragdzahl €-Symbole zu erkennen. Darüber hinaus zeigt der Folienstreifen im rechten Teil beider Banknoten ein Porträt-Fenster mit der mythologischen Gestalt Europa, das Satelliten-Hologramm, das Hauptmotiv der Banknote und ein großes €-Symbol. Im Satelliten-Hologramm bewegen sich durch Kippen der Banknote €-Symbole um die Wertzahl.

Fühlen – Sehen – Kippen: die drei Prüfschritte bleiben erhalten

Alle Banknoten der Europa-Serie lassen sich weiterhin mit Hilfe der drei Prüfschritte Fühlen – Sehen – Kippen ohne technische Geräte jederzeit auf ihre Echtheit überprüfen: Neben einem fühlbaren Relief dienen auch Porträt-Fenster und -Wasserzeichen sowie das Satelliten-Hologramm und die Smaragdzahl unter anderem als Nachweis der Echtheit der neuen Euro-Banknoten.

Zahlen – Daten – Fakten

Bis zum Ausgabestart am 28. Mai 2019 werden – unter anderem auch in Österreich –



Die neue 100-Euro-Banknote



Die neue 200-Euro-Banknote

insgesamt rund 2,3 Mrd. Stück der neuen 100-Euro-Banknoten sowie 0,7 Mrd. Stück der neuen 200-Euro-Banknoten produziert werden.

Insgesamt waren mit Ende des ersten Halbjahres 2018 rund 21,5 Mrd. Stück Euro-Banknoten im Gegenwert von rund 1.181,5 Mrd. Euro im Euroraum im Umlauf. Würde man alle im Umlauf befindlichen Euro-Banknoten der Länge nach auflegen, würde dies

7,7 Mal die Entfernung zwischen Mond und Erde ergeben – oder anders ausgedrückt: 73,5 Mal um den Äquator. Aktuelle Schätzungen der OeNB zufolge befinden sich in Österreich Banknoten im Wert von etwa 29,6 Mrd. Euro im Umlauf. Alle Banknoten der ersten Serie bleiben bis auf Weiteres gesetzliches Zahlungsmittel und können bei der OeNB unbefristet umgetauscht werden. ■ <http://www.oenb.at>

Gedenkfeier in Schloß Hartheim

LH Thomas Stelzer: »Ein Sichtbares Zeichen, daß sich das Land OÖ zu seiner geschichtlichen Verantwortung bekennt.«



Foto: Land OÖ / Sandra Schauer

v.l.: Roberto Magni (Attaché der Botschaft Italiens), Abt Reinhold Dessl (Stift Wilhering), Berkan Bazarci (Generalkonsul der Türkei), Adalbert Cramer (Zweiter Präsident des Oö. Landtags), Landeshauptmann Thomas Stelzer und Bischof Manfred Scheuer (Diözese Linz).

Zahlreiche Ehrengäste, darunter Angehörige und Nachkommen von Opfern der NS-Euthanasie, sowie diplomatische VertreterInnen aus 19 Ländern fanden sich am 1. Oktober im Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim ein, um der rund 30.000 Opfer zu gedenken.

Landeshauptmann Thomas Stelzer betonte in seiner Rede die große Bedeutung des Ortes, nicht nur in Hinblick auf das Gedenken an die Opfer, sondern auch als Ort der Vermittlung und des Lernens: „Die Gedenkfeier in Schloß Hartheim ist ein sichtbares Zeichen dafür, daß sich das Land Oberösterreich zu seiner Verantwortung, die aus seiner Geschichte wächst, bekennt. Ein Leben in Frieden und Wohlstand kann nur gelingen, wenn man sich der Geschichte in vollem Umfang bewußt ist – auch der dunklen Kapitel.“

Oberösterreich habe in diesem Bereich eine Vorreiterrolle eingenommen, denn kein anderes Bundesland verfüge über eine derart lückenlose zeitgemäße Dokumentation, so der Landeshauptmann weiter und ergänzt: „Wesentlicher Umgang mit unserer Vergangenheit war immer Schloß Hartheim.“

Die Gedenkrede hielt der Bischof der Diözese Linz, Manfred Scheuer. Er wies auf die Entstehung von Haß und Vernichtung hin. Ein Denken, das ab- und entwertet, das verachtet, den Menschen ihren Wert entzieht, gehe den Taten voraus. „An der Wurzel von Terror und Barbarei stand nicht selten die Anmaßung absoluter Macht über Leben und

Tod, stand die Verachtung des Menschen, in der Nazizeit die Verachtung von Behinderten und Zigeunern, die Verachtung von politischen Gegnern, die Verachtung von Traditionen, die im jüdischen Volk lebten und leben, die Verachtung der ‚anderen‘. Diese Verachtung hat sich aller Kräfte, auch die der Wissenschaften, der Medizin, der Ökonomie und sogar der Religion bedient.“

Der Bischof warnte in seiner Rede vor einem reinen Kosten-Nutzen-Denken in der Gesellschaft: „Von der Medizin her wurde lebenswertes und lebensunwertes Leben de-

finiert und selektiert, es gab eine ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnung im Hinblick auf die Ermordung von Behinderten.“ Der Mensch dürfe nicht nur als junger, leistungsfähiger und gesunder Mensch einen Wert und eine Würde haben.

Auf dem Friedhof der Opfer wurden Gebete von Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche sowie der Israelitischen Kultusgemeinde gesprochen und Kränze niedergelegt. Für die musikalische Gestaltung der Gedenkfeier sorgte das Bläserquartett der Landesmusikschule Alkoven.

Zum Ort und seiner Geschichte

In Schloß Hartheim in Alkoven war von 1940 bis 1944 eine NS-Euthanasieanstalt untergebracht, in der nahezu 30.000 Menschen ermordet wurden. Sie waren teils BewohnerInnen von Heil- und Pflegeanstalten sowie Betreuungseinrichtungen, teils arbeitsunfähige KZ-Häftlinge aus den Lagern Mauthausen, Gusen, Dachau und Ravensbrück sowie ZwangsarbeiterInnen.

1995 wurde der Verein Schloß Hartheim gegründet, dessen Ziel es war, in Schloß Hartheim einen angemessenen Ort der Erinnerung, des Gedenkens und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu schaffen. Im Jahr 2003 wurde aus Mitteln des Landes OÖ und des Bundes mit der Gedenkstätte und der Ausstellung „Wert des Lebens“ der Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim errichtet. ■ <http://www.schloss-hartheim.at>



Foto: © Wikipedia / Cc-by-sa-3.0 / Lechthaler

Die Gaskammer von Schloß Hartheim

Tiroler Denktage 1918|2018

LH Platter: »Gemeinsam erinnern, gemeinsam an die Zukunft denken.«



Foto: Land Tirol / Die Fotografen

Das Gedenkkreuz wurde von den TrägerInnen und VertreterInnen der Traditionsverbände am Landestheater-Vorplatz aufgerichtet.

Vor 100 Jahren wurde das Ende des Ersten Weltkriegs von den Siegermächten ausgerufen. Das Land Tirol richtet daher gemeinsam mit Südtirol und dem Trentino vom 2. bis 4. November unterschiedliche Veranstaltungen unter dem Motto „Denktage 1918|2018 – Konflikt-Erfahrung-Chance“ aus, die den Blick auf die gemeinsame Geschichte und aktuelle Herausforderungen richten sollen.

Den Auftakt machte eine Erinnerungsfeier am Abend des 2. November zum 100-jährigen Ende des Ersten Weltkriegs und der Ausrufung der Ersten Republik Österreich.

Intention der Denktage ist es, an die Gräueltaten der Kriegsjahre und an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren zu erinnern. Vorträge und Diskussionsrunden sollen zum Nachdenken anregen – über Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges. Die Denktage werden ganz bewusst von den Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino gemeinsam ausgerichtet, und zwar als starkes Zeichen dafür, daß die Länder zusammenarbeiten und immer mehr zusammenwachsen. „Wenn wir gemeinsam erinnern und gemeinsam an die Zukunft denken, dann müssen wir uns auch die Verantwortung ins Bewußtsein rufen, die wir für die Entwicklung unseres Landes tragen. Wir müssen uns bewußt sein, wo die Ursachen des Weltkriegs lagen: im Nationalismus, in einem völligen

Versagen der politischen Führungen und in der Fehleinschätzung, dass mit Krieg Probleme gelöst werden können, die Politik und Diplomatie nicht lösen können. Alles, was wir tun, aber auch das, was wir unterlassen, muss daher den Frieden im Blick haben. Wir dürfen heute im Herzen Europas seit Jahrzehnten in Frieden leben. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der europäischen Einigung, der Europäischen Union“, betonte Platter in seiner Eröffnungsrede. Weltoffenheit und Optimismus sowie die Bereitschaft und der Mut, die Zukunft aktiv zu gestalten, sind Eigenschaften, die sich die Europaregion auf die Fahnen geheftet hat, um die Herausforderungen der kommenden Jahre – von der Zunahme des Verkehrs über den Klimawandel bis hin zur Migration und ihren Folgen – bewältigen zu können. „Am Bekenntnis zu Europa und an der Einsicht, daß wir gemeinsam mehr erreichen können, wird nicht gerüttelt werden“, ist Platter überzeugt.

Denktage

Die Denktage 1918|2018 begannen am 2. November 2018 mit einem Gedenkkakt am Rennweg und einer Erinnerungsfeier im Congress Innsbruck. Die Veranstaltungen waren öffentlich und Interessierte waren herzlich eingeladen, daran teilzunehmen. Am 3. November folgte ein Zukunftskongreß, der ganz im Zeichen aktueller und künftiger

Herausforderungen für die Gemeinden stand. Dazu fanden Diskussionsrunden statt, in denen die TeilnehmerInnen ihre Erfahrungen austauschen und Perspektiven entwickeln konnten. Darüber hinaus standen Impulsreferate von Michael Gehler (Universität Hildesheim) und Alexandra Förderl-Schmid („Süddeutsche Zeitung“) auf dem Programm.

Gemeinden der Europaregion präsentieren im Rahmen des Zukunftskongresses Good-Practice Projekte zu sechs ausgewählten zukunftsweisenden Themen. Diese können online eingereicht werden. „Wir sind uns sicher, daß im Rahmen dieses Programmpunkts zahlreiche Beispiele seitens der Gemeinden sichtbar gemacht werden, die aufzeigen, wie lokale Herausforderungen bewältigt werden können“, sagte Platter. Folgende sechs Herausforderungen wurden thematisiert: Tradition UND Öffnung der Gesellschaft; Eigenwohl UND Gemeinwohl; Selbständigkeit UND Kooperation, Entwicklung UND begrenzte natürliche Ressourcen; Globale Vernetzung UND analoge Begegnung; Bewegungsfreiheit UND Verkehrsbelastung.

Der 4. November wurde von den Gemeinden für örtliche Vernetzungstreffen genutzt – zum gegenseitigen Austausch von Lösungsansätzen für aktuelle Herausforderungen. ■

<http://www.denktage2018.tirol>

ÖsterreicherInnen in vielen Lebensbereichen zufrieden

Erste Ergebnisse der Europäischen Wertestudie 1990-2018

Die ÖsterreicherInnen äußern Zufriedenheit mit vielen Lebensbereichen, das zeigen die Ergebnisse der neuen „Europäischen Wertestudie“, die an der Universität Wien erhoben wurde: 71 % bezeichnen sich als zufrieden mit ihrem Leben, die Familie (87 %) ist für sie der wichtigste Lebensbereich.

Der Forschungsverbund „Interdisziplinäre Werteforschung“ der Universität Wien hat kürzlich erste Ergebnisse der „Europäischen Wertestudie 1990 – 2018“ (European Values Study – EVS) veröffentlicht. Bei der Studie handelt es sich um eine Langzeituntersuchung, die Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung zu den Themenfeldern Arbeit, Familie, Politik und Religion untersucht.

Die EVS wurde nach 1990, 1999 und 2008 im ersten Halbjahr 2018 zum vierten Mal durchgeführt, ihre Stärke ist somit der Vergleich über mittlerweile fast 30 Jahre.

Hohe Lebenszufriedenheit und Fokus auf mikrosoziale Lebensbereiche

Insgesamt zeigt sich, daß die ÖsterreicherInnen eine hohe Lebenszufriedenheit aufweisen: 71 % bezeichnen sich als zufrieden mit ihrem Leben, das ist der höchste Wert aller vier Wellen. Die Familie (87 %) ist für sie der wichtigste Lebensbereich, gefolgt von Freunden (61 %), Arbeit (48 %) und Freizeit (46 %). Während die Bedeutung der Familie über 30 Jahre hinweg stabil bleibt, haben Freunde und Freizeit an Bedeutung gewonnen, die Arbeit verloren.

Die hohe Bedeutung der mikrosozialen Lebensfelder wird noch deutlicher, wenn man diese mit der Bedeutung von „Religion“ und „Politik“ kontrastiert. Der Anteil der Personen, für die Religion ein sehr wichtiger Lebensbereich ist, sinkt seit 1990 (24 %) langsam, aber kontinuierlich auf heute 16 %. Politik ist wie schon bei den vorherigen Erhebungen relativ konstant für etwa jede zehnte befragte Person „sehr wichtig“.

Hohe Bedeutung der Demokratie

Während sich die ÖsterreicherInnen bei der vergangenen EVS-Welle 2008 von der Politik schwer enttäuscht zeigten, wird 2018



ein positiveres Bild skizziert. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung (56 %) äußert sich zufrieden hinsichtlich der Art, wie das politische System in Österreich derzeit funktioniert, die Demokratie wird von

96 % als (sehr) gutes politisches System für das Land eingeschätzt (2008: 92 %).

Eine Reihe von gesellschaftlichen und politischen Institutionen konnte an Vertrauen gewinnen, an der Spitze der Rangliste liegt



Chronik



die Polizei (87 %) vor dem Gesundheitswesen (83 %), am Ende liegen politische Parteien (27 %) und soziale Medien (20 %). Das Institutionenvertrauen ist jedoch abhängig von der eigenen politischen Positionierung: Personen, die sich Mitte-rechts einstufen, haben deutlich mehr Vertrauen in die Regierung und das Bundesheer. Links der Mitte

vertraut man vor allem Kontrollinstitutionen wie der Justiz oder den Gewerkschaften.

Skepsis gegenüber Zuwanderung bei gleichzeitiger Öffnung

Kritisch bleiben die Einstellungen zum Thema Zuwanderung. Sieben von zehn ÖsterreicherInnen denken, daß Zuwandernde

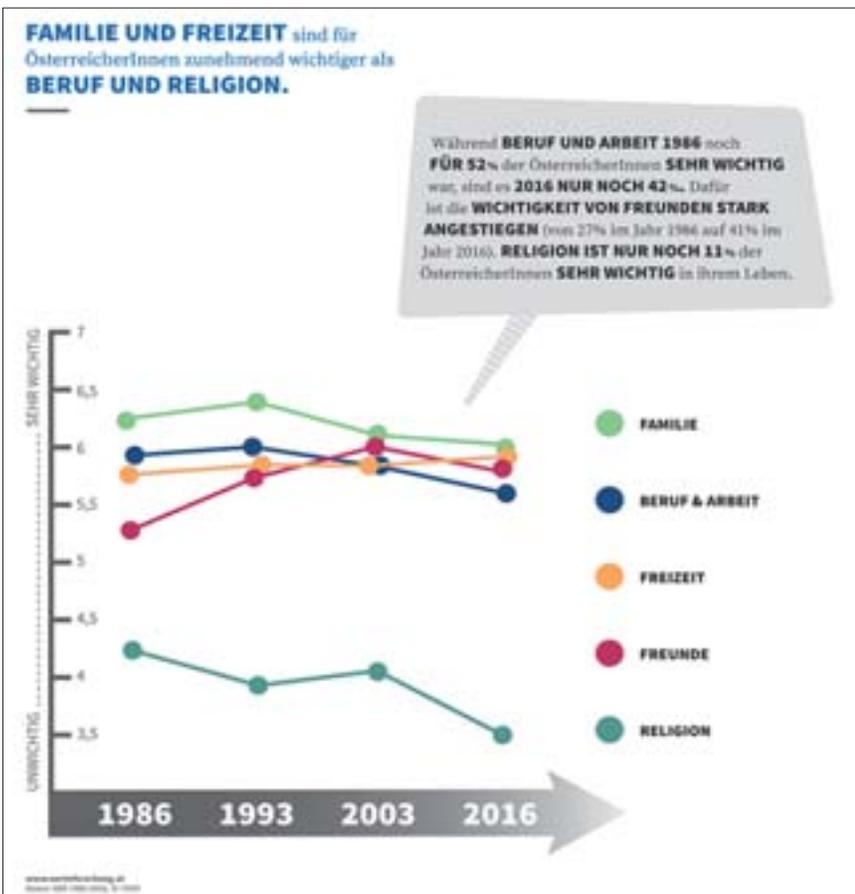
das Sozialsystem belasten (74 %) und Kriminalitätsprobleme verschärfen (70 %). Zuwanderung wird allerdings im Hinblick auf kulturelle Anpassung und arbeitsmarktpolitische Aspekte unterschiedlich bewertet: 45 % denken, daß Zuwanderer ihre Bräuche und Traditionen nicht beibehalten sollten, wohingegen „nur“ noch 33 % denken, daß Zuwanderer den Österreichern Arbeitsplätze wegnehmen (2008: 50 %).

Gleichzeitig hat die Vorstellung, daß nur Vorfahren oder Geburt darüber bestimmen, ob man „wirklich österreichisch“ ist, im Vergleich zur EVS-Welle 2008 abgenommen. Vielmehr wird heute das Erlangen von Deutschkompetenzen sowie Institutionen und Gesetze zu respektieren von einer überwiegenden Mehrheit eingefordert.

Die Europäische Wertestudie (EVS)

Die Europäische Wertestudie wurde in Österreich mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung von einem Team der Universität Wien unter der Leitung der Politikwissenschaftlerin Sylvia Kritzinger durchgeführt. Eine Buchpublikation ist für das Frühjahr 2019 geplant.

<http://www.werteforschung.at>



20 Jahre Uni Wien Campus

Einer der größten innerstädtischen Universitätsstandorte Wiens, der Campus der Universität Wien, wurde am 16. Oktober 1998 offiziell eröffnet. Das 96.000 m² große Gelände des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses ging durch eine Schenkung der Stadt Wien in den Besitz der Universität Wien über. Heute kommen dort täglich mehrere tausend Menschen zusammen, um zu forschen, zu lehren und zu studieren.

<https://campus.univie.ac.at>

Offen für Neues. Seit 1365.

Die Universität Wien ist eine der ältesten und größten Universitäten Europas: An 19 Fakultäten und Zentren arbeiten rund 9.600 MitarbeiterInnen, davon 6.700 WissenschaftlerInnen. Die Universität Wien ist damit die größte Forschungsinstitution Österreichs sowie die größte Bildungsstätte: An der Universität Wien sind derzeit rund 92.000 nationale und internationale Studierende inskribiert.

Mit 178 Studien verfügt sie über das vielfältigste Studienangebot des Landes. Die Universität Wien ist auch eine bedeutende Einrichtung für Weiterbildung in Österreich.

<http://www.univie.ac.at>

Tiefe Trauer über den Tod von Zeitzeuge Rudolf Gelbard

Sobotka: Gelbard war wie kein anderer ein Sprachrohr für die Opfer des Holocaust – Bures: Wir verlieren einen starken Antifaschisten, einen stetigen Mahner gegen das Vergessen und einen großartigen Menschen



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zeitzeuge Rudolf Gelbard und seine Gattin Ingeborg am 8. Mai 2018 beim „Fest der Freude“ am Wiener Heldenplatz

Tief betroffen zeigte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka über das Ableben des Holocaust-Überlebenden Rudolf Gelbard. „Rudolf Gelbard war wie kein anderer ein Sprachrohr für die Opfer des Holocaust. Unermüdlich gab er seine Erlebnisse an junge Menschen weiter, um an der nachhaltigen Demokratisierung unseres Landes mitzuwirken. Mein gesamtes Mitgefühl gilt in diesen Stunden seiner Familie“, so Sobotka.

Rudolf Gelbard wurde 1930 in Wien geboren und als Kind mit seinen jüdischen Eltern 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert. Als eines der wenigen Kinder überlebte er die Internierung in Theresienstadt und setzte sich seit seiner Befreiung für die Aufklärung über die NS-Verbrechen ein.

Für seine Verdienste und seine aufklärerische Vortragstätigkeit wurde er von der Republik Österreich mit dem Berufstitel Professor und weiteren Auszeichnungen, darunter die Joseph-Samuel-Bloch-Medaille, geehrt.

Die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures betont: „Mit Rudi Gelbard verlieren wir einen starken Antifaschisten, einen unermüdlichen Kämpfer für Humanität und Solidarität und wir verlieren einen großartigen Menschen.“

Von den Nationalsozialisten als Kind verfolgt und ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert, ist Rudi Gelbard einem frühen Tod nur knapp entgangen. Sein Überleben wurde für ihn zur Verpflichtung gegenüber nachkommenden Generationen: Unermüdlich berichtete er als Zeitzeuge von den schrecklichen Erlebnissen seiner Kindheit. „Seine Geschichten sind ein bleibendes Vermächtnis von unschätzbarem Wert“, so die Zweite Nationalratspräsidentin.

Professor Rudolf Gelbard war aktiv in die ZeitzeugInnen- und Erinnerungsprojekte des Parlaments eingebunden. Zuletzt etwa beim Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenkjahr 2015, wo Gelbard auf Einladung der damaligen Nationalratspräsidentin Doris

Bures in der Burgtheaterproduktion „Die letzten Zeugen“ seine Lebensgeschichte im historischen Sitzungssaal des Parlaments erzählte. „Rudi berichtete stets in aller Deutlichkeit. Ich habe größten Respekt für seinen unermüdlichen Einsatz die Erinnerung an die NS-Verbrechen wachzuhalten und jüngeren Generationen den hohen Wert der Demokratie so eindrucksvoll zu vermitteln, wie er es gemacht hat“, so Bures.

Bis zuletzt brachte sich Rudi Gelbard auch in politische Debatten ein und erhob seine mahnende Stimme gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, wenn er es für notwendig hielt. „Er war bis zuletzt ein beeindruckender starker, politischer und tapferer Mensch! Und mir persönlich war Rudi Gelbard über Jahrzehnte ein wichtiger Wegbegleiter und Freund. Seine Aufrichtigkeit, seine Kraft und seine Deutlichkeit werden mir ebenso fehlen wie seine Herzlichkeit und Liebenswürdigkeit“, so Bures.

Ihre tief empfundene Anteilnahme drückte Bures seiner Ehefrau Ingeborg sowie und allen Freunden und Wegbegleiterinnen aus.

ÖIG: Tiefe Trauer um Vorstandmitglied

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG) zeigte sich nach dem Ableben von Prof. Rudolf Gelbard tief betroffen und unendlich traurig. Wie kein anderer prägte „der Rudi“ als Vorstandmitglied das Wirken der ÖIG in den letzten Jahrzehnten. „Als Kämpfer gegen Antisemitismus, Antifaschist und felsenfester Freund Israels war er uns stets Inspiration und Vorbild. Rudi war einer, wenn nicht der profundeste Kenner des Zionismus und ein unbedingter Verfechter des Existenzrechtes des Staates Israel. Seine Mahnung, auch zu diesem Thema: ‚Man muß die Vorgeschichte kennen.‘ Mit ihm verliert die Vision Herzls einen Kämpfer. Auch beim aktuellen, egal aus welcher Ecke kommenden Antisemitismus, nahm er sich nie ein Blatt vor den Mund und stand stets an vorderster Front gegen Faschisten, Neonazis, Islamisten oder den als ‚Israelkritik‘ verkleideten Antisemitismus“, hieß es in einer Aussendung.

Personalia

Der Erste Präsident der ÖIG, Peter Florianschütz (SPÖ) erklärte: „Ich bin tief betroffen und verliere einen Lehrer, Unterstützer, Freund und langjährigen Weggefährten im Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus. Er hinterläßt eine Lücke, die nicht zu füllen ist. Unsere Gedanken sind in diesen schweren Tagen auch bei seiner Frau Inge.“

Der Zweite Präsident der ÖIG, Markus Figl (ÖVP) unterstrich: „Mit dem heutigen Tod von Rudolf Gelbard verliert Österreich eine Persönlichkeit, die in ihrer Menschlichkeit über die Parteigrenzen hinweg ein großes Vorbild war und bleiben wird. Unser Land verliert mit ihm einen bedeutenden Brückenbauer und aufrechten Kämpfer gegen Rassismus und Antisemitismus. Wir gedenken in tief empfundener Trauer und Dankbarkeit einem großen Österreicher.“

Seine Verdienste um die ÖIG und für zivilgesellschaftliches Engagement in Österreich können nicht genug gewürdigt werden.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Zeitzeuge Rudolf Gelbard am 5. Mai 2015 im Historischen Sitzungssaal des Parlaments auf Einladung der damaligen Nationalratspräsidentin Doris Bures

Er wird seinem Land Österreich, aber auch Israel sehr fehlen. ■ <http://www.parlament.gv.at>
<https://www.oelig.at>

Gedenkmesse für Altbürgermeister Zilk im Steffi

Im Wiener Stephansdom wurde am 22. Oktober dem vor zehn Jahren am 24. Oktober verstorbenen Altbürgermeister Helmut Zilk mit einer Totenmesse gedacht. Neben Zilks Witwe Dagmar Koller und WegbegleiterInnen des Altbürgermeisters aus Politik, Verwaltung, Kunst und Kultur wohnte auch Wiens Bürgermeister Michael Ludwig dem Hochamt im Dom bei.

In einer kurzen Ansprache im Rahmen der von Dompfarrer Toni Faber gehaltenen Messe würdigte der Bürgermeister das Leben und die Leistung des Altbürgermeisters. Auch nach seinem Tod prägt der zu Lebzeiten als Kult-Bürgermeister verehrte Zilk das Stadtbild. So würde der Platz vor der Albertina nach ihm benannt. Eine Gedenktafel am Jüdischen Museum Wien erinnert die Rolle Helmut Zilks bei der Neugründung des Museums. Auch die neue „Grüne Lunge“, der 1.400 Hektar große Park zwischen neuem Hauptbahnhof und Sonnwendviertel in Favoriten, ist nach Helmut Zilk benannt.

Über Helmut Zilk

Helmut Zilk wurde am 9. Juni 1927 in Wien geboren. Der Journalist und Politiker (SPÖ) war von 1983 bis 1984 Unterrichtsminister und ab 1984 bis 1994 zehn Jahre lang Wiener Bürgermeister. Berühmtheit erlangte er als Moderator der „Stadtgespräche“ im ORF. Als Bürgermeister setzte er unter anderem die Verbannung der Autos vom Rathaus-



Fotos: RK / Pressefoto Votava

Gedenkmesse für den Wiener Kult-Bürgermeister

platz durch und startete den Bau des „Schulschiffs“. Er war auch Impulsgeber für den „Adventzauber“ und das Film Festival am Rathausplatz. Kultstatus erreichte er durch seine Spaziergänge durch die Innenstadt. Wienerinnen und Wiener konnten ihre Anliegen direkt beim Bürgermeister deponieren, der, begleitet von einem Assistenten von diesem notiert und auf Auftrag des Bürgermeisters direkt an die zuständigen Stellen weitergegeben wurden. 1993 wurde Zilk Opfer



Witwe Dagmar Koller und Dompfarrer Anton Faber

eines rechtsextremen Briefbomben-Attentats, bei dem er eine Hand verlor. Nach seinem Rückzug aus der Politik blieb Zilk in den Medien als Kommentator und Kritiker präsent und kehrte für die Reihe „Lebenskünstler“ in seinen Beruf als ORF-Moderator zurück. Am 24. Oktober 2008 starb Zilk nach kurzer Krankheit in Wien. Der Altbürgermeister ist in einem Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof bestattet. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Zilk

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Andreas Ittner

Der Vize-Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Andreas Ittner, erhielt am 2. Oktober das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Gouverneur Ewald Nowotny hob bei der feierlichen Überreichung hervor: „Andreas Ittner ist in der OeNB seit vielen Jahren für die Bereiche Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik zuständig und hat sich nicht nur um den österreichischen Finanzplatz, sondern auch um den Neuaufbau des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus in Europa einen hervorragenden Ruf erworben.“

Das Aufgabenspektrum der OeNB im Bereich der Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht hat sich in den vergangenen Jahren, insbesondere auch in Folge der globalen Finanzkrise 2008, umfassend laufend erweitert. Ittner sorgte durch seine ruhige und fachkundige Aufbauarbeit unter Einsatz der großen Expertise seiner MitarbeiterInnen für eine deutliche Stabilisierung und Stärkung des österreichischen Finanzplatzes. Er etablierte in der OeNB einen effizienten und fortschrittlichen Bankenanalyse- und -prüfbereich sowie die makroprudenzielle Auf-



Foto: OeNB

OeNB-Vize-Gouverneur Andreas Ittner (l.) und OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny

sicht mit einem hervorragenden internationalen Ruf. Während der Finanzkrise hat Ittner die im Januar 2009 eingerichtete sogenannte „Vienna Initiative“ stark unterstützt und trug wesentlich dazu bei, die Stabilität des Finanzsektors in Zentral-, Süd- und Südosteuropa zu sichern. Nowotny: „Ittner hat

nicht nur in der Bankenaufsicht Großes geleistet, unter seiner Leitung ist auch der Statistikbereich der OeNB vollkommen erneuert worden. Die OeNB wurde gerade im Bereich des Meldewesens mit der Etablierung eines Data-Warehouse-Systems zur Vorreiterin der europäischen Statistik.“ ■

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Alois Brandstetter

Mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich wurde der Schriftsteller Alois Brandstetter am 16. Oktober ausgezeichnet. Bei seinen Eröffnungsworten im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung bezeichnete ihn Kulturreferent Landeshauptmann Peter Kaiser als „Meister des Wortes“. Er sei ein Philologe im klassischen Sinn, der in der Öffentlichkeit eher still sei und seine Weisheiten in Form von Literatur an die Menschen weitergebe: „Alois Brandstetter hat sehr viel zum literarischen Schatz Kärntens und dessen Bewahrung beigetragen.“ Daß er sich dazu entschieden habe, nach Kärnten zu kommen und hier zu bleiben, habe diesem Land, seinen Menschen und der verantwortlichen Kulturpolitik sehr viel gegeben und schöne Augenblicke beschert. „Bescheren sie uns noch weitere schöne, lesende, stille und inehaltende Augenblicke“, sagte der Landeshauptmann.

Jürgen Meindl, Leiter der Kunst- und Kultursektion im Bundeskanzleramt, sprach in seiner Laudatio über die besonderen Merkmale „Brandstetterschen Schreibens“. „Der Wortwitz, die Parodie, das Spiel mit



Foto: LPD / Walter Fritz

Nach der feierlichen Verleihung im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung (v.l.): Landeshauptmann Peter Kaiser, Alois Brandstetter mit Gattin Suchra-Christina und Jürgen Meindl

Sprachgeschichte, die rhythmische Sprache und die intensiven Beschreibungen von Mensch und Natur sind bei Alois Brandstetter zu verorten.“ Brandstetter sei ein Konservativer im besten Wortsinn. „Wir ehren heu-

te einen Humanisten, einen Menschenfreund, einen der ganz großen österreichischen Schreibenden des 20. und 21. Jahrhunderts“, so Meindl. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Alois_Brandstetter

Silbernes Komturkreuz des Landes NÖ an Prof. Friedrich Prinz

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner überreichte Prof. Friedrich Prinz, Physiker und Wissenschaftler an der renommierten Stanford-Universität, am 25. September das „Silberne Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“.

Mikl-Leitner würdigte Prinz als einen „Wissenschaftler von Weltrang“, der sich an namhaften amerikanischen Universitäten als „Vordenker und Wegbereiter“ einen Namen gemacht und in der Mikro- und Nano-Forschung im Energie- und Biologiebereich neue Maßstäbe gesetzt habe. Prinz sei nicht nur ein herausragender Wissenschaftler, sondern auch ein begnadeter Kommunikator. Er habe den Kontakt zu Österreich nie abreißen lassen und bringe sich nach wie vor in wichtigen Institutionen wie der österreichischen Akademie der Wissenschaften und als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates ein, betonte Mikl-Leitner. Darüber hinaus sei der im Waldviertel Aufgewachsene ein kompetenter und verlässlicher Partner Niederösterreichs.

Wissenschaft habe in Niederösterreich einen besonderen Stellenwert und investiere jährlich rund 100 Millionen Euro in diesem



Foto: NLK / Pfeiffer

Sohn Benedikt, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Gattin Gertrud und Prof. Friedrich Prinz

Bereich. Es brauche aber auch Persönlichkeiten und Forscher wie Prinz, die „uns dabei begleiten und unterstützen“.

Prinz dankte für die „großartige Auszeichnung“ und sagte, er habe immer großen Wert auf „starke Beziehungen“ zu Niederöster-

reich gelegt. Der Wohlstand hänge von der Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Austausch ab. Innovation und Technologie sind für ihn zwei wesentliche Dimensionen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. ■

<https://profiles.stanford.edu/friedrich-prinz>

»Gold« für Peter Schmidl und Oberkantor Shmuel Barzilai

Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler hat am 20. September im Rathaus mit Peter Schmidl und Shmuel Barzilai „zwei Persönlichkeiten ausgezeichnet, die mit ihrer Musik, ihrer Stimme das österreichische wie nationale Kulturleben maßgeblich geprägt haben“. Zahlreiche Gäste aus Politik und Kunst haben an der Feierstunde teilgenommen.

„Peter Schmidl und Shmuel Barzilai kommen aus einer großen Tradition, aus der sie Kraft schöpfen. Sie geben ihr Wissen, Können und ihren reichen Erfahrungsschatz nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch im universitären Bereich weiter. Sie nehmen damit eine gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung wahr. Schmidl und Barzilai sind Wegbereiter – nicht nur in der Gegenwart, sondern auch der Zukunft“, so Kaup-Hasler in ihrer Ansprache.

„Wien ist nicht nur eine der lebenswertesten Städte, sondern auch eine der lebenswertesten. Sie ist sauber, sicher und die Menschen vertragen sich. Wien ist wichtig für Europa, für die ganze Welt“, gab Peter Schmidl seiner Freude über die Auszeichnung Ausdruck.



Foto: PID

v.l.: Univ.-Prof. Peter Schmidl, Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler und Oberkantor Shmuel Barzilai nach der festlichen Verleihung im Wiener Rathaus

„Gerade im Wiener Rathaus, wo wir schon öfter mit dem Kinderchor aufgetreten sind, eine Auszeichnung zu erhalten, bedeutet mir sehr viel“, bedankte sich Shmuel Bar-

zilai. „Die ganze Welt ist eine schmale Brücke, man darf keine Angst haben, darauf zu gehen. Es gibt noch viel zu tun. Die Auszeichnung gibt mir Kraft, weiterzumachen“. ■

Kirchen und Kultusgemeinde gemeinsam gegen Ausgrenzung

Gemeinsame Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) und der Israelitischen Kultusgemeinde Wien anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome (9. November) – »Die Schoah hat tiefe Risse hinterlassen«

Anlässlich des 80. Jahrestages der Novemberpogrome und in Erinnerung an das Versagen der Kirchen und der Gesellschaft insgesamt, das in den Gräueltaten des 9. Novembers 1938 in unfassbarer Weise sichtbar wurde, haben die Israelitische Kultusgemeinde Wien und der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich eine gemeinsame Erklärung herausgegeben. Christen und Juden bekennen sich heute dazu, gemeinsam im Gespräch zu bleiben und sich für Frieden und gegen jegliche Gewalt und Ausgrenzung einzusetzen.

Die gemeinsame Erklärung im Wortlaut

Eine runde Zahl macht keinen Unterschied. Ob es jetzt 73, 79 oder 80 Jahre her ist, immer bleibt die Tatsache unverändert, daß in der Nacht des 9. November 1938 das Angesicht Österreichs grundlegend verändert wurde. Bis heute fehlen die Menschen, die Synagogen und andere jüdische Einrichtungen. War die jüdische Gemeinde davor ein Teil der österreichischen Gesellschaft und Kulturlandschaft gewesen, so begann mit dieser Nacht die Wandlung hin zu einem weitgehend synagogen- und judenleeren Staat.

Die runde Zahl ändert nichts an der Sache. Aber sie ist Anlaß, uns gemeinsam zu äußern, Jüdinnen und Juden und Christinnen und Christen. Wir sprechen aus: Die Schoah hat tiefe Risse hinterlassen.

Wir spüren sie heute in der geringen Größe der jüdischen Gemeinden: Neffen und Nichten, Väter und Mütter, Onkel und Tanten, die es heute geben hätte sollen, konnten nie geboren werden. Wir spüren diesen Verlust in der christlich-jüdischen Begegnung und im alltäglichen Zusammenleben.

Wir nehmen wahr, daß sich oft die Dialogerwartungen von interessierten Menschen aus den christlichen Kirchen nicht erfüllen können, weil die GesprächspartnerInnen als Gegenüber fehlen.

Wir spüren die Last, die die TäterInnen hinterlassen haben, indem sie sich weigerten, Verantwortung zu übernehmen.



Foto: ÖRKÖ

Der ÖRKÖ-Vorstand 2017-2019 (v.l.): Bischof Heinz Lederleitner (Altkatholische Kirche), Bischof Andrej Cilerdziv (Serbisch-orthodoxe Kirche), Landessuperintendent Thomas Hennefeld (Evangelische Kirche H.B.), Oberkirchenrätin Ingrid Bachler (Evangelische Kirche A.B.), Pastorin Esther Handschin (Evangelisch-Methodistische Kirche) Bischof Manfred Scheuer (Römisch-katholische Kirche) und Pater Lukas Daniel (Koptisch-orthodoxe Kirche)

Wir nehmen wahr, daß der Dialog selbst auch von jungen Christinnen und Christen von Schuldgefühlen geprägt ist oder von einer Opfer-Täter-Umkehr belastet wird. Wir nehmen wahr, daß junge Menschen neugierig aufeinander zugehen möchten und neue Fragen miteinander ansprechen möchten: Welche Probleme haben Jüdinnen und Juden als Minderheit in einem christlich geprägten Land? Wie formuliert sich eine christliche Glaubensidentität mit dem Wissen, daß vor allem jüdische Menschen die christliche Kirche mitgegründet und gestaltet haben?

Wir sind der Überzeugung, daß das Beste, das wir nun aus dieser schwierigen Situation heute machen können, ist, den seit der Schoah begonnenen christlich-jüdischen Dialog mutig und noch verstärkt weiterzuführen.

Wir sind guter Zuversicht, daß wir im Austausch auf gleicher Augenhöhe miteinander problematische Theologien und Ansichten besprechen, verstehen und verändert können.

Die jüdisch-christliche Zusammenarbeit möchte in der heutigen Gesellschaft wirksam werden, als eine starke Stimme für die Menschenfreundlichkeit unserer Religionen und für ein gutes Zusammenleben. Unsere

Religionen verpflichten uns, Fremde zu lieben – wobei daran erinnert werden soll, daß 1938 die jüdischen Nachbarn meist keine Fremden waren –, die Schöpfung zu bewahren und eine gerechte Gesellschaft zu gestalten. In Erinnerung an das Versagen von Kirche und Gesellschaft, das in den Untaten des 9. Novembers 1938 entsetzlich deutlich wurde, bekennen wir uns gemeinsam dazu, im Gespräch zu bleiben, den Frieden zu suchen und jede Ausgrenzung und Gewalt zu verurteilen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRKÖ) ist ein Gremium, in dem christliche Kirchen zusammenkommen, um Themen zu beraten, die alle gemeinsam betreffen. Er ist die Stimme, mit der die Kirchen dann sprechen, wenn deutlich zum Ausdruck kommen soll, daß trotz aller konfessioneller Unterschiede und Kontroversen die christlichen Kirchen durch eine gemeinsame und tragfähige Basis verbunden sind.

Der ÖRKÖ wurde 1958 gegründet und hat derzeit 16 Mitglieder. Darüber hinaus arbeiten eine Reihe von Kirchen und kirchlichen Organisationen als Beobachter mit. ■ <http://www.oekumene.at>

Millionenprojekt Domrenovierung

Von Mai bis November 2019 wird der Grazer Dom wegen der Renovierung geschlossen.

Foto: »Sonntagsblatt« / Gerd Neuhold



Bei der Pressekonferenz zur Innenrenovierung im Grazer Dom (v.l.): Gemeinderat Ernest Schwindsackl, Generaldirektor Martin Schaller, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Bischof Wilhelm Krautwaschl, Hofrat Christian Brugger, Dompfarrer Heinrich Schnuderl

Bei einer Pressekonferenz im Grazer Dom am 9. Oktober wurde das Großprojekt zur Erhaltung des Grazer Doms präsentiert: Die für die nächsten Jahre (bis 2021) geplanten Innenrenovierungen mit Kosten von über 5 Millionen Euro werden in einer ersten Phase von Mai bis November 2019 beginnen. Während dieser Zeit bleibt der Dom geschlossen.

Die Dompfarrgemeinde weicht in das Mausoleum, die Katharinenkirche, aus.

Dompfarrer Heinrich Schnuderl: „Der ‚Zahn der Zeit‘ nagt am Interieur des Doms. Nach der Sanierung des Äußeren im Vorjahr ist unter Anleitung des Bundesdenkmalamtes im Sommer 2018 eine gründliche Befundung vorgenommen worden, die erhebliche Schäden der Gemälde, der Holzeinrichtung, der Fresken und Malerei, und der Marmoraufbauten der Altäre festgestellt hat. Leider werden die erforderlichen Baumaßnahmen sehr hohe Kosten verursachen.“

Der Dom ist der Sitz (kathedra) der Diözesanbischöfe. Bischof Wilhelm Krautwaschl bat um Unterstützung bei der Renovierung: „Wir haben eine Verpflichtung, das kulturelle Erbe zu pflegen, aber auch die Herausforderungen der kommenden Zeit anzunehmen. Beide Aspekte müssen bei einer Generalsanierung der Domkirche beachtet werden. Ich bitte aber auch, uns dabei zu helfen, den Dom als Zeichen des Glaubens und als Zeugnis christlicher Kultur zu erhalten.“

Foto: »Sonntagsblatt« / Gerd Neuhold



Hofrat Christian Brugger führte durch den Dom, um Schadensfälle aufzuzeigen.

Wesentliche Unterstützung erhält der Dom vom Land Steiermark. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sieht darin einen Beitrag zum Erhalt des großen steirischen Erbes: „Der Grazer Dom als bedeutender Teil der Grazer Stadtkrone ist nicht nur ein Haus Gottes, sondern auch ein architektonisches Juwel mit überregionaler Bedeutung. Diese Kirche ist Zeuge der wechselvollen Geschichte unserer Steiermark und ein Kulturgut von unschätzbarem Wert. Mit der Unterstützung für die Sanierung des Gra-

zer Doms leistet das Land Steiermark einen Beitrag zum Erhalt unseres Erbes, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder die Pracht dieses Gotteshauses erleben können.“ Er selbst habe eine persönliche Beziehung, so gehe er ja nicht nur täglich an ihm vorbei in das Amt, sondern verbleibe auch gern für kurze Zeit in der Stille des Domes.

Auch die Stadt Graz unterstützt das Projekt. Gemeinderat Ernest Schwindsackl sicherte in Vertretung des Bürgermeisters Siegfried Nagl seine Unterstützung zu: „Die Lan-

Religion und Kirche



deshauptstadt Graz fördert diese notwendigen Maßnahmen mit einem Betrag von 167.900 Euro.“

Christian Brugger, Leiter des Bundesdenkmalamtes, Abteilung für Steiermark, sagte zur Notwendigkeit der umfangreichen Restaurierungsarbeiten: „Auch wenn der erste Eindruck scheinbar wenig Notwendigkeiten suggeriert, verbergen sich die Krankheitsbilder doch vielfach in verborgenen Schichten. Dies haben die bisherigen restauratorischen Untersuchungen jedenfalls festgestellt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, damit unwiederbringliche steirische Kunstschatze nicht verloren gehen.“

Ursachen der nötig gewordenen Innenrenovierung, die letzte wurde in den frühen 1960er Jahren durchgeführt, sind die suboptimalen früheren Restaurierungsarbeiten, größtenteils aber der „natürliche Streß“ durch Nutzung, Licht, Raumklima, Heizung und Feuchtigkeit.

Der Vorsitzende des Kuratoriums für den Grazer Dom, Generaldirektor Martin Schaller, sagte zur Finanzierungslage: „Ich verspreche, daß wir mit den Mitteln die wir zur Verfügung gestellt bekommen, sehr sparsam umgehen werden. Der große erste Block der Außenrenovierungsarbeiten wurde bereits zur Hälfte abgeschlossen und beläuft sich auf rund 600.000 Euro. Der zweite große Kostenblock ist die anstehende Innenrenovierung ab 2019, der mit rund 3,9 Millionen Euro veranschlagt ist. Schließlich wird die Orgel im Jahr 2021 für rund 1,5 Millionen Euro saniert und renoviert, als dritten großen Block. In Summe ergibt das einen Aufwand von 6 Millionen Euro, von denen noch rund zwei Millionen Euro fehlen.“ ■

<http://www.katholische-kirche-steiermark.at>



Alle Foto: Diözese Graz-Seckau / Brunnthaler

Feinkostladen Niederösterreich

Innovative Gast- und Landwirte an einem Tisch – LH-Stellvertreter Pernkopf und Tourismus-Landesrätin Bohuslav: Starke kulinarische Partnerschaft



Foto: NLK / Filzwieser

Eröffneten gemeinsam den »Feinkostladen Niederösterreich«. Im Bild (v.l.): Zweiter Landtagspräsident und Bürgermeister Gerhard Karner, Obmann Harald Pollak (NÖ Wirtshauskultur), Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav, Landeshauptmann-Stellvertreter Stephan Pernkopf und Christian Mutenthaler von »So schmeckt Niederösterreich«

Die Niederösterreichische Wirtshauskultur und „So schmeckt Niederösterreich“ bündeln ihre Kräfte. Dazu veranstalteten sie am 23. Oktober den ersten „Feinkostladen Niederösterreich“. Rund 200 heimische Gast- und LandwirtInnen haben sich in Texting getroffen, um Geschäftsbeziehungen für noch mehr regionale Lebensmittel in der heimischen Gastronomie aufzubauen und zu verstärken.

Gutes Essen bringt Menschen zusammen. Es entstehen Ideen, das Gemeinschaftsgefühl wird gestärkt und der Austausch gefördert. Beim erstmals ausgetragenen „Feinkostladen Niederösterreich“ war diese Gemeinsamkeit deutlich spürbar. „Erstmalig kommen Niederösterreichs innovativste Gast- und Landwirte an einem Tisch zusammen. Sie arbeiten gemeinsam daran, daß mehr regionale Lebensmittel an die Gastronomie geliefert werden. Die Zusammenarbeit mit den Wirtinnen und Wirten ist eine spannende Absatzmöglichkeit für die hoch qualitativen Lebensmittel unserer ‚So schmeckt Niederösterreich‘-Partnerbetriebe. Durch die Kooperation entstehen in der Landwirtschaft und auch in der Gastwirtschaft neue Ideen“, sagte LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf.

Als „Land für Genießer“ ist Niederösterreich auch die kulinarische Schatzkammer

Österreichs. Tourismus-Landesrätin Petra Bohuslav dazu: „Gäste sehnen sich immer mehr nach naturbelassenen Lebensmitteln und schätzen unsere authentische und bodenständige Küche. Themen wie Regionalität und Saisonalität sind nicht nur Trendbegriffe, es handelt sich um eine Lebenseinstellung. Schon seit vielen Jahren wird die Partnerschaft mit der Landwirtschaft bei der Wirtshauskultur gelebt. Wir werden diese regionale Vernetzung weiterhin unterstützen, denn schließlich sind es die Menschen, die Niederösterreich Geschmack geben.“

Bürgermeister Gerhard Karner freut sich über die Premiere in seiner Gemeinde. Gastgeber waren das Gemeindeamt selbst bzw. der Gasthof zur Post: „Als Bürgermeister von Textingtal bin ich sehr stolz auf dieses erstmalige Zusammentreffen von über 200 Gast- und Landwirten aus ganz Niederösterreich. Als gastfreundlicher Ort freuen wir uns ganz besonders über diese neue Initiative.“

Der Großteil der Bevölkerung in Österreich versteht unter Regionalität, daß Produkte aus der unmittelbaren Umgebung (72 Prozent) oder dem Bundesland, in dem sie leben (59 Prozent), kommen. Die Stärkung der heimischen Landwirtschaft sowie die kurzen Transportwege zählen laut Motivana-

lyse der AMA zu den wesentlichsten Kaufentscheidungen. „Wir legen größten Wert auf die Förderung regionaler Kreisläufe und unterstützen auch die heimische Landwirtschaft. Unsere Wirtinnen und Wirte kaufen verstärkt regional ein und arbeiten eng mit heimischen Produzenten zusammen. Mit dem ‚Feinkostladen Niederösterreich‘ gewinnt der Begriff Regionalität zukünftig noch mehr an Bedeutung“, weiß Harald Pollak, Obmann der Niederösterreichischen Wirtshauskultur.

Dass der Brückenschlag zwischen ProduzentInnen und GastronomInnen bereits weit fortgeschritten ist, ist vor allem dem Kooperationspartner „So schmeckt Niederösterreich“ zu verdanken. Die Vermarktungsplattform leistet seit knapp 15 Jahren einen wertvollen Beitrag zur Förderung regionaler Produzenten. „Wir sind von dem Gemeinschaftsprojekt vollends überzeugt. Eine verstärkte Zusammenarbeit kommt nicht zuletzt den Gästen zugute, da diese von der nachvollziehbaren Produktion und der hervorragenden Qualität der Lebensmittel profitieren“, sagt Christina Mutenthaler von „So schmeckt Niederösterreich“, abschließend. ■

<http://www.wirtshauskultur.at>

<http://www.soschmecktnoe.at>

<http://www.noel.gv.at>

Wikingerschiff in Norwegen

Sensationeller Fund: Bodenradar entdeckt auch Grabhügel und Langhäuser

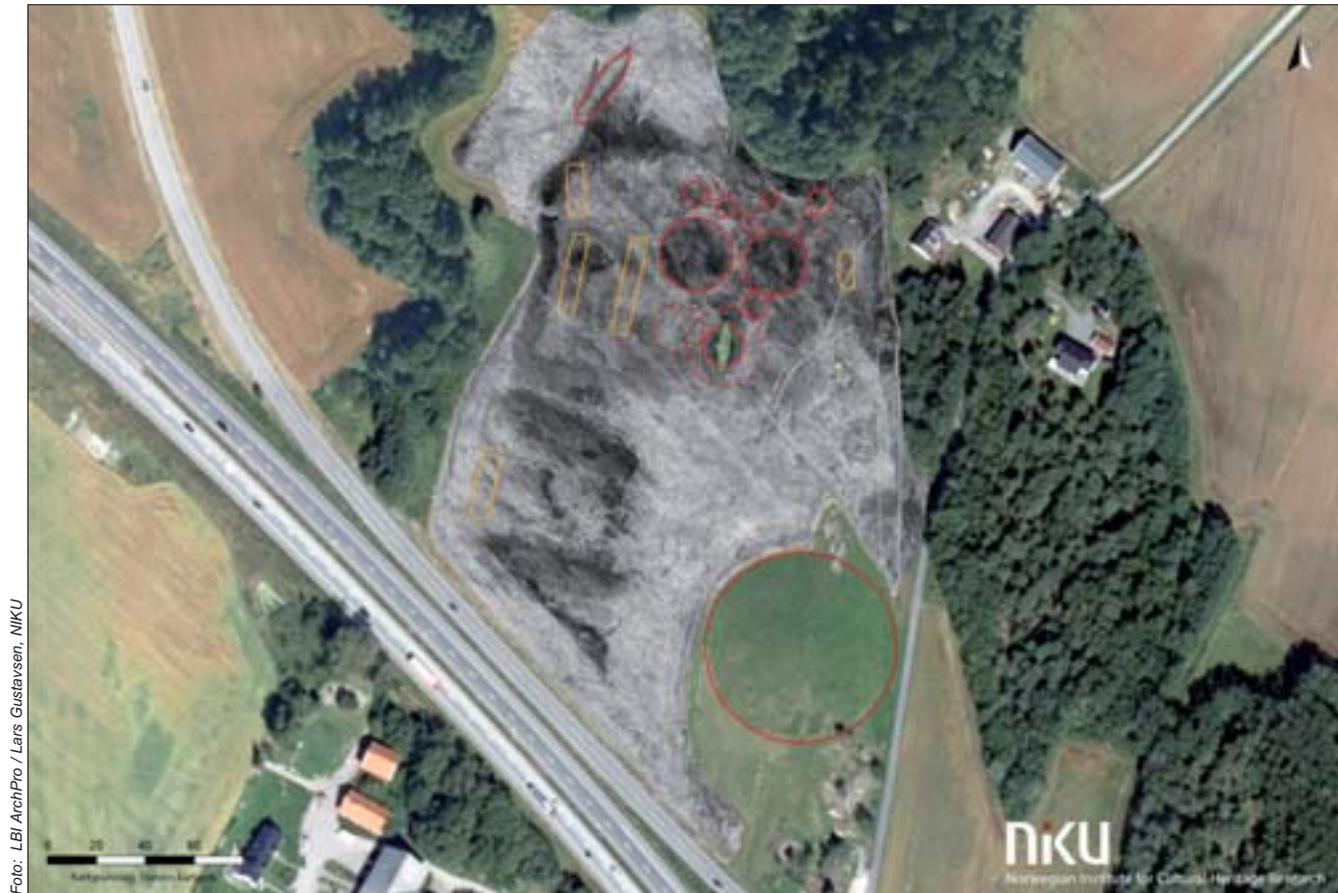


Foto: LBI ArchPro / Lars Gustavsen, NIKU

Das Wikingerschiff wurde mittels Georadar in Viksletta direkt neben dem monumentalen Jee Mound in Østfold gefunden.

Ausgerüstet mit einem motorisierten Hochauflösenden Bodenradar haben ArchäologInnen in der Region Østfold in Norwegen ein Wikingerschiff und eine große Anzahl von Grabhügeln und Langhäusern entdeckt. Die ArchäologInnen vom norwegischen Institut für Kulturgüterforschung (NIKU) haben mit der vom Ludwig Boltzmann Institut für Archäologische Prospektion und Virtuelle Archäologie (LBI ArchPro) in Wien und Niederösterreich entwickelten Technologie diese einzigartige Entdeckung gemacht. Das Wikingerschiff befindet sich knapp unter der Bodenoberfläche in einer Tiefe von ungefähr 50 cm und wurde ursprünglich in einem Grabhügel bestattet. Die digitalen Visualisierungen der Radardaten zeigen eine klar erkennliche schiffsförmige Struktur mit einer Länge von 20 m. Die Daten deuten darauf hin, daß der untere Teil des Schiffes bis heute gut konserviert ist. Weitere zerstörungsfreie Untersuchungen sind geplant, um diesen besonderen Fund

und die umgebende Landschaft digital zu kartieren.

Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich: „Bei dem in ganz Europa erfolgreich operierenden LBI ArchPro zeigt sich, wie wichtig die enge Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung in einem Europa der Regionen ist. Die von Niederösterreich unterstützten Entwicklungen für die digitale Archäologie helfen mit, unser gemeinsames kulturelles Erbe zu erkunden und zu schützen, um es für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, aber auch um es für die nachkommenden Generationen zu bewahren. Das Land Niederösterreich ist stolz, an dieser bedeutenden Entdeckung in Norwegen Anteil zu haben und sieht sich auf dem Weg der Unterstützung von Spitzenforschung zum Wohl unserer Gesellschaft bestätigt. Nach den einzigartigen Entdeckungen wie der Gladiatorenschule oder des ersten Amphitheaters in Carnuntum ist dem LBI ArchPro mit dieser Entdek-

kung ein weiterer Meilenstein gelungen, der zeigt, wie wichtig die zerstörungsfreie Erkundung und Dokumentation unseres gemeinsamen kulturellen Erbes in Europa ist und in Zukunft werden wird. Das Land Niederösterreich freut sich, als einer der Mitbegründer des LBI ArchPro gemeinsam mit den norwegischen Partnern einen weiteren bedeutenden Fund zur europäischen Geschichte der Bevölkerung zugänglich zu machen. Mit dem LBI ArchPro hat die Digitalisierung auch längst in der Archäologie Einzug gehalten.“

Sensationeller Fund von Wikingerschiff, Grabhügeln und Langhäusern

Der sensationelle Fund befindet sich in Viksletta, in direkter Nachbarschaft zum monumentalen Grabhügel von Jelle in Østfold, Norwegen. Das Team hat die Überreste von zumindest acht bisher völlig unbekanntem und vom Pflug zerstörten Grabhügeln lokalisiert. Mithilfe des Bodenradars ist es

jedoch möglich, die Überreste und die umfassenden Gräben dieser massiven Monumente bis in kleinste Details zu kartieren. Einer dieser zerstörten Grabhügel zeigt deutlich die Überreste eines ursprünglich im Hügel bestatteten Wikingerschiffes. Es gibt klare Hinweise darauf, daß der Kiel und der untere Teil des Schiffes in diesem Grab noch bestens konserviert sind. Basierend auf dem Wissen über andere bekannte Wikingerschiffe erstellten die ArchäologInnen eine erste hypothetische Rekonstruktion des Schiffes.

„Wir sind sicher, daß hier ein Schiff bestattet ist. Wie viel tatsächlich noch erhalten ist, ist vor weiteren Untersuchungen schwer zu sagen“, sagt Morten Hanisch, Landeskonservator von Østfold. Und Knut Paasche, Leiter der Abteilung für digitale Archäologie von NIKU und ausgewiesener Wikingerschiff-Experte, ergänzt: „Dieser Befund ist ausgesprochen aufregend, da wir bisher nur drei gut erhaltene Wikingerschiffe in Norwegen kennen, alle vor über 100 Jahren ausgegraben. Dieses Schiff ist von großer historischer Bedeutung, da wir es mit den modernsten Mitteln der Archäologie untersuchen können.“

Neben den monumentalen Grabhügeln hat das Bodenradar noch die Überreste von fünf Langhäusern ans Tageslicht gebracht, einige von ihnen von beachtlicher Größe, eine Situation vergleichbar mit der Fundstelle Borre in Vestfold, auf der gegenüberliegenden Seite des Oslo Fjords. „Dieser Schiffsfund liegt nicht isoliert, sondern war Teil eines Gräberfeldes, welches Macht und Einfluss weithin sichtbar repräsentierte“, sagt der Archäologe Lars Gustavsen, Projektleiter von NIKU.

Die Archäologen von NIKU planen gemeinsam mit dem LBI ArchPro weitere zerstörungsfreie geophysikalischen Methoden einzusetzen, um weitere grundlegende Fakten zur Struktur und dem Erhaltungszustand des Schiffes ohne Bodeneingriff zu erhalten. Das Team geht davon aus, daß nach Abschluß der nichtinvasiven Untersuchungen archäologische Ausgrabungen zur Sicherung dieses einzigartigen Fundes notwendig sein werden.

Die Bodenradaruntersuchungen beim Grabhügel von Jelle wurden von NIKU in enger Zusammenarbeit mit der Provinz Østfold durchgeführt. Die genutzte Methode und Software wurden vom LBI ArchPro in Wien und Niederösterreich entwickelt.

LBI ArchPro

Das Ludwig Boltzmann Institut für Archäologische Prospektion und Virtuelle Archäologie ist ein Forschungsinstitut der



Foto: LBI ArchPro / Lars Gustavsen, NIKU

Das mit dem Bodenradar ausgestattete Fahrzeug »tastet« jeden Quadratzentimeter ab.

Ludwig Boltzmann Gesellschaft und wurde 2010 gegründet. Das Institut führt seine Forschungsaktivitäten gemeinsam mit internationalen Partnerorganisationen durch und zielt auf die Errichtung eines Netzwerks von ForscherInnen ab, die gemeinsam interdisziplinäre archäologische Forschungsprogramme zur Entwicklung großflächiger, effizienter und zerstörungsfreier Methoden der Entdeckung, Dokumentation, Visualisierung und Interpretation des europäischen archäologischen Erbes durchführen. Die Hauptpartner des in Wien und Niederösterreich angesiedelten Instituts sind die Ludwig Boltzmann Gesellschaft (A), das Amt der Nieder-

österreichischen Landesregierung (A), die Universität Wien (A), die Technische Universität Wien (A), die ZAMG – Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (A), Airborne Technologies (A), 7reasons (A), das RGZM Mainz – Römisch-Germanisches Zentralmuseum Mainz (D), das LWL – Archäologie für Westfalen (D), das NIKU – Norwegian Institute for Cultural Heritage (N) and Vestfold fylkeskommune – Kulturarv (N). ■

<https://archpro.lbg.ac.at>

<https://niku.no>

Link zum YouTube-Video:

https://youtu.be/yTU_j5zPMFc

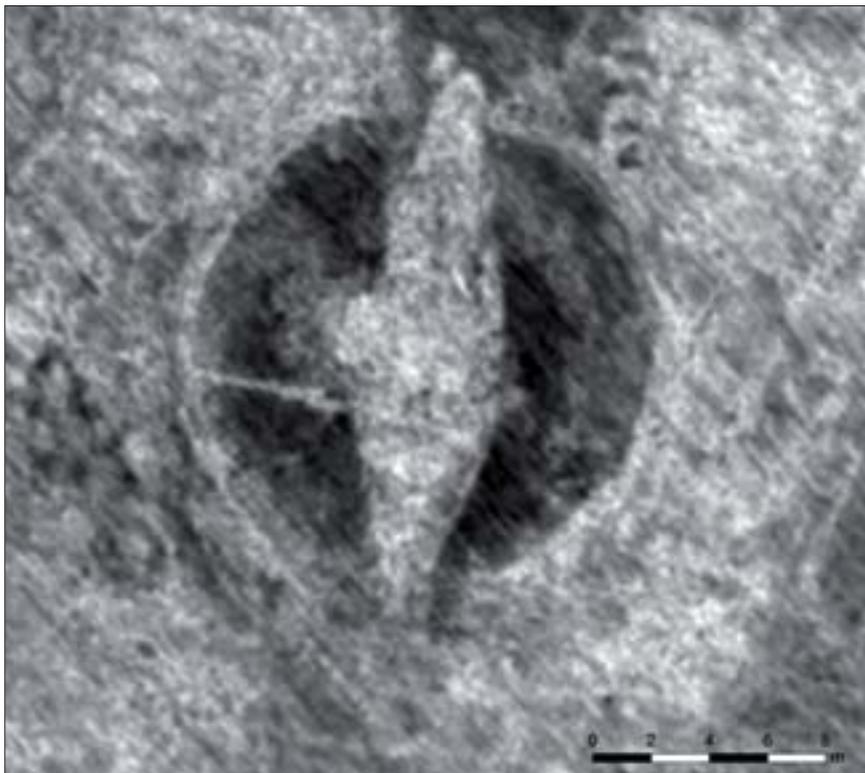


Foto: LBI ArchPro / Lars Gustavsen, NIKU

Die Umriss des Wikingerschiffes sind in dieser Animation der Radardaten deutlich zu sehen.

Laser lenkt Zellwachstum in geordnete Bahnen

Winzige Strukturen, in denen sich lebende Zellen vermehren, kann man gezielt mit Laserstrahlen herstellen. An der TU Wien wurde diese Technik nun deutlich verbessert.

Zellen in einer Petrischale wachsen zu lassen ist einfach – aber es gibt einen gravierenden Nachteil: Man ist auf zwei Dimensionen beschränkt. Will man dreidimensionale Strukturen wachsen lassen, etwa um den Stofftransport in einem Gewebe zu studieren oder gar um kleine Blutkapillaren zu erzeugen, dann muß man die Zellen dreidimensional anordnen und ihnen dafür das passende Gerüst bieten.

Erreichen kann man das, indem man bioverträgliche wässrige Materialien (sogenannte Hydrogele) mit Laserstrahlen gezielt zurechtformt. Diese Technik konnte nun an der TU Wien deutlich verbessert werden – mit Hilfe eines Zusatzstoffes, der die Empfindlichkeit des Hydrogels gegenüber dem Laserlicht erhöht. Das Forschungsprojekt war eine Zusammenarbeit mehrerer Institute der TU Wien und der Universität Uppsala. Publiziert wurden die neuen Erkenntnisse nun im Fachjournal „Angewandte Chemie“.

Ein Gitternetz im Mikro-Format

„Hydrogele sind Polymere mit lockerer Molekülstruktur. Man kann sie sich wie ein dreidimensionales Netzwerk vorstellen, in dem sich lebende Zellen stützen und festhalten lassen“, erklärt Markus Lunzer von der TU Wien. „Damit die Zellen sich so verhalten, wie man das möchte, muß man diese Hydrogele aber oft auf der Mikrometerskala manipulieren – etwa indem man Kanäle im Hydrogel anlegt, in die Zellen hineinwachsen können, oder durch die sie mit Nährstoffen versorgt werden.“

An der TU Wien verwendet man dafür eine spezielle Lasertechnik: Der Laserstrahl wird auf einen Punkt im Hydrogel fokussiert. Genau dort, wo der Laserstrahl am intensivsten ist, wird eine chemische Reaktion angeregt. Eine eigens dafür ins Hydrogel eingebaute spaltbare Gruppe wird abgelöst, und das Hydrogel löst sich am gewünschten Punkt auf. „Wir verwenden eine chemische Reaktion, die nur dann abläuft, wenn gleichzeitig am selben Ort zwei Photonen aus dem Ultrakurzpuslaserstrahl absorbiert werden“,

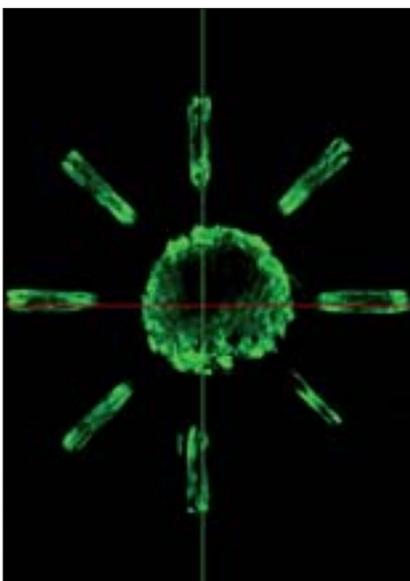


Foto: TU Wien

Mit einer speziellen Technik werden kleine Kanälchen mit einem Durchmesser von ca. 20µm hergestellt, in denen sich die Zellen ansiedeln.

sagt Markus Lunzer. „Die Wahrscheinlichkeit dafür ist fast überall extrem niedrig – nur exakt am Fokuspunkt des Laserstrahls ist sie ausreichend hoch. Dadurch erreichen wir eine ausgezeichnete Präzision und können mit Licht gezielt winzige Kanäle ins Hydrogel fräsen.“

Der Sensitizer – das Beschleunigungsmolekül

Normalerweise ist dieser Prozeß aber recht ineffizient und deshalb langsam. Das Team der TU Wien fand nun aber einen entscheidenden Trick: „Wir fügen dem Hydrogel einen sogenannten Sensitizer hinzu“, sagt Aleksandr Ovsianikov. „Das ist ein Molekül, das dabei hilft, die Energie des Lichts auf das Hydrogel zu übertragen.“ Hergestellt wurde der Sensitizer vom Chemiker Prof. Robert Liska (ebenfalls TU Wien) und seinem Team. Mit Hilfe dieses Zusatzstoffes kann derselbe Vorgang in kürzerer Zeit ablaufen – oder in derselben Zeit wie bisher, aber mit deutlich geringerer Energie. Das kann sinnvoll sein, wenn man die lebenden Zellen in der Umge-

bung schonen möchte, die von allzu starkem Laserlicht geschädigt werden könnten.

Das Team konnte zeigen, daß man auf diese Weise winzige Strukturen in der Größenordnung von wenigen Mikrometern ins Hydrogel fräsen kann. „Wir haben beispielsweise Kanäle geschaffen, in die das Zellgewebe hineinwächst und dann genau die gewünschte Form annimmt“, sagt Aleksandr Ovsianikov.

Möglich wurde dieser Erfolg an der TU Wien durch die Zusammenarbeit zweier verschiedener Fachgebiete: Das Team um Prof. Aleksandr Ovsianikov vom Institut für Werkstofftechnik und Werkstoffwissenschaften beschäftigt sich mit technisch-mechanischen Aspekten der Lasertechnologie, das Team um Prof. Robert Liska vom Institut für Angewandte Synthesechemie entwickelt passende Chemikalien, die genau den gewünschten technischen Anforderungen für die Herstellung der 3D-Strukturen gerecht werden. Markus Lunzer, Erstautor der aktuellen Publikation, arbeitet in beiden Forschungsgruppen gleichzeitig. Bei der mikromechanische Charakterisierung der bestrahlten Proben half das Institut für Leichtbau und Struktur-Bio-mechanik (TU Wien).

„Genau das ist der Grund, warum die TU Wien es schafft, in diesem Bereich immer wieder international für Aufsehen zu sorgen“, sagt Markus Lunzer. „Diese Art von Forschung braucht Expertise aus mehreren ganz unterschiedlichen Disziplinen. An der TU Wien ist diese Expertise an einer einzigen Institution versammelt, die Zusammenarbeit klappt hervorragend, und noch dazu sind wir mit einer ausgezeichneten Forschungs-Infrastruktur ausgestattet.“

Es gibt bereits zahlreiche Ideen für weitere medizinische Forschungsprojekte, die sich auf die neue Methode stützen sollen. So will man in Zukunft die Zellumgebung auch noch zeitlich variabel gestalten, sodass man während des Zellwachstums die Eigenschaften der Hydrogelstruktur kontrolliert anpassen kann. ■

<https://www.tuwien.ac.at>

Ein Roboter, der Schienenbrüche erkennt



Foto: FH St. Pölten / Mark Hammer

Vanessa Spatzierer, Stefanie Mulaj, Patrick Pastler, Noah Kalmar, Mario Rogler, Gregor Kauscheder, Fachlehrer Klemens Hofer und Hirut Grossberger, Forscherin an der FH St. Pölten mit dem Roboter, der Brüche in Bahnschienen frühzeitig erkennen kann

Bei der Science Fair Niederösterreich entwickeln Schulen gemeinsam mit Forschungseinrichtungen Projekte. Im Rahmen der Science Fair Niederösterreich 2017 entwarfen SchülerInnen des Fachbereichs SMART Techtronics der Polytechnischen Schule Mistelbach im Zusammenarbeit mit ForscherInnen des Departments Bahntechnologie und Mobilität der FH St. Pölten einen Roboter, der mittels Infrarot Schienenbrüche in einem frühen Stadium erkennt.

Am 7. Oktober wurde das Projekt bei der Wissenschaftsgala des Landes Niederösterreich mit dem ersten Preis für Science-Fair-Projekte ausgezeichnet.

Steuerung über App

„Schienen können durch hohe Belastung, Materialermüdung und Witterungseinflüsse brechen. Diese Bruchstellen haben ein hohes Gefährdungspotential. Es ist wichtig, Brüche früh ausfindig zu machen und zu reparieren.

Das ist ein essentieller Sicherheitsvorteil bzw. Zeitvorsprung, um mögliche Zugsunglücke zu verhindern“, sagt Hirut Grossberger, Forscherin am Carl Ritter von Ghenga Institut für integrierte Mobilitätsforschung der FH St. Pölten, die das Projekt gemeinsam mit Student und Junior Researcher Martin Kalteis begleitet hat.

Entstanden ist im Projekt ein voll funktionsfähiger Detektionsroboter, der Ansätze von Brüchen mittels Infrarot erkennt: Er schickt ein Infrarotsignal aus, das an der Schiene reflektiert und mittels Infrarotempfänger ausgewertet wird. Der Roboter überträgt die Daten auf eine App und wird über diese gesteuert. Zum Auffinden der Brüche haben die SchülerInnen auch Lichtschranken und Ultraschall getestet, die sich aber als nicht praxistauglich erwiesen haben.

„Die größten Herausforderungen bei der Entwicklung des Roboters waren, den Prototyp so zu gestalten, daß der laufende Zugver-

kehr nicht behindert wird und der Roboter Hindernisse wie Bahnübergänge und Weichen überfahren kann. Die SchülerInnen haben dafür ein spezielles Fahrgestell entwickelt“, erklärt Fachlehrer Klemens Hofer von der PTS Mistelbach.

Kooperation von Forschung und Schule

Die FH St. Pölten hat die Projektgruppe mit bautechnisch-wissenschaftlichem Wissen zu Schienenbrüchen unterstützt und die Umsetzbarkeit des Prototyps überprüft. „Den Schülerinnen und Schülern ist eine hohe Qualität in der technischen Ausarbeitung und der Darstellung der Projektergebnisse gelungen. Das ist beeindruckend“, sagt Grossberger.

Ein Vorläuferprojekt, ebenfalls unter dem Titel Railcheck, wurde im Jahr 2017 bereits beim NÖN-Leopoldpreis in der Kategorie „Unsere Zukunft“ ausgezeichnet. ■

<https://www.htlmistelbach.ac.at>
<https://www.fhstp.ac.at>

Von den Habsburgern bis zur Republik

Die 800-jährige Baugeschichte der Wiener Hofburg ist erforscht.



Foto: Stefanie Grüssi / BHÖ / Mit Dank an die B.M. I-Flugpolizei

Luftbild der Hofburg, deren gesamtes Areal sich vom Michealerplatz über den Heldenplatz bis zum Museumsquartier erstreckt.

Mit dem Erscheinen des Bandes „Die Wiener Hofburg seit 1918. Von der Residenz zum Museumsquartier“ im Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wurde ein geisteswissenschaftliches Großprojekt erfolgreich abgeschlossen. Die Entwicklung des denkmalgeschützten Gebäudekomplexes, von seinen Ursprüngen als mittelalterliche Kastellburg bis zur Umwandlung in ein modernes Zentrum des öffentlichen Lebens, ist damit so umfassend erforscht wie nur wenige andere Residenzen weltweit.

In einem der größten geisteswissenschaftlichen Forschungsprojekte der Zweiten Republik widmeten sich seit 2005 rund 40 WissenschaftlerInnen unterschiedlichster Institutionen und Disziplinen unter der Federführung des Instituts für kunst- und musikhistorische Forschungen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) der knapp 800-jährigen (bau-)historischen Vergangenheit der Wiener Hofburg.

Mit modernsten wissenschaftlichen Methoden förderten sie Neues zur mittelalterlichen Entstehung der Residenz als rechteckige Kastellburg mit vier Ecktürmen im 13. Jahrhundert ebenso zutage, wie zu längst vergessenen Nutzungsformen, kühnen Bauprojekten – wie dem nie zur Gänze verwirklichten „Kaiserforum“ – und dynastisch-baupolitischen Ambitionen der Habsburger, die der Hofburg mit ihren heute 18 Trakten, 19 Höfen und 2.600 Räumen ihr Gesicht verliehen.

Die Erkenntnisse der Untersuchungen werden Wissenschaft und Öffentlichkeit seit 2012 in der im Verlag der ÖAW publizierten Reihe „Veröffentlichungen zur Bau- und Funktionsgeschichte der Wiener Hofburg“ präsentiert. Historische Ansichten, Baupläne, Fotos und virtuelle 3D-Rekonstruktionen veranschaulichen in fünf Bänden auf insgesamt rund 3.000 Seiten die Entwicklung dieser Bauanlage, die vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert als Regierungssitz der Herz-

öge und Erzherzöge von Österreich, der römisch-deutschen Könige und Kaiser sowie der Kaiser von Österreich im Zentrum der europäischen Politik stand.

Brücke in die Gegenwart

Der nun im Verlag der ÖAW neu erschienene fünfte und letzte Band der Reihe, „Die Wiener Hofburg seit 1918. Von der Residenz zum Museumsquartier“ herausgegeben von der Kunsthistorikerin Maria Welzig, schlägt die Brücke zur Gegenwart und zeigt, wie die Hofburg auch nach dem Ende ihrer Funktion als habsburgischer Herrschaftssitz mit ihren zahlreichen Gebäudeteilen, Plätzen und Parks weiterhin ein zentraler Schauplatz der politischen und kulturellen Entwicklungen Österreichs blieb.

Die Suche nach neuen und größtenteils nicht realisierten Funktionen für den unvollendeten Gebäudekomplex in der Ersten Republik, etwa als „Volkspalast“, als „Vergnügungsetablisement“ oder als Kunst- und

Kulturzentrum wird ebenso analysiert wie die Versuche politischer Anknüpfungen an die Zeit der Habsburger durch den Austrofaschismus oder die Vereinnahmung der Hofburg und ihrer Geschichte durch das NS-Regime zur propagandistischen Machtdemonstration, die sich unter anderem mit der Rede Adolf Hitlers am 15. März 1938 vom Balkon der Neuen Burg im kollektiven Gedächtnis verankert hat.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges besann sich die Zweite Republik auf alte Traditionen, indem der Sitz des Bundespräsidenten im Leopoldinischen Trakt eingerichtet wurde, der seit dem 18. Jahrhundert auch als der „Regierende Trakt“ bezeichnet wurde. Im Fokus der weiteren Betrachtungen des Bandes stehen kulturgeschichtliche Fragestellungen, wie „Die Hofburg als Schauplatz in Film und Literatur“, „Die Hofburg als Sinnbild Österreichs?“ oder „Die Hofburg im kulturgeschichtlichen Spiegel der Spanischen Hofreitschule“. Beleuchtet wird zudem die Entwicklung des Hofburg-Areals zu einem der bedeutendsten Kulturbezirke des Landes mit der Schaffung des Museumsquartiers in den ehemaligen Hofstallungen.

Maßstab für die Residenzforschung

Die Publikation des letzten Bandes im Jahr des Republikjubiläums Österreichs markiert zugleich den Abschluß des an der ÖAW durchgeführten Großprojektes. Gefördert unter anderem durch zehn vom Wissenschaftsfonds FWF finanzierte Einzelprojekte gelang es, das Wissen über die Hofburg so substanziell zu verbessern, daß das frühere habsburgische Herrschaftszentrum inzwischen als eine der besterforschten Residenzen weltweit gilt.

Zusammenarbeit zahlreicher Forschungs- und Kultureinrichtungen

Ermöglicht wurde das nicht zuletzt dank der engen Zusammenarbeit mit zahlreichen österreichischen Forschungs- und Kultureinrichtungen, der starken Vernetzung in der internationalen Residenzforschung und interdisziplinärer Kooperationen, an denen sich KunsthistorikerInnen und BauarchäologInnen ebenso beteiligten wie HistorikerInnen, TheaterwissenschaftlerInnen, KulturwissenschaftlerInnen und DigitalisierungsexpertInnen. Ein Bild von den neusten Ergebnissen der Grundlagenforschung zur Hofburg und von der bewegten Geschichte dieses baulichen Denkmals können sich interessierte LeserInnen nun auch selbst machen. ■

<https://www.oeaw.ac.at>



© Albertina Wien (Inv.-Nr. 28938), <http://www.albertina.at>

Franz Alt: »Der neue Burgpalast in Wien mit dem Projekt des Kaiserforums« aus dem Album »Wien – Einst und Jetzt« aus dem Jahr 1873, Ausschnitt



© ÖNB Bildarchiv und Grafiksammlung

Bombenschäden des Zweiten Weltkriegs am Bundeskanzleramt, Foto: Albert Hilscher, 1945



© Feuerwehrmuseum Wien

Brand der Redoutensäle in der Nacht von 26. auf den 27. November 1992.

Der Kremser Schmidt. Zum 300. Geburtstag

IM BLICK – von 25. Oktober 2018 bis 3. Februar 2019 im Oberen Belvedere



Foto: Belvedere, Wien / Johannes Stoll

Martin Johann Schmidt, *Anbetung der Heiligen Drei Könige*, 1784

Anlässlich des dreihundertsten Geburtstags von Martin Johann Schmidt, genannt Kremser Schmidt, widmet das Belvedere dem bekannten Barockmaler eine IM BLICK-Ausstellung. Der „Rembrandt Österreichs“ gilt neben Paul Troger und Franz Anton Maulbertsch als einer der wichtigsten Vertreter der Kunst des 18. Jahrhunderts in Mitteleuropa. Werke von seiner Hand stellen einen wesentlichen Teil der Barocksammlung des Belvedere dar.

Stella Rollig, Generaldirektorin des Belvedere: „Das Œuvre des Kremser Schmidt

fasziniert, weil es von einer unglaublichen thematischen Vielfalt geprägt ist. Neben seinen sakralen Arbeiten geben uns einige weniger bekannte Spätwerke Einblick in die Lebenswelt des Barock. Auf diese Werke wird in der Ausstellung ein besonderer Fokus gelegt.“

Die Ausstellung spannt also einen Bogen von den sakralen Arbeiten des Kremser Schmidt bis zu seinem umfangreichen zeichnerischen und druckgrafischen Werk und stellt dabei seine späten profanen und mythologischen Darstellungen in den Mittel-

punkt. Dadurch wird ein bislang weniger geläufiges Repertoire des Künstlers zugänglich gemacht. So z. B. seine Darstellungen von Satyrn, Nymphen und einer posierenden Venus mit Amor. Wer die Sammler dieser Gemälde waren, lässt sich heute nicht mehr eruieren. Die mit Raffinesse gestalteten Bildnisse sind allerdings gut in Kabinetten gediegener Kunstliebhaber des Barock vorstellbar.

Besonderes Interesse erwecken heute Gemälde wie der Zahnbrecher oder der Sägfeiler. Sie vermitteln einen Einblick in den All-

tag im 18. Jahrhundert, als die Zahnmedizin in ihren Anfängen steckte und noch viele heute ausgestorbene Handwerke existierten.

Martin Johann Schmidt wurde 1718 in Grafenwörth geboren und am 25. September getauft. Wann er den Beinamen „Kremser Schmidt“ erhielt, ist nicht belegbar. In einem Nachruf von 1802 wird jedenfalls der „unter dem Nahmen Kremser Schmidt berühmte Maler“ genannt, was darauf schließen läßt, daß er bereits zu Lebzeiten als dieser bekannt war. Ausgebildet wurde er bei Johann Gottlieb Starmayr, in weiterer Folge könnte er in Wien geschult worden sein, dies ist bislang jedoch ebenfalls nicht belegt. Etwa ab 1745 war er als selbstständig arbeitender Künstler tätig. Eine besondere Aufzeichnung war für ihn die Aufnahme als Mitglied in die „k. k. Kupferstecher-Akademie“ in Wien im Jahr 1768. Eine Studienreise nach Venedig wurde oftmals vermutet, konnte bis heute aber nicht nachgewiesen werden. Als Lebensmittelpunkt wählte der Kremser Schmidt Stein bei Krems, von dort führte er seine Aufträge aus.

Die Reichweite seines Einflusses wird durch jene Werke veranschaulicht, die sich im heutigen Slowenien befinden. Sie dienen den dortigen Künstlern als eminente Inspirationsquellen. Aufträge kamen darüber hinaus auch aus den Gebieten des heutigen Deutschlands, Tschechiens oder Ungarns. Sogar Kaiser Joseph II. soll einer Anekdote zufolge den Kremser Schmidt in dessen Haus in Stein besucht haben. Das zeugt von der Berühmtheit des Künstlers, entsprechende Aufträge vonseiten des Kaiserhauses blieben jedoch aus. Umfangreiche Gemäldeausstattungen von seiner Hand sind in Stift Seitenstetten



© Belvedere, Wien

Martin Johann Schmidt, *Die heiligen Eremiten Antonius und Paulus*, um 1765
Bild unten: Ausstellungsansicht im Oberen Belvedere



Foto: Belvedere, Wien / Johannes Stoll

© Belvedere, Wien



Martin Johann Schmidt, *Wirtshausszene*, 1781; Bild unten: das Obere Belvedere

oder in der Stiftskirche St. Peter in Salzburg zu sehen. Wichtigen Aufträgen im kirchlichen Bereich standen Arbeiten für Privatpersonen gegenüber, da Schmidt mit seinen kleinformatigen Gemälden und Druckgrafiken den Wünschen zahlreicher Kunstliebhaber entgegenkam.

Der Kurator der Ausstellung, Georg Lechner: „Der Kremser Schmidt ist keine Neuentdeckung, weil er bereits zu Lebzeiten eine Legende und ein Klassiker war. Wir zeigen hier einen Künstler, der über die Jahrhunderte hinweg seinen Status als *der* letzte bedeutende Barockmaler halten konnte und gleichzeitig mit seinen Arbeiten weit in die Zukunft wies.“

Der Tod des Kremser Schmidt im Jahr 1801 wird oftmals als spätes Ende der langen Ära des Barock angesehen. Sein Einfluß strahlte über seine Schüler noch weit in das 19. Jahrhundert hinein, und seine Kompositionen erfreuten sich großer Beliebtheit.

In seiner Arbeitsweise wurde der Künstler außer von Paul Troger und Franz Anton Maulbertsch besonders von Rembrandt beeinflusst. Durch seine Form der Lichtregie und den Verzicht auf allzu viel Beiwerk ge-

lang es dem Kremser Schmidt, sich vor allem auf die Bilderzählung zu konzentrieren.

Das von Rupert Feuchtmüller 1989 publizierte Werkverzeichnis umfaßt gut 1.100 Nummern, die tatsächliche Zahl der Werke liegt jedoch höher. In der Barocksammlung des Belvedere befinden sich 18 eigenhändige Gemälde von Martin Johann Schmidt, daneben Zeichnungen, Druckgrafiken und Bil-

der von Mitarbeitern seiner Werkstatt. Ergänzt werden diese in der Ausstellung durch Leihgaben, viele davon aus privaten Sammlungen, in denen sich bis heute zahlreiche Werke des Kremser Schmidt befinden.

Die Ausstellung aus der Reihe „IM BLICK“ wird mit freundlicher Unterstützung des Dorotheums ermöglicht. ■

<http://www.belvedere.at>



© Belvedere, Wien / Foto: Eva Würdinger

Tausend Jahre Buchmalerei in Faksimiles

Neue Ausstellung im Steiermärkischen Landesarchiv am Karmeliterplatz



Die Buchmalerei war für rund 1000 Jahre eine große Kunst des europäischen Mittelalters.

Das Steiermärkische Landesarchiv lädt zu einer neuen Ausstellung in den Räumlichkeiten des Archivs am Grazer Karmeliterplatz: Unter dem Titel „Tausend Jahre Buchmalerei in Faksimiles“ widmet sich die Schau der mittelalterlichen Kunstgeschichte. Als Kuratoren fungierten Norbert Weiss vom Landesarchiv und Josef Kaltenböck, der auch Leihgeber der meisten ausgestellten Exponate ist. Zudem waren auch die Kunsthistorikerinnen Margit Stadlober und Elisabeth Brenner eingebunden.

Archivdirektor Gernot Peter Obersteiner betonte im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung: „Ich freue mich sehr, daß wir 20 außergewöhnliche Werke in unseren Ausstellungsräumlichkeiten zu Gast haben dürfen. ‚Fac simile‘ – mache es ähnlich –, ist das Ziel hochspezialisierter Verlage, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Werke der Buchkunst besser zugänglich zu machen. Das Faksimile ersetzt nicht das Original, doch vermittelt es eine wirklichkeitsnahe Vorstellung selten gezeigter Vorlagen“, so Obersteiner. Stadlober verwies auf die Bedeutung der Buchmalerei in der Kunstgeschichte: „Die Buchmalerei ist eine große Kunst des Mittelalters, sie wurde jahrhundertlang in den Klosterbibliotheken gepflegt. Durch die Malereien wurde es möglich, die Bücher so-



Fotos: steiermark.at / Streibl

Kurator Norbert Weiss, Archivdirektor Gernot Peter Obersteiner, Kurator Josef Kaltenböck und die Kunsthistorikerinnen Margit Stadlober und Elisabeth Brenner

wohl in Text als auch in Bild zu erfahren. Damit wurden diese großen Wissensspeicher auch Menschen zugänglich, die des Lesens nicht mächtig waren.“

In der Ausstellung bieten aufwendige Faksimiledrucke die einzigartige Gelegenheit, in einem Raum den Eindruck von weit verstreut lagernden Originalen zu gewinnen: Berlin, Canberra, Chantilly, Dublin, Heidelberg, München, Nürnberg, Oxford, Paris, Rom, Turin und Wien sind die Städte, in denen sich die 20 präsentierten Buchmalereiglanzlichter aus tausend Jahren befinden. Kurator Weiss betont: „Die Buchmalerei entstand im Zuge einer Medienrevolution im

vierten Jahrhundert nach Christus: Mit dem Übergang von Papyrus zu Pergament wurde ein dauerhaft haltbares Material eingeführt. Gleichzeitig etablierte sich die Buchreligion Christentum.“ Die ausgestellten Faksimiles reichen von Bibeln über Gebetsbücher bis zu weltlichen Büchern, das größte Exponat ist ein prächtiges Faksimile der Wenzelsbibel aus dem späten 14. Jahrhundert. „Im Gegensatz zu Nachdrucken wird bei Faksimiles auch echtes Gold bei der Ausgestaltung der Buchmalereien verwendet“, erklärt Kaltenböck, der mittlerweile eine umfangreiche private Sammlung aufgebaut hat.

Die Ausstellung bietet einen Querschnitt über alle Epochen der Buchmalerei, vom Frühmittelalter über das Hoch- bis zum Spätmittelalter. Als Kontrast zu den Faksimiles werden auch einige sorgsam ausgewählte Originale aus den Beständen des Steiermärkischen Landesarchivs ausgestellt. „In der Zusammenschau von Faksimiles und Originalen wird eine ästhetische Symbiose von Handwerk, Kunst und Technik verständlich und damit ein beeindruckendes Stück mittelalterlicher Kunstgeschichte erlebbar gemacht“, so Obersteiner.

Die Ausstellung kann bis zum 23. Februar 2019 kostenlos besichtigt werden. ■

<http://www.landesarchiv.steiermark.at>